

„Wiesbaden est boche, et le restera.“

**Die alliierte Besetzung
Wiesbadens nach dem
Ersten Weltkrieg**

1918-1930

von Marius Munz

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2018 Marius Munz, 2. korr. Aufl.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	6
1. Kapitel: Einleitung	8
1.1. Einführung in den Untersuchungsgegenstand und Fragestellung	8
1.2. Quellenlage	12
1.3. Forschungsliteratur	14
1.4. Aufbau und Struktur der Arbeit	23
2. Kapitel: Vom europäischen „Luxusbad“ zur besetzten Stadt – Vorgeschichte und Anlass der Besetzung Wiesbadens	25
2.1. Kriegsende und Revolution – Das Ende der Monarchie	25
2.1.1. Oktoberreformen, Waffenstillstand und französische Sicherheitspolitik	25
2.1.2. Die Novemberrevolution	32
2.2. Wiesbaden zwischen Revolution und Kontinuität	38
2.2.1. Wiesbadens Aufstieg zum wilhelminischen „Luxusbad“	38
2.2.2. Das Kriegsende in Wiesbaden und die kurze Revolution	41
2.3. Zusammenfassung	56
3. Kapitel: „Krieg mit anderen Mitteln“ – Wiesbaden in der Zeit des Waffenstillstands	58
3.1. Die französische Besetzung Wiesbadens während des Waffenstillstands	58
3.1.1. „Die feindliche Macht“ - Einzug und Einquartierung der französischen Truppen	58
3.1.2. Französische Besetzungsstrukturen im besetzten Gebiet und Wiesbaden	69
3.1.3. Die Polizeiverordnung von 1918 und ihre Auswirkungen	72
3.1.4. Bürgerliche Traditionen - Wahlen in Wiesbaden 1919	87
3.1.5. „Pénétration pacifique“ - Französische Rheinlandpolitik	92
3.2. Wiesbaden als politisches Zentrum der Rheinischen Republik 1919	99
3.3. Leben in der besetzten Stadt	109
3.4. Zusammenfassung	115
4. Kapitel: „Friedenzustand“ und Widerstand – Wiesbaden unter französischer Besetzung (1920-1925)	119
4.1. Die völkerrechtlichen Grundlagen der Besetzung: Versailler Vertrag und Rheinlandabkommen	119
4.1.1. Friedensverhandlungen und Versailler Vertrag	119
4.1.2. Das Rheinlandabkommen und die Internationale Rheinlandkommission	125
4.1.3. Die Bedeutung der Verträge für die Stadt Wiesbaden	130
4.2. Inflation und Krise in der französischen „Ferienstadt“ - Die Entwicklung Wiesbadens zwischen dem Friedensvertrag und der Ruhrkrise	134
4.2.1. Wiesbaden in der Krise	134
4.2.2. Verwaltung ohne Beamte - Auswirkungen der Besetzung auf die Behörden und Ämter	147
4.2.3. Sicherheit und Einflussnahme - Französische Besatzungspolitik	149
4.2.4. Wahlen und politische Betätigung	154
4.3. Konfrontation und Eskalation: Die Ruhrkrise	157
4.3.1. Reparationsfrage und Ruhrbesetzung	157
4.3.2. Auswirkungen der Ruhrkrise auf die Stadt Wiesbaden	163

4.4. „Los von Berlin“ - Die Separatistenbewegung 1923/24.....	167
4.4.1. Die separatistische Bewegung im Rheinland zwischen 1919 und 1924.....	167
4.4.2. Das Scheitern der Rheinischen Republik in Wiesbaden.....	173
4.5. Zwischen Ruhrkrise und dem Abzug der Franzosen	183
4.5.1. Außenpolitische Erfolge und relative Stabilisierung	183
4.5.2. Wiesbaden nach der Ruhrkrise	185
4.6. Wiesbadener, Franzosen und die „Schwarze Schmach“	191
4.7. Zusammenfassung	200
5. Kapitel: „Die unwilligen Besatzer“ – Britische Truppen in Wiesbaden (1925-1929)....	202
5.1. „French Security spells British Security“ – Außenpolitik und Rheinlandpolitik	202
5.2. „The Wiesbaden Bridgehead“ - Beginn der britischen Besatzung	208
5.2.1. Von der „Rhenish metropolis“ nach „Wiesbaden-the-spa“	208
5.2.2. Aufbau der britischen Verwaltung in Wiesbaden	213
5.3. „Neue Tatkraft“ und Verfall – Die Entwicklung Wiesbadens während der britischen Besatzungszeit	215
5.3.1. Erholung und Krise	215
5.3.2. Groß-Wiesbaden – Eingemeindungen und Stadtentwicklung.....	223
5.3.3. Das Ende der bürgerlichen Parteien - Wahlen und politische Tendenzen	228
5.4. „Es ist schön im Sommer“ - Wiesbaden und die britischen Soldaten.....	234
5.5. „Out of Date“ – Das Ende der britischen Besatzung	241
5.6. Zusammenfassung	247
6. Kapitel: Wiesbaden als Sitz der Interalliierten Rheinlandkommission und das Ende der alliierten Besatzung	249
6.1. Rheinlandkommission und französische Ehrenwache	249
6.1.1. Verlegung der IRKO nach Wiesbaden	249
6.1.2. Wiesbaden im letzten Jahr der Besatzung.....	251
6.2. „L'Évacuation finale“ - Das Ende der Besetzung Wiesbadens	253
6.2.1. Auflösung der Rheinlandkommission und Abzug der letzten französischen Truppen	253
6.2.2. Die „Befreiungsfeier“	254
6.3. Zusammenfassung	260
7. Kapitel: Résumé	261
Wiesbaden im Umbruch – Zwischen Projektion und Realität	261
8. Anhang	264
Anhang 1 – Interview mit Gretel B.	264
Anhang 2 – Notizen von Heinz S.	266
9. Quellen- und Literaturverzeichnis	269
9.1 Ungedruckte Quellen und Periodika.....	269
9.1.1. Ungedruckte Quellen.....	269
9.1.2. Periodika	270
9.2. Gedruckte Quellen und Literatur	271

Vorwort

Die vorliegende Studie wurde 2011 als Dissertation mit dem Titel „‘Wiesbaden est boche, et le restera.’ Die alliierte Besetzung Wiesbadens nach dem Ersten Weltkrieg (1918-1930)“ vom Fachbereich 08 Philosophie und Geschichtswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe–Universität Frankfurt am Main angenommen.

2018 jährt sich nun zum hundertsten Mal die Besetzung Wiesbadens. Zu diesem Anlass erscheint diese leicht korrigierten Fassung unter neuem Titel.

Wiesbaden, im Sommer 2018

Marius Munz

Abkürzungsverzeichnis

Abt.	Abteilung
Art.	Artikel
B.A.O.R.	British Army of the Rhine
BArch KO	Bundesarchiv Koblenz
Best.	Bestand
Bl.	Blatt
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CPWT	Cologne Post and Wiesbaden Times
CVP	Christliche Volkspartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DR	Deutsches Reich
DVP	Deutsche Volkspartei
f./ff.	folgende
Hg./Hgg.	Herausgeber
HHStAW	Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden
IRKO	Internationale Rheinlandkommission
IWM.	Imperial War Museum London
km	Kilometer
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
M.I.C.U.M.	Mission interalliée de contrôle des usines et des mines
NA	National Archive London
NDB	Neue Deutsche Biographie
NL	Nachlass
Nr.	Nummer
MSPD	Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OGR	Office Général de Revitaillement
OHL	Oberste Heeresleitung
o.Bl.	ohne Blattangabe
o.J.	ohne Jahresangabe
o.O.	ohne Ortsangabe
RfH	Reichszentrale für Heimatdienst
RM	Reichsmark
RhRVP	Rheinisch-Republikanische Volkspartei

RhUB	Rheinischer Unabhängigkeitsbund
RhVV	Rheinische Volksvereinigung
RhVZ	Rheinische Volkszeitung
SHD	Service historique de la défense
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StAW	Stadtarchiv Wiesbaden
u.a.	unter anderem
US/USA	United States of America
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UuF	Ursachen und Folgen (Quellenedition)
WB	Wiesbadener Brief
WBB	Wiesbadener Bade-Blatt
WK	Wiesbadener Kurier
WP	Wirtschaftspartei
WT	Wiesbadener Tagblatt
WZ	Wiesbadener Zeitung
Z	Zentrumspartei

1. Kapitel: Einleitung

1.1. Einführung in den Untersuchungsgegenstand und Fragestellung

Die Auswirkungen des Ersten Weltkriegs und des Friedensvertrags von Versailles bestimmten das Leben und die Diskurse in der Weimarer Republik. Dabei wurde vor allem ein Thema in der Öffentlichkeit immer wieder diskutiert, das die militärische Niederlage und den als schmachvoll erachteten Friedensvertrag wie kaum ein anderes Thema symbolisierte: die Rheinlandbesetzung.

Während des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 und im Ersten Weltkrieg waren die Deutschen in Frankreich, Belgien und Russland die Besatzer gewesen. Nun erfolgte aufgrund der Waffenstillstandsbedingungen, und später aufgrund der Friedensverträge, die erste (Teil-)Besetzung Deutschlands nach der französischen Okkupation unter Napoleon. Diese Umkehrung der Rollen zwischen Okkupanten und Okkupierten, die sich während und nach dem Zweiten Weltkrieg wiederholte, wirkte sich auf die jeweilige Besatzungspolitik sowie ihre Durchführung und Wahrnehmung aus¹.

Während der deutschen Besetzung im Ersten Weltkrieg, hatte die französische und belgische Bevölkerung unter Repressalien, Übergriffen und Zwangsarbeit zu leiden gehabt². Die Kriegserfahrung der französischen Truppen sowie die Verwüstung der umkämpften Departements ließen eine strenge Besetzung deutschen Gebiets erwarten. Wie würde also eine alliierte Besetzung aussehen? Wie würden sich die Franzosen verhalten und welche Auswirkungen hätte eine militärische Besetzung auf die Wirtschaft, den Staat und die Menschen in den besetzten Gebieten?

Die vorliegende Studie beschäftigt sich exemplarisch mit der Stadt Wiesbaden. Zur Sicherung des Brückenkopfes Mainz wurde die Kurstadt Wiesbaden

¹ Siehe hierzu u.a. die Sammelbände Felten, Franz J. (Hg.): Frankreich am Rhein - vom Mittelalter bis heute (Mainzer Vorträge 13), Stuttgart 2009; Hüttenberger, Peter/Molitor, Hansgeorg (Hgg.): Franzosen und Deutsche am Rhein 1789-1918-1945 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens Bd. 23), Essen 1989; Kronenbitter, Günther/Pöhlmann, Markus/Walter, Dierk (Hgg.): Besatzung. Funktion und Gestalt militärischer Fremdherrschaft von der Antike bis zum 20. Jahrhundert (Krieg in der Geschichte Bd. 28), Paderborn/München/Wien/Zürich 2006.

² Engels, Jens Ivo: Kleine Geschichte der Dritten französischen Republik (1870-1940), Köln/Weimar/Wien 2007, S. 135

quasi zufällig Teil des Besatzungsgebiets und über elfeinhalb Jahre durch alliierte Truppen besetzt. Diese lange Zeit der Besetzung und die Tatsache, dass Wiesbaden von französischen und britischen Truppen besetzt gewesen ist, macht die Stadt zu einem besonders lohnenden Forschungsgegenstand.

Für die Arbeit spielt die Bedeutung der Besetzung für den Fremdenverkehr eine besondere Rolle, da das Kurwesen in Wiesbaden als Gradmesser für die wirtschaftliche Lage der Stadt galt. Aber auch die Auswirkungen auf die allgemeine Wirtschaft, Verwaltung, Politik und das Alltagsleben der Bevölkerung werden untersucht, um ein möglichst umfassendes Bild von der Besatzungszeit zu erhalten.

Von besonderem Interesse ist die Wahrnehmung der Besatzungstruppen durch die Wiesbadener Bevölkerung, da sich zeigte, dass die Anwesenheit der alliierten Soldaten und Offiziere über diesen langen Zeitraum bis in die Gegenwart hinein in den Erinnerungen der Wiesbadener Bevölkerung ihre Spuren hinterließ. Wenngleich heute nur noch wenige Wiesbadener leben, die sich an diese Zeit erinnern können, so wurden doch Erfahrungen und Eindrücke in die folgenden Generationen weitergetragen. Vor allem Erinnerungen an die Demütigungen, die Verordnungen, die das alltägliche Leben erschwerten, die Unterstützung für die separatistische Bewegung im Rheinland und der Einsatz französischer Kolonialtruppen sind in Teilen der Wiesbadener Bevölkerung bis heute erhalten geblieben. Diese Aspekte sind es auch, welche die Tagespresse³ der letzten 50 Jahre überwiegend behandelte und somit half, diese Eindrücke zu tradieren.

Befragt man Zeitzeugen über ihre Erinnerungen an die Besatzungszeit, so erhält man sehr unterschiedliche Darstellungen. Eine Zeitzeugin berichtete in

³ Zum Separatismus: WK vom 22.10.1953 „Vor 30 Jahren: Auf dem Rathaus weht die grün-weiß-rote Fahne“, WK vom 30.5.1959 „Dramatische Tage vor 40 Jahren: Der Separatistenputsch in Wiesbaden“, WK vom 31.5.1969 Erinnerung an den Jahrestag des Generalstreiks am 2.6.1919 anlässlich des Separatistenputschs, WK 19.10.1969 „Putsch kostet acht Biebrichern das Leben“, WK vom 23.4.1994 „Wiesbadens größter Raub“ und WK vom 28.5.1994 „Der ‚schöne Addi‘ war in Wiesbaden ohne Chance. Vor 75 Jahren scheiterte ein Putsch der Separatisten, die eine ‚Rheinische Republik‘ proklamierten“. Zur Besatzungszeit finden sich nur wenige weitere Artikel, darunter unreflektierte Darstellungen, welche die zeitgenössische Perspektive und Sprache aufnehmen: WK vom 22.1.2002 „Unter der Knute Frankreichs. Zum 50. Todestag des Wiesbadener Oberbürgermeisters Karl Glässing“ und WK vom 23.1.2002 „Trauerspiel mit Trikolore. Wie die Kurstadt Wiesbaden nach 1918 unter der französischen Besatzung litt“. Einzig die vor wenigen Jahren erschienenen Artikel von Hans Dieter Schreeb und die Serie von Bruno Reimuth aus dem Jahr 1968 versuchen, ein komplexeres Bild Wiesbadens in der Weimarer Republik nachzuzeichnen.

einem Interview: „[...] wenn wir in die Stadt gegangen sind, und die Franzosen kamen auf dem Fußweg, mussten wir runtergehen. Die haben uns runtergeschellt.“⁴. Ein Einwohner Wiesbaden-Rambachs beschrieb die Situation zu Hause ganz anders:

„Von Übergriffen oder Verfehlungen der Soldaten habe ich nichts gehört. Wie erzählt wurde, war der französische Ortskommandant ein kluger, besonnener Mann. [...] Die Oma meiner Frau erzählte oft, dass ihre jüngste Tochter Berta mit vier Jahren schon Französisch sprach – natürlich nicht richtig. Sie hatte damals einen Soldaten im Haus, der hieß Jean. Er habe bei allen Haus- und Gartenarbeiten mitgemacht und habe zu Berta ein inniges geschwisterähnliches Verhältnis gehabt.“⁵.

Ähnlich divergent wie das Verhältnis der Wiesbadener Bevölkerung zu den Besatzungstruppen schien das Verhältnis der Alliierten zur Stadt gewesen zu sein. Trotz aller Konflikte und Ressentiments in der Nachkriegszeit, verzeichnete Wiesbaden im Sommer 1921 einen starken Besucherstrom aus Frankreich. So stark, dass die Zeitschrift „Le Petit bleu“ zum Schutz des französischen Kurwesens von einem Besuch Wiesbadens mit den Worten: „Wiesbaden est boche, et le restera.“⁶ abriet.

Diese Form der Diffamierung und der Vorwurf der Doppelgesichtigkeit wurde auch in der Wiesbadener Öffentlichkeit gegenüber den Franzosen vorgebracht und stand offensichtlich im Gegensatz zu persönlichen Erfahrungen von Soldaten und Einwohnern.

Da die individuelle Wahrnehmung der Besatzung sehr unterschiedlich gewesen zu sein scheint, während die kollektive Erinnerung an die Besatzung eindeutig negativ ist, so wird für die Interpretation der Wahrnehmung der Besatzung durch die Bevölkerung und die Einschätzung ihrer Auswirkung ein mentalitätsgeschichtlicher Zugang gewählt⁷.

⁴ Interview mit Gretel B. vom 19.8.2010 (siehe Anhang).

⁵ Aus den Erinnerungen von Heinz S. (siehe Anhang).

⁶ Zitiert nach Lauter, Anna-Monika: Sicherheit und Reparationen. Die französische Öffentlichkeit, der Rhein und die Ruhr (1919-1923), (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens Bd. 74), Essen 2006, S. 119.

⁷ Zur Mentalitätsgeschichte siehe einführend Schorn-Schütte, Luise: Ideen-, Geistes-, Kulturgeschichte, in: Goertz, Hans-Jürgen (Hg.): Geschichte. Ein Grundkurs, 3. Aufl. Hamburg 1998, S. 541-567, hier S. 561ff. sowie Raulff, Ulrich (Hg.): Mentalitäten-Geschichte. Zur his-

Für diesen Ansatz sind sogenannte „Ego-Dokumente“⁸ von besonderem Interesse, die Einblicke in die Werte, Mentalitäten, Symbole und Vorstellungen der Soldaten und Einwohner geben.

torischen Rekonstruktion geistiger Prozesse, Berlin 1987 und Dinzelbacher, Peter (Hg.): Europäische Mentalitätsgeschichte. Hauptthemen in Einzeldarstellungen, 2. Aufl. Stuttgart 2008. Einen Überblick zur mentalitätsgeschichtlichen Forschung mit dem Schwerpunkt „Erster Weltkrieg“ gibt Hirschfeld, Gerhard: Kriegserlebnis, Mentalität und Erinnerung. Der Erste Weltkrieg in der deutschen und internationalen Geschichtsschreibung, in: Ernst, Petra/Haring, Sabine A./Suppanz, Werner (Hgg.): Aggression und Katharsis. Der Erste Weltkrieg im Diskurs der Moderne (Studien zur Moderne Bd. 20), Wien 2004, S. 367-385.

⁸ Unter Ego-Dokumenten werden in erster Linie Tagebücher, Memoiren, Reiseberichte und ähnliche Dokumente verstanden, die persönliche Auskünfte über den Autor, sein Handeln und Fühlen, geben. Vgl. hierzu den Sammelband Schulze, Winfried (Hg.): Ego-Dokumente. Annäherung an den Menschen in der Geschichte (Selbstzeugnisse der Neuzeit Bd. 2), Berlin 1996.

1.2. Quellenlage

Die Akten des Stadtarchivs Wiesbadens (aus dem Best. WI/2) stellten in qualitativer wie auch quantitativer Hinsicht eine bedeutende Grundlage für diese Arbeit dar. Neben den Besatzungsakten, den Akten der Kurverwaltung und den Protokollen der Stadtverordnetenversammlungen, wurden zahlreiche weitere Akten zu unterschiedlichen Themenbereichen herangezogen. Verwaltungsberichte und statistische Monatshefte bildeten zusammen mit den Akten wertvolle Quellen für die Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und verwaltungstechnischen Fragen.

Ebenfalls von großer Bedeutung waren die Akten des Hessischen Hauptstaatsarchivs (aus der Abt. 405, 408 und 422). Der Schriftverkehr zwischen dem Regierungspräsidium und der Stadt auf der einen und den übergeordneten Besatzungsbehörden auf der anderen Seite brachten wertvolle Informationen über das Verwaltungssystem, ergänzten aber auch die Quellen zum Separatismus, der französischen Rheinlandpolitik und der Wirtschaft Wiesbadens.

Aufgrund der Beteiligung französischer und britischer Truppen an der Besetzung der Stadt lag es nahe, die entsprechenden Quellen in Paris und London auszuwerten, sofern sie die Stadt Wiesbaden oder deren Verwaltung direkt betrafen. Dabei waren vor allem die Akten des Service historique de la défense (SHD) in Vincennes bei Paris interessant. Die Akten des SHD waren für die Zwanziger Jahre allerdings äußerst lückenhaft und wenig strukturiert. Die relevanten Dossiers fanden sich u.a. in den Nachlässen Clemenceaus und Fochs. Der Schwerpunkt lag dabei auf den strategischen Planungen 1918-1920, darunter eine große Zahl an Akten über die separatistische Bewegung.

Im geringeren Maß wurden die Kabinettsakten der britischen Regierung (NA CAB) sowie Quellen des Bundesarchivs in Koblenz und des Imperial War Museums in London herangezogen. Nicht berücksichtigt wurden die britischen Quellen des Kriegs- und Außenministeriums, die bereits Gegenstand intensiver Forschung waren⁹ und nur unmittelbar für die Stadtgeschichte Wiesbadens von Bedeutung waren.

Eine weitere Quelle stellten die weitverbreiteten Periodika wie die Wiesbadener Zeitung, das Wiesbadener Tagblatt sowie die englischsprachige Cologne Post and Wiesbaden Times dar. Diese und weitere Zeitungen machten es mög-

⁹ Williamson, David G.: *The British in Germany 1918-1930. The Reluctant Occupiers*, New York/Oxford 1991.

lich, die öffentlichen Diskurse nachzuvollziehen und wurden ebenfalls für mentalitätsgeschichtliche und politische Fragestellungen herangezogen. Im Hinblick auf die mentalitätsgeschichtlichen Fragestellungen waren auch die französischen Geheimdienstberichte und Aufzeichnungen aus dem Archiv in Vincennes aufschlussreich.

Memoiren und Berichte von Militärs und Zivilisten, die ihre Aufzeichnungen publizierten, waren gleichfalls wichtige Quellen sowie diverse Nachlässe im Stadtarchiv Wiesbaden. Dabei waren vor allem die Aufzeichnungen von Georg Kraus im Nachlass Jungmann (NL 34) und die Sammlung Hirst (NL 50) zu nennen.

Glücklicherweise fanden sich noch Zeitzeugen, die aus ihrer frühen Kindheit berichten konnten und interessante Einblicke über die Wahrnehmung der Besatzungssoldaten in ihren Familien geben konnten. Die Gespräche bzw. Aussagen wurden protokolliert und sind in gekürzter Fassung im Anhang zu finden.

1.3. Forschungsliteratur

Die wissenschaftliche Literatur zur Geschichte Wiesbadens nach dem Ersten Weltkrieg ist überschaubar¹⁰. Zu einzelnen Fragestellungen wie dem rheinischen Separatismus in Wiesbaden¹¹, der Kommunalpolitik der SPD¹² und dem Aufstieg der NSDAP am Ende der zwanziger Jahre¹³ gibt es einzelne Studien. Der Schwerpunkt der historischen Forschung lag bisher aber in der nassauischen und preußischen Geschichte Wiesbadens vor dem Ersten Weltkrieg¹⁴.

¹⁰ Im Gegensatz zur wissenschaftlichen Literatur gibt es eine Fülle von Stadtgeschichten, Chroniken und Bildbänden zu Wiesbaden. Auswahl: Döringer, Wilhelm: Der kleine Heimatforscher in der Stadt Wiesbaden. Aus dem Werdegang einer Stadt, 10. Aufl. Wiesbaden 1977; Fink, Otto: Wiesbaden - so wie es war, Düsseldorf 1976; Fink, Otto: Wiesbadener Bildchronik 1866-1945, Wiesbaden 1979; Fink, Otto: Wiesbaden in Glanz und Elend. Zeitgeschichte im Bild, Wiesbaden 1982; Friedrich-Pauly, Sibilla/Huber, Detlev: Wiesbaden. Eine kurze Stadtgeschichte, Erfurt 2003; Henche, Albert: Chronik der Stadt Wiesbaden, Berlin 1937; Leicher, Günther: Wiesbaden. Geschichte und Geschichten, Wiesbaden 1996; Reichartz, Monika: Wiesbaden wie es früher war, 1993; Schoppa, Helmut: Wiesbaden. Geschichte im Bild von der Römerzeit bis zur Gegenwart, 5. Aufl. Essen 2005. Zuletzt erschien Blisch, Bernd: Kleine Wiesbadener Stadtgeschichte, Regensburg 2011. Hier wird erstmals die Stadtgeschichte in den zwanziger Jahren intensiver behandelt, wobei sich Blisch auf die Standardwerke stützt und den Umzug der Rheinlandkommission nach Wiesbaden fälschlicherweise auf das Jahr 1925 festlegt und die britische Besatzungszeit bis 1930 verlängert. Siehe Blisch: Stadtgeschichte, S. 111f.

¹¹ Müller-Werth, Herbert: Die Separatistenputsche in Nassau unter besonderer Berücksichtigung des Stadt- und Landkreises Wiesbaden, in: Nassauische Annalen Bd. 79 (1968), S. 245-328.

¹² Zehler, Christoph: Die Wiesbadener SPD 1918 - 1933. Zur Analyse ihrer Kommunalpolitik während der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1996.

¹³ Zenker-Oertel, Claudia: Die Wiesbadener NSDAP in der Weimarer Republik bis 1933 [Elektronische Ressource], Leipzig 2005.

¹⁴ Hier eine Auswahl der Literatur zu Wiesbadens Geschichte bis 1918: Czysz, Walter: Vom Römerbad zur Weltkurstadt. Geschichte der Wiesbadener heißen Quellen und Bäder (Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden Bd. 7), Wiesbaden 2000; Renkhoff, Otto: Wiesbaden im Mittelalter (Geschichte der Stadt Wiesbaden Bd. 2), Wiesbaden 1980; Schäfer, Albert: Wiesbaden: von der Römersiedlung zur Landeshauptstadt, 2. Aufl. Wiesbaden 1973; Schoppa, Helmut: Wiesbadens römische und alamannisch-merowingische Vergangenheit (Geschichte der Stadt Wiesbaden Bd. 1), Wiesbaden 1974; Struck, Wolf-Heino: Wiesbaden als nassauische Landeshauptstadt, Bd. 1 Wiesbaden in der Goethezeit und Bd. 2 Wiesbaden im Biedermeier 1818-1866, Wiesbaden 1979/1981; Weichel, Thomas: „Wenn dann der Kaiser nicht mehr kommt.“. Kommunalpolitik und Arbeiterbewegung in Wiesbaden 1890-1914 (Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden Bd. 1), Wiesbaden 1991 und Weichel, Thomas: Die

Eine Gesamtdarstellung der Stadtgeschichte während der Weimarer Republik findet sich nur im Rahmen der 1963 erschienenen Monographie Herbert Müller-Werths zur Stadtgeschichte und Kommunalpolitik der Stadt Wiesbaden¹⁵. Allerdings basiert sein Kapitel zur Weimarer Zeit ausschließlich auf der Literatur der Zwanziger und dreißiger Jahre sowie den Verwaltungsberichten der Stadt Wiesbaden. Ob darüber hinaus weitere Akten herangezogen wurden, ist aufgrund der unvollständigen Zitierweise nicht nachzuvollziehen.

Der spärlichen Literatur zur Geschichte Wiesbaden stehen unzählige Studien zur Geschichte der Weimarer Republik gegenüber, deren Zahl kaum zu überblicken ist. Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung erfolgte schon früh, Ende der zwanziger Jahre, und nahm vor allem seit den sechziger Jahren neue Blickwinkel und Themenbereiche auf, die schließlich zu einer differenzierten Darstellung und Bewertung der ersten deutschen Demokratie führten. Zur Literatur und Tendenzen der Forschung empfehlen sich die Überblickswerke von Eberhard Kolb¹⁶ und Ursula Büttner¹⁷. Beide Publikationen stellen den aktuellen Stand der Forschung zur Weimarer Republik dar und wurden in dieser Arbeit zu allgemeinen Bereichen der Weimarer Republik herangezogen.

Obwohl die Rheinlandbesetzung ein zentrales Thema während der Weimarer Republik darstellte, gibt es bisher keine umfangreiche wissenschaftliche Gesamtdarstellung. Die zahlreiche zeitgenössische Literatur kann nur im begrenzten Maße als wissenschaftliche Literatur herangezogen werden, da sie oftmals als propagandistische Arbeit in Auftrag gegeben wurde und von ihrer Ausrichtung her tendenziös und polemisch ist¹⁸. Dies trifft im besonderen Maße für die

Bürger von Wiesbaden. Von der Landstadt zur „Weltkurstadt“ 1780-1914 (Stadt und Bürgertum Bd. 6), München 1997.

¹⁵ Müller-Werth, Herbert: Geschichte und Kommunalpolitik der Stadt Wiesbaden unter besonderer Berücksichtigung der letzten 150 Jahre, Wiesbaden 1963.

¹⁶ Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 16), 7. Auflage München 2009.

¹⁷ Büttner, Ursula: Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Stuttgart 2008.

¹⁸ Ein Verzeichnis aller Publikationen zur Rheinland- und Ruhrbesetzung, sowie zum Saarland und den Abstimmungsgebieten findet sich in Reismüller, Georg/Hoffmann, Josef: Zehn Jahre Rheinlandbesetzung. Beschreibendes Verzeichnis des Schrifttums über die Westfragen mit Einschluß des Saargebietes und Eupen-Malmedys, Breslau 1929. Besonders hervorzuheben ist hierbei die Schriftenreihe „Rheinische Schicksalsfragen“. Hier eine Auswahl der erschienenen Bände: Göring, Helmut: Die Großmächte und die Rheinfrage in den letzten Jahrhunderten (Rheinische Schicksalsfragen Schrift 12), Berlin 1926; Hartmann, W. von:

zeitgenössische Literatur zu den separatistischen Strömungen¹⁹ und zum Einsatz von französischen Kolonialtruppen²⁰ in Deutschland zu. Die hierzu erschienene nationalistische und rassistische Literatur diente der prodeutschen Propaganda und der antifranzösischen Argumentation.

Eine kurze Gesamtdarstellung der Rheinlandbesetzung stellt der Aufsatz von Arnold Kobelt²¹ von 1943 dar. Der Aufsatz ist jedoch ideologisch durchdrungen und stützt sich ohne ein weiteres Studium der Akten ausschließlich auf die Literatur der Weimarer Republik. Von größerem Interesse ist die 1944 in Toronto erschienene Monographie von Ernst Fraenkel²². Seine Publikation ist die erste umfangreichere Darstellung der alliierten Besetzung nach dem Ersten Weltkrieg, die sich kritisch mit ihr auseinandersetzt. Das Ziel seiner Untersuchung war es, eine kommende Besetzung Deutschlands nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erfolgreicher durchzuführen, als dies in den zwanziger Jahren geschah, sodass ein gefestigtes demokratisches System langfristig etabliert werden könnte.

Frankreichs Militarismus am Rhein im Lichte französischer Kritik (Rheinische Schicksalsfragen Schrift 10/11), Berlin 1925; Linnebach, Karl: Die Sicherheitsfrage. Dokumentarisches Material (Rheinische Schicksalsfragen Schrift 7/9), Berlin 1925; Metz, Friedrich (Hg.): Probleme des deutschen Westens. Eine Aufsatzfolge im Auftrage des Verbandes deutscher Geschichtslehrer (Rheinische Schicksalsfragen 27/28), Berlin 1929; Solemacher, Viktor von: Die abgetretenen und besetzten Gebiete im deutschen Westen. Tatsachen und Zahlen (Rheinische Schicksalsfragen Bd. 1), Berlin 1925.

¹⁹ Becker, Adolph: Hinter den Kulissen des Separatismus in Rheinhessen (Beiträge zur Geschichte des Separatismus in Rheinhessen, Heft 2), Frankfurt am Main 1924; Böhmer, Leo: Die rheinische Separatistenbewegung und die französische Presse, Berlin/Leipzig 1928; Eberhardt, Paul: Dorten & co, Königswinter 1921; Gedy, G. E. R.: Die Revolver-Republik am Rhein. Frankreichs Werben um den Rhein, Köln 1931; Grimm, Friedrich: Frankreich am Rhein. Rheinlandbesetzung und Separatismus im Lichte der historischen französischen Rheinpolitik, Hamburg/Berlin 1931; Springer, Max: Frankreich und seine „Freunde“ am Rhein, o.A.; Springer, Max: Lösungsbestrebungen am Rhein (1918-1924), Berlin 1924; Thoma, Katha: Rheinische Republik. Rheinische Demokratie, Mannheim 1922; Wentzcke, Paul: Rheinlande und Reich. Mahnworte eines ehrlichen Rheinländers, Frankfurt am Main 1920 und Werner, Robert: Dorten & Co., Königswinter 1921.

²⁰ Beveridge, Ray: Die schwarze Schmach. Die weiße Schande..., Hamburg 1922.

²¹ Kobelt, Arnold: Die interalliierte Verwaltung der besetzten Gebiete 1918-1930, in: Reich, Volksordnung, Lebensraum. Zeitschrift für völkische Verfassung und Verwaltung Bd. 4 (1943), S. 418-467.

²² Fraenkel, Ernst: Military occupation and the rule of law. Occupation Government in the Rhineland, 1918-1923, London/New York/Toronto 1944.

Horst Romeyk bietet in seiner 1985 erschienenen Monographie ein fundiertes Kapitel zur Besatzungszeit nach dem Ersten Weltkrieg. Sein Untersuchungsgegenstand ist die Verwaltungs- und Behördengeschichte der Rheinprovinz und ist dementsprechend thematisch und regional eingeschränkt²³.

Der umfangreichen zeitgenössischen Literatur zum rheinischen Separatismus folgte nach dem Zweiten Weltkrieg die Publikation von Erwin Bischof²⁴, welche die separatistische Bewegung in der ersten Hälfte der Zwanziger Jahre untersuchte und ihren Schwerpunkt auf die Person von Hans Adam Dorten richtete. Henning Köhler griff das Thema des Separatismus 1974 erneut auf und untersuchte die Rolle der Kölnischen Volkszeitung innerhalb der Bewegung²⁵. Eine weitere Arbeit zum Separatismus im Rheinland während der alliierten Besatzungszeit wurde 1979 von Klaus Reimer vorgelegt²⁶, dessen umfangreiche und detaillierte Untersuchung die verschiedenen separatistischen Strömungen und ihre Ziele untersuchte. Dabei stützte er sich auch auf französische Quellen aus dem Archive Nationale, dem Archiv des Außenministeriums und des Service historique de la défense. 2007 erschien die vorerst letzte Studie zum Separatismus. Martin Schlemmers Studie gibt einen Überblick über alle separatistischen Strömungen und ihre Strukturen. Er griff neue Quellen auf und erweiterte durch seine sozial- und mentalitätsgeschichtliche Fragestellung den Diskurs zum rheinischen Separatismus²⁷.

In den siebziger Jahren begann die moderne Historiographie sich intensiver mit der Rheinlandbesetzung im Rahmen der Untersuchung zu den deutsch-französischen Beziehungen auseinander zu setzen. An der Universität Metz wurde eine Konferenz zum „Problème de la Rhenanie 1919-1930“ abgehalten,

²³ Romeyk, Horst: Verwaltungs- und Behördengeschichte der Rheinprovinz 1914-1945 (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde Bd. 63), Düsseldorf 1985.

²⁴ Bischof, Erwin: Rheinischer Separatismus 1918-1924. Hans Adam Dortens Rheinstaatbestrebungen, Bern 1969.

²⁵ Köhler, Henning: Autonomiebewegung oder Separatismus? Die Politik der Kölnischen Volkszeitung 1918/19, Berlin 1974.

²⁶ Reimer, Klaus: Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung 1918-33 (Europ. Hochschulschriften III, Bd. 199), Frankfurt/Bern/Las Vegas 1979.

²⁷ Schlemmer, Martin: „Los von Berlin“. Die Rheinstaatbestrebungen nach dem Ersten Weltkrieg, Rheinisches Archiv Bd. 152, Köln/Weimar/Wien 2007.

aus der 1975 ein Sammelband²⁸ hervorging, welcher grundlegende Untersuchungen zu unterschiedlichen Fragestellungen enthält²⁹. 1980 erschien schließlich die häufig zitierte Studie zu den deutsch-französischen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg von Jacques Bariéty „Les relations franco-allemandes après la Première Guerre Mondiale“³⁰. Bariéty konnte die offiziellen Akten in seine Untersuchung mit einbeziehen, die erstmals der Forschung zugänglich gemacht wurden, was das Bild von den deutsch-französischen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg veränderte.

Es folgten eine Reihe von Untersuchungen, welche die alliierte Rheinland- und Deutschlandpolitik in der ersten Hälfte der Zwanziger Jahre untersuchten und dabei die unterschiedlichen Ziele und Vorstellungen der Verbündeten herausstellten. Hier sind die Arbeiten von Robert Emmet Hood Jr.³¹, Keith Nelson³² und Walter A. McDougall³³ zu nennen.

Während die meisten Untersuchungen auf die konfliktträchtige Frühphase der Besatzungszeit ausgerichtet sind, folgten 1987 und 1991 zwei Untersuchungen, welche das britische Engagement in Deutschland zum Gegenstand hatten und auch die Besatzungszeit nach 1925 bis zum Abzug der letzten britischen

²⁸ Centre de recherches relations internationales de l'Université de Metz (Hg.): *Problèmes de la Rhénanie 1919 - 1930. Die Rheinfrage nach dem Ersten Weltkrieg* (Actes du Colloque d'Otzenhausen 14-16 octobre 1974), Metz 1975.

²⁹ Wichtige Aufsätze sind Bariéty, Jacques: *La Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans*, in: Centre de recherches relations internationales de l'Université de Metz (Hg.): *Problèmes de la Rhénanie 1919 - 1930. Die Rheinfrage nach dem Ersten Weltkrieg* (Actes du Colloque d'Otzenhausen 14-16 octobre 1974), Metz 1975, S. 15-28 und Köhler, Henning: *Grundlagen und Konzeptionen der französischen Rhein- und Deutschlandpolitik von der Novemberrevolution bis zum Friedensschluß von Versailles*, in: Centre de recherches relations internationales de l'Université de Metz (Hg.): *Problèmes de la Rhénanie 1919 - 1930. Die Rheinfrage nach dem Ersten Weltkrieg* (Actes du Colloque d'Otzenhausen 14-16 octobre 1974), Metz 1975, S. 59-87.

³⁰ Bariéty, Jacques: *Les relations franco-allemandes après la Première Guerre Mondiale. 10 Novembre 1918 - 10 Janvier 1925 de l'exécution à la négociation* (Publication de la Sorbonne, Série internationale Bd. 8), Paris 1980.

³¹ Hood, Robert Emmett Jr.: *Sanction diplomacy: Britain and French Rhine policy, 1920-1924* Part 1, Washington DC 1975.

³² Nelson, Keith: *Victors divided. America and the Allies in Germany. 1918-1923*, Berkeley 1975.

³³ McDougall, Walter A.: *France's Rhineland Diplomacy*, Princeton 1978.

Truppen 1929 untersuchten. Neben der allgemeinen militärhistorisch ausgerichteten Studie des Imperial War Museums³⁴, ist vor allem die präzise Monographie von David Williamson zu nennen³⁵. Williamson untersuchte zwar auch britische Aktivitäten außerhalb des Rheinlandes, jedoch steht die Rheinlandbesetzung im Mittelpunkt der Untersuchung. Wertvoll ist seine Studie besonders in Hinblick auf die Auswertung der französischen und britischen Quellen, hier vor allem die Akten des britischen Kriegs- und Außenministeriums. 2007 erschien eine weitere Publikation zur britischen Besetzung in Deutschland von Margaret Pawley mit dem Titel „The Watch on the Rhine“³⁶; wie die Studie des Imperial War Museums eine militärgeschichtliche Darstellung.

Mit dem Sammelband „Deutsche und Franzosen am Rhein 1789 – 1918 – 1945“³⁷ stand für die Zeit nach 1918 erneut die Besatzungspolitik Frankreichs³⁸ und erstmals die Kulturpolitik³⁹ im Mittelpunkt der neueren Forschung. Franziska Wein intensivierte die Forschung zur Propaganda während der Rheinlandbesetzung und verfasste eine umfassende Studie zu diesem Thema. Sie wies unter anderem auf die Bedeutung der Geschichtspropaganda und die deutsche Gegenpropaganda hin und zeigte anhand der Akten des französischen Außenministeriums die Ziele und Formen der französischen Politik der „Pénétration pacifique“⁴⁰. Anna-Monika Lauter, inspiriert von der Arbeit Weins, untersuchte die Rheinlandpolitik im Spiegel der französischen Öffentlichkeit und gab mit

³⁴ Imperial War Museum: The Occupation of The Rhineland. 1918-1929. Facsimile Edition with Introduction by Dr G M Bayliss, London 1987.

³⁵ Williamson: British.

³⁶ Pawley, Margaret: The Watch on the Rhine. The Military Occupation of the Rhineland, 1918-1930, New York 2007.

³⁷ Hüttenberger/Molitor: Franzosen.

³⁸ Köhler, Henning: Französische Besatzungspolitik 1918-1923, in: Hüttenberger, Peter/Molitor, Hansgeorg (Hgg.): Franzosen und Deutsche am Rhein 1789-1918-1945 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens Bd. 23), Essen 1989, S. 113-126.

³⁹ Brunn, Gerhard: Französische Kulturpolitik in den Rheinlanden nach 1918 und die Wiesbadener Kunstausstellung des Jahres 1921, in: Hüttenberger, Peter/Molitor, Hansgeorg (Hgg.): Franzosen und Deutsche am Rhein 1789-1918-1945 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens Bd. 23), Essen 1989, S. 219-241.

⁴⁰ Wein, Franziska: Deutschlands Strom - Frankreichs Grenze. Geschichte und Propaganda am Rhein 1919-1930 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens Bd. 33), Essen 1992.

ihrer Arbeit wichtige Impulse für eine mentalitätsgeschichtliche Herangehensweise⁴¹.

Wenige Jahre später veröffentlichte das Bundesarchiv einen Sammelband zur vergleichenden Darstellung der Geschichte des Rheinlandes⁴². Darin enthalten sind zentrale Aufsätze zur Rheinlandpolitik der Franzosen von Jacques Bariéty⁴³, zur Bedeutung der Besetzung für Preußen von Hennig Köhler⁴⁴ und zur französischen Kulturpolitik und Propaganda⁴⁵, sowie eine kommunale Studie zur Stadt Koblenz von Anton Golecki⁴⁶.

Zu der neueren Literatur zählt die Publikation von Christoph Steegmans, der neben einer zusammenfassenden Darstellung der Rheinlandbesetzung eine präzise Untersuchung zu den Kosten und finanziellen Folgen der Rheinland- und Ruhrbesetzung vorgenommen hat⁴⁷. Zuletzt erschien ein Aufsatz von Andreas Rödder zu den Möglichkeiten und Grenzen einer deutsch-französischen Verständigung zwischen den Weltkriegen⁴⁸.

⁴¹ Lauter: Sicherheit.

⁴² Koops, Tilman/Vogt, Martin (Hgg.): Das Rheinland in zwei Nachkriegszeiten 1919-1930 und 1945 - 1949. Ergebnisse einer Tagung des Bundesarchivs in der Universität Trier vom 12. bis 14. Oktober 1994, Koblenz 1995.

⁴³ Bariéty, Jacques: Die französische Besatzungspolitik im Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg. Historisch-politische Mythen und geostrategische Realitäten, in: Koops, Tilman/Vogt, Martin (Hgg.): Das Rheinland in zwei Nachkriegszeiten 1919-1930 und 1945-1949. Ergebnisse einer Tagung des Bundesarchivs in der Universität Trier vom 12. bis 14. Oktober 1994, Koblenz 1995, S. 5-18.

⁴⁴ Köhler, Henning: Preußen und die Rheinlandbesetzung 1919-1930, in: Koops, Tilman/Vogt, Martin (Hgg.): Das Rheinland in zwei Nachkriegszeiten 1919-1930 und 1945-1949. Ergebnisse einer Tagung des Bundesarchivs in der Universität Trier vom 12. bis 14. Oktober 1994, Koblenz 1995, S. 39-55.

⁴⁵ Kreutz, Wilhelm: Französische Rheintheorie und französische Kulturpolitik im besetzten Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg, in: Koops, Tilman/Vogt, Martin (Hgg.): Das Rheinland in zwei Nachkriegszeiten 1919-1930 und 1945-1949. Ergebnisse einer Tagung des Bundesarchivs in der Universität Trier vom 12. bis 14. Oktober 1994, Koblenz 1995, S. 19-37.

⁴⁶ Golecki, Anton: Koblenz in der amerikanischen und französischen Besatzungszeit 1918-1930, in: Koops, Tilman/Vogt, Martin (Hgg.): Das Rheinland in zwei Nachkriegszeiten 1919-1930 und 1945-1949. Ergebnisse einer Tagung des Bundesarchivs in der Universität Trier vom 12. bis 14. Oktober 1994, Koblenz 1995, S. 75-89.

⁴⁷ Steegmans, Christoph: Die finanziellen Folgen der Rheinland- und Ruhrbesetzung 1918 - 1930, Stuttgart 1999.

⁴⁸ Rödder, Andreas: Zwischen Besatzung und Besetzung. Möglichkeiten und Grenzen deutsch-französischer Verständigung zwischen den Weltkriegen, in: Felten, Franz J. (Hg.): Frankreich am Rhein - vom Mittelalter bis heute (Mainzer Vorträge 13), Stuttgart, 2009, S. 199-216.

Mit der Dissertation von Martin Süss⁴⁹ zur französischen Besetzung Rheinhessens erschien 1988 die erste regionale Untersuchung zur alliierten Besetzung nach dem Ersten Weltkrieg seit Helmut Naunins rechtswissenschaftlicher Dissertation über die Besetzung Duisburgs von 1930⁵⁰. Süss zog dabei erstmals intensiv Quellen aus den französischen Archiven zu seiner Forschung heran. Es folgten weitere regionale Studien, die hauptsächlich Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz zum Gegenstand hatten. Helmut Gembries legte 1992 eine verwaltungsgeschichtliche Abhandlung zur besetzten Pfalz vor⁵¹, 1994 erschien die bereits erwähnte Studie zu Koblenz⁵², 1996 folgte eine Darstellung der Ereignisse in der Pfalz von Günter Zerfass⁵³ und schließlich wurde 1999 ein Sammelband zur Pfalz von Wilhelm Kreutz und Karl Scherer herausgegeben⁵⁴. Thorsten Stötzers Magisterarbeit zur Geschichte der Besetzung des Landkreises St. Goarshausen wurde 2004 veröffentlicht⁵⁵. Trotz der umfangreichen und detaillierten Darstellung fehlt der Monographie leider der wissenschaftliche Anmerkungsapparat, obwohl die archivalischen Quellen im Anhang im Einzelnen genannt werden. Insgesamt nimmt die Publikation eher Züge einer populärwissenschaftlichen Arbeit an.

2010 erschienen zwei Aufsätze zu regionalen Studien in Nordrhein-Westfalen. Iris Limburger untersuchte die Auswirkungen der Besetzung auf Köln und

⁴⁹ Süss, Martin: Rheinessen unter französischer Besetzung. Vom Waffenstillstand im November 1918 bis zum Ende der Separatistenunruhen im Februar 1924 (Geschichtliche Landeskunde Bd. 31), Stuttgart 1988.

⁵⁰ Naunin, Helmut: Die Besetzung der Stadt Duisburg durch belgische und französische Truppen nach dem Weltkriege. Eine völkerrechtliche Untersuchung, Berlin 1930.

⁵¹ Gembries, Helmut: Verwaltung und Politik in der besetzten Pfalz zur Zeit der Weimarer Republik, Beiträge zur pfälzischen Geschichte Bd. 4, Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde, Kaiserslautern 1992.

⁵² Golecki: Koblenz.

⁵³ Zerfass, Günter: Die Pfalz unter französischer Besetzung von 1918 bis 1930. Kalendarische Darstellung der Ereignisse vom Einmarsch im November 1918 bis zur Räumung am 1. Juli 1930, 3. Aufl. Koblenz 1996.

⁵⁴ Kreutz, Wilhelm/Scherer, Karl (Hgg.): Die Pfalz unter französischer Besetzung (1918-1930), (Beiträge zur pfälzischen Geschichte Bd. 15), Kaiserslautern 1999.

⁵⁵ Stötzer, Thorsten: Landkreis St. Goarshausen in der französischen Besetzungszeit 1918-1929, Koblenz 2004.

die Nordeifel⁵⁶, während Margrit Schulte Beerbühl in Dortmund forschte⁵⁷. Die einzige hessische Veröffentlichung ist die populärwissenschaftliche Darstellung Franz Luschbergers über die französische Besatzung Hochheim am Mains aus dem Jahr 2001⁵⁸.

Überblickt man die regionalen Studien zur Besatzungszeit nach dem Ersten Weltkrieg, so überwiegen kürzere Darstellungen in Form von Aufsätzen und populärwissenschaftliche Publikationen. Gembries Untersuchung ist auf die Verwaltungsebene fokussiert und Süss' Arbeit untersucht nur den Zeitraum vom Waffenstillstand 1918 bis zur Aufgabe der Separatisten im Frühjahr 1924.

⁵⁶ Limburger, Iris: Die Rheinlandbesetzung nach dem Ersten Weltkrieg. Leben unter alliierter Besatzungsherrschaft in Köln und in der Eifel, 1918-1926, in: *Geschichte in Köln* 57 (2010), S. 93-118.

⁵⁷ Schulte Beerbühl, Margrit: Dortmund unter französischer Besatzung (1923-1924). Erfahrungen und Erinnerungen an die Grenze, in: Ellerbrock, Karl-Peter (Hg.): *Erster Weltkrieg, Bürgerkrieg und Ruhrbesetzung. Dortmund und das Ruhrgebiet 1914/18-1924*, Dortmund 2010, S. 67-119.

⁵⁸ Luschberger, Franz: *Die französische Besatzung 1918-1930. Eine historische Dokumentation, Hochheim am Main 2001.*

1.4. Aufbau und Struktur der Arbeit

Der Hauptteil der Arbeit ist in fünf Kapitel gegliedert und folgt einer chronologischen Struktur. Zum Verständnis der Vorgeschichte der Stadt und den Bedingungen, die zur Besetzung Wiesbadens führten, werden im 2. Kapitel die außen- und innenpolitischen Verhältnisse im Deutschen Reich am Ende des Ersten Weltkriegs und während der Revolution erörtert. Es folgt ein Überblick zur Stadtgeschichte, der Hintergründe zur Struktur der Kurstadt aufzeigen soll. Eine Untersuchung zur Revolution in Wiesbaden beschließt dieses Kapitel und zeigt Wiesbaden kurz vor dem Eintreffen der ersten Besatzungstruppen.

Das 3. Kapitel beschäftigt sich mit der Besetzung während der Phase des Waffenstillstands. Dieser Abschnitt wurde als eigenständiges Kapitel gestaltet, da in dieser Phase besondere völkerrechtliche Bedingungen vorherrschten. In dieser Frühphase wurden die Grundlagen für die weitere Besatzungszeit gelegt. Der Schwerpunkt liegt in der Untersuchung der Auswirkungen auf die Verwaltung, die Wirtschaft und die Erfahrungen der Einwohner mit den Soldaten in der direkten Nachkriegszeit. Dabei sind die Polizeiverordnung von 1918 und der Separatistenputsch 1919 von entscheidender Bedeutung.

Mit der Ratifizierung des Versailler Vertrages und des Rheinlandabkommens veränderte sich die rechtliche Stellung der besetzten Gebiete und neue Verwaltungsstrukturen wurden geschaffen. Das Kapitel 4 umfasst die französische Besatzungszeit mit dem Beginn des Friedenszustands bis zum Abzug der französischen Truppen 1925. Zu Beginn des Kapitels setzt sich die Arbeit mit den bereits erwähnten grundlegenden Vertragswerken und ihrer Bedeutung für die Stadt Wiesbaden auseinander. Es folgen weitere Abschnitte, welche die Auswirkungen der französischen Besatzung, der Ruhrkrise und der außenpolitischen Prozesse auf die Stadt und ihre Einwohner untersuchen.

Mit dem Abzug der Franzosen wurde die Stadt mit britischen Truppen belegt, die bis 1929 in Wiesbaden blieben. Die außen- und innenpolitische Situation entspannte sich nach den Locarno-Verträgen. Das 5. Kapitel erörtert die Auswirkungen der britischen Besatzung auf die Stadt im „Geist von Locarno“. Wie entwickelte sich die Stadt nach über sieben Jahren Besetzung? Gab es Unterschiede im Umgang mit den britischen Soldaten im Vergleich zu den Franzosen?

Das letzte Kapitel des Hauptteils blickt auf die kurze Phase zwischen dem Abzug der Briten 1929 und der endgültigen Räumung des Rheinlandes am 30. Juni 1930. Wiesbaden wird Sitz der Internationalen Rheinlandkommission und

erhält erneut eine französische Besatzung, die jedoch relativ klein ist. Im Zentrum dieses Kapitels steht die Entwicklung Wiesbadens sowie die Diskussion um die Rheinlandräumung und die sogenannten „Befreiungsfeiern“.

Wenngleich der Blick in dieser Studie immer auf die Stadt Wiesbaden gerichtet bleibt, so waren die politischen Rahmenbedingungen, die durch die Alliierten, das Reich und das Land Preußen gegeben waren, doch von großer Bedeutung und werden in die Diskussion miteinbezogen.

2. Kapitel: Vom europäischen „Luxusbad“ zur besetzten Stadt – Vorgeschichte und Anlass der Besetzung Wiesbadens

2.1. Kriegsende und Revolution – Das Ende der Monarchie

2.1.1. Oktoberreformen, Waffenstillstand und französische Sicherheitspolitik

Im Sommer 1918 zeichnete sich an der Westfront die endgültige militärische Niederlage des Deutschen Reiches und somit ein Ende des Krieges ab⁵⁹. Mit der letzten Offensive am 17. Juli 1918 und der tags darauf folgenden französischen Gegenoffensive, wurden die deutschen Truppen zum Rückzug in die Stellungen von 1917 gezwungen. Die kommenden Monate bedeuteten weitere Korrekturen des Frontverlaufs nach Osten. Die materielle Überlegenheit der Entente und die Erschöpfung der deutschen Truppen führten zum militärischen Zusammenbruch.

Während der Lagebesprechung der Obersten Heeresleitung (OHL) am 29. September 1918 in Spa musste die OHL die militärische Niederlage eingestehen.

⁵⁹ Vgl. Storz, Dieter: „Aber was hätte anders geschehen sollen?“. Die deutschen Offensiven an der Westfront 1918, in: Duppler, Jörg/Groß, Gerhard P. (Hgg.): Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung (Beiträge zur Militärgeschichte Bd. 53), München 1999, S. 51-95. Der Verlauf und das Ende des Ersten Weltkrieges ist Gegenstand einer umfangreichen Forschungsliteratur. Dieses Kapitel soll eine kurze Einführung darstellen. Zur weiteren Information verweise ich auf die Darstellungen bei Berghahn, Volker R.: Der Erste Weltkrieg, München 2003; Mommsen, Wolfgang J.: Die Urkatastrophe Deutschlands. Der Erste Weltkrieg 1914-1918, Stuttgart 2002; Michalka, Wolfgang (Hg.): Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München 1994; Salewski, Michael: Der Erste Weltkrieg, Paderborn 2003; Schöllgen, Gregor/Kießling, Friedrich: Das Zeitalter des Imperialismus (Oldenbourg Grundriss der Geschichte Bd. 15), 5. Aufl. München 2009. Zur „Kultur der Niederlage“ siehe Schivelbusch, Wolfgang: Die Kultur der Niederlage. Der amerikanische Süden 1865 - Frankreich 1871 - Deutschland 1918, Berlin 2001.

General Ludendorff⁶⁰ betonte „die unabwiesbare Dringlichkeit des Waffenstillstandes“⁶¹ und drängte den anwesenden Staatssekretär des Auswärtigen dazu, Gespräche mit den Alliierten aufzunehmen. Die Niederlage der Verbündeten, die „Notlage im Innern“⁶² und die eigene militärische Lage an der Westfront ließen seiner Meinung nach keine andere Möglichkeit zu. Die Anwesenden sprachen sich für eine „Revolution von oben“⁶³ aus und unterstützten aus taktischen Gründen den bereits von SPD und liberalem Bürgertum geforderten Demokratisierungsprozess⁶⁴.

Auf Drängen der OHL beauftragte der deutsche Kaiser schließlich Prinz Max von Baden mit der Bildung einer neuen Regierung, die am 3. Oktober 1918 an den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson⁶⁵ telegrafierte, um auf Grundlage seines 14-Punkte-Programms einen Frieden herbeizuführen⁶⁶.

In seinem 14-Punkte-Programm forderte Präsident Wilson offene Friedensverträge und die Abschaffung der Geheimdiplomatie, freie Schifffahrt auf den Meeren, Beseitigung wirtschaftlicher Schranken für den Handel, Abrüstung, Räumung des russischen Gebietes, die Wiederherstellung Belgiens, Aufgabe der von Deutschland besetzten Gebiete und Rückgabe Elsaß-Lothringens, die „Berichtigung“ der italienischen Grenze anhand nationaler Zugehörigkeit, autonome Entwicklung der Völker Österreich-Ungarns, Neuordnung und Klärung der Balkanfrage, Souveränität des türkischen Teils

⁶⁰ Erich Ludendorff, geb. am 9.4.1865 in Kruszewina/Posen, gest. am 20.12.1937 in Tutzing. Ludendorff war preußischer Offizier und stieg während des Ersten Weltkriegs in der Obersten Heeresleitung auf und wurde Erster Quartiermeister. In der Weimarer Republik war er politisch aktiv und betätigte sich in der völkischen Bewegung. Er beteiligte sich am Kapp-Putsch 1920 und Hitler-Putsch 1923. Sein politischer Einfluss blieb gering. Benz/Graml: *Lexikon*, S. 212f.

⁶¹ Aus den Aufzeichnungen von Hintzes. Schwabe, Klaus (Hg.): *Quellen zum Friedensschluss von Versailles, Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit* Bd. 30, Darmstadt 1997, S. 52.

⁶² Schwabe: *Quellen*, S. 52.

⁶³ Schwabe: *Quellen*, S. 52.

⁶⁴ Büttner: *Weimar*, S. 31.

⁶⁵ Thomas Woodrow Wilson, geb. am 28.12.1856 in Staunton (Virginia), gest. am 3.2.1924 in Washington (D.C.). Wilson war Politiker der Demokratischen Partei und Professor für Rechtswissenschaften und Nationalökonomie. Während seiner Präsidentschaft zwischen 1912 und 1921 setzte er sich für Sozialreformen und die Belange von Gewerkschaften und Arbeitern ein. Nach dem Ersten Weltkrieg setzte er sich für eine neue Friedensordnung und die Einrichtung des Völkerbundes ein. Er erhielt den Friedensnobelpreis für das Jahr 1919. Brockhaus Enzyklopädie in 30 Bänden, Bd. 30, 21. Aufl. Leipzig/Mannheim 2006, S. 119ff.

⁶⁶ Schwabe: *Quellen*, S. 54.

des Osmanischen Reichs und autonome Entwicklung der sonstigen Nationalitäten, Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates, sowie die Bildung einer „allgemeine[n] Gesellschaft von Nationen“⁶⁷.

Auf der Basis dieses 14-Punkte-Programms erhoffte sich die deutsche Regierung gleichberechtigte Verhandlungen und einen größeren politischen Bewegungsspielraum. Die USA waren mit den Alliierten assoziiert und keine offiziellen Mitglieder der Entente, weshalb man in Wilson einen neutraleren Verhandlungspartner sah, der mildere Bedingungen stellen würde, als die britische oder französische Regierung⁶⁸.

Das Waffenstillstandsersuchen vom 4. Oktober 1918 an den amerikanischen Präsidenten Wilson wurde am Folgetag öffentlich bekanntgegeben. Das offizielle Eingeständnis, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen war, wirkte destabilisierend auf das politische und soziale System des Reiches. Die deutsche Öffentlichkeit war durch die amtliche Propaganda und Zensur relativ unvorbereitet gewesen. Obwohl die nachlassende Zensur 1918 und informelle Informationswege zu einer anderen Darstellung des Kriegsverlaufs geführt hatten⁶⁹, glaubten noch große Bevölkerungsteile an einen Sieg und waren von der Meldung schockiert.

Als die Nachricht von der militärischen Niederlage publik wurde, forderte die kriegsmüde Bevölkerung einen schnellen Frieden herbeizuführen. Dies musste nicht unbedingt ein Ende der Monarchie bedeuten, jedoch sollte sie auch nicht einem Friedensschluss im Wege stehen⁷⁰.

Aufgrund der Reden Wilsons und dem Inhalt des 14-Punkte-Programms, wurde eine positive Erwartungshaltung gegenüber den Ergebnissen der Waffenstillstandsverhandlungen und einem späteren Friedensschluss in der deutschen Öffentlichkeit eingenommen. Die deutsche Presse verstärkte diese Wahrnehmung, ohne dass in der deutschen Öffentlichkeit eine inhaltliche Auseinandersetzung erfolgte. Als schließlich die Waffenstillstandsbedingungen bekannt

⁶⁷ Schwabe: Quellen, S. 47ff.

⁶⁸ Vgl. Bariéty, Jacques/Poidevin, Raymond: Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815 - 1975, München 1982, S. 296.

⁶⁹ Wilke, Jürgen: Presseanweisungen im zwanzigsten Jahrhundert. Erster Weltkrieg - Drittes Reich -DDR (Medien in Geschichte und Gegenwart Bd. 24), Köln/Weimar/Wien 2007 und Daniel, Ute: Informelle Kommunikation und Propaganda in der deutschen Kriegsgesellschaft, in: Quandt, Siegfried (Hg.): Der Erste Weltkrieg als Kommunikationsereignis. Medien – Kommunikation – Geschichte Bd. 1, Gießen 1993, S. 76 - 94.

⁷⁰ Kolb: Weimar, S. 4.

gemacht wurden, schockierten diese die Bevölkerung und verstärkte die ablehnende Haltung weiter Gesellschaftskreise⁷¹.

In den folgenden Wochen fand ein reger Austausch von Noten zwischen den USA und Deutschland statt. Der Notenaustausch ließ keine Zweifel an den Forderungen der Alliierten und der USA für die Bedingungen eines Waffenstillstandes aufkommen⁷². Deutschland würde alle eroberten Gebiete zurückgeben müssen und die Regierung müsste auf der Grundlage einer demokratischen Verfassung gebildet sein. Die militärischen Möglichkeiten würden beschränkt werden. Die deutsche Seite bestätigte ausdrücklich die Annahme des 14-Punkte-Programms als Basis von Waffenstillstandsverhandlungen und betonte, dass die jetzige Regierung die Unterstützung des Reichstages und somit „des deutschen Volkes“⁷³ habe.

Mit der neuen Regierung unter Max von Baden wurden die Mehrheitsparteien des Reichstags in die Regierung eingebunden und eine Verfassungsänderung durchgeführt, welche das Deutsche Reich zu einer parlamentarischen Monarchie umformte. Am 28. Oktober 1918 wurden im Deutschen Reichstag die nötigen Verfassungsänderungen verabschiedet und somit ein parlamentarisches System etabliert, in dem der Reichskanzler das Vertrauen des Reichstags bedurfte und dem Parlament gegenüber verantwortlich war⁷⁴. Dem Kaiser und der OHL wurde die militärische Kontrolle jedoch nicht entzogen⁷⁵. Die sogenannte „Oktoberreform“ wurde von der Öffentlichkeit wenig beachtet. Zum einen stand das Ende des Krieges im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses und zum anderen erweckten die Reformen den Eindruck, dass sie aufgrund außenpolitischen Drucks hastig

⁷¹ Lorenz, Thomas: "Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!". Der Versailler Vertrag in Diskurs und Zeitgeist der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 2008, S. 49f. Zur außenpolitischen Zielvorstellung Deutschlands und der öffentlichen Diskussion vgl. Grupp, Peter: Vom Waffenstillstand zum Versailler Vertrag. Die außen- und friedenspolitischen Zielvorstellungen der deutschen Reichsführung, in: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft (Studien zur Geschichte und Politik Bd. 251), Düsseldorf 1988, S. 285-302.

⁷² In einem französischen Memorandum vom 26. November 1918 werden die französischen Vorschläge für die Friedensbedingungen genannt. Dabei wird das Problem des Rheinlandes bereits in den Vordergrund gestellt und im Rahmen der Sicherheitslage diskutiert. In: Schwabe Quellen, S. 70-76.

⁷³ Schwabe: Quellen, S. 55f.

⁷⁴ Kolb: Weimar, S. 5.

⁷⁵ Büttner: Weimar, S. 32.

zustande kamen. So wurde der politische Wandel Deutschlands auch von den Alliierten infrage gestellt⁷⁶.

Am 5. November wandte sich Wilson an die deutsche Regierung und forderte sie in seiner Note auf, mit Marschall Ferdinand Foch⁷⁷ als Ermächtigtem der alliierten Regierungen Kontakt aufzunehmen und die Waffenstillstandsbedingungen zu erfahren⁷⁸. In dieser Note wurde das 14-Punkte-Programm noch einmal als Grundlage eines Friedensschlusses bestätigt. Die deutsche Seite wurde in ihrer Erwartungshaltung bestärkt, einen für sie gerechten Frieden zu verhandeln und ließ die andersgearteten Forderungen der Alliierten vollkommen außer Acht. Die großen Differenzen zwischen den Erwartungen und den tatsächlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages verstärkten in den Folgejahren die Ablehnung des Vertrags⁷⁹.

Deutschland sollte sich mit der Unterzeichnung bereiterklären, auf die bisherigen Friedensverträge zu verzichten, den Großteil der Flotte, alle U-Boote, schwere Waffen, Flugzeuge und zahlreiche Verkehrsmittel an die Alliierten zu übergeben. Im fünften Punkt des Vertrages wurde geregelt, dass sich das deutsche Heer binnen 15 Tagen über den Rhein zurückziehen und in einem Zeitraum von weiteren 16 Tagen eine neutrale Zone von zehn Kilometer breite östlich des Rheins räumen müsse. Des Weiteren besagte Artikel V, dass das linksrheinische Gebiet militärisch besetzt und die örtlichen Behörden unter Aufsicht der Besatzungstruppen der Alliierten und der Vereinigten Staaten gestellt werden würden. Darüber hinaus sollten die wichtigsten Rheinübergänge bei Köln, Koblenz und Mainz mit einem Brückenkopf von je 30 km Durchmesser besetzt werden⁸⁰. Somit würde auch Wiesbaden unter alliierte Kontrolle fallen und Teil des französischen Besatzungsgebietes werden.

⁷⁶ Vgl. Krüger, Peter: Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 37.

⁷⁷ Ferdinand Foch, geb. am 2.10.1851 in Tarbes, gest. am 20.3.1929 in Paris. Foch war während des Ersten Weltkriegs kommandierender General und später Nachfolger von Henri Philippe Pétain als französischer Generalstabschef. 1918 wurde Foch zum Marschall von Frankreich ernannt und übernahm das alliierte Oberkommando an der Westfront. *Dictionnaire de biographie française*, Bd. 14, Paris 1979, Sp. 153-157.

⁷⁸ Schwabe: Quellen, S. 68.

⁷⁹ Lorenz: Vertrag, S. 51.

⁸⁰ Marhefka, Edmund (Hg.): Der Waffenstillstand 1918-1919. Das Dokumenten-Material der Waffenstillstandsverhandlungen von Compiègne, Spa, Trier und Brüssel. *Notenwechsel/Verhandlungsprotokolle/Verträge/Gesamtstätigkeitsbericht*, 1. Band: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928, S. 27.

Dies entsprach in den strategischen Planungen Fochs den „minimalen“ Zielen, um bei einer

Die Besetzung der linksrheinischen Gebiete folgte den Forderungen Frankreichs, das während des Krieges und bis zum Versailler Vertrag die Gewinnung der Rheinlinie als ein strategisches Ziel festgesetzt hatte⁸¹. Für Marschall Foch stellte der Rhein die einzige natürliche und militärisch wirksame Grenze dar⁸². Die Besetzung der linksrheinischen Gebiete sollte primär eine erneute militärische Aggression Deutschlands nach Westen verhindern. Das Rheinland würde wirtschaftlich an den Westen gebunden werden, um den deutschen Staat nachhaltig zu schwächen und eine langfristige Friedenssicherung zu gewährleisten⁸³. Dabei sollte das linksrheinische Gebiet kein Teil Frankreichs werden, sondern ein staatliches Gebilde, das unter der militärischen Kontrolle Frankreichs stehen würde. Dafür setzte sich vor allem Marschall Foch vehement ein⁸⁴, der darin die einzige und entscheidende Möglichkeit sah, Deutschland nachhaltig zu schwächen⁸⁵.

Ablehnung des Friedensvertrages eine militärische Intervention in Deutschland durchführen zu können. Vgl. Generalstabskarten aus SHD 6N53.

⁸¹ Zur Diskussion der französischen Rheinlandpolitik während des Krieges und danach vgl. Köhler: Besatzungspolitik, S. 115; anders: Bariéty: relations, S. 26-32.

⁸² Aus den Aufzeichnungen Fochs: „Pour les nations occidentales, le RHIN est la seule frontière militaire naturelle offrant ainsi une protection sérieuse aux troupes de couverture.“ SHD 4N92, Dossier 1.

⁸³ SHD 4N92, Dossier 1. Bericht von General Le Rond „Etude sur le Regime futur des pays de la rive gauche du Rhin.“, vom 17. November 1918. Aus den Aufzeichnungen Marschall Fochs. Siehe auch: Soutou, Georges-Henri: Die Kriegsziele des Deutschen Reiches, Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten während des Ersten Weltkrieges: ein Vergleich, in: Michalka: Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, Piper München/Zürich 1994, S. 35.

⁸⁴ Zur Haltung Fochs vgl. Becker, Jean-Jacques: Frankreich und der gescheiterte Versuch, das Deutsche Reich zu zerstören, in: Krumeich, Gerd (Hg.): Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte Bd. 14), Essen 2001, S. 65-70. Siehe auch die Note Fochs vom 10. Januar 1919 in: Schwabe: Quellen, S. 93-97.

⁸⁵ Foch legte seine Überlegungen bei einem britisch-französischen Treffen am 30. November 1918 dar. Er forderte die Gründung eines rheinischen „Pufferstaates“, der zusammen mit Frankreich, Belgien und Luxemburg ein Gegengewicht zu Deutschland darstellen würde. Auf die Frage von Lloyd George, wie diese Pläne mit Wilsons 14-Punkte-Programm in Einklang zu bringen seien, antwortete Foch, dass dies arrangiert werden könnte. Er plante die Einwohner des Rheinlandes zu gewinnen, indem sie am wirtschaftlichen System Frankreichs angeschlossen würden. Es sei attraktiver, so Marschall Foch, zu den Siegern als zu den Besiegten zu gehören. Die anderen alliierten Regierungen verweigerten jedoch diesen Plänen ihre Zustimmung. Lloyd George verwies darauf, dass diese Politik nur die Revanche-Gefühle Deutschlands verstärken würden, ähnlich wie dies 1871 mit der Abtretung Elsaß-Lothringens an Deutschland für Frankreich der Fall gewesen war. Solche Forderungen wurden letztlich auch von Clemenceau zurückgewiesen und konnten während der alliierten

Am 8. November 1918 traf die deutsche Waffenstillstandskommission bei Compiègne in der Picardie mit Marschall Foch zusammen und unterzeichnete in der Nacht vom 10. auf den 11. November die alliierten Waffenstillstandsbedingungen⁸⁶. Wenngleich die OHL auf einen sofortigen Waffenstillstand gedrängt hatte, wurde der Vertrag von Gesandten der neuen Regierung unterzeichnet. Dies verschleierte die Verantwortung der OHL und leistete der rechten Propagandalüge Vorschub, das Deutsche Reich sei nicht vom Feind, sondern im Zuge der Revolution durch einen „Dolchstoß“ in den Rücken der Armee besiegt worden⁸⁷.

Der Waffenstillstand war zeitlich befristet geschlossen worden und wurde im Dezember 1918⁸⁸ und im Januar und Februar 1919⁸⁹ verlängert. Bis zur Ratifizierung des Friedensvertrages und des Rheinlandabkommens⁹⁰ war der Waffenstillstandsvertrag die völkerrechtliche Grundlage für die Besetzung des Rheinlandes.

Verhandlungen nicht gegen die Verbündeten durchgesetzt werden. Vor allem der amerikanische Präsident Wilson hatte mit seinen Vorstellungen einer Nachkriegsordnung und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker klare Aussagen getroffen. Siehe Schwab: Quellen, S. 77f. Zur zeitgenössischen Darstellung siehe Kuske, Bruno: Rheingrenze und Pufferstaat, eine volkswirtschaftliche Betrachtung, Bonn 1919.

⁸⁶ Poidevin: Frankreich, S. 297f.

⁸⁷ Zur „Dolchstoßlegende“ siehe: Barth, Boris: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914–1933, Düsseldorf 2003; Petzold, Joachim: Die Dolchstoßlegende: Eine Geschichtsfälschung im Dienst des deutschen Imperialismus und Militarismus, Berlin 1963; Sammet, Rainer: Deutschland und die Auseinandersetzung mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg (1918 - 1933), Berlin 2003 und Schivelbusch: Kultur, S. 245-249.

⁸⁸ Marhefka: Waffenstillstand, S. 130f.

⁸⁹ Marhefka: Waffenstillstand, S. 182-188 und S. 260f.

⁹⁰ Vogels, Werner (Hg.): Die Verträge über Besetzung und Räumung des Rheinlandes und die Ordonnanzen der Interalliierten Rheinlandoberkommission in Coblenz. Textausgabe der Verträge und der Ordonnanzen 1 bis 302 und der Anweisungen 1 bis 26 in Französisch und Deutsch nebst einer Karte des besetzten Gebiets. Bearbeitet und mit Erläuterungen versehen von Dr. Werner Vogels, Regierungsrat im Reichsministerium für die besetzten Gebiete, Berlin 1925, S. 44-51.

2.1.2. Die Novemberrevolution

Die Revolution im November 1918⁹¹ war der Endpunkt einer Entwicklung, in der sich eine Entfremdung der Bevölkerung von dem herrschenden System abzeichnete. Politische und soziale Modernisierungen waren überfällig. Die wirtschaftliche, militärische und psychische Belastung durch den Krieg überforderte weite Teile der deutschen Bevölkerung und führte zu einem Vertrauensverlust⁹².

Die Zivilbevölkerung und die Wirtschaft litten von Jahr zu Jahr zusehends an der schwierigen Versorgungslage mit Lebensmitteln und Rohstoffen. Deutschland importierte vor dem Krieg etwa ein Drittel aller Lebensmittel. Die Blockade der Royal Navy sorgte zudem für eine weitere Einschränkung des Handels mit neutralen Staaten. Die Güter- und Lebensmittelknappheit hatte stetig steigende Preise zur Folge und förderte einen regen Schwarzmarkthandel, der diejenigen begünstigte, die über ein überdurchschnittliches Einkommen verfügten oder Tauschwaren besaßen. Dies steigerte die Unzufriedenheit und rief soziale Konflikte hervor⁹³.

⁹¹ Aufgrund der umfangreichen Literatur zur Entstehung der Weimarer Republik, der Revolution und den Arbeiter- und Soldatenräten, wird an dieser Stelle eine Auswahl getroffen. Zur Diskussion in der Fachliteratur siehe einführend Gessner, Dieter: Die Weimarer Republik (Kontroversen um die Geschichte), Darmstadt 2002, S. 24ff.

Weitere Literatur: Büttner: Weimar; Kluge, Ulrich: Die deutsche Revolution 1918/1919.

Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt am Main

1985; Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik, München 2009; Neitzel, Sönke: Weltkrieg und Revolution. 1914-1918/19 (Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert Bd. 3), Berlin 2008;

Winkler, Heinrich August: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918-1924, Berlin 1985; ders.: Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Republik, München 1994; Wirsching, Andreas: Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, München 2001.

Einen kurzen Überblick über die politische Entwicklung und den Demokratisierungsprozess im Kaiserreich bei Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Der Zusammenbruch der Monarchie und die Entstehung der Weimarer Republik, in: Bracher, Karl Dietrich (Hg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Düsseldorf 1987, S. 17-43, hier S. 17-26.

Zeitgenössische Darstellungen und Interpretationen zum Zusammenbruch siehe UuF Bd. 3, S. 222-236 und Bernstein, Eduard: Die deutsche Revolution von 1918/19. Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik (hrsg. und eingeleitet von Heinrich August Winkler und annotiert von Teresa Löwe), Bonn 1998.

⁹² Büttner: Weimar, S. 33.

⁹³ Neitzel: Weltkrieg, S. 131-137.

Die Millionen Soldaten, die im Krieg kämpften, standen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung und schwächten die Landwirtschaft nachhaltig. Die schlechten Ernten der Kriegsjahre und die Unfähigkeit der Reichsleitung die Vergabe von Nahrungsmitteln effektiv und gerecht zu organisieren, verschlechterten zunehmend die Versorgungslage und den Gesundheitszustand der Bevölkerung. Tausende starben an Lungenentzündung und Tuberkulose. 1918 brach die Spanische Grippe aus, welche die Zahl der Toten und Erkrankten zusätzlich erhöhte. Die Zahlen der Opfer durch Unterernährung und Krankheit wurden von offizieller Seite mit 763.000 Menschen angegeben⁹⁴.

Trotz der Verfassungsänderung⁹⁵ und dem lauter werdenden Ruf nach Abdankung des Kaisers, waren Wilhelm II. und Teile des Militärs nicht bereit, sich dem Willen der Reichsregierung zu unterwerfen. So reiste der Kaiser am 29. Oktober ins Hauptquartier nach Spa und entzog sich damit der neuen Reichsleitung. Die Marineleitung plante ein Auslaufen der Flotte, um sich eine letzte Schlacht mit den Briten zu liefern. Dies war der Anlass für tausende Matrosen auf den Schiffen vor Kiel und Wilhelmshaven, sich den Befehlen zu widersetzen.

Etwa tausend Matrosen wurden infolge der Meuterei und den beginnenden Unruhen in Wilhelmshaven und Kiel verhaftet. Es folgten Kundgebungen, bei denen die Freilassung der Matrosen gefordert wurde und in deren weiteren Verlauf es zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und dem Militär kam. Die Aufständischen bewaffneten sich und bildeten den ersten Soldatenrat. Die Bewegung verbreitete sich rasend schnell. Es bildeten sich in den Garnisonen Soldatenräte und in den Fabriken Arbeiterräte, wobei sie von örtlichen Funktionären der MSPD, USPD und den Gewerkschaften unterstützt wurden. Sie folgten aber keiner durchgängigen politischen Leitvorstellung, sondern forderten zuerst nur die Freilassung der Verhafteten, dann jedoch auch ein Ende des Krieges. Schließlich war die Marineleitung gezwungen zu verhandeln, aber weder ihr noch den Gesandten der Reichsregierung gelang es, die Bewegung einzudämmen⁹⁶.

⁹⁴ UuF Bd. 1, S. 283-288.

⁹⁵ Siehe Kapitel 2.1.1.

⁹⁶ Eine umfassende Darstellung der Revolution in Kiel findet sich bei: Kluge, Ulrich: Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft Bd. 14), Göttingen 1975, S. 32-48.

Von der Revolution in Kiel am 4. November 1918 dauerte es nur wenige Tage bis in den anderen Großstädten und Städten des Reiches ebenfalls Arbeiter- und Soldatenräte gebildet wurden. Die revolutionäre Bewegung wurde nicht zentral gesteuert oder folgte gar einer geplanten politischen Aktion, sondern war eine spontane Bewegung, die in der Unzufriedenheit und Kriegsmüdigkeit gründete. Dies führte zu einem Zusammenbruch der Gewalten; die Arbeiter- und Soldatenräte ersetzten die staatliche Ordnungsmacht und übten die Exekutivgewalt aus⁹⁷.

Während die Waffenstillstandsdelegation unter der Leitung Matthias Erzbergers⁹⁸ nach Compiègne aufbrach, um vom 8. bis 11. November über den Waffenstillstand zu verhandeln, führte die revolutionäre Bewegung zum Regierungswechsel und zum politischen Umsturz. In Berlin versuchte der Reichskanzler Prinz Max von Baden den Kaiser zum Abdanken zu bewegen, um die parlamentarische Monarchie zu erhalten. Die SPD forderte am 7. November ultimativ die Abdankung des Monarchen, um den Forderungen der Bevölkerung entgegenzukommen. Am 9. November entschied sich Max von Baden ohne schriftliche Vollmacht, die Abdankung des Kaisers zu verkünden und übertrug Friedrich Ebert⁹⁹ das Amt des Reichskanzlers. Friedrich Ebert versprach eine Nationalversammlung einzuberufen, die über eine neue Verfassung entscheiden sollte und somit auch über die künftige Staatsform des Deutschen Reiches.

Noch am selben Tag gab Philipp Scheidemann¹⁰⁰, Fraktionsvorsitzender der SPD und Staatssekretär im Kabinett von Baden, die Abdankung des Kaisers be-

⁹⁷ Kolb: Republik, S. 6.

⁹⁸ Matthias Erzberger, geb. am 20.9.1875 in Buttenhausen, gest. am 26.8.1921 in Bad Griesbach. Erzberger war ausgebildeter Volksschullehrer und ab 1896 als Journalist tätig. 1903 zog er für die Zentrum-Partei in den Reichstag ein. Als Parlamentär unterzeichnete er den Waffenstillstandsvertrag am 11.11.1918 und war 1919 bis 1920 als Minister in verschiedenen Regierungen. 1921 fiel er einem politisch motivierten Attentat zum Opfer. Benz/Graml: Lexikon, S. 77f.

⁹⁹ Friedrich Ebert, geb. am 4.2.1871 in Heidelberg, gest. am 28.2.1925 in Berlin. Ebert war Sohn eines Schneidermeisters. In Bremen wurde er in den 1890er Jahren für die SPD aktiv und zeitweise Vorsitzender der Bremer SPD. 1913 trat er in den Reichstag ein und wurde 1916 Fraktionsvorsitzender der SPD. Am 9. November 1918 wurde er von Prinz Max von Baden zum Reichskanzler ernannt, einen Tag später Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten. 1919 wurde Ebert der erste Reichspräsident der Weimarer Republik und verstarb 1925 im Amt. Benz/Graml: Lexikon, S. 70.

¹⁰⁰ Philipp Scheidemann, geb. am 26.7.1865 in Kassel, gest. am 29.11.1939 in Kopenhagen. Scheidemann trat früh der SPD bei und engagierte sich in der Arbeiterbewegung. Er war als

kannt und rief die Republik ohne vorherige Absprache aus. Nur wenige Stunden später proklamierte Karl Liebknecht¹⁰¹ die „Freie Sozialistische Republik Deutschland“¹⁰².

Ebenfalls am 9. November erreichte die Revolution die Stadt Berlin. Arbeiter- und Soldatenräte wurden gebildet und eine provisorische Regierung bereits geplant. Angesichts dieser Situation entschied sich Ebert gegen die Bildung einer sozialdemokratisch-bürgerlichen Regierung und für eine Regierungsbildung mit der USPD. Eine Einigung wurde bereits am 10. November getroffen und der „Rat der Volksbeauftragten“ geschaffen¹⁰³. Die neue Reichsleitung wurde zu gleichen Teilen aus Mitgliedern der SPD und der USPD besetzt (Ebert, Scheidemann und Landsberg von der SPD sowie Haase, Dittmann und Barth von der USPD)¹⁰⁴ und das Amt des Reichskanzlers abgeschafft. Die Mitglieder des Rates hatten alle die gleiche Entscheidungskompetenz und zudem enge Beziehungen zu den revolutionären Obleuten, Gewerkschaften und der Arbeiterschaft. Die Staatssekretäre blieben aber vorerst im Amt und führten ihre Aufgaben fort¹⁰⁵.

Die Versammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte begrüßte die Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien und wählte als Exekutive den Vollzugsrat, der wie der Rat der Volksbeauftragten paritätisch besetzt wurde. Er bestand aus je sieben Vertretern der SPD und der USPD sowie vierzehn Soldaten. Der Vollzugsrat sah mehrheitlich seine Aufgabe in der Unterstützung

Journalist und Politiker tätig. 1903 wurde er Mitglied des Reichstags und nur zehn Jahre später einer der Vorsitzenden der Reichstagsfraktion. Während des Ersten Weltkriegs setzte er sich für einen Verständigungsfrieden ein, wurde im Oktober 1918 nach der Verfassungsreform Staatssekretär und rief am 9. November 1918 die Deutsche Republik aus. Er war Mitglied des Rats der Volksbeauftragten und Präsident der ersten republikanischen Reichsregierung. Er konnte sich 1919 nicht gegen die Annahme des Versailler Vertrages durchsetzen und trat zurück. Zwischen 1919 und 1925 war er Oberbürgermeister von Kassel und emigrierte 1933 nach dem Wahlsieg der Nationalsozialisten. Benz/Graml: Lexikon, S. 286f.

¹⁰¹ Karl Liebknecht, geb. am 13.8.1871 in Leipzig, gest. am 15.1.1919 in Berlin. Liebknecht war lange Jahre Mitglied der SPD und Abgeordneter des preußischen Abgeordnetenhauses und später des Reichstags. Er war Mitbegründer des Spartakusbundes und der KPD und setzte sich 1918 für eine Räteregierung und die Fortführung der Revolution ein und wurde während eines gewaltsamen Aufstandes in Berlin im Januar 1919 erschossen. Benz/Graml: Lexikon, S. 210.

¹⁰² Büttner: Weimar, S. 35.

¹⁰³ Siehe UuF Bd. 3, S. 5-7.

¹⁰⁴ Kolb: Republik, S. 7.

¹⁰⁵ Büttner: Weimar, S. 37.

der Volksbeauftragten, jedoch kam es häufig zu Spannungen, da Kompetenzen nicht klar abgegrenzt waren. Auf die Initiative des Berliner Vollzugsrates wurden vom 16. bis 20. Dezember 1918 Delegierte aus dem gesamten Reich zum Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte geladen, um der Rätebewegung eine legitimierte Spitze zu wählen. Die Mehrheit der Delegierten waren Mitglieder der SPD. Befürworter einer dauerhaften Räteherrschaft waren deutlich in der Minderheit¹⁰⁶.

Der Kongress votierte mit großer Stimmenmehrheit für einen schnellen Übergang zu einer parlamentarischen Demokratie und setzte den 19. Januar 1919 als Termin für die Wahl zur Nationalversammlung fest und zeichnete somit den Weg zu einer parlamentarischen Republik vor¹⁰⁷. Die Mitglieder der USPD hatten damit eine politische Niederlage erlitten und konnten sich auch bei der Frage der Kompetenzverteilung zwischen Zentralrat und Volksbeauftragten nicht durchsetzen und überließen es der SPD, die Mitglieder des Zentralrates zu besetzen. Am 28. Dezember verließen sie auch den Rat der Volksbeauftragten¹⁰⁸. Dem Rat der Volksbeauftragten wurde am 18. Dezember die „gesetzgebende und vollziehende Gewalt“ übertragen. Der Rätekongress verstand sich als regionale und kommunale Stütze der Reichsregierung¹⁰⁹.

Die Reichsleitung hatte Unterstützung in den folgenden Monaten dringend nötig, da schwerwiegende Aufgaben bewältigt werden mussten. Neben der Umsetzung der Waffenstillstandsbedingungen, musste die drohende Hungersnot abgewendet werden, die Energieversorgung gesichert und die Millionen demobilisierten Soldaten wieder in das zivile Leben eingegliedert werden. Außerdem erwarteten die Anhänger der SPD eine gesellschaftliche Umstrukturierung durch Demokratisierung und Sozialisierung. Um die Krise zu bewältigen, sahen sich die Volksbeauftragten jedoch gezwungen, sich auf Teile des alten Systems zu stützen. Militärs, Beamte, Unternehmer und Landwirte waren für die Lösung

¹⁰⁶ Zur Debatte Nationalversammlung oder Räteherrschaft vgl. die Reden von Cohen-Reuß (SPD) und Däumigs (USPD) in: UuF Bd. 3, S. 39-47.

Die geringe Zahl der Befürworter eines Räteystems verwundert nicht, da der größte Teil der Arbeiterräte Mehrheitssozialdemokraten oder gemäßigte Mitglieder der USPD waren. Die Dominanz der sozialdemokratischen Parteien gründete auf der politischen Orientierung der jeweiligen Arbeiterschaft während der Konstituierung der Räte im November 1918. Vgl. Kolb: Republik, S. 170.

¹⁰⁷ Böckenförde: Zusammenbruch, S. 32f.

¹⁰⁸ Büttner: Weimar, S. 38f. und UuF Bd. 3, S. 50f.

¹⁰⁹ Kolb: Republik, S. 171.

der dringendsten Probleme unablässig¹¹⁰. So kam es entgegen der Forderung des Rätekongresses nicht zu einem Volksheer, sondern zu einem Bündnis zwischen Ebert und General Groener¹¹¹ und damit zu einem Fortbestand des Heeres in seiner alten Struktur¹¹².

Die Unternehmerwirtschaft und die Gewerkschaften verständigten sich ebenfalls¹¹³. Am 15. November wurde ein Abkommen geschlossen, das die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiterschaft bei Tarifverträgen anerkannte. Des Weiteren wurde der Achtstundentag eingeführt und Arbeiterausschüsse in Betrieben mit über 50 Beschäftigten zugelassen. Mit diesen Zugeständnissen versuchten die Arbeitgeber, einer drohenden Sozialisierung entgegenzuwirken.

Die SPD-Führung enttäuschte viele ihrer Anhänger, da sie mit Teilen der alten Eliten zusammenarbeitete. Ebert sah in der Kooperation die Möglichkeit, auf ein funktionierendes System zurückgreifen zu können und die anstehenden Probleme effizienter lösen zu können. Außerdem wollte die Regierung Entscheidungen der Nationalversammlung nicht vorweg greifen und unternahm daher in den kommenden Monaten keine tiefgreifenden Veränderungen¹¹⁴.

In den Monaten Januar bis April kam es zu vielen Streikaktionen im gesamten Reich, Betriebe wurden besetzt, Räterepubliken in Bayern und Bremen gegründet. Vielerorts fanden bewaffnete Auseinandersetzungen wie z.B. der Januaraufstand in Berlin statt, die mit Hilfe von Freikorps niedergeschlagen wurden¹¹⁵.

¹¹⁰ Büttner: Weimar, S. 43.

¹¹¹ Wilhelm Groener, geb. am 22.11.1867 in Ludwigsburg, gest. am 3.5.1939 in Bornstedt/Potsdam. Groener war während des Ersten Weltkrieges Chef des Feldeisenbahnwesens im Großen Generalstab und wurde der Nachfolger Ludendorffs in der OHL. In der Weimarer Republik war der parteilose Groener in verschiedenen Regierungen Minister. Benz/Graml: Lexikon, S. 112.

¹¹² Kolb: Republik, S. 13ff.

¹¹³ UuF Bd. 3, S. 14f.

¹¹⁴ Büttner: Weimar, S. 49.

¹¹⁵ Siehe hierzu: Hürten, Heinz: Bürgerkriege in der Republik. Die Kämpfe um die innere Ordnung von Weimar 1918-1920, in: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft (Studien zur Geschichte und Politik Bd. 251), Düsseldorf 1987, S. 81-94.

2.2. Wiesbaden zwischen Revolution und Kontinuität

2.2.1. Wiesbadens Aufstieg zum wilhelminischen „Luxusbad“

Die Wurzeln der Stadt Wiesbaden reichen fast zweitausend Jahre bis in die Antike zurück. Im Zuge des Limesbaus wurde im ersten nachchristlichen Jahrhundert im Stadtgebiet Wiesbadens ein Römerkastell errichtet, dem mit einer Verzögerung eine zivile Besiedelung folgte. Bereits zu dieser Zeit wurden die heißen Quellen genutzt. Nach dem Rückzug der Römer folgte eine fränkische Besiedelung und Befestigung¹¹⁶.

Um 1170/80 fiel das Gebiet um Wiesbaden teilweise an die Grafen von Nassau, die vermutlich 1220 die alleinigen Besitzer von Wiesbaden wurden. In der Folgezeit erlangte Wiesbaden die Stadtrechte, wurde Residenzstadt der Nassauer und entwickelte ein bedeutendes Kur- und Badewesen¹¹⁷.

Mit der beginnenden Neuzeit wurde Wiesbaden mehrfach durch Krieg und Feuer zerstört. Besonders der 30jährige Krieg ließ die Zahl der Einwohner bei Friedensschluss auf „80 Bürger, 13 Beisassen und ein[en] Jude[n], zuzüglich ihrer Familien“¹¹⁸ schrumpfen. Der Wiederaufbau der Stadt wurde von den Nassauer Grafen durch Steuererleichterungen und Materialhilfen unterstützt, was viele Einwanderer in die Stadt zog.

Das Badewesen konnte sich erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erholen und gewann nach intensiver Förderung von Badeanstalten, Anlage eines herrschaftlichen Gartens und durch Erteilen der Glücksspielkonzession an Bedeutung. Zudem wurde Wiesbaden durch Zuzug wichtiger Regierungsbehörden zusammen mit der neuen Residenz Biebrich das Zentrum des nassauisch-usingischen Staates. Damit waren wichtige Grundlagen für den weiteren Aufstieg Wiesbadens zu einer bedeutenden Kurstadt gelegt¹¹⁹.

Das 19. Jahrhundert bedeutete für die Stadt einen Aufstieg zu einer Kurstadt mit internationalem Ruf. Am deutlichsten zeigte sich die Veränderung Wiesbadens anhand des Bevölkerungswachstums. Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts wuchs die Bevölkerung Wiesbadens von etwas über 3.000 Einwohnern 1805 auf über 102.000 Einwohnern 1906¹²⁰.

¹¹⁶ Zur römischen Geschichte Wiesbadens siehe: Czysz, Walter: Wiesbaden in der Römerzeit, Stuttgart 1994 und Schoppa: Vergangenheit.

¹¹⁷ Vgl. Renkhoff: Wiesbaden.

¹¹⁸ Zitiert nach Weichel: Bürger, S. 37.

¹¹⁹ Weichel: Bürger, S. 38f.

¹²⁰ Weichel: Kommunalpolitik, S. 179.

1806 wurde Wiesbaden Regierungssitz und Hauptstadt des neu geschaffenen Herzogtums Nassau, das bis 1866 bestand. 1866 wurde Nassau nach dem verlorenen Krieg an der Seite Österreichs gegen Preußen Teil der preußischen Provinz Hessen-Nassau. Wiesbaden war nun Sitz eines preußischen Regierungspräsidiums. Neben dem kräftigen Bevölkerungswachstum stieg auch die Zahl der Kurgäste. Wiesbaden profitierte vom Wachstum des Fremdenverkehrs, der mit dem Ausbau der Eisenbahnverbindungen stetig stieg und zu einer Massenerscheinung wurde. Neben dem Adel konnten immer mehr Bürger reisen und wählten das renommierte Kurbad als Reiseziel aus¹²¹.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte Wiesbaden sich zur Großstadt und weltweit bekannten Kurstadt. Zwischen 1867 und 1909 stieg die Zahl der Kurgäste und Passanten¹²² von knapp über 52.770 auf 208.620. Damit übertraf Wiesbaden nicht nur in absoluter Zahl, sondern auch im Zuwachs an Kurgästen, vergleichbare Kurstädte wie Baden-Baden, Bad Ems oder Karlsbad¹²³. Wiesbaden war die bevorzugte Kurstadt von Kaiser Wilhelm II. und mit seinem Hofstaat kamen zahlreiche Adlige, wohlhabende Unternehmer und Künstler in die Stadt.

Die Stadt profitierte von den direkten Einnahmen des Fremdenverkehrs und von den vielen Handwerks- und Kleinhandelsbetrieben, welche die Kurgäste und die Kurindustrie mit Waren und Dienstleistungen versorgten. Der Zuzug vermögender Rentiers, die durch den sehr niedrigen Steuersatz angezogen wurden und aufgrund ihres Vermögens dennoch für ein beträchtliches Steueraufkommen in der Stadt sorgten, war ebenso von großem finanziellem Interesse für die Stadt¹²⁴.

Die Wirtschaftspolitik der Stadt bestimmte die Baupolitik. Die Stadt förderte ein geschlossenes und prachtvolles Stadtbild und investierte in großzügige Kur-

¹²¹ Zur Tourismusgeschichte siehe: Hachtmann, Rüdiger: *Tourismus-Geschichte (Grundkurs Neue Geschichte)*, Göttingen 2007, hier S. 71f. und 79ff.

¹²² Als Kurgäste werden solche Besucher der Stadt bezeichnet, die einen längeren Aufenthalt in der Stadt verbringen. Passanten hingegen verweilen nur für wenige Tage. Vgl. Burkhardt, Hans: *Der Wiesbadener Fremdenverkehr und seine wirtschaftliche Bedeutung*, Frankfurt am Main 1939, S. 16.

¹²³ Weichel: *Kommunalpolitik*, S. 17-20 und 180.

¹²⁴ Der Prozentsatz der Rentiers machte 1909 17% der Gesamtbevölkerung aus. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts lebten über 200 Millionäre in Wiesbaden. Vgl. Weichel: *Bürger*, S. 317-320 und Weichel: *Kommunalpolitik*, S. 179ff.

Einrichtungen, Theater und Grünanlagen für die Gäste. Größere Gewerbesiedlungen und die Eingemeindung industriell geprägter Vororte mit einem hohen Arbeiteranteil wurden verhindert¹²⁵.

Die Grenzen des Wachstums und der Prosperität der reinen Fremden- und Kurstadt zeigten sich 1907 in der reichsweiten Hypothekenkrise, einer steigenden Verschuldung der Stadt durch Prestigeprojekte wie das neue Kurhaus und einer Finanzkrise durch den Wegfall eines Teils der Akzise bis 1910. Die Zahl der Kurgäste war zudem bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges rückläufig. Erstmals sank die Einwohnerzahl Wiesbadens. Der Bevölkerungsrückgang traf die Wiesbadener Rentiers, die mit ihrem privaten Vermögen in den Immobilienmarkt investiert und gebaut hatten. Die nachlassende Nachfrage führte zu einem Einbruch am Immobilienmarkt und zu Verlusten für die Bauherren. Der Höhepunkt des Kurwesens in Wiesbaden war überschritten und essentielle wirtschaftliche und strukturelle Probleme traten zutage. Die Krise Wiesbadens und die Überlegungen verschiedene Vororte einzugemeinden, wurden heftig diskutiert, jedoch verhinderte der Ausbruch des Ersten Weltkrieges weitere Schritte¹²⁶.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges veränderte das Bild Wiesbadens¹²⁷. Der Fremdenverkehr verzeichnete einen starken Rückgang von Besuchern. Für den Zeitraum 1914 bis 1918 konnte ein Rückgang der Kurgäste und Passanten von 132.470 im Jahr 1914 auf 93.239 im Jahr 1918 konstatiert werden¹²⁸. Außerdem wurden Schulen und andere öffentliche Gebäude sowie Restaurants, Gasthäuser und Privathäuser für die Unterbringung von Soldaten und Verletzten benötigt. Dies machte sich die Stadt zunutze, indem sie sich erfolgreich bemühte, weitere Lazarette auszuweisen. Dies kam den Hotels und der Kurindustrie als Ganzem zugute, da so zumindest eine gewisse Auslastung erzielt werden konnte¹²⁹.

¹²⁵ Weichel: Kommunalpolitik, S. 20-28.

¹²⁶ Weichel: Bürger, S. 340-345.

¹²⁷ Für die folgende Darstellung der Zeit des Ersten Weltkrieges stütze ich mich auf Müller-Werth: Geschichte, S. 131-145. Siehe auch Schmidt: Einnahmequellen, S. 109. Zudem wurde 2011 eine Magisterarbeit zum Kriegsbeginn in Wiesbaden am Historischen Seminar der Johannes Gutenberg Universität von Hendrik Schmehl verfasst.

¹²⁸ Aus den Verwaltungsberichten der Kurverwaltung StaW WI/2, Nr. 3974.

¹²⁹ Müller-Werth: Geschichte, S. 137.

Die bauliche Entwicklung der Stadt war während des Krieges vollständig zum Stillstand gekommen. Die Stadtbevölkerung litt unter Lebensmittelknappheit und Rohstoffengpässen¹³⁰, wie dies im gesamten Reich der Fall gewesen war. Durch den Krieg waren Mehrausgaben für den städtischen Haushalt zu verzeichnen und die Preise stiegen an. Es wurden weniger Steuern eingenommen, da der Handel unter dem Krieg litt und der für Wiesbaden wichtige Kurverkehr stark rückläufig war¹³¹.

Im letzten Kriegsjahr wies der Wiesbadener Haushalt eine Lücke auf (etwa 8% des Gesamthaushaltes). Um diese Lücke auszugleichen, wurde die Einkommensteuer 1918 auf 160%, die Gewerbe- und Betriebssteuer auf 150%, die Gemeindegrundsteuer von 2% des gemeinen Wertes der Grundstücke auf 137,48% erhöht¹³². Gleichsam wurden die Preise für Gas und Strom erhöht. Schließlich beschloss man am 8. November, einen Tag vor der Revolution, 10 Millionen Mark in Scheinen als Notgeld auszugeben¹³³. Die Stadt war gezwungen, eine Anleihe in Höhe von 10 Millionen RM aufzunehmen¹³⁴.

Wiesbadens finanzielle und wirtschaftliche Lage war vor der Besetzung durch alliierte Truppen trotz der Versorgungsengpässe und Sonderausgaben relativ stabil, wenngleich sich eine rasante wirtschaftliche und finanzielle Verschlechterung abzeichnete. Man hoffte auf eine Erholung der Kurindustrie nach dem Ende des Krieges.

2.2.2. Das Kriegsende in Wiesbaden und die kurze Revolution

Die großen Tageszeitungen Wiesbadens berichteten während des Ersten Weltkrieges, wie in ganz Deutschland, entsprechend den Presseanweisungen beschönigend von der militärischen Lage¹³⁵. Erst in der Sonntagsausgabe des Wiesbadener Tagblatts vom 6. Oktober 1918 wurde die deutsche Friedensnote

¹³⁰ Müller-Werth: Geschichte, S. 139.

¹³¹ Anlage zu Beschluss Nr. 87/98 dem 1. Juni 1917 des STVV Protokolls. StAW STVV, Nr. 67.

¹³² Sitzung der STVV am 10.05.1918. StAW STVV, Nr. 67.

¹³³ Sitzung am 8.11.1918. StAW STVV, Nr. 67.

¹³⁴ Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1918 bis zum 31. März 1919, S. 18ff.

¹³⁵ Nach Wilke löste sich erst im Herbst 1918 das System der Presseanweisungen langsam auf und wurde nicht mehr strikt angewendet. Siehe Wilke: Presseanweisungen, S. 105.

an den Präsidenten Wilson veröffentlicht¹³⁶. Über informelle Kommunikationswege wie Briefe oder Gespräche in den Warteschlangen vor Geschäften und Plakatausstellungen hatten die offiziellen Darstellungen bereits an Glaubwürdigkeit verloren¹³⁷. Der Leiter der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes schrieb am 19. August 1918: „Den Behörden glaubt heute bei uns fast kein Mensch mehr etwas, am wenigsten, wenn sie amtlich aufmunternd sprechen.“¹³⁸

Das faktische Eingestehen der drohenden Niederlage, welches die Note an Wilson bedeutete, war dennoch ein Schock für die Bevölkerung. Der Chronist einer Schule im Wiesbadener Vorort Rambach vermerkte im Jahrbuch: „Es sträubt sich eben die Feder, das Unglück und die Schmach seines eigenen Volkes niederzuschreiben.“¹³⁹ Ein Redakteur des Wiesbadener Tagblatts kommentierte am 7. Oktober 1918 das Waffenstillstandsgesuch. Der Artikel prangerte auf der einen Seite offen die falschen offiziellen Darstellungen an und versuchte auf der anderen Seite Zuversicht zu verbreiten:

*„Es gilt der Lage klar ins Auge zu schauen, [...]. Selbstbetrügerische Schönfärberei, wie wir sie an unserer offiziellen Berichterstattung bis zu dem jetzigen Erwachen zu unserem allergrößten Schaden erlebt haben, wäre ebenso vom Übel wie freilich auf der anderen Seite übertriebene Schwarzseherei“*¹⁴⁰

Die Zeitungen berichteten in den folgenden Wochen über den Notenwechsel mit Wilson und den Alliierten sowie den Rückzug der deutschen Truppen und die bis zum Inkrafttreten des Waffenstillstands andauernden schweren Gefechte. Erst am 27. Oktober richtete sich das Augenmerk der Wiesbadener Öffentlichkeit verstärkt auf die möglichen Friedensbedingungen und die Folgen für die Stadt Wiesbaden. Mit Hinweis auf die amerikanische Zeitung „Evening Post“ wurde berichtet, dass geplant sei, strategische Punkte wie die Städte Metz, Straßburg und Koblenz zu besetzen¹⁴¹. Zu diesem Zeitpunkt war dies nur ein Gerücht, aber es war klar, dass die Alliierten Sicherheitsgarantien forderten, die

¹³⁶ WT Nr. 467 vom 6. Oktober 1918 (Morgen-Ausgabe).

¹³⁷ Daniel: Kommunikation, S. 77.

¹³⁸ UuF Bd. 2, S. 287.

¹³⁹ StAW SCH 13, Nr. 2, S. 262.

¹⁴⁰ WT Nr. 468 vom 7. Oktober 1918 (Abend-Ausgabe).

¹⁴¹ WT Nr. 503 vom 27. Oktober 1918 (Morgen-Ausgabe).

über die Befreiung der von Deutschland besetzten Gebiete hinausgehen würden. Am 5. November zitierte das Tagblatt die „angeblichen Waffenstillstandsbedingungen“ und nannte unter anderem erstmals die Räumung des linken Rheinufers und die Besetzung der Rheinbrücken als Bedingungen¹⁴².

Revolution in Wiesbaden

Während die Wiesbadener Öffentlichkeit die Schlagzeilen über den Waffenstillstand und die Verfassungsreform vernahm, erreichte die Nachricht über die revolutionären Entwicklungen, die von Kiel ausgingen, die Kurstadt. Georg Kraus aus Biebrich schrieb am 8. November 1918 in sein Tagebuch:

*„Von allen größeren Städten – besonders aus den Hafenstädten – wird gemeldet, daß sich Arbeiter- und Soldatenräte gebildet haben, welche die Sicherheit der betr. Städte übernommen haben. [...] Die sozialdemokratischen Vertreter in der neuen Regierung fordern im Namen der Sozialdemokratie, daß Kaiser Wilhelm abdanke und Kronprinz Wilhelm dem Throne entsage.“*¹⁴³

In Wiesbaden erwartete man ebenfalls Unruhen. Um die innere Ordnung aufrecht zu erhalten, richtete sich der Regierungspräsident am 7. November 1918 mit dem Hinweis an den Wiesbadener Magistrat, dass „In Garnisonsorten [...] über die zur Verhütung und Bekämpfung von Unruhen erforderlichen Maßnahmen umgehend eine Verständigung mit den Militärbehörden herbeizuführen [sei]“¹⁴⁴. Erst am folgenden Tag ergänzte ein Telegramm, dass durch den Einsatz des Militärs vor allem die Lebensmittelreserven zu schützen seien. Das stellvertretende Generalkommando des XVIII. Armeekorps in Frankfurt, das für die Dauer des Krieges in dessen Gebiet die militärische und zivile Leitung innehatte (unter anderem auch das wirtschaftliche Leben regelte), hatte den Befehl gegeben, eine gewaltsame Konfrontation unbedingt zu vermeiden. Damit oblag es dem Wiesbadener Regierungspräsidenten, Truppen zur Bekämpfung von Unruhen anzufordern¹⁴⁵.

Noch wurde vereinzelt die Einstellung vertreten, dass der Revolution mit militärischen Mitteln zu begegnen sein würde. Oberbürgermeister Karl

¹⁴² WT Nr. 517 vom 5. November 1918 (Morgen-Ausgabe).

¹⁴³ StAW NL 34, Nr. 39.

¹⁴⁴ StAW WI/2, Nr. 2509, Bl. 5.

¹⁴⁵ Vgl. Haren, Tobias: Der Volksstaat Hessen 1918/1919. Hessens Weg zur Demokratie (Zeitschriftliche Forschungen Bd. 19), Berlin 2003, S. 57.

Glässing¹⁴⁶ bewertete die Situation auf der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am folgenden Tag wesentlich realistischer und sprach sich für eine Kooperation aus. Er teilte den Stadtverordneten mit, dass die „Ereignisse“ und „Unruhen“ in Kiel, München und anderen Städten vermutlich auch auf Wiesbaden übergreifen würden, der Magistrat aber für eine Verständigung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat eintrete¹⁴⁷.

Der preußische Minister des Innern empfahl die Bildung von Bürgerwehren, denen der Magistrat aber ablehnend gegenüberstand. Wahrscheinlich befürchtete man eine Eskalation der Gewalt. Für die Entscheidungen des Magistrats bat der Oberbürgermeister um die Unterstützung der Stadtverordneten, die er von den Sprechern aller Gruppen erhielt und forderte die Vertreter der Arbeiterschaft auf, beruhigend auf die Bevölkerung einzuwirken¹⁴⁸.

Die Revolution war in Wiesbaden nicht mehr aufzuhalten. Das bürgerlich-liberale Wiesbadener Tagblatt berichtete von einer „Welle“, die das ganze Reich erfasst hätte, und dass man sich mit dem zweifelsohne erfolgenden Sieg der Revolution abzufinden hätte.

*„Schicksalswende! Die Zeit ist aus den Fugen. Es bricht alles um uns herum zusammen. Wir durchleben diese Tage einer völligen Umwälzung in Deutschland wie in einem Taumel; so schnell überstürzen sich die Ereignisse. Die Welle, die von Kiel ausging, hat inzwischen das ganze Reich überflutet; es gibt kein Zweifel mehr, daß die Revolution auf der ganzen Linie siegreich ist. Wir haben uns mit ihr als einer gegebenen Tatsache abzufinden;“*¹⁴⁹

Ein Widerstand in der Öffentlichkeit gegen die Revolution schien daher wenig wahrscheinlich. Auch wenn die Revolution nicht überall bejubelt wurde, so

¹⁴⁶ Karl Glässing, geb. am 6.11.1866 in Darmstadt, gest. am 22.1.1952 in Darmstadt. Glässing studierte Rechts- und Staatswissenschaften in München und Gießen und trat 1894 in den hessischen Staatsdienst. Nach einer Karriere im Finanzministerium wurde er 1909 Erster Beigeordneter von Wiesbaden und am 31.3.1913 Oberbürgermeister von Wiesbaden. 1919 wurde er von der französischen Besatzung ausgewiesen und schied am 1.12.1922 offiziell aus dem Amt aus. Bis zu seiner Pensionierung 1932 war er Präsident des Landesfinanzamtes des Volksstaats Hessen. Renkhoff: Biographie, S. 232.

¹⁴⁷ StAW WI/2, Nr. 2509, Bl. 1. Die Wiesbadener Zeitung berichtete am 8.11.1918 über „Umstürzlerische Vorgänge in Deutschland, WZ Nr. 571 vom 8.11.1918 (Abend-Ausgabe).

¹⁴⁸ StAW WI/2, Nr. 2509, Bl. 1f.

¹⁴⁹ WT Nr. 528 vom 11.11.1918 (Abend-Ausgabe). Zur Revolution in Berlin und Wiesbaden aus national-konservativer Sicht siehe WZ Nr. 574 vom 10.11.1918 (Morgen-Ausgabe).

war der Umsturz doch binnen weniger Tage zu einer politischen Tatsache geworden.

Am frühen Morgen des 9. November 1918 kamen Marinesoldaten als Vertreter des Kölner Soldatenrates in Wiesbaden an¹⁵⁰. Innerhalb weniger Stunden wurden noch am Vormittag Soldatenräte im Ersatz-Bataillon des 80. Füsilierregimentes und des Landwehrregiments Nr. 80 gebildet. Sie bildeten einen gemeinsamen Soldatenrat¹⁵¹. Bei der Konstituierung des Soldatenrates waren auch Vertreter der MSPD, der USPD und der Gewerkschaften anwesend, die die Bildung eines Arbeiterrates ankündigten und für ein gemeinsames Organ plädierten, um, wie in anderen Städten, neben der militärischen auch die politische Macht zu übernehmen.

Am gleichen Abend verkündeten die USPD und die MSPD ein gemeinsames Vorgehen beider Parteien in der kommenden „Umwälzung“¹⁵². Je acht Mitglieder aus MSPD und USPD stellten den Arbeiterrat. Die ersten Handlungen waren ein Aufruf, allen Anordnungen Folge zu leisten, um Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, sowie die Unterstellung der städtischen Verwaltung unter die Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates. Patrouillen des Soldatenrates mit roten Armbinden forderten Offiziere auf, sich ihrer Rangabzeichen zu entledigen und ihre Waffen abzugeben. Dies sollte klarmachen, dass außerhalb des Dienstes, keine Rangunterschiede mehr existierten. In der Presse wurde der erste Aufruf des Soldatenrates zu Ruhe und Ordnung bekanntgegeben und das Ende der Monarchie verkündet. Dabei wurde entsprechend der Stimmung im

¹⁵⁰ Die Darstellung des Revolutionsgeschehens basiert auf den Darstellungen in der Wiesbadener Presse.

WZ Nr. 574 vom 10.11.1918 (Morgen-Ausgabe); RhVZ Nr. 263 vom 11.11.1918; WT Nr. 529 vom 12.11.1918 (Morgen-Ausgabe); WZ Nr. 577 vom 12.11.1918 (Morgen-Ausgabe). Zusammenfassend siehe auch StAW WI/2, Nr. 482, Bl. 61f. (Abschrift der Zeitungsartikel und Kommentare unbekannter Herkunft).

¹⁵¹ Aus der Wahl gingen Leutnant d. R. Schlitt, Vizefeldwebel Geißler und die Soldaten Hambach, Augenweich und Volz als Ratsmitglieder hervor. In den Archivalien des Stadtarchivs Wiesbadens finden sich neben den Zeitungsausschnitten auch zusammenfassende Darstellungen, die von einem Unbekannten kommentiert wurden. Dort heißt es zur Person Schlitts, ohne weitere Nennung von Quellen: „Daß Schlitt damals die Führung an sich zog, hat man in der Einwohnerschaft nicht ungern gesehen, da man von ihm Besonnenheit erwartete. Diese hatte er auch gezeigt, wie sich aus zahlreichen Anordnungen über die Sicherstellung der Verpflegung, Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, [...] ergibt.“ StAW WI/2, Nr. 482, Bl. 62f.

¹⁵² StAW WI/2, Nr. 483, Bl. 2.; WZ Nr. 575, 11.11.1918 (Morgen-Ausgabe); RhVZ Nr. 263 vom 11.11.1918.

Reich auch in der Wiesbadener Presse die Abdankung des Kaisers als überfällig und positiv annotiert¹⁵³.

Am Sonntag, dem 10. November 1918, meldete die Wiesbadener Zeitung den „Sieg der Revolution in Berlin“ und die erste „revolutionsamtliche Meldung“¹⁵⁴. In Wiesbaden wurde wie vereinbart ein gemeinsamer Aktions-Ausschuss (auch als Vollzugsrat oder Aktionskomitee bezeichnet) aus Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, dem Leutnant Schlitt vom Füsillierregiment, Sergeant Lindig der Landwehr, Matrose Spies, Otto Haese (Vorsitzender des Arbeiterrates) und Franz Göbner (ebenfalls Vorsitzender des Arbeiterrates) angehörten. Unter der Leitung des „Kommandant[en] des Stadt- und Landkreises Wiesbaden“ Schlitt sollte der Soldatenrat für Ruhe und Ordnung sorgen. Als Geschäftsräume sollten die Räume im Erdgeschoss des Schlosses dienen¹⁵⁵.

Der folgende Tag verlief dann „vollständig ruhig“¹⁵⁶. Vereinzelt patrouillierten Soldaten mit roten Bändern im Knopfloch, als Zeichen der Unterstützung des Soldatenrates und der Revolution. Nur der Anschlag der neuesten Depeschen über die Waffenstillstandsbedingungen führte zu heftigen Diskussionen zwischen Passanten auf der einen Seite und zu Resignation auf der andern Seite¹⁵⁷.

Am Montag, dem 11. November 1918, ließ der Arbeiter- und Soldatenrat verkünden:

*„An die Einwohnerschaft im Stadt- und Landkreis Wiesbaden. Bürger, Arbeiter und Soldaten! Die sozialistische Republik ist auf dem Wege. Für den Stadt- und Landkreis Wiesbaden hat sich ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet und übt die vollziehende Gewalt aus“*¹⁵⁸.

Der Regierungspräsident Karl Wilhelm von Meister¹⁵⁹ und Vertreter der städtischen Verwaltung stellten sich bei dem Besuch des Arbeiter- und Soldatenrates unter ihre Kontrolle. Damit war die Machtübernahme vollzogen und

¹⁵³ WT Nr. 526 vom 9.11.1918 (Abend-Ausgabe); RhVZ Nr. 262 vom 9.11.1918.

¹⁵⁴ WZ Nr. 574 vom 10.11.1918 (Morgen-Ausgabe).

¹⁵⁵ WZ Nr. 578, 12. November 1918 (Abend-Ausgabe).

¹⁵⁶ WT Nr. 527, 10. November 1918 (Morgen-Ausgabe).

¹⁵⁷ StAW WI/2, Nr. 482, Bl. 2.

¹⁵⁸ StAW WI/2, Nr. 482, Bl. 2.

¹⁵⁹ Karl Wilhelm von Meister, geb. am 3.2.1863 in Frankfurt am Main, gest. am 14.2.1935 in Genf. Von Meister war ein promovierter Jurist und wurde 1892 Landrat in Höchst am Main. Zwischen 1905 und 1919 war er Regierungspräsident in Wiesbaden. In den Jahren 1930 bis

der Rat von der bisherigen Regierung als oberste Instanz anerkannt. Es folgte eine Kundgebung gegen 15 Uhr auf dem Marktplatz vor dem Schloss, auf der auch ein Teil der Wiesbadener Bevölkerung ihre Zustimmung zum Arbeiter- und Soldatenrat zeigte¹⁶⁰. Das Wiesbadener Tagblatt schrieb:

*„Tausende von Menschen beiderlei Geschlechts und aller Altersstufen, Zivil und Militär, hatten sich dort eingefunden oder kamen mit Spielleuten und der Garnisonkapelle von der Kaserne her anmarschiert.“*¹⁶¹

Sergeant Lindig, Vorsitzender des Soldatenrates, sprach vor den versammelten Bürgern und bezeichnete eine neue Staatsform als einziges Mittel zur „Errettung des deutschen Volkes“¹⁶². Der Arbeiter- und Soldatenrat werde, so Lindig, auf die Gleichberechtigung aller Bürger hinarbeiten. Auf einer anderen Bühne sprachen die Vorsitzenden des Arbeiterrates Bauer und Heinemann. Dabei muss der herrschende Lärmpegel der Versammelten so laut gewesen sein, dass der Journalist der Wiesbadener Zeitung den Ausführungen der Redner nur teilweise folgen konnte. Die Redner machten das Kaisertum, die „Beamtenherrschaft“ und den „Klassenstaat“ für die Lage des Reiches verantwortlich. Das Ziel des Arbeiter- und Soldatenrates sei es, Privilegien abzuschaffen, Leben und Eigentum zu schützen und eine „freie Republik“ zu schaffen, die dem „Tüchtigen im Volk freie Bahn“¹⁶³ ermögliche.

Auch die Bedingungen des Waffenstillstandes mit seinen direkten Auswirkungen auf die Stadt Wiesbaden wurden angesprochen. Die Redner verharmlosten dabei die Auswirkungen und versuchten, Vertrauen in die Arbeit der kommenden Regierung aufzubauen. Nach dem Ende der Veranstaltung zog ein Demonstrationzug mit Musikkapelle unter Hochrufen auf die Republik durch die Straßen.

Am selben Tag wurden die unterschriebenen Waffenstillstandsbedingungen in der Wiesbadener Presse veröffentlicht. Es war sicher, dass Wiesbaden eine Besatzung erhalten würde. „Mainz, Koblenz und Köln besetzt vom Feinde auf Radius von 30 Kilometer Tiefe.“ meldete das Wiesbadener Tagblatt unter

1933 war von Meister in Genf für den Völkerbund tätig. Renkhoff: Biographie, S. 507.

¹⁶⁰ RhVZ Nr. 266 vom 14. November 1918.

¹⁶¹ WT Nr. 529 vom 12.11.1918 (Morgen-Ausgabe).

¹⁶² WZ Nr. 577 vom 12. November 1918 (Morgen-Ausgabe).

¹⁶³ WZ Nr. 577 vom 12.11.1918 (Morgen-Ausgabe).

dem Titel „Die ungeheuerlichen Waffenstillstandsbedingungen“¹⁶⁴. Die konservative Wiesbadener Zeitung schrieb über die Waffenstillstandsbedingungen: „Mit Zähneknirschen liest man sie.“¹⁶⁵.

Der Arbeiter- und Soldatenrat schätzte die Lage zu diesem Zeitpunkt vollkommen falsch ein. Er ging von einem Übergreifen der Revolution auf Nachbarstaaten aus, was zu einer milderen Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen führen würde. Das Tagblatt veröffentlichte am 12. November die Auffassung der „Bewegung in Wiesbaden“:

„Von den Waffenstillstandsbedingungen dürfte man annehmen, daß sie in der vorliegenden Form nicht zur Ausführung kommen, sie würden durch das Übergreifen der revolutionären Bewegung ins Ausland erleichtert werden.“¹⁶⁶

Dass dies eine Fehleinschätzung war, realisierte der Arbeiter- und Soldatenrat bereits nach wenigen Tagen. Nachdem der Wiesbadener Rat den Reichskanzler per Telegramm bat, den Oberbefehlshaber der Ententetruppen zu ersuchen, Wiesbaden nicht zu besetzen, wobei man die Bitte mit dem „Charakter dieser Stadt als internationaler Kur- und Badeort“¹⁶⁷ begründete, bat der Rat Oberbürgermeister Glässing, auf die Waffenstillstandskommission einzuwirken. Am 21. November schrieb Glässing an den Arbeiter- und Soldatenrat zurück, dass kein Entgegenkommen der Alliierten zu erwarten sei. Weiter schrieb Glässing: „Ob unter solchen Umständen eine Bitte um Nichtbesetzung Wiesbadens, das einen Teil des Brückenkopfes der Festung Mainz bildet, Erfolg haben wird, erscheint dem Magistrat mehr als zweifelhaft.“¹⁶⁸ und machte die Einschätzung der Stadtverwaltung deutlich, die vollkommen der gegebenen Situation entsprach. Wenige Tage später kam die wenig überraschende Antwort von der Waffenstillstandskommission, dass der Bitte nicht entsprochen werden würde.

¹⁶⁴ WT Nr. 528 vom 11. November 1918 (Abend-Ausgabe).

¹⁶⁵ WZ Nr. 575 vom 11.11.1918 (Morgen-Ausgabe). Zu Wiesbaden in den Waffenstillstandsverhandlungen siehe auch WZ Nr. 581 vom 14.11.1918 (Morgen-Ausgabe) und RhVZ Nr. 263 vom 11.11.1918.

¹⁶⁶ WT Nr. 530 vom 12.11.1918 (Abend-Ausgabe), S. 2.

¹⁶⁷ StAW WI/2, Nr. 482, Bl. 13.

¹⁶⁸ StAW WI/2 Nr. 482, Bl. 36f.

Der „bremsende Klotz in der Umwälzung“

Die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, die den bürgerlichen und konservativen Parteien nahe standen, hatten ihre Bereitschaft erklärt, sich dem Arbeiter- und Soldatenrat unterzuordnen, standen aber der von den sozialistischen Parteien getragenen Revolution ablehnend gegenüber. Die Kooperation der nationalliberal und konservativ geprägten Stadtverwaltung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat ist insofern bemerkenswert, als bis zum Ausbruch der Revolution die Stadtverwaltung alles unternommen hatte, den Einfluss von Arbeiterparteien zu unterbinden¹⁶⁹. Die Abdankung des Kaisers, die Waffenstillstandsverhandlungen und die Furcht vor einer weiteren Radikalisierung der Revolution nach dem Vorbild der russischen Revolution ein Jahr zuvor, wirkten sich kurzzeitig lähmend auf die bürgerlich-konservativen Kreise aus¹⁷⁰.

Am 10. November versammelten sich Mitglieder der Nationalliberalen Partei und berieten, wie sie der Revolution entgegenzutreten sollten. Eine Woche später bildete sich als Vertretung der bürgerlichen Parteien der sogenannte Bürgerrat¹⁷¹.

Der Wiesbadener Bürgerrat hatte vereinbart, sich in die neue politische Ordnung einzugliedern und keinen grundsätzlichen Widerstand zu leisten. In einem Zeitungsartikel hieß es aber, es sei dessen Aufgabe, „den bremsenden Klotz in der Umwälzung zu bilden“¹⁷². Das erklärte Ziel war es, eine bürgerlich-konservative Kraft in der Nationalversammlung zu werden und sich in dem neuen politischen System für „Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit, Geltendmachung besonders gearteter politischer und wirtschaftlicher Belange

¹⁶⁹ Zur Stadtpolitik, Arbeiterschaft und Bürgertum in Wiesbaden siehe Weichel: Bürger und Weichel: Kommunalpolitik.

¹⁷⁰ Das Wiesbadener Tagblatt beurteilt die Lage der bürgerlichen und konservativen Parteien ebenfalls kritisch: „Am wenigsten hört man von den Parteien der Rechten. Sie sind durch die Revolution endgültig um ihren Einfluss gebracht, da dieser im Wesentlichen auf dem Klassenwahlrecht und der veralteten Wahlkreiseinteilung beruhte. Nun können sie kaum darauf hoffen, unter dem Verhältniswahlrecht auch nur eine ansehnliche Minderheit zu erhalten.“

WT Nr. 551 vom 26.11.1918 (Morgen-Ausgabe).

¹⁷¹ Ein offizieller Zusammenschluss der Nationalliberalen Partei und der Fortschrittlichen Volkspartei konnte nicht erreicht werden. StAW WI/2, Nr. 482, Bl. 15, Zeitungsartikel vom 18.11.1918.

¹⁷² StAW WI/2, Nr. 482, Bl. 14. Zeitungsbericht vom 17.11.1918.

zur Verhütung einseitiger sozialistisch-proletarischer Gestaltung der Verfassung und Teilnahme an der Leitung der Geschicke Deutschlands¹⁷³ einzusetzen. Die Bereitschaft für eine Zusammenarbeit mit der SPD war ausdrücklich gegeben, solange damit eine „sozialistische Diktatur“ verhindert werden konnte.

Die Initiative der bürgerlichen Parteien wurde von dem Wiesbadener Soldatenrat zurückgewiesen. In dem nahe Wiesbaden gelegenen Ort Georgenborn hatte sich ein Arbeiter- und Bürgerrat gebildet, worauf der Vorsitzende des Soldatenrates Schlitt vor einer Errichtung eines Bürgerrates in Wiesbaden warnte¹⁷⁴. Vereinzelt waren auch schon Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei in die Arbeiter- und Soldatenräte eingetreten, aber vermutlich wurde ein Bürgerrat als Keim einer möglichen Gegenrevolution interpretiert.

Mit dem Wiesbadener Volksausschuss gründete sich am 4. Dezember 1918 eine wirtschafts- und kommunalpolitische Interessengruppe. Vertreter von 126 Verbänden, Vereinigungen und Innungen bildeten den Volksausschuss. Das Ziel war die Vertretung politischer und staatsbürgerlicher Grundrechte, Vertretung wirtschaftlicher Interessen und Einflussnahme auf die Verwaltung im Interesse aller Erwerbs- und Berufsstände. In einem Schreiben an den Oberbürgermeister betont der Volksausschuss: „Hinter ihm [dem Volksausschuss] steht die gesamte Einwohnerschaft Wiesbadens“¹⁷⁵.

Wiesbaden unter der Räteregierung

Während der Arbeiter- und Soldatenrat in den folgenden Tagen die Bildung weiterer Soldatenräte in anderen Heeresteilen und Garnisonsstädten im Reich über die Presse verkünden lassen konnte, musste der Rat auch gegen Falschmeldungen und Gerüchte vorgehen, sowie gegen diverse Vergehen einschreiten, die von Kriminellen begangen wurden, die sich als Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates ausgaben.

Unter der Angabe im Namen des Arbeiter- und Soldatenrates zu handeln, wurden Beschlagnahmungen und Autodiebstähle versucht. Die Täter wurden verhaftet und verurteilt. Die Lebensmittelknappheit ließ auch den Diebstahl von Nahrungsmitteln und Brennstoffen von Transportwagen und Bahnhöfen drastisch ansteigen. Der Rat stufte die im großen Umfang auftretenden Diebstähle durch Kinder und Erwachsene als Plünderungen ein und ließ verlautbaren, dass der Rat in Zukunft strenger durchgreifen werde und Eltern für ihre

¹⁷³ StAW WI/2, Nr. 482, Bl. 14.

¹⁷⁴ StAW WI/2, Nr. 482, Bl. 17. Zeitungsbericht vom 20.11.1918.

¹⁷⁵ StAW WI/2, Nr. 1235, o. A.

Kinder haftbar machen würde. Die Bevölkerung war im großen Maße von der Revolution, den Meldungen von einer drohenden Besetzung und der nach wie vor kritischen Lage im Reich und in der Stadt beunruhigt. Die schwierige wirtschaftliche Lage und die beklagenswerte Situation der Lebensmittelversorgung riefen Furcht und Angst hervor. Die teilweise unklaren Verhältnisse ließen ein Machtvakuum entstehen, das zu Plünderungen und illegalen Aktivitäten verschiedener Art führten¹⁷⁶.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte in den fünf Wochen seiner Exekutivgewalt in Wiesbaden zusammen mit dem Magistrat und der Verwaltung der Stadt für Sicherheit, Ordnung und ausreichende Lebensmittel zu sorgen. Der Oberbürgermeister und der Magistrat sprachen sich zwar sämtlich für eine Unterstützung der Räte aus, jedoch wurden die Anträge in den Magistratssitzungen ausgiebig diskutiert¹⁷⁷ und teilweise erst in einer veränderten Fassung akzeptiert. Zentrale Themen waren dabei die Aufstellung einer Volkswehr, die Finanzierung des Arbeiter- und Soldatenrates und die Probleme im Zusammenhang mit den durchziehenden deutschen Truppen und der Demobilisierung.

Der Wiesbadener Arbeiter- und Soldatenrat forderte nach dem Vorbild in anderen Städten, eine Volkswehr aufzustellen, um die Sicherheit in der Stadt zu gewährleisten. Mit diesem Antrag wendete sich der Rat an den Magistrat. Der Magistrat stand dem Antrag skeptisch gegenüber und befürchtete die Gründung einer „Roten Garde“¹⁷⁸, die eine weitergehende Revolution im Sinne einer Räteherrschaft unterstützen könnte. Deshalb forderte der Magistrat am 19. November 1918 eine Mitsprache bei der Auswahl der Männer, die Unterstellung unter die städtische Polizei und eine gemischte Zusammensetzung aus Arbeitern und Bürgern. Die Bürger- oder Volkswehr sollte nicht größer als 300 Mann sein und die Besoldung nicht drei Mark pro Arbeitstag (acht Stunden) übersteigen. Entgegen dem Magistratsbeschluss wurde die Stärke der Volkswehr auf 600 Mann aufgestockt und eine Vergütung von 10 Mark festgelegt¹⁷⁹.

Für die Sicherheit des Arbeiter- und Soldatenrates wurde eigens ein Sicherheitsdienst geschaffen. Der Sicherheitsdienst war bei der kommunalen Polizei angesiedelt. Am 28. November wurde er bereits wieder aufgelöst und die Mitglieder in die Polizei integriert¹⁸⁰.

¹⁷⁶ StAW WI/2, Nr. 482, u.a. Bl. 6 und 8.

¹⁷⁷ Vgl. z.B. die Diskussion zur Bürgerwehr und deren Finanzierung StAW MAG, Nr. 156, Bd. 39 1918/1919, Sitzung vom 27.11.1918.

¹⁷⁸ Vgl. Magistratsbeschluss vom 19.11.1918 in: StAW WI/2, Nr. 482, Bl. 34f.

¹⁷⁹ Öffentliche Bekanntmachung (Zeitungsausschnitt) in: StAW WI/2, Nr. 482, Bl. 45.

¹⁸⁰ Amtliche Bekanntmachung vom 28.11.1918 StAW WI/2, Nr. 482, Bl. 22.

Wirtschaftliche Lage im November/Dezember 1918

Ein wichtiges Handlungsfeld für den Rat und den Magistrat war die desolate Wirtschaftslage der Stadt. War bereits ein Rückgang der Wirtschaftsleistung in den Jahren vor dem Krieg verzeichnet worden, so hatten die Kriegsjahre zu einer deutlichen Verschlechterung geführt. In der Landwirtschaft fehlten Arbeitskräfte, sodass teilweise Schüler für die Ernte herangezogen wurden. Die Versorgungslage verschlechterte sich zusehends, Einnahmen brachen weg und die Ausgaben für soziale Unterstützung stiegen an¹⁸¹.

Die wirtschaftliche Lage der Stadt wurde mit dem Waffenstillstandsabkommen durch die Demobilisierung und die durch Wiesbaden reisenden deutschen Truppen belastet¹⁸². Wiesbadener Soldaten mussten wieder in das Wirtschaftsleben integriert werden und die durchziehenden Truppenkontingente teilweise untergebracht werden.

Der Arbeiter- und Soldatenrat richtete sich mit Bekanntmachungen in der Tagespresse an alle Arbeitgeber, demobilisierte Soldaten wieder anzustellen, wenn sie am 1. Juli 1914 bei ihnen angestellt gewesen waren. Entlassung sollten vermieden werden oder erst vollzogen werden, wenn das Arbeitsamt eine neue Arbeit für die Betroffenen gefunden hätte¹⁸³. Des Weiteren führte der Arbeiter- und Soldatenrat ab dem 18. November 1918 den Achtstundentag mit Lohnausgleich für die ausfallenden Stunden ein¹⁸⁴.

Am 20. November meldete die Presse, dass der Regierungspräsident zum Demobilisierungskommissar ernannt worden war und vom Bezirksbeirat beraten würde, dem neben Vertretern der Wiesbadener Regierung auch Vertreter aus der Wirtschaft, dem Handel, der Landwirtschaft und den Gewerkschaften angehörten. Die Räte beteiligten sich ebenfalls an dem Bezirksbeirat¹⁸⁵. Zu den Aufgaben des neu gegründeten Demobilisations-Ausschusses gehörte die Eingliederung der entlassenen Soldaten in das Wirtschaftsleben sowie die Re-

¹⁸¹ Vgl. Kapitel 2.2.1.

¹⁸² Deutschlandweit mussten sieben Millionen Soldaten demobilisiert werden. Dies geschah in einem sehr kurzen Zeitraum relativ erfolgreich, wenngleich dies zulasten der berufstätigen Frauen geschah. Ende April waren nur noch 800.000 Soldaten im Dienst. Vgl. Hansen, Ernst Willi: Vom Krieg zum Frieden: Probleme der Umstellung nach dem ersten "gesamtgesellschaftlichen" Krieg, in: Wegner, Bernd (Hg.): Wie Kriege enden. Wege zum Frieden von der Antike bis zur Gegenwart (Krieg in der Geschichte Bd. 14), Paderborn/München/Wien/Zürich 2002, S. 163-185, hier S. 173-176.

¹⁸³ StAW WI/2, Nr. 482, Bl. 6.

¹⁸⁴ StAW WI/2, Nr. 482, Bl. 13.

¹⁸⁵ StAW WI/2, Nr. 482, Bl. 14.

gulierung von Arbeitszeit und Löhnen. Der Ausschuss versuchte Regulierungen abzuschaffen, Arbeitsbeschränkungen aufzuheben sowie Investitionen und Bauvorhaben direkt umzusetzen, um die Nachfrage zu erhöhen. Die in der Kriegsindustrie tätigen Frauen sollten in ihre alten Berufe zurückkehren und die Jugendlichen in der Suche nach einer Ausbildungsstelle unterstützt werden, um den heimkehrenden Bürgern die Möglichkeit zu geben, ihre Arbeitsplätze wieder einzunehmen.

Deutsche Soldaten in Wiesbaden

Die zu erwartenden Truppenbewegungen durch die Stadt beunruhigten die Bevölkerung und stellten die Verwaltung vor verschiedene Probleme wie die Unterbringung, die Versorgung und die öffentliche Ruhe. Den eigentlichen Rückzug der Truppen organisierte das Militär selbst. Generalmajor Studnitz vom 8. Armee korps wandte sich bereits am 14. November in der Presse an die Öffentlichkeit. Er rechnete damit, dass auch durch Wiesbaden und Frankfurt große Massen an Soldaten marschieren würden, die zu einem Problem werden könnten¹⁸⁶.

Um dies zu verhindern, sollten die Truppen schnellstmöglich weiterziehen und verteilt werden. Mitglieder des Landsturms wurden entlassen, um Platz für die anrückenden Truppen zu schaffen. Soldaten, die vorerst im Heeresdienst bleiben wollten, wurden den zuständigen Garnisonen überstellt, andere von den Bezirkskommandos aber dennoch entlassen; Waffen und Munition wurden eingesammelt. An allen ungeraden Tagen wurde per Telegraf die Zahl der Offiziere und Mannschaften an das Generalkommando gemeldet.

Des Weiteren wurden Aufrufe und Plakate veröffentlicht, in denen die Soldaten angewiesen wurden, die örtlichen Hinweise auf Lebensmittelkarten und Unterkünfte zu beachten und Arbeitsnachweise zu besorgen. Ein wichtiger Aspekt war dabei die Angst vor Seuchen¹⁸⁷, weshalb die Soldaten angewiesen waren, Entlausungsanstalten aufzusuchen und die kostenlose ärztliche Versorgung unbedingt in Anspruch zu nehmen. Es galten die Sätze „Vermeidet die

¹⁸⁶ „Ordnungslose, ungefaßte Massen, bewaffnet, ohne Arbeit, ohne ausreichende Lebensmittel, womöglich ohne ausreichendes Obdach, Eindringen in die Privatwohnungen, Raub und Plünderungen, Hungersnot und namenloses Elend des gesamten Westens wäre die unausbleibliche Folge.“ WT Nr. 534 vom 14.11.1918 (Abend-Ausgabe).

¹⁸⁷ Die Deutsche Desinfektions Zentrale warnte in einem Brief vom 27.11.1918, dass durch die „unerwartet schnelle Demobilmachung“ die Seuchengefahr wachse, da nicht viel Zeit zur Vorbereitung bestanden hätte. StAW W1/2, Nr. 2511, Bl. 7.

grossen Städte!“ und „Kehrt auf's Land zurück“, um die schlechte Versorgungslage in den Städten nicht weiter zu belasten. Für die Zeit der Demobilmachung wurden am Bahnhof Speiseanstalten errichtet, die von Frauenvereinen und dem Kriegsernährungsamt unterhalten wurden. Anfang Dezember wurde zur Versorgung der Soldaten und der Bevölkerung geplant, Feldküchen der demobilisierten Einheiten vom Generalkommando abzukaufen und der Stadtverwaltung zu übergeben¹⁸⁸. Damit konnte eine große Personenzahl preiswert versorgt werden.

Am 1. Dezember erreichten die ersten Truppen die Stadt Wiesbaden. Der Bahnhof und der Marktplatz wurden feierlich mit Zweigen und Fahnen geschmückt. Auf dem Kaiser-Friedrich-Platz fand ein Festakt zu Ehren der heimkehrenden Soldaten mit Oberbürgermeister Glässing, Bürgermeister Fritz Travers¹⁸⁹, dem Magistrat, einigen Stadtverordneten und „eine[r] unübersehbare[n] Menschenmenge“¹⁹⁰ statt. Für die Unterbringung wurden verschiedene Schulen geräumt, darunter die Schule an der Lehrstraße und an der Bleichstraße. In der Schule an der Bleichstraße wurde außerdem ein Kleidungslager für Soldaten eingerichtet¹⁹¹. Der Durchzug der deutschen Truppen verlief mit wenigen Ausnahmen ruhig¹⁹².

Das Ende der Räteregierung

Trotz diverser Differenzen, vor allem was die Finanzierung der Räte und ihrer Projekte anging, wurde der Arbeiter- und Soldatenrat als höhere Instanz von der Wiesbadener Stadtverwaltung anerkannt und die Entscheidungen des Rates wurden umgesetzt. Die Befugnisse des Arbeiter- und Soldatenrates in

¹⁸⁸ Telegramm des Regierungspräsidenten an den Magistrat vom 7.12.1918. StAW WI/2, Nr. 2511, Bl. 17.

¹⁸⁹ Friedrich „Fritz“ Travers, geb. am 14.8.1874 in Karlsruhe, gest. am 17.7.1929 in Wiesbaden. Travers studierte Jura und war als Gerichtsassessor am Landgericht Wiesbaden, später bei der Staatsanwaltschaft und am Oberlandesgericht in Frankfurt tätig. Nach 1903 war Travers als Magistratsassessor bei der Stadt Wiesbaden tätig. 1907 wurde er Beigeordneter und 1913 Bürgermeister. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde er Mitglied der DVP und übernahm nach der Ausweisung des Oberbürgermeisters Glässing kommissarisch die Geschäfte des Oberbürgermeisters. 1925 wurde er Oberbürgermeister der Kurstadt, bis er 1929 im Amt verstarb. Renkhoff: Biographie, S. 815.

¹⁹⁰ Vgl. Darstellung in: Gorrenz, Heinz: Die Franzosenzeit in Nassau und in Frankfurt am Main 1918-1930. Eine Chronik, in der von Not und Schande, von Narretei und Verrat, aber auch von Heimatliebe und deutscher Treue erzählt wird, 4. Aufl. Frankfurt am Main 1930, S. 6f.

¹⁹¹ Aus dem Wiesbadener Generalanzeiger Nr. 283, 4.12.1918. StAW WI/2, Nr. 2511, Bl. 21.

¹⁹² Darstellung nach Zeitungsberichten vom 9.12.1918. StAW WI/2, Nr. 482, Bl. 28.

Wiesbaden endeten mit dem Beginn der französischen Besatzung. Im Waffenstillstandsvertrag war festgelegt, dass die Alliierten die Aufsicht über die örtliche Verwaltung übernehmen würden. Der Soldatenrat hatte sich bis zum 9. Dezember aufgelöst und die rote Flagge auf dem Schloss bereits eingeholt¹⁹³. Der noch wenige Tage weiterbestehende Arbeiterrat wurde schließlich von der französischen Besatzungsmacht ebenso aufgelöst wie die Volkswehr¹⁹⁴. In einem Schreiben des Demobilmachungskommissars an den Wiesbadener Magistrat vom 14. Dezember 1918, ein Tag nach dem Einzug der französischen Truppen, hieß es: „Der französische Präfect, [...] hat befohlen, daß Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte als Centralinstanzen der Behörden nicht weiter zu dulden sind“¹⁹⁵.

Am 13. Dezember wurde während der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung eine Kostenabrechnung durchgeführt. Dabei wurden die Kosten für den Arbeiter- und Soldatenrat auf 20.000 RM und die Unterhaltung der Volkswehr auf 100.000 RM geschätzt¹⁹⁶, die der Magistrat nur unter Vorbehalt bewilligte. Die Aufwendungen bezogen sich auf Plakate, Unterbringung der Volkswehr und die eigentliche Finanzierung der Ratsmitglieder. Die Planungen der Stadtverordneten sahen vor, dass zwei Drittel der Volkswehrkosten vom preußischen Staat zurückgefordert werden sollten, da die Volkswehr als Organ der Polizeiverwaltung angesehen wurde. Einer Anordnung der preußischen Regierung folgend war die Finanzierung der Räte durch die Kommunen oder das Land zu gewährleisten. Der Verdienst sollte sich dabei an dem entgangenen Verdienst der Mitglieder orientieren.

¹⁹³ StAW WI/2, Nr. 2557, Bl. 1 (Zeitungsausschnitt vom 10.12.1918).

¹⁹⁴ Im Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Dezember 1918 heißt es: „Die Volkswehr sei auf Befehl des kommandierenden Generals der Besatzungstruppen jetzt aufgehoben worden.“ StAW STVV, Nr. 67.

¹⁹⁵ StAW WI/2, Nr. 482, Bl. 56.

¹⁹⁶ StAW STVV, Nr. 67, 14. Sitzung am 13.12.1918.

2.3. Zusammenfassung

Wiesbaden hatte den Ersten Weltkrieg zwar finanziell relativ gut überstanden, jedoch war die Kurindustrie durch den Krieg stark geschädigt worden und eine wirtschaftliche Erholung stand nicht in Aussicht. Nach dem militärischen Zusammenbruch wurden über die Presse Forderungen der Alliierten publik, die neben der als obligatorisch geltenden Rückgabe Elsass-Lothringens, auch eine Besetzung des Rheinlandes vorsahen. Die Alliierten, allen voran Frankreich, verfolgten das Ziel, einen Aufmarsch deutscher Truppen nach Westen während der Friedensverhandlungen zu verhindern. Bei diesen strategischen Überlegungen spielte die Rheingrenze eine zentrale Rolle. Marschall Foch, der Oberkommandierende der alliierten Armeen, sah in der Besetzung des Rheinlandes auch nach dem Friedensschluss die einzige Möglichkeit, Frankreich nachhaltig zu schützen.

Mit einer militärischen Sicherung des Rheines und der wichtigen Brückenköpfe Köln, Koblenz und Mainz würde eine mögliche militärische Aktion Deutschlands nach Westen erschwert. Eine Abtrennung des Rheinlandes als selbständigen Staat hätte aber auch eine massive Schwächung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands zur Folge gehabt. Beides, so Foch, würde der Friedenssicherung dienen. Trotz Vorbehalte der Verbündeten und von Teilen der französischen Regierung, konnten sich die Befürworter einer Rheinlandbesetzung durchsetzen.

Die Veröffentlichung der Waffenstillstandsbedingungen wurde in der Bevölkerung, wie auch in der städtischen Regierung, mit Empörung aufgenommen. Es wurde deutlich, dass Wiesbaden im Brückenkopf der Stadt Mainz liegen und Mitte Dezember eine französische Besatzung erhalten würde. Dies war ein Schock für die Stadt, da damit eine Erholung der angeschlagenen Kurindustrie für die nächste Zeit nicht möglich erschien.

Zeitgleich mit der Unterzeichnung der Waffenstillstandsbedingungen, breitete sich die revolutionäre Bewegung von Kiel in ganz Deutschland aus und erreichte am 9. November die Kurstadt. Es bildete sich ein Arbeiter- und ein Soldatenrat, der am nächsten Tag öffentlich den „Sieg der Revolution“¹⁹⁷ verkündete. Der 11. November stellte den eigentlichen Durchbruch der Revolution in Wiesbaden dar, als der Regierungspräsident und die Stadtverwaltung den Arbeiter- und Soldatenrat als oberste Instanz anerkannten. Auf dem Marktplatz wurde der Umsturz von einer Menschenansammlung gefeiert.

¹⁹⁷ WZ Nr. 574 vom 10.11.1918 (Morgen-Ausgabe).

In Wiesbaden verlief die Revolution ruhig und ohne Gewaltakte. Der Magistrat und die liberal-konservativ geprägte Stadtverordnetenversammlung entschieden sich, umgehend mit den Räten zusammenarbeiten zu wollen, obwohl der Magistrat der Revolution ablehnend gegenüberstand. Ebenso wie die gesamte Stadtverwaltung blieb auch der Oberbürgermeister im Amt. Trotz der Umgestaltung des Staates gab es in Wiesbaden in politischer Hinsicht starke Kontinuitäten zum Kaiserreich.

In den fünf Wochen der Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrates, vom 9. November bis zum 13. Dezember 1918, bemühte sich der Rat zusammen mit der Stadtverwaltung, die drängendsten Probleme zu lösen. Der Arbeiter- und Soldatenrat versuchte, eine Nichtbesetzung Wiesbadens zu erreichen und wandte sich an den Reichskanzler und die Waffenstillstandskommission, jedoch blieben diese Initiativen erfolglos. Die Frage der Lebensmittel- und Brennstoffversorgung für die Bevölkerung und die Unterbringung der durchziehenden deutschen Truppen waren zentrale Anliegen der Stadt. Nur in der Schaffung einer Bürgerwehr gab es Konflikte mit dem Oberbürgermeister und der Stadtverordnetenversammlung, da diese fürchteten, der Rat könnte die Bürgerwehr für die Festigung der Räteherrschaft missbrauchen. Der Arbeiter- und Soldatenrat konnte sich aber in diesem Punkt durchsetzen.

Während im unbesetzten Deutschland durch den Rätekongress und den Rat der Volksbeauftragten der Weg von einer Räterepublik hin zu einer Nationalverfassung geebnet wurde, wurden die Arbeiter- und Soldatenräte mit dem Einzug französischer Truppen am 13. Dezember 1918 aufgelöst. Die französische Verwaltung ersetzte diese als Zentralinstanz. Wiesbaden erlebte nur eine kurze Revolution.

3. Kapitel: „Krieg mit anderen Mitteln“ – Wiesbaden in der Zeit des Waffenstillstands

3.1. Die französische Besetzung Wiesbadens während des Waffenstillstands

3.1.1. „Die feindliche Macht“ - Einzug und Einquartierung der französischen Truppen

Einen Monat nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrags überschritten alliierte Truppen die Grenze Deutschlands. Die belgischen Truppen besetzten den nördlichsten Teil des Rheinlandes von Kleve bis Mönchengladbach. Die Briten besetzten den Brückenkopf Köln mit dem westlichen Hinterland bis Malmedy. Der Brückenkopf Koblenz, weite Teile des Westerwaldes, Trier und Luxemburg wurden von den US-amerikanischen Truppen okkupiert¹⁹⁸. Die Pfalz, das Saarland, das Gebiet um Aachen und der Brückenkopf Mainz mit der Stadt Wiesbaden fielen unter französische Kontrolle. Wiesbaden wurde dem Befehl General Lecontes unterstellt. General Leconte¹⁹⁹ gehörte der 10. Armee an, die unter der Leitung von General Charles Mangin²⁰⁰ ihr Hauptquartier in Mainz hatte. Zusammen mit der in der Pfalz stationierten 8. Armee, war die 10. Armee Teil der Heeresgruppe General Fayolles, welche dem Oberkommandierenden Marschall Foch unterstand.

¹⁹⁸ Zur amerikanischen Besetzung entstanden verschiedene zeitgenössische Publikationen. Am bekanntesten sind die Schriften des US-Generals Henry T. Allen: Allen, Henry T.: *Mein Rheinland-Tagebuch*, 2. Aufl., Berlin 1923 und Allen, Henry T.: *Die Besetzung des Rheinlands*, Berlin 1927.

¹⁹⁹ Marie Gaston Florent Leconte, General der Reserve und Kommandant des 33. Armeecorps. *Qui êtes-vous? Annuaire des contemporains*. Notices biographiques, Paris 1924, S. 214.

²⁰⁰ Charles Marie Emanuel Mangin, geb. am 6.7.1866 in Sarrebourg, gest. am 12.5.1925 in Paris. Mangin trat 1885 in den Militärdienst ein und diente bis 1914 in Afrika als Offizier der Kolonialtruppen. Während des Ersten Weltkriegs wurde er Divisionskommandant und übernahm als General die 10. Armeegruppe. Während des Waffenstillstands war er der Kommandeur der Rheinarmee und Oberbefehlshaber im Rheinland. Hill, Richard: *A biographical dictionary of the Sudan*, London 1967, S. 128; Huber: *Verfassungsgeschichte* Bd. 5, S. 1141 Anm. 68; Académie des sciences d'outre-mer: *Hommes et destins. Dictionnaire biographique d'outre-mer* Bd. 9, Paris 1977, S. 129-132.



Abbildung 1: Die Besatzungszonen im besetzten Rheinland 1919²⁰¹.

Vorbereitungen

Der Magistrat begann, die Einwohner Wiesbadens durch öffentliche Bekanntmachungen auf die Besatzung vorzubereiten. Der städtischen Führung war bewusst, dass ein Widerstand gegen die Besatzung zu Repressalien und einer Verschlechterung der problematischen Versorgungslage der Stadt führen

²⁰¹ Siehe Karte in Tirard, Paul: La France sur le Rhin, Paris 1930, Anhang und Rapport Tirard, BArch KO Zsg. 105/16, Bl. 9f.

könnte. Am 3. Dezember 1918 ließ Oberbürgermeister Glässing in der Presse verkünden:

*„Männer und Frauen Wiesbadens! Nur noch wenige Tage trennen uns von der Besetzung durch die feindliche Macht. Wir erwarten von der Bevölkerung, daß sie diese schwere Zeit in Würde und Zurückhaltung erträgt. Niemand lasse sich hinreißen zu einer Unbedachtsamkeit und Widersetzlichkeit, die Stadt würde solches Verhalten auf das Schwerste zu büßen haben. Jede deutsche Frau, jedes deutsche Mädchen, jeder deutsche Mann bewahre die Würde; die Verachtung des Feindes für unser Volk und unsere Stadt wäre die Folge jeder Würdelosigkeit. Denkt an die Toten und das Vaterland.“*²⁰²

Der Oberbürgermeister und der Magistrat riefen die Wiesbadener dazu auf, der Besatzungsmacht zurückhaltend zu begegnen und die als Demütigung empfundene Besetzung mit Würde zu ertragen. Die Bewahrung der nationalen und damit verbundenen individuellen „Ehre“²⁰³ spielte vor allem im stark vertretenen bürgerlichen und konservativen Milieu der Stadt eine wichtige Rolle. Aus der Tradition des Kaiserreichs heraus verband das überwiegend national gesinnte Bürgertum die nationale Ehre Deutschlands mit der Großmachtstellung Deutschlands und hatte ein tendenziell rassistisches und völkisches Verständnis von Ehre. Der Krieg hatte zu einer Überbetonung der Ehre geführt und man empfand die Besetzung durch fremde Truppen als Demütigung und Verletzung der nationalen Ehre²⁰⁴. Die Besetzung wurde zur Fremdherrschaft erklärt und stand damit im Gegensatz zum propagierten Selbstbestimmungsrecht der Völker²⁰⁵.

Ein öffentlicher Aufruf vom 6. Dezember mit dem Titel „Vergeßt Euch nicht!“²⁰⁶ wandte sich ebenfalls an die Wiesbadener Bevölkerung und insbesondere an die weiblichen Bürger. Hierin wurde dazu aufgerufen, die französischen Truppen nicht feierlich zu empfangen und betont, dass die ankommenden Truppen der Feind seien. Vor allem Kinder, Jugendliche und Frauen sollten sich

²⁰² StAW WI/2 Nr. 2555, Bl. 1.

²⁰³ Zur Definition und Wortbedeutung siehe Burkhart, Dagmar: Eine Geschichte der Ehre, Darmstadt 2006, S. 19-27.

²⁰⁴ Burkhart: Geschichte, S. 106-111.

²⁰⁵ Vgl. Koller, Christian: Fremdherrschaft. Ein politischer Kampfbegriff im Zeitalter des Nationalismus, Frankfurt am Main/New York 2005, S. 461f. und 382.

²⁰⁶ Zitiert nach Gorrenz: Franzosenzeit, S. 9f.

von den feindlichen Truppen fernhalten. Dabei wurde insbesondere den Frauen unterstellt, dass sie sich den französischen Soldaten anbieten würden.

Hier zeigten sich bereits sexistische und nationalistische Kategorien der Distinktion, die später im erweiterten Maß in der Kampagne gegen die französischen Kolonialtruppen verwendet wurden. Frauen wurden stereotypisch als schwach und schutzlos angesehen. Diese Vorstellung wurde mit der militärisch geschlagenen und vermeintlich hilflosen deutschen Bevölkerung gleichgesetzt, die von den entwaffneten Männern nicht mehr geschützt werden konnte. Eine Bedrohung der deutschen Frauen wurde demnach als Bedrohung der deutschen Nation als Ganzes aufgefasst²⁰⁷ und dies wiederum als Bedrohung der nationalen Ehre.

Besetzung Wiesbadens

Am 9. und 12. Dezember trafen französische Offiziere in Wiesbaden ein, um den Einzug der Truppen vorzubereiten. Vor allem die Frage der Einquartierung der Truppen musste gelöst werden und war Gegenstand der Unterredung zwischen den französischen „Quartiermachern“ und dem Magistrat²⁰⁸. Die Besetzung der Stadt²⁰⁹ erfolgte am 13. Dezember 1918. Etwa 1.200 Soldaten und Offiziere²¹⁰ wurden nach Wiesbaden verlegt und weitere Truppen zogen durch die Stadt zu ihren Bestimmungsorten. Während die Offiziere in Hotels einquar-

²⁰⁷ Vgl. Wigger, Iris: Die „schwarze Schmach am Rhein“. Rassistische Diskriminierung zwischen Geschlecht, Klasse, Nation und Rasse, Münster 2007, S. 197f.

²⁰⁸ StAW WI/2, Nr. 2557, Bl. 1 und WT Nr. 581, 13.12.1918 (Morgen-Ausgabe).

²⁰⁹ Neben der Stadt Wiesbaden wurden Teile des Landkreises Wiesbaden besetzt, die in den Folgejahren teilweise eingemeindet wurden. Größere angrenzende Gemeinden wie Biebrich, Dotzheim, Schierstein und auch kleinere Orte wie Kloppenheim wurden militärisch besetzt.

Aus der Schulchronik Kloppenheim:

„Als im Brückenkopf von Mainz liegend, hat auch Kloppenheim seine Besetzung. Am 13. Dez. begann sie, erst erschienen nur kleine Trupps, dann wurde sie immer stärker bis am 30. u. 31. Dez. der Ort mit ca. 8-900 Mann belegt wurde. Die Schule wurde zur Kaserne, sie wurde Lagerhaus für allerlei Kriegsmaterial, Büros wurden darin eingerichtet, die übrigen Räume u. ihr Speicher bildeten Quartier für nicht weniger als 80 Mann. Mit Bangen sah man der französischen Besetzung entgegen. Doch muß im großen ganzen das Auftreten der französischen Truppen als taktvoll bezeichnet werden.“ StAW SCH 14, Nr. 5.

²¹⁰ Nach Gorrenz das 208. Infanterieregiment; vgl. Gorrenz: Franzosenzeit, S. 10. Eine genaue Zahl ist nicht feststellbar, da nicht sicher war, welche Truppenteile weiterziehen würden und welche in Wiesbaden einquartiert wurden. Offizielle Angaben über die Besatzungsstärke stehen erst ab 1922 zur Verfügung. StAW WI/2, Nr. 2321.

tiert wurden, übernahmen die Mannschaften die Infanteriekaserne und verschiedene Schulgebäude. Im Stadtschloss wurde das Büro des französischen Militärkommandos eingerichtet²¹¹.

Der Biebricher Georg Kraus beschrieb den Marsch der französischen Truppen von Mainz durch Biebrich nach Wiesbaden in seinen Aufzeichnungen:

„Nachts 5 Grad warm am Tage bis zu 11 Grad warm. Die ganze Nacht und den ganzen Tag unaufhörlicher Sprühregen. Heute war für unsere Gegend ein hochhistorischer Tag. Morgens gegen 8 Uhr überschritten die ersten Teile der französischen Besatzungstruppen die Mainzer Strassenbrücke und die Kaiserbrücke, doch waren dies nur kleinere Abteilungen: Radfahrer, Infanterie und Kavallerie. [...] Von 8 Uhr ab wurden sämtliche Mainzer Brücken für den Verkehr gesperrt. Um 9.30 Uhr begann das Gros der Besatzungsarmee von der linken Rheinseite aus den Übergang über die Brücken. [...] Von der Kaiserbrücke aus nahmen die Truppen dann zum grössten Teil ihren Weg durch die Kasteler-Strasse nach Mosbach zu, wo sich dieselben dann in der Marschrichtung nach Wiesbaden und Dotzheim fortbewegten. [...] Die hiesige Bevölkerung sowohl als auch die ankommenden Truppen benahmen sich sehr massvoll.“²¹²

Marschall Foch ließ am 13. Dezember 1918 verkünden: „Die alliierte Militärbehörde übernimmt den Oberbefehl im Lande. Sie verlangt von allen den strengsten Gehorsam.“²¹³ Alle Gesetze und Verordnungen sollten vorerst in Kraft bleiben und alle Beamten ihre Arbeit weiter verrichten. Den Einwohnern Wiesbadens wurde mit Militärgericht gedroht, sollten sie feindselige Handlungen gegen die Besatzungstruppen begehen oder den Requisitionsansprüchen der französischen Truppen nicht Folge leisten.

Am 15. Dezember 1918 lud der französische General Leconte den Regierungspräsidenten von Meister, den Oberbürgermeister Glässing und den Magistrat ein, um an der offiziellen Begrüßung der Besatzungstruppen auf dem Schlossplatz teilzunehmen. Bei diesem Anlass bekräftigte die Stadtregierung, im Interesse der Bevölkerung mit dem französischen Militär kooperieren zu

²¹¹ StAW STVV, Nr. 67, Bd. 32, 14. Sitzung der STVV am 13. Dezember 1918.

²¹² StAW NL 34, Nr. 39. Auch im heutigen Vorort Kloppenheim wurde das Verhalten der französischen Truppen trotz „Bangen“ als taktvoll bezeichnet. Vgl. Schulchronik Kloppenheim StAW SCH 14, Nr. 5. Darstellung des Einzugs in der konservativen Presse: WZ Nr. 633 vom 13.12.1918 (Abend-Ausgabe).

²¹³ StAW WI/2, Nr. 2527, Bl. 32.

wollen. Wie bereits bei der Novemberrevolution, passte sich der Magistrat den veränderten Rahmenbedingungen an. Das Ziel der Stadtverwaltung war es, die wirtschaftlichen, sozialen und existenziellen Probleme der Stadt und der Bürger zu lösen.

Oberbürgermeister Glässing bekräftigte die Haltung der Stadt in seiner Ansprache:

*„Die gegebene Stunde verpflichtet mich auf die Versicherung zu beschränken, daß die Bürgerschaft der Stadt eine verständige und ruhige ist, die das schwere Geschick das sie betroffen hat, zu tragen weiss. Ich füge hinzu, daß die städtische Verwaltung im Interesse der Bevölkerung alles versuchen wird, den Wünschen der Offiziere und Mannschaften der französischen Besatzungstruppen, soweit es in ihren Kräften steht, entgegenzukommen.“*²¹⁴

Im Anschluss hielt der französische General Leconte seine Ansprache. Er erklärte, dass er im „Namen des siegreichen Frankreichs“²¹⁵ die Macht im Brückenkopf und in Wiesbaden ausüben werde. Er ging auf die Befürchtungen der Bevölkerung ein und versicherte, dass das Eigentum und die Menschen geachtet würden. Auch wenn, so betonte General Leconte, eine Vergeltung des Krieges und die „barbarische Art und Weise“²¹⁶, wie er vonseiten Deutschlands geführt worden sei, dies rechtfertigen würde. Dabei spielte der General auch auf die Erfahrungen der französischen Bevölkerung unter der deutschen Besatzung an, die während des Krieges Repressalien, Übergriffe und Zwangsarbeit erdulden mussten²¹⁷.

²¹⁴ StAW WI/2 Nr. 2555, Bl. 1A, S. 1. Abschrift eines Artikels aus WT 17.12.1918 „Der Einzug der französischen Truppen“.

²¹⁵ StAW WI/2, Nr. 2542, Bl. 16, Brief des Büros des Generals Leconte an den Regierungspräsidenten und den Oberbürgermeister am 15.12.1918.

Aus der Rede General Lecontes: „Herr Regierungspräsident, Herr Oberbürgermeister. Im Namen des siegreichen Frankreichs übernehme ich von heute ab die Macht über den Brückenkopf Mainz und die Oberleitung des damit verbundenen Verwaltungsgebietes. [...] Der ungerechte Krieg, den uns Deutschland aufgebürdet hat, die barbarische Art und Weise, in welcher derselbe seitens Deutschlands geführt wurde, würde uns das Recht erteilen, Gleiches mit Gleichem zu vergelten und diese Vergeltung rechtfertigen. Und diese Vergeltung befürchten sie. Sie brauchen sich aber nicht vor einem solchen Benehmen unseres zu fürchten. Es würde unserer Geschlechtsart, unseres Stammes, unserer Vorfahren, unserer Vergangenheit unwürdig sein.“

²¹⁶ StAW WI/2 Nr. 2555, Bl. 1A, S. 1.

²¹⁷ Engels: Geschichte, S. 135ff.

Mit dieser öffentlichen Rede, die vielfach in der Presse publiziert wurde, wollte General Leconte nicht nur die militärische und moralische Überlegenheit der Franzosen demonstrieren, sondern auch an die eigenen Truppen appellieren, nicht gewaltsam gegen die Bevölkerung vorzugehen. Er stellte öffentliche Sicherheit und eine wirtschaftliche Erholung für die Stadt in Aussicht, sollte die Sicherheit der stationierten Truppen gewährleistet und den Machthabern und Offizieren die geforderte „Ehrerbietung“²¹⁸ entgegengebracht werden.

In dieser ersten Phase der Besetzung spielte eine Politik der Annäherung an die Bevölkerung der besetzten Gebiete noch keine Rolle. In den öffentlichen Kundgebungen kündigte sich bereits die problematische Zusammenarbeit zwischen der französischen Militärverwaltung und der Wiesbadener Regierung in der Waffenstillstandszeit an. Die angespannte nationalistisch aufgeladene Atmosphäre sowie die restriktive Politik der französischen Militärverwaltung führten zu Spannungen in vielen Bereichen der Verwaltung und des Alltags in Wiesbaden.

Einquartierung und Wohnungsnot

Ein zentrales Problem der Stadtverwaltung war die Einquartierung der französischen Truppen. Die Einquartierungskommission, welche die Versorgung der durchziehenden deutschen Truppen von der Front betreut hatte, blieb unter der Bezeichnung Einquartierungs-Amt bestehen und unterstützte die Stadt Wiesbaden bei der Unterbringung der französischen Besatzungstruppen. Die Kommission wurde von zwei Stadtverordneten geführt und sollte vorerst bis Ende des Jahres ihre Arbeit verrichten²¹⁹.

Das Ziel der Stadtverwaltung war es, eine Einquartierung in Privatwohnungen zu vermeiden. Öffentlich wurde dies mit gesundheitlichen Gefahren begründet, die von den Soldaten ausgehen würden²²⁰. Daher beschloss der Magistrat, neben den bestehenden Infanterie- und Artilleriekasernen in Wiesbaden und der Unteroffiziersschule in Biebrich, auch Schulgebäude zur Unterbrin-

²¹⁸ StAW WI/2 Nr. 2555, Bl. 1A, S. 2.

²¹⁹ StAW WI/2, Nr. 2527, Bl. 16.

²²⁰ Der Wiesbadner Regierungspräsident unterrichtet den Oberbürgermeister am 30.11.1918, dass die Ententetruppen „stark mit Geschlechtskrankheiten, besonders Syphilis verseucht sein“ sollten und die Bevölkerung gewarnt werden müsse. StAW WI/2, Nr. 2527, Bl. 10. Siehe auch den Brief des Wiesbadener Regierungspräsidiums an Erzberger vom 27.11.1918, HHStAW Abt. 405, Nr. 6366, Bl. 188.

gung von Soldaten freizugegeben, solange eine teilweise Weiternutzung als Unterrichtseinrichtung möglich war²²¹. Die ehemaligen preußischen Kasernen würden für die Besatzungstruppen nicht ausreichend sein, da Wiesbaden ursprünglich eine Garnison von etwa 1.500 Mann beherbergte, aber eine größere Zahl an Besatzungssoldaten erwartete²²².

Die Stadt plante, in die bestehenden Infanterie- und Artilleriekasernen zwischen 1.875 und 3.210 Soldaten unterbringen zu können. Die Rheinstraßenschule, Blücherschule, Gutenbergschule und Lorscheistraßenschule wurden für die Einquartierung vorgesehen. Zuvor waren sie von deutschen durchziehenden Truppen belegt gewesen. Die Schulen hatten eine veranschlagte Kapazität von 3.460 Personen. 420 weitere Betten konnten in 27 Gasthäusern bereitgestellt werden und die bisher als Lazarette genutzten 58 Hotels konnten 3.023 Personen aufnehmen²²³.

Aber auch andere Gelände wurden von den Franzosen requiriert und einer militärischen Nutzung zugeführt. So wurde die ehemalige Rennplatzanlage in Wiesbaden-Erbenheim in Beschlag genommen und mehrere Schießstände geschaffen. Das Restaurant „Zur Krone“ in Dotzheim wurde zum Wachtlokal erklärt. Ebenso wurden die Barackenanlage am Hauptbahnhof und die Turnhalle in Biebrich als Soldatenheime genutzt und das Paulinenschlösschen zum Lazarett bestimmt²²⁴.

Für die Besatzungsverwaltung wurde das Wiesbadener Schloss ausgewählt, da es direkt neben dem Rathaus gelegen war und ausreichend Platz bot. Natürlich hatte das Schloss als Sitz der französischen Verwaltung auch Symbolcharakter, da hier bereits die nassauischen Herzöge und der deutsche Kaiser wohnten und regierten. Weitere Büroräume wurden im Rathaus eingerichtet. Für den obersten militärischen Verwalter des Regierungsbezirks Wiesbaden wurde die Villa in der Parkstraße 9 als Verwaltungssitz eingerichtet.

²²¹ Vgl. Stellungnahme des Magistrats zu einem Zeitungsbericht der WZ StAW WI/2, Nr. 2527, Bl. 194.

²²² Präzise Zahlen für die Besatzungsstärke in den Jahren 1918-1920 fehlen. Erst für die Folgezeit geben Statistiken Aufschluss. Der Höhepunkt wurde 1924 erreicht: bis zu 7714 Soldaten waren in Wiesbaden einquartiert. Die Zahlen sind der „Nachweisung über die Einquartierungslasten des besetzten preußischen Gebietes nach dem Stande v. 15.9.1925.“ (HHStAW Abt. 405, Nr. 5358, Bl. 20.) und der Besatzungsstatistik der Stadt Wiesbaden (StAW WI/2 Nr. 2321) entnommen.

²²³ HHStAW Abt. 405, Nr. 6167, Bl. 134.

²²⁴ Die Belegung der Hotels und Villen in Wiesbaden sind im Folgenden entnommen aus: Bericht des Magistrats an das Besatzungsamt vom 5.5.1930, StAW WI/2, Nr. 2321.

Im Verlauf des Jahres 1919 nahm die französische Militärverwaltung weitere Gebäude und Gelände in Beschlag, die zumeist in Privatbesitz waren. Im Dezember wurde die alte Schule in Dotzheim und im Februar die Lehrstraßenschule zur Kaserne für Besatzungssoldaten. Das Rheinhotel in Wiesbaden Mitte wurde zu einem französischen Soldatenheim, wie auch die Turnhalle und das Restaurant Tivoli in Schierstein. Zur Genesung von Kranken und Verletzten wurden 1919 ein Sportplatz und die Wilhelmsheilanstalt in der Nähe des Stadtschlusses beschlagnahmt.

Für die Verwaltung der Besatzungsbehörde und für die in Wiesbaden ansässigen französischen und alliierten Kommissionen wurden zumeist ganze Villen, Hotels oder vereinzelte Wohnungen und Büroräume requiriert. Vornehmlich im repräsentativen Zentrum Wiesbadens in der Nähe der Wilhelmstraße und des Schlossplatzes, aber auch nahe dem Bahnhof und in den Villenvierteln an der Sonnenberger Straße. Alleine im Jahr 1919 belegte das Militär 16 Villen und Hotels für Verwaltungszwecke. Des Weiteren wurden Garagen, Wagenparks, Tankanlagen, verschiedene Waffenübungsplätze im Nordosten Wiesbadens, Lagerräume und -plätze, sowie diverse Geschäfte beschlagnahmt, um die Versorgung der Besatzungstruppen mit unterschiedlichen Waren zu gewährleisten.

Ab dem Sommer 1919 wurden dauerhaft Privatwohnungen von französischem Militär belegt. Die Stadt hatte dies abzuwenden versucht, indem Schulen und andere große öffentliche Gebäude zur Belegung mit Soldaten freigemacht wurden. Am 17. August 1919 mussten erstmalig 251 Wohnungen zwischen drei und neun Zimmern und 130 möblierte Einzelzimmer zur Verfügung gestellt werden²²⁵. Die Wiesbadener versuchten ihre Besitztümer zu schützen und brachten, wenn möglich, ihr Mobiliar in Sicherheit. So musste die Besatzungsbehörde am 30. Juni 1919 in einer Bekanntmachung darauf hinweisen, dass die Requirierungen der Besatzungsbehörde ein Recht darstellten, und ein Verstecken des Mobiliars zu unterlassen sei²²⁶.

Die Einquartierung von Soldaten in privaten Wohnungen und Häusern verschärfte die ohnehin wachsende Wohnungsnot in Wiesbaden. Neben der Ein-

²²⁵ Bericht des Magistrats an das Besatzungsamt vom 5.5.1930 in StAW WI/2, Nr. 2321.

²²⁶ Ausschnitt aus der Tagespost Nr. 152 vom 4.7.1919, Bekanntmachung von Commandant Juvigny Wiesbaden-Land vom 30. Juni 1919, StAW WI/2, Nr. 1405, Bl. o.A.

quartierung übten die Zuwanderung von Flüchtlingen, das Bevölkerungswachstum und die Nutzung von Wohnraum für gewerbliche Zwecke einen Druck auf den Wohnungsmarkt aus²²⁷.

Das Problem des Wohnungsnotstandes war kein singuläres Phänomen in Wiesbaden, sondern ein deutschlandweites, strukturelles Problem²²⁸. Die Wohnungssituation war bereits im Kaiserreich stark angespannt und es war nicht gelungen, quantitativ und qualitativ ausreichenden Wohnraum im Deutschen Reich zur Verfügung zu stellen. Durch den Krieg und die damit verbundene Güterknappheit kam der Wohnungsbau dann fast vollständig zum Erliegen. Die staatliche Intervention auf dem Wohnungsmarkt durch verschiedene Gesetze zum Mieterschutz und zur Wohnraumbewirtschaftung führten dazu, dass der Wohnungsbau für Investoren an Attraktivität verlor und der private Wohnungsbau den Bedarf nicht decken konnte. Durch staatliche Förderprogramme wurde versucht, bauwillige Investoren zu unterstützen und den Wohnungsmarkt zu verbessern. Das Problem der knappen Ressourcen und des oftmals fehlenden Baumaterials konnte jedoch nicht gelöst werden²²⁹.

Die Stadt versuchte, die Bevölkerung vor einer Einquartierung von Besatzungssoldaten zu schützen und vergab zuerst leerstehende Wohnungen von Bürgern²³⁰, die das besetzte Gebiet verlassen hatten und leerwerdende Wohnungen an die Besatzungssoldaten. Des Weiteren wurden Neubauten und der Umbau von großen Wohnungen zu Kleinwohnungen beschlossen und bezuschusst²³¹. Aufgrund der Probleme bei der Rohstoffbeschaffung und der Unterversorgung mit Kohle, konnten die Probleme der Wohnungsnot in der Zeit des

²²⁷ StAW WI/2, Nr. 2516, Bl. 17-21.

²²⁸ Vgl. Kapitel VII in: Geyer, Martin H.: *Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne, München 1914-1924* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft Bd. 128), Göttingen 1998.

²²⁹ Vgl. Witt, Peter-Christian: *Inflation, Wohnungszwangswirtschaft und Hauszinssteuer. Zur Regelung von Wohnungsbau und Wohnungsmarkt in der Weimarer Republik*, in: Niethammer, Lutz (Hg.): *Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft*, Wuppertal 1979, S. 385-407, S. 386-394 und Berger-Thimme, Dorothea: *Wohnungsfrage und Sozialstaat. Untersuchungen zu den Anfängen staatlicher Wohnungspolitik in Deutschland (1873-1918)* (Europäische Hochschulschriften Reihe 3 Geschichte und ihre Hilfswissenschaften Bd. 68), Frankfurt am Main/Bern 1976, S. 243 und 263.

²³⁰ Standen im Frühjahr 1918 noch 1246 Wohnungen leer (4,3%), sank die Zahl bis zum 1.4.1919 auf 341 leere Wohnungen. StAW STVV, 5. Sitzung am 28.3.1919 (Anlage).

²³¹ StAW WI/2, Nr. 2516, 17-21.

Waffenstillstandes nicht zufriedenstellend gelöst werden. Daher wurden vorerst nur Planungen wie die Bebauung des Klarenthals und die Schaffung von landwirtschaftlichen Siedlungen mit Gärten vorgenommen²³².

Erst im Sommer 1919 wurde auf die Empfehlung des Wiesbadener Finanzausschusses hin beschlossen, eine gemeinnützige Siedlungsgesellschaft zu gründen und sich an der Nassauischen Siedlungsgesellschaft zu beteiligen. Im Distrikt Unterschwarzenberg wurde Baugrund aufgekauft, um den Bau von Häusern zu ermöglichen²³³. Die Besatzungsbehörde war mit dem Zustand der preußischen Militäranlagen unzufrieden und sich der problematischen Wohnungslage bewusst. General Mangin ordnete daher im Oktober 1919 an, Baufirmen und Arbeitern für den Bau von Kasernen Vorschüsse zu zahlen, damit die Bauarbeiten beginnen konnten²³⁴.

Im Dezember 1919 beschloss der Magistrat ein Wohnungsamt zu schaffen, das die mit der Einquartierung zusammenhängenden Besatzungsangelegenheiten einheitlich bearbeiten sollte. Das neugeschaffene Amt regelte die Einquartierungen und regulierte entstehende Schäden²³⁵. Die Commission de Logements der französischen Militärverwaltung gab dem Wohnungsamt an, wie viele Räume und Wohnungen benötigt wurden, welche Ausstattung diese haben sollten und welche Dienstgrade die Militärpersonen hatten. Auf die Anfrage hin versuchte das Wohnungsamt, mit Verwaltern und Besitzern in Kontakt zu treten und geeigneten Wohnraum zu finden. Hierbei versuchte das Wohnungsamt, die soziale und private Situation des Bewohners in die Entscheidung miteinzubeziehen. So wurde häufig davon abgesehen, Soldaten bei älteren oder verarmten Bürgern einzuquartieren. Es kam aber vor, dass Hausbesitzer Angestellte wie z.B. Dienstmädchen entließen, um Wohnraum zur Verfügung stellen zu können²³⁶. Der Umfang der Tätigkeiten des neugegründeten Wohnungsamtes für die französische Verwaltung stieg derart an, dass im Verlauf des Jahres 1919 eine eigene Amtsstelle für Besatzungswohnungen geschaffen wurde²³⁷.

²³² StAW STVV, 5. Sitzung am 28.3.1919 (Anlage).

²³³ StAW STVV, Nr. 67, Bd. 32, 13. Sitzung der STVV am 11.7.1919. Heute das Gebiet zwischen der Mainzer Straße und dem Siegfriedring.

²³⁴ Regierungspräsident an den Wiesbadener Magistrat 2.10.1919, StAW WI/2, Nr. 2527, Bl. 296.

²³⁵ StAW WI/2, Nr. 2041, Bl. 130.

²³⁶ Schriftwechsel zwischen dem Wohnungsamt (Herr Lorenzen) und der Commission des Logements (General Pigault), StAW WI/2, Nr. 2529.

²³⁷ Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1919 bis zum 31. März 1920, S. 23.

Die Wohnungs- und Hausbesitzer hatten einen Anspruch auf Entschädigung für die Einquartierung französischer Soldaten. Das Reich hatte sich grundsätzlich bereit erklärt die Kosten zu übernehmen, allerdings trat die Stadt Wiesbaden bereits seit Beginn der Besetzung in Vorlage, um die Bürger zeitnah zu entschädigen. Aufgrund der wachsenden Inflation waren die Leistungen gering. Diese Praxis wurde 1919 von der französischen Besatzungsbehörde untersagt, woraufhin vorerst keine Entschädigungsleistungen mehr gezahlt wurden²³⁸.

3.1.2. Französische Besatzungsstrukturen im besetzten Gebiet und Wiesbaden

Die Besetzung des Rheinlandes mit seinen Brückenköpfen sollte während des Waffenstillstandes für den Fall einer Wiederaufnahme von Kriegshandlungen den alliierten Streitkräften eine überlegene strategische Position sichern. Die Besetzung sollte die linksrheinischen Gebiete vor der „Unordnung“ im Deutschen Reich beschützen²³⁹. Ein weiterer Aspekt war die Kontrolle des Finanzwesens und der Wirtschaft, um ein Abfließen von Vermögenswerten zu verhindern und einen Zusammenbruch der rheinischen Wirtschaft in Hinblick auf die Reparationszahlungen zu verhindern²⁴⁰.

Das erklärte Ziel Marschall Fochs als oberster alliierter Kommandant war es, in erster Linie eine Kontrolle der deutschen Behörden und der Bevölkerung zu erreichen, um die Sicherheit der Soldaten gewährleisten zu können. Die Planungen für die Besetzung des Rheinlands waren bereits im November 1918 überwiegend abgeschlossen. Marschall Foch gab am 15. November 1918 Instruktionen heraus, welche die Richtlinien enthielten, nach denen die Besetzung vorstattengehen sollte und der Umgang mit den deutschen Behörden geregelt war²⁴¹.

²³⁸ Aufstellung des städtischen Requisitionsamtes in seinem Bericht an Bürgermeister Travers vom 5.12.1919, StAW WI/2, Nr. 2527, Bl. 313. Siehe auch Schreiben des Städtischen Wohnungsamts an Bürgermeister Travers vom 16.3.1920 und Protokoll der StVV vom 19.3.1920 in StAW WI/2, Nr. 2561, Bl. 25.

²³⁹ Vgl. Ausführungen Tirards in seinem Raport. BArch KO Zsg. 105/16, Bl. 15f.

²⁴⁰ Raport Tirard, BArch KO Zsg. 105/16, Bl. 18.

²⁴¹ Instruktionen Fochs aus dem Großen Hauptquartier über die zivile Verwaltung vom 15. November 1918, SHD 4N92, Dossier 1.

Marschall Foch hatte für die Besetzung die Den Haager Friedensordnung von 1899/1907 und die darin enthaltenen Bestimmungen für den Umgang mit besetzten Gebieten zur Grundlage der Besetzung erklärt²⁴². Damit folgte er den internationalen Bestimmungen und der völkerrechtlich verankerten Auffassung vom Verhalten im besetzten Gebiet. Der Artikel 43 der Den Haager Friedensordnung besagte, dass solange kein „zwingendes Hindernis“ bestehe, die Besatzungsmacht Vorkehrungen zu treffen habe, die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben, nach Möglichkeit unter Beachtung der Landesgesetze, aufrecht zu erhalten²⁴³. Alle Gesetze, die zur Zeit der Besetzung in Kraft waren, blieben demnach gültig, solange sie nicht das Recht der Besatzungstruppen verletzten oder ihre Sicherheit gefährdeten²⁴⁴.

Um die Kontrolle der deutschen Verwaltung gewährleisten zu können, wurde bei den Regierungspräsidenten ein Offizier eingesetzt, der als *Administrateur supérieur* bezeichnet wurde. Ihm unterstanden für jeden Stadt- oder Landkreis ein weiterer Offizier mit dem Titel *Administrateur du Cercle*. Jedem *Administrateur* standen Adjutanten, Übersetzer, Stenografen, Sekretäre und weiteres Verwaltungspersonal zur Verfügung²⁴⁵. Wiesbaden war somit Sitz des *Administrateur supérieur* für den besetzten Teil des Wiesbadener Regierungsbezirks und Sitz des *Administrateurs du Cercle* Wiesbaden-Ville. Die umliegenden Gemeinden Wiesbadens bildeten den Landkreis Wiesbaden, der vom *Administrateur du Cercle* Wiesbaden-Campagne kontrolliert wurde.

Ergänzt wurde die militärische Verwaltung von verschiedenen zivilen Diensten und Kommissionen. Am 14. November 1918 wurde durch Marschall Foch der *Service des territoires rhénans* unter der Leitung von Paul Tirard²⁴⁶

²⁴² Instruktionen Fochs vom 15. November 1918, SHD 4N92, Dossier 1.

²⁴³ Abschnitt III, Art. 43: Nachdem die gesetzmässige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.

Die Haager Landkriegsordnung nebst Anlagen und Ergänzungen, Bremen 2010, S. 12.

²⁴⁴ SHD 4N92, Dossier 1.

²⁴⁵ Aus dem Rapport Lamoureux (etwa 1925 verfasst) „La Regime de l'occupation de la rive gauche du rhin“ S. 14: „La composition type du personnel d'une délégation supérieur est la suivante: 1 délégué supérieur, 2 premiers adjoints, 4 adjoints, 3 interprètes, 4 secrétaires, 4 dactylos, 2 guides- interprètes, 2 chauffeurs, 1 chef de garage
Celle du cercle: 1 délégué, 1 adjoint, 1 intreprète, 1 secrétaire, 1 dactylo, 1 chauffeur.“
SHD 16N1558.

²⁴⁶ Paul Tirard, geb. am 2.6.1879 in Nogent-le-Rotrou, gest. 1945. Tirard war ein französischer

geschaffen²⁴⁷. Die Aufgabe von Tirard war es, Richtlinien für die Besatzungsbehörden auszuarbeiten, die Besatzungspolitik Fochs durchzusetzen²⁴⁸ und eine zivile Verwaltung in den besetzten Gebieten aufzubauen. Tirards Stab bestand aus Verwaltungsbeamten, Finanzbeamten, Diplomaten und Ingenieuren, die mehrheitlich der Armee als Reserveoffiziere dienten²⁴⁹.

Am 22. Dezember 1918 übernahm Tirard die Leitung der *Contrôle Général de l'Administration des Territoires Rhénans* in Luxemburg²⁵⁰. Tirard konnte seine Arbeit ausweiten und entwickelte für die militärische Führung die Kontrollbehörde zum Bindeglied zwischen den Armeen und den deutschen Behörden. Für diesen Zweck wurden mehrere Dienste geschaffen, die den Bereichen Politik und Verwaltung, Finanzen, Industrie, Gewerbe und Diplomatie, Justiz und Legislative zugeordnet waren²⁵¹. Die zentralen Aufgaben der auch als „Luxemburgkommission“ bekannten Behörde waren die Aufsicht über die Ressourcenverteilung und die Regulierung des Warenaustausches zwischen dem besetzten Gebiet und Deutschland zugunsten der französischen und belgischen Wirtschaft. Parallel dazu bestanden diverse Kommissionen, die vor allem mit der Verkehrsinfrastruktur und der Rohstoffbeschaffung beauftragt waren²⁵². Seit dem 8. Januar 1919 wurde die Kommission von der *Commission pour la rive gauche du rhin* mit Sitz in Paris instruiert, welche vom französischen Außenministerium und dem Inter-Allied Military Board bestimmt wurde²⁵³.

Verwaltungsbeamter. Vor dem Ersten Weltkrieg hatte Tirard die französische Administration in Marokko aufgebaut und später die oberelsässischen Gebietsteile, die seit 1914 von französischen Truppen besetzt waren, verwaltet. Er baute die zivile Besatzungsverwaltung im französischen Besatzungsgebiet auf und wurde 1920 Oberkommissar und Präsident der Interalliierten Rheinlandkommission. Huber: *Verfassungsgeschichte* Bd. 6, S. 474 Anm. 107 und *Qui êtes-vous? Annuaire des contemporains. Notices biographiques*, Paris 1924, S. 330.

²⁴⁷ Rapport Tirard, BArch KO Zsg. 105/16, Bl. 57f.

²⁴⁸ Bariéty: *Commission*, S. 18.

²⁴⁹ Köhler: *Besatzungspolitik*, S. 116 und Tirard: *France*, S. 99f.

²⁵⁰ Rapport Tirard, BArch KO Zsg. 105/16, Bl. 58f., Tirard: *France*, S. 100, Gembries: *Verwaltung*, S. 58. und IWM: *Occupation*, S. 55 und 187f.

²⁵¹ Dieses System wurde im Zeitraum zwischen Ende April und Juni 1919 reformiert. Es wurde auf Initiative der Verbündeten Frankreichs vor dem Hintergrund der Diskussionen über die französische Rheinlandpolitik entschieden, dass die Kontrolle und Verwaltung der besetzten Gebiete unter gemeinsame interalliierte Kontrolle gestellt werden sollte. Der Weg war frei für die im Versailler Vertrag benannte Rheinlandkommission. Rapport Tirard, BArch KO Zsg. 105/16, Bl. 61-63.

²⁵² Allen: *Besetzung*, S. 44-47.

²⁵³ IWM: *Occupation*, S. 55.

Zusätzlich wurden für das gesamte französisch besetzte Gebiet drei Verwaltungszentren geschaffen. Für die preußische Provinz Rheinland war das Centre Administratif Allemand in Koblenz eingerichtet worden, während für die hessische Provinz die Stadt Mainz und für die bayrische Pfalz Speyer als Sitz gewählt wurde²⁵⁴. Die Verwaltung war in fünf Abteilungen gegliedert. Die erste Abteilung war mit der Beaufsichtigung der deutschen Verwaltung beauftragt, die zweite Abteilung für die innere Organisation und das Personal zuständig. Die Lebensmittelversorgung der Zivilbevölkerung wurde in der dritten Abteilung organisiert und Wirtschaftsangelegenheiten in der vierten Abteilung. Das Aufgabengebiet der fünften Abteilung umfasste verschiedene Bereiche, darunter Presse, Propaganda und kulturelle Durchdringung²⁵⁵. Alle Informationen der Verwaltungszentren wurden in Fochs Hauptquartier gesammelt und hier die zentralen Entscheidungen getroffen. In der Zeit des Waffenstillstandes war Paul Tirard der Leiter der zivilen Verwaltung, jedoch blieb Marschall Foch die höchste Entscheidungsinstanz .

3.1.3. Die Polizeiverordnung von 1918 und ihre Auswirkungen

Am 1. Dezember 1918 erließ die französische Militärverwaltung eine Polizeiverordnung, welche die Bürger- und Persönlichkeitsrechte stark einschränkte und Empörung in der Bevölkerung hervorrief. Das Verhältnis zwischen dem französischen Militär, der Stadtverwaltung und den Bürgern wurde in der Zeit des Waffenstillstands dadurch schwer belastet. Die Verordnung trat mit ihrer Veröffentlichung am 13. Dezember 1918 in Kraft²⁵⁶.

Die Polizeiverordnung besagte, dass alle Einwohner, die älter als zwölf Jahre waren und bereits vor Ausbruch des Krieges in Wiesbaden lebten, für sich und alle Personen, die mit ihnen zusammenwohnten, eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen mussten. Für alle anderen Einwohner galt, dass sie ihren Aufenthalt im besetzten Wiesbaden rechtfertigen mussten. Sie erhielten erst nach eingehender Prüfung eine Aufenthaltsgenehmigung. Mit der Aufenthaltsgenehmigung erhielten die Wiesbadener eine Legitimationskarte, die sie stets mit sich führen mussten²⁵⁷.

²⁵⁴ Vgl. Schaubild in SHD 4N92, Dossier 1.

²⁵⁵ Allen: Besetzung, S. 88f.

Köhler: Besatzungspolitik, S. 116.

²⁵⁶ Die im Folgenden zitierte Polizeiverordnung findet sich in Kopie in StAW WI/2, Nr. 2527, Bl. 33-39.

²⁵⁷ Art. 3-7 der Polizeiverordnung.

Der Verkehr wurde dahingehend reglementiert, dass die Bevölkerung die Gemeindegrenzen nicht verlassen und sich nur zwischen sechs und 20 Uhr frei bewegen durfte. Diese Vorschrift belastete nicht nur den gewerblichen Verkehr mit den nahe gelegenen Orten Dotzheim, Biebrich, Schierstein und den direkt an der Gemeindegrenze liegenden Orten Bierstadt und Rambach, sondern auch den privaten Kontakt und das Pendeln der Arbeiter und Angestellten. Das Reisen mit Fahrrad, zu Pferd, mit Wagen, Bahn oder Auto bedurfte zudem eines Begleitscheins oder einer schriftlichen Erlaubnis der Militärbehörde. Als neue Zeit wurde die französische Zeit eingeführt²⁵⁸.

Die Presse unterstand, wie auch das gesamte Post-, Telegraf- und Telefonwesen, der französischen Zensur. Alle Printmedien mussten vor der Veröffentlichung von der Militärbehörde genehmigt werden²⁵⁹, der Verkauf von Zeitungen und Zeitschriften war nur mit schriftlicher Erlaubnis gestattet. Briefe und Telegramme mussten der Zensur vorgelegt werden und Telefonapparate gemeldet werden. Telefonieren selbst war verboten²⁶⁰.

Des Weiteren mussten Jagdwaffen, Munition und sonstiges militärisches Ausrüstungsmaterial abgegeben werden. Widerstand gegen Requisitionen von Gütern oder Dienstleistungen wurde unter Strafe gestellt und der Verkauf von hochprozentigen alkoholischen Getränken untersagt. Der Zutritt zu Restaurants und anderen Ausschanklokalen wurde auf die Zeit zwischen acht Uhr morgens und 20 Uhr festgesetzt²⁶¹.

Unter der Überschrift „Sonstiges“ wurde in der Polizeiverordnung festgelegt, dass Zivilisten gegenüber den Offizieren der Besatzungsarmeen „eine achtungsvolle Haltung anzunehmen“²⁶² hatten und öffentliche Bedienstete die Offiziere grüßen mussten. Fotoapparate waren ohne schriftliche Erlaubnis untersagt. Alle Preise mussten in Mark und in Franc ausgezeichnet sein, wobei der Wechselkurs von der Besatzungsbehörde festgelegt wurde und am Rathaus veröffentlicht wurde²⁶³.

²⁵⁸ Art. 8-10 der Polizeiverordnung.

²⁵⁹ Zuwiderhandlungen wurden konsequent bestraft. So wurde beispielhaft das Wiesbadener Tagblatt für vier Tage Ende Dezember verboten, da es eine Anzeige für eine Versammlung der DDP veröffentlicht hatte, die nicht von der Besatzungsbehörde genehmigt gewesen war. WT Nr. 1, 1.1.1919 (Tages-Ausgabe).

²⁶⁰ Zensur der Presse siehe Art. 13-15, betreffend Nachrichtenwesen siehe Art. 16-18 der Polizeiverordnung.

²⁶¹ Polizeiverordnung Art. 20-23.

²⁶² Art. 24 der Polizeiverordnung.

²⁶³ Art. 24-28 der Polizeiverordnung.

Der Artikel 29 regelte die Bestrafung bei Übertretungen. Der Artikel besagte, dass bereits bei einer Mutmaßung eines Verbrechens oder eines Vergehens der Angeklagte vor ein Militärgericht gestellt und mit Strafen von bis zu einem Jahr Zuchthaus und 1.000 Franc Bußgeld, Ausweisung oder gegebenenfalls Schließung des Gewerbes belegt werden konnte²⁶⁴.

Auswirkungen der Polizeiverordnung

Wiesbaden hatte während der Waffenstillstandszeit bis in das Frühjahr 1919 schwer unter der Blockade der Alliierten zu leiden²⁶⁵. Die Blockade förderte die Ablehnung der Besatzung und verschärfte den Eindruck, dass der Krieg mit „anderen Mitteln“ fortgeführt würde²⁶⁶. In Wiesbaden wurden die Probleme, die aus der Blockade resultierten, noch zusätzlich durch die Bestimmungen der Polizeiverordnung verschärft. Vor allem die Einschränkungen im Transportwesen verschärften den Lebensmittelmangel. Anfang Dezember 1918 wurde bekannt, dass Marschall Foch sogar plante, den Lebensmittelverkehr zwischen dem besetzten Gebiet und dem restlichen Deutschland zu unterbinden, was zu einem Protest der deutschen Regierung bei der Waffenstillstandskommission führte²⁶⁷.

In einem Brief des Oberbürgermeisters Glässing an den Administrateur de Cercle Wiesbaden-Ville vom 16. Januar 1919²⁶⁸ legte er die desolate Versorgungslage Wiesbadens dar und bat um die Genehmigung von Lebensmittelzufuhr aus dem unbesetzten Gebiet oder von amerikanischer Seite. Infolge des

²⁶⁴ Art. 29 der Polizeiverordnung.

²⁶⁵ Vgl. den Zeitschriftenartikel aus: Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt 27, 1918/1919, Sp. 173-175, in: Steitz, Walter (Hg.): Quellen zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende der Weimarer Republik (Ausgewählte Quellen zur Deutschen Geschichte der Neuzeit Bd. 37), Darmstadt 1993, Dokument Nr. 13, S. 89f.

Die britische Regierung erkannte, dass die militärisch notwendige Blockade zu einem Ausbleiben von Nahrungsmitteln in ganz Deutschland führte und dies vor allem die ärmsten Bevölkerungsschichten treffe. Sie sah eine Gefahr darin, dass die alliierten Regierungen dafür verantwortlich gemacht würden und dies unter anderem der bolschewistischen Agitation nützlich sei. Vgl. Memorandum by Mr. E. F. Wise vom 1.3.1919, NA CAB 24/76, Bl. 276

²⁶⁶ Beaupré, Nicolas: Das Trauma des großen Krieges 1918-1932/33 (Deutsch-Französische Geschichte Bd. 8), Darmstadt 2009, S. 29 und 31f.

²⁶⁷ Aus dem Artikel „Gegen die wirtschaftliche Abschließung der linksrheinischen Gebiete. Ein Protest der Regierung.“ vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Solf, StAW WI/2, Nr. 2542, Bl. 2.

²⁶⁸ StAW WI/2, Nr. 2542, Bl. 109 - 112.

Krieges waren alle Vorräte verbraucht. Die üblichen Lieferungen aus den ländlichen Produktionsgebieten konnten die Stadt nicht erreichen, da jeglicher Verkehr untersagt war. Glässing schrieb weiter: „Jedenfalls steht die Stadt Wiesbaden unmittelbar vor einer Hungersnot, Mehl ist nur noch für 1 Woche da, Fett gleichfalls, Kartoffeln für 60.000 Einwohner nur noch bis 25. Januar“²⁶⁹.

Die Lebensmittelknappheit war auch Gegenstand der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Februar 1919. Die vorgelegten Daten wiesen eine Unterversorgung von 55.000 Einwohnern aus. Gravierend war zudem der Fäulnisgrad der Kartoffeln von 40%, wodurch die verfügbare Menge stark dezimiert wurde²⁷⁰.

Einige Kartoffelbauern weigerten sich, ihre Ernte an den Sammelstellen abzugeben, da der Schwarzmarktwert erheblich bessere Gewinne versprach. Die Bauern profitierten von den Exportmöglichkeiten in neutrale Länder und nutzten den schwachen Stand der deutschen Währung²⁷¹. Auch die Intervention durch Mitglieder des Magistrats bei den Landwirten vor Ort führte nicht zu der erwünschten besseren Versorgungslage in der Stadt. Im Winter 1919 musste die Stadt Kartoffeln in den Niederlanden aufkaufen und den Bürgern Hülsenfrüchte und Haferflocken als Ersatz anbieten²⁷².

Fehlende Vorräte, die Handelsblockade und die Verkehrssperre verknappten auch die wichtigen Energielieferanten Gas und Kohle²⁷³. Die französische

²⁶⁹ StAW WI/2, Nr. 2542, Bl. 112.

²⁷⁰ StAW STVV, Nr. 67, Bd. 32, 3. Sitzung der STVV vom 28.2.1919 (Anlage).

Die Kartoffel war neben Brotgetreide eine der Säulen der Ernährungswirtschaft. Durch Krankheiten, Unruhen und wenige Arbeitskräfte in der Landwirtschaft wurden 1918/1919 ein erheblicher Teil der Kartoffelernte durch Frost vernichtet, da die Ernte nicht rechtzeitig eingebracht werden konnte. Zudem führten die Transportprobleme dazu, dass die Vorräte nicht entsprechend eingelagert werden konnten. Vgl. Denkschrift des Reichsernährungsamtes im Zeitschriftenartikel Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt 27, 1918/1919, Sp. 173-175, in Steitz: Quellen, Dokument Nr. 13, S. 89f.

²⁷¹ StAW WI/2, Nr. 2544, Bl. 382.

²⁷² Auszug aus dem Sitzungsprotokoll der STVV vom 5.12.1919 in StAW WI/2, Nr. 2561, Bl. 15f.

²⁷³ In einem Bericht des Deutschen Industrie- und Handelstages vom 13.12.1918 wird die Ursache für den Kohlenmangel bei den Waffenstillstandsmaßnahmen, also den Transportbeschränkungen und der Auslieferung von Lokomotiven, gesehen, eine Mitschuld aber auch den streikenden Arbeitern zugesprochen. Steitz: Quellen, Dokument Nr. 14, S. 93f. Brief der Süddeutsche Eisenbahn Gesellschaft Wiesbaden vom 23.12.1918 an den Regierungspräsidenten, HHStAW Abt. 405, Nr. 6167, Bl. 175.

Kontrolle der Kohlereviere im Saarland, die Unruhen in Schlesien und im Ruhrgebiet im Februar 1919 verschärften die Versorgungskrise²⁷⁴. Der Straßenbahnverkehr musste zeitweise eingestellt werden. Strom konnte nicht mehr ausreichend produziert werden und wurde daher abends für Privatwohnungen abgeschaltet. In Biebrich wurde sogar das Wasser eingeteilt, da das Wasserwerk in Mainz durch den Kohlenmangel nicht mehr im vollen Umfang arbeiten konnte²⁷⁵. Besorgte Bürger Wiesbadens wandten sich über Leserbriefe an die Öffentlichkeit. Eine Leserin des Wiesbadener Tagblatts schrieb:

*„Kohlen werden nicht mehr ausgegeben, das Holz ist sündhaft teuer und feucht (auch das von der Stadt ausgegebene), und das Gas, das eben außerdem nur geringe Heizkraft besitzt, ist bis 1/1 11 Uhr gesperrt. Die Kochkiste kann nur in Einzelfällen als Notbehelf in Betracht kommen. Die Bitte heißt also: Wenn keine Kohlen geliefert werden können, müßte die Gassperre in den Vormittagsstunden aufgehoben werden. Die erforderlichen Kohlen könnten vielleicht dadurch gewonnen werden, daß der Betrieb der elektrischen Bahn in der Stadt (blaue Linie) wieder eingestellt würde.“*²⁷⁶

Der Engpass an Kohle war nicht nur in den privaten Haushalten zu spüren, sie bedeutete auch eine akute Bedrohung für die allgemeine Versorgung mit Lebensmitteln und für die Wirtschaft. So fehlte es z.B. den großen Bäckereien an Kohle zur Befeuerung der Öfen, um Brot für die Zivilbevölkerung oder die Besatzungssoldaten zu backen²⁷⁷.

Durch die Verkehrssperre verschärfte sich die Lage des Nahverkehrs und somit des Berufsverkehrs. Viele Arbeiter pendelten in die nahen Städte und Vororte mit starken Industrien wie Biebrich, Dotzheim, Höchst am Main oder bis

²⁷⁴ Vgl. Artikel „Verschärfung der wirtschaftlichen Lage“ in: WT Nr. 53, 7.2.1919 (Abend-Ausgabe), S. 2.

²⁷⁵ „Nachdem die Kohlevorräte nun immer knapper werden, können die Straßenbahnen nur noch teilweise verkehren. Von heute ab müssen alle Wohnungen ab 21.30 Uhr vom elektr. Strom abgeschaltet sein. Wegen Kohlenknappheit kann auch das Mainzer Wasserwerk nicht mehr voll arbeiten, sodaß auch die Abgabe von Wasser eingeschränkt werden muß.“ StAW NL 34, Nr. 40, Eintrag vom 8.11.1919.

²⁷⁶ WT Nr. 37, 28.1.1919 (Morgen-Ausgabe), S. 3.

²⁷⁷ Vgl. Briefe an die Regierung Wiesbaden vom Landkreis Wiesbaden und der Stadt Biebrich, HHStAW Abt. 405, Nr. 6167, Bl. 37 und 115.

nach Frankfurt. Diese Verbindungen waren vorerst unterbrochen. Da die Industrie ebenfalls nicht ausreichend mit Kohle versorgt werden konnte, gefährdete dies weitere Arbeitsplätze und die Existenz ganzer Unternehmen²⁷⁸.

Die Verkehrssperre bedeutete den endgültigen Stillstand für die Kurindustrie in Wiesbaden. Die Belegung der Hotels bestand nur noch aus vermögenden Wiesbadener Bürgern, die aus Heizmangel oder aufgrund der Versorgungslage ihre Häuser und Wohnungen verließen²⁷⁹. Im Vergleich zum Jahr 1913 zählte die Kurverwaltung für das Jahr 1919 nur noch ein Drittel der Kurgäste. Mit unter 19.000 Kurgästen war dies der niedrigste Wert während der Weimarer Republik²⁸⁰.

Neben der sogenannten „Kurindustrie“ verfügte Wiesbaden über keine nennenswerte Industrie, da dies bisher politisch abgelehnt wurde, um den Charakter der Kurstadt nicht zu gefährden²⁸¹. Die Stadt war vom Fremdenverkehr, dem Handel und handwerklichen Betrieben geprägt. Viele von den Geschäften hingen direkt mit dem Fremdenverkehr zusammen. Nur im Randgebiet der Stadt befanden sich wenige Ziegeleien, Zigarettenfabriken, elektrotechnische Fabriken, Druckereien, Mühlen und Brauereien²⁸². Aufgrund der Verkehrsverhält-

²⁷⁸ Der Demobilisierungskommissar hält die Zahl von 1400 zusätzlichen Arbeitslosen für wahrscheinlich, wenn die Verkehrsbeschränkungen nicht aufgehoben würden. Brief des Demobilisierungskommissars an Administrateur supérieur Oberst Pineau vom 8.2.1919, HHStAW Abt. 405, Nr. 6167, Bl. 315f.

²⁷⁹ Aus einem Brief des städtischen Kurtaxbüros an den Magistrat vom 7. Februar 1919: „Der Gesamt-Fremdenbesuch in Wiesbaden ging während des Krieges auf etwa die Hälfte - 50% und während der Besetzung auf etwa 18% des normalen Standes zurück. Ein wesentlicher Ausgleich wurde geschaffen durch Errichtung von Teillazaretten in Hotels und Pensionen, welcher mit der Besetzung auch in Wegfall kam. Mit Aufhebung der Teillazarette zogen sich gleichzeitig die zahlreichen Angehörigen der Lazaratinsassen von Wiesbaden zurück. Ebenso gingen fast sämtliche Flüchtlinge und Ausgewiesene, sowie die zahlreichen Offiziersfamilien mehr nach dem Inlande. Die wenigen in den Hotels verbliebenen Gäste sind zum grossen Teil Einwohner, welche wegen mangelhafter Heizung, Verpflegung, Personalversorgung, usw. ihre Privatwohnungen verliessen und in den Hotels Wohnung nahmen.“

StAW WI/2, Nr. 2542, Bl. 167.

²⁸⁰ Siehe Verwaltungsberichte der Kurverwaltung, StAW WI/2, Nr. 3974.

²⁸¹ Weichel: Bürger, S. 319.

²⁸² In einem Bericht der Stadt Wiesbaden werden vier Zigarettenfabriken, eine Staniol- und Kapselfabrik eine Werkzeugmaschinenfabrik, eine elektrotechnische Fabrik, eine Kistenfabrik, eine Bettfedernfabrik, eine Ölfabrik und Bierbrauereien als Fabriken im Stadtgebiet genannt. Sie lagen überwiegend in den äußeren Bezirken der Schiersteiner-, Dotzheimer- und Mainzerstraße.

StAW WI/2, Nr. 2542, Bl. 298. Siehe auch StAW WI/2, Nr. 2543, Bl. 171-174.

nisse, den Reisebeschränkungen, den Versorgungsengpässen und der allgemeinen wirtschaftlichen Lage Deutschlands nach dem Krieg, war die ökonomische Situation der Stadt sehr schlecht.

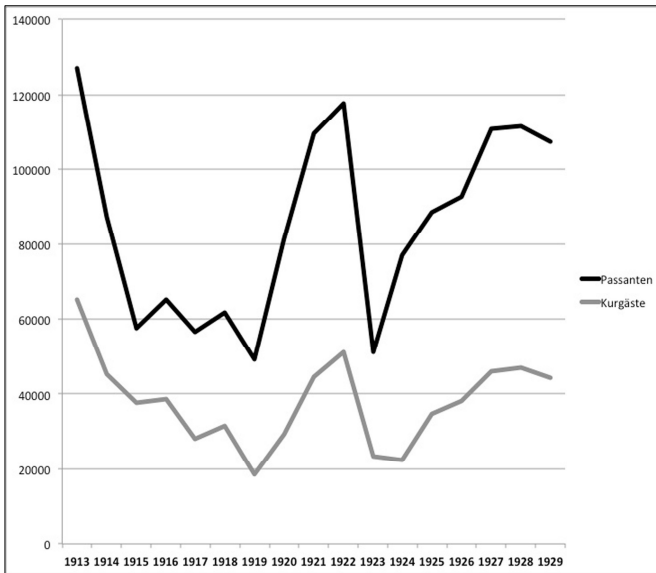


Abbildung 2: Kurgäste und Passanten in Wiesbaden 1913-1929²⁸³.

In einem Brief schilderte ein Unternehmer aus Wiesbaden beispielhaft, welche Auswirkungen die Polizeiverordnung auf die Wirtschaft Wiesbadens hatte. 10-20% der Belegschaft müsse er entlassen, da aufgrund der Postsperre keine Aufträge ankämen, die Reisen unzumutbar seien und eine Ausfuhr zur Montage wegen der Bahnsperre unmöglich sei. Weiter schrieb er: „Die jetzigen Missstände sind so, dass die Erlangung eines Reisepasses nahezu unmöglich ist, bzw. so enorm lange Zeit erfordert, dass es unmöglich ist, mit seiner Zeit danach zu disponieren.“²⁸⁴.

²⁸³ Aus den Berichten der Kurverwaltung, StAW WI/2, Nr. 3974.

²⁸⁴ StAW WI/2, Nr. 2527, Bl. 119-121.

Die schlechte wirtschaftliche Lage Wiesbadens und die Demobilisierung der deutschen Truppen führten zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Stadt. Mit Übergangs- und Notstandsarbeiten versuchte die Stadt die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Stadtverwaltung hatte bereits 1915 Pläne für die Übergangszeit nach dem Krieg entwickelt, denen der Magistrat nun folgte. Rund 300 Arbeiter wurden täglich für Straßenbauarbeiten eingesetzt; die Kosten beliefen sich auf 300.000 RM im Jahr 1918/1919²⁸⁵. Die Notstandsarbeiten und Baumaßnahmen zur Linderung der Wohnungsnot²⁸⁶ verzögerten sich aber, da aufgrund der Postsperre die Kommunikation mit den Fachministerien in Berlin unmöglich war und die nötigen Formulare nicht von den Druckereien geliefert werden konnten²⁸⁷.

Das städtische Arbeitsamt bemühte sich, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Viele Frauen, die durch die Demobilisierung von ihren Arbeitsplätzen verdrängt wurden, fanden durch hauswirtschaftliche Kurse des städtischen Arbeitsamts wieder Anstellung als Haus- und Küchenpersonal. Hier gab es einen großen Mangel an Arbeitskräften²⁸⁸. Das Amt versuchte außerdem, Arbeitssuchende außerhalb Wiesbadens zu vermitteln und gleichzeitig einen besseren Nahverkehr für die pendelnden Beschäftigten zu erreichen. Um arbeitslose Handwerker zu unterstützen, wurden Zuschüsse an private Arbeitgeber gezahlt, falls diese sich verpflichteten, Arbeiten an Erwerbslose zu vergeben, die sonst nicht ausgeführt worden wären. Da der Zuzug von Arbeitnehmern in die Stadt ein Problem darstellte, wurde der Zuzug von außerhalb von der Zustimmung des Arbeitsamtes abhängig gemacht. Wenngleich der Arbeitsmarkt mehr Suchende als offene Stellen auswies, so war die Arbeitsmarktlage für Berufe, die für Instandsetzungsarbeiten in Wohnungen benötigt wurden, positiv. Mit dem Wegfall der Verkehrssperren wuchs auch die Nachfrage nach Kellnern und Bedienungen, vor allem wenn sie französisch sprachen und jung waren²⁸⁹.

²⁸⁵ Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1918 bis zum 31. März 1919, S. 34f.

²⁸⁶ Siehe Kapitel 3.1.1. Einzug und Einquartierung der französischen Truppen.

²⁸⁷ HHStAW Abt. 405, Nr. 6168, Bl. 78. Erste Übergangs- und Notstandsarbeiten brachten im Dezember 1918 für 460 Personen Beschäftigung, StAW STVV, 5. Sitzung am 28.3.1919 (Anlage).

²⁸⁸ Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1919 bis zum 31. März 1920, S. 85.

²⁸⁹ Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1919 bis zum 31. März 1920, S. 83ff.

Die Limitierung des Postverkehrs bedeutete für die deutschen Behörden, dass keine Anweisungen von übergeordneten Behörden empfangen und keine Anordnungen an andere Behörden geleitet werden konnten. Es konnten auch keine Anträge oder Überweisungen für Renten, Waisen oder sonstige Transferleistungen geprüft oder versandt werden²⁹⁰. Besonders für die außerhalb des besetzten Gebietes liegenden Teile des Regierungsbezirks Wiesbaden hieß das eine vollständige politische und finanzielle Isolation²⁹¹. Zwischen Januar und August 1919 wurden daher die unbesetzten Teile des Regierungsbezirks Wiesbaden von der Abteilung Nassau des Oberpräsidiums in Kassel verwaltet²⁹².

Die Polizeiverordnung stieß auf energische Ablehnung vonseiten der Politik. Bestärkt wurde die Haltung durch eine Flut von Protest- und Bittbriefen aus dem Handel und von Wirtschaftsverbänden²⁹³, von Vereinen und Privatpersonen²⁹⁴. Bei den Anträgen an die Besatzungsbehörde handelte es sich meist um Genehmigungen für die Veröffentlichung von bestimmten Zeitungen, Versammlungen von Vereinen und private Reisen. Zeitungen und Versammlungen nichtpolitischer Vereine wurden überwiegend genehmigt, private Anliegen zumeist abgelehnt und politische Aktivitäten untersagt.

Beschwerden gegen Verordnungen oder einzelne Personen der französischen Verwaltung waren allerdings selten Erfolg versprechend. Der Demobilisierungskommissar erklärte in einem Schreiben an das Regierungspräsidium:

„Klagen bei den französischen Behörden die nur allgemein gehalten sind, haben gar keinen Zweck. Es müssen Einzelfälle, kurz beschrieben, nach Ort und Zeit genau bezeichnet, auch die Namen derjenigen Personen und Stellen sind anzugeben, die für schuldig erachtet werden mit Angabe des Beweismaterials!

Alle solche Klagen müssen durch meine Hand weitergegeben soweit sie von Regierungs-Abteilungen erhoben sind!

*Ich bitte um genaue Nachachtung!“*²⁹⁵

²⁹⁰ HHStAW Abt. 405, Nr. 6167, Bl. 132f.

²⁹¹ Teilweise wurden Gebiete des Regierungsbezirks Wiesbaden von anderen Stellen verwaltet, so z.B. der Obertaunus und der Kreis Usingen von Königstein aus. StAW WI/2, Nr. 2527, Bl. 248.

²⁹² Vgl. den umfangreichen Schriftverkehr in HHStAW Abt. 405, Nr. 12592.

²⁹³ StAW WI/2, Nr. 2555, Bl. 1E-h und k.

²⁹⁴ StAW WI/2, Nr. 2540, diverse Blätter.

²⁹⁵ HHStAW Abt. 405, Nr. 12592, Bl. 23.

Der Regierungspräsident wandte sich aufgrund der Wirtschaftslage der Kurstadt an den Kommissar für die besetzten Gebiete bei der Waffenstillstandskommission²⁹⁶, um Erleichterungen für den Regierungsbezirk und die Stadt Wiesbaden bei den Verhandlungen zu bewirken. Dieser Vorstoß scheiterte und der Kommissar antwortete dem Regierungspräsidenten:

*„Die hiesige Waffenstillstandskommission verkennt keineswegs die schweren Schäden, welche die Stadt Wiesbaden durch die Lahmlegung des Kurbetriebes erleidet. Es ist aber gegenwärtig wenig Aussicht, dass in dieser Beziehung Aenderungen herbeigeführt werden können.“*²⁹⁷

Reiseerleichterungen

Am 18. Dezember 1918 gab es eine erste Unterredung zwischen dem Wiesbadener Oberbürgermeister Glässing und dem Administrateur supérieur Oberst Pineau²⁹⁸. Dabei sprach der Oberbürgermeister die Probleme und Konsequenzen aus den Einschränkungen durch die Polizeiverordnung an und bat um eine Aufhebung der Verkehrssperre und um allgemeine Erleichterungen, da sonst „der wirtschaftliche Zusammenbruch des besetzten Gebietes, insbesondere der Stadt Wiesbaden unabwendbar“²⁹⁹ sei. Am selben Tag gab die Militärverwaltung den Verkehr mit den Vororten vorläufig frei, um „Arbeit und Verkehr nicht zu behindern“³⁰⁰.

Ebenfalls noch im Dezember 1918 wurde die für viele Arbeitnehmer wichtige Eisenbahnstrecke nach Frankfurt über eine Kontrollstation in Höchst am Main wieder freigegeben³⁰¹. Seit dem 28. Dezember 1918 durften Rohstoffe wie Kohle, Koks, Salz, Lebensmittel und andere Rohstoffe aus dem unbesetzten Teil Deutschlands importiert werden³⁰². Im Januar folgten längere Öffnungszeiten

²⁹⁶ Zur Entwicklung und Stellung des Reichskommissariats für die besetzten Gebiete siehe Romeyk: Behördengeschichte, S. 116ff. und Steegmans: Folgen, S. 43-52.

²⁹⁷ Schreiben des Kommissars an den Regierungspräsidenten 20.3.1919, HHStAW Abt. 405, Nr. 6168, Bl. 80f.

²⁹⁸ Für Pineau konnten keine biographischen Daten ermittelt werden.

²⁹⁹ StAW WI/2, Nr. 2555, Bl. 1k.

³⁰⁰ Zeitungsausschnitt vom 18.12.1918, StAW WI/2, Nr. 2557, Bl. 3.

³⁰¹ HHStAW Abt. 405, Nr. 6366, Bl. 169.

³⁰² StAW WI/2, Nr. 1405, Bl. 28.

für Theater und Restaurants³⁰³ und der private Briefverkehr wurde im besetzten Gebiet zugelassen sowie der geschäftliche Briefverkehr auf das gesamte Deutsche Reich ausgedehnt³⁰⁴. War der Verkehr in die Vororte Wiesbadens bisher nur vorläufig zugelassen worden, so konnten die Wiesbadener nun mit ihrer Identitätskarte die Stadtgrenzen zu den umliegenden Orten überschreiten³⁰⁵ und ab April sogar nach Mainz reisen³⁰⁶.

Die vollständige Reisefreiheit im Gebiet der 10. Armee wurde nach weiteren Lockerungen im März und Mai schließlich im Sommer 1919³⁰⁷ hergestellt und Reisen in das unbesetzte Deutschland erleichtert³⁰⁸. Auch der Export von Waren war nun möglich³⁰⁹, nachdem bereits im Februar der Handel innerhalb des besetzten Gebiets und mit neutralen Ländern unter Kontrolle des alliierten Wirtschafts-Ausschusses gestellt wurde. Der Handel mit dem alliierten oder neutralen Ausland war jedoch mit einem hohen Verwaltungsaufwand verbunden³¹⁰. Die Veröffentlichung und Einfuhr von Zeitschriften, Zeitungen und Büchern wurde Anfang September erlaubt³¹¹.

Mit der Verbesserung des Personen- und Wirtschaftsverkehrs konnte die Stadt im März 1919 die Notstandsarbeiten ausweiten. Etwa 1.000 Personen erhielten eine Arbeit. Die Arbeitslosigkeit sank im Frühjahr 1919 von 4.520 im Dezember 1918 auf 3.300 im März, wenngleich die Stadt die Kosten auf Dauer nicht tragen konnte und das Reich in der Pflicht sah³¹². Das städtische Programm für Arbeit sah vor, die geplanten Wohnungsumbauten zur Schaffung

³⁰³ WT Nr. 5, 6.1.1919.

³⁰⁴ StAW WI/2, Nr. 2527, Bl. 183ff. Anders im Raport Tirard, dort wird die endgültige Freigabe des Briefverkehrs auf November/Dezember 1919 datiert. BArch KO Zsg. 105/16, Bl. 65.

³⁰⁵ WT Nr. 32, 23.1.1919 (Abend-Ausgabe).

³⁰⁶ WT Nr. 156, 7.4.1919 (Abend-Ausgabe).

³⁰⁷ StAW WI/2, Nr. 2557, Bl. 23.

³⁰⁸ StAW WI/2, Nr. 2544, Bl. 8f.

³⁰⁹ StAW WI/2, Nr. 2544, Bl. 157.

³¹⁰ Beim Handel mit dem unbesetzten oder neutralen Gebiet oder dem neutralen Ausland mussten alle Transaktionen dokumentiert und gültige Unterlagen vorgelegt werden. Eine Transportgenehmigung wurde vom alliierten Wirtschafts-Ausschuss oder den alliierten Wirtschafts-Abteilungen bzw. zuständigen Prüfungskommissionen ausgestellt. Die Scheine mussten bei der Abrechnung als Kopie beigelegt werden. Des Weiteren waren alle Frachtpapiere, Rechnungen und sonstige Dokumente aufzuheben. Nach einer Bekanntmachung des Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden-Campagne Boissau vom 24.2.1919, StAW WI/2, Nr. 1405, Bl. 76.

³¹¹ StAW WI/2, Nr. 2527, Bl. 288.

³¹² StAW STVV, Nr. 67, Bd. 32, 5. Sitzung am 28.3.1919 (Anhang).

von mehr Wohnraum finanziell zu unterstützen³¹³, um dem Handwerk mehr Aufträge zu verschaffen. Ebenso wurden Aufträge für Instandsetzungsarbeiten und Gruftbauten erteilt, jedoch fehlte es an Materialien und Rohstoffen³¹⁴.

Auch im Bereich des Fremdenverkehrs und des Kurwesens versuchte die Stadt, neue Impulse zu setzen. Ende 1919 übernahm das städtische Verkehrsbüro die Aufgabe, die Werbung für die „Weltkurstadt“ zu koordinieren. Die Stadt knüpfte an die erfolgreiche Imagepolitik aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg an und versuchte durch gezielte Werbekampagnen neue Kurgäste in das besetzte Wiesbaden zu bringen³¹⁵.

Lebensmittelversorgung und Handel

Die Lebensmittelversorgung wurde umständlich vom Reichsernährungsamt in Berlin und dessen Bezirksstellen gesteuert. Für das Rhein-Main-Gebiet war Frankfurt zuständig, jedoch lag die Mainmetropole außerhalb des besetzten Gebiets³¹⁶. Da Wiesbaden auf die Einfuhr von Lebensmittel angewiesen war, aber der Warenaustausch mit dem unbesetzten Gebiet nur begrenzt möglich war, musste die Lebensmittelversorgung über die französische Verwaltung organisiert werden. Zu diesem Zweck wurde Anfang 1919 das Office Général de Revitaillement (OGR) mit Sitz in Wiesbaden unter der Leitung des Regierungspräsidenten geschaffen³¹⁷. Die Verteilung der Nahrungsmittel erfolgte in Wiesbaden über 300 Kolonialwarengeschäfte, 50 Butter- und Eiergeschäfte, 116 Metzgereien, 120 Bäckereien, 230 Kartoffelgeschäfte und 35 Fischgeschäfte³¹⁸.

Die Versorgungslage in Wiesbaden besserte sich im Frühling 1919. Nach dem Brüsseler Lebensmittelabkommen vom 14. März 1919 lieferten die Alliiert-

³¹³ Vgl. Witt: Inflation, S. 392.

³¹⁴ StAW STVV, Nr. 67, Bd. 32, 6. Sitzung am 11.4.1919.

³¹⁵ Giese, Torben: Moderne städtische Imagepolitik in Frankfurt am Main, Wiesbaden und Offenbach (Studien zur Frankfurter Geschichte Bd. 57), Frankfurt am Main 2010, S. 250. Zur Imagepolitik im 19. Jahrhundert und vor dem Ersten Weltkrieg siehe S. 143-158.

³¹⁶ Müller, Karlheinz (Hg.): Preußischer Adler und hessischer Löwe: hundert Jahre Wiesbadener Regierung, 1866-1966. Dokumente der Zeit aus den Akten, Wiesbaden 1966, Dokument 134, S. 201ff.

³¹⁷ Neben der Lebensmittel- und Kohlenversorgung war das OGR für die Förderung des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft zuständig. Siehe WT Nr. 18, 16.1.1919 (Abend-Ausgabe).

³¹⁸ StAW WI/2, Nr. 2543, Bl. 11f.

ten Lebensmittel nach Deutschland bzw. ließen die Einfuhr aus neutralen Staaten bis zur vereinbarten Höhe von 200.000t zu³¹⁹. In Wiesbaden wurde von französischer Seite beschlossen, Nahrungsmittel wie Speck und Mehl über die Stadt an Arbeiter und Bedürftige auszugeben³²⁰. Für die anderen Bürger der Stadt war es ab April 1919 möglich, über zugewiesene Verkaufsstellen Lebensmittel zu kaufen, die das Lebensmittelamt von den französischen Behörden oder durch Reichsbehörden erhalten hatte. Die Menge an Lebensmitteln, welche der Stadt zur Verfügung gestellt wurden, maß sich an der Einwohnerzahl. Pro Person und Woche wurden 1.820 gr. Mehl, fünf Pf. Kartoffeln, 125 gr. Kolonialwaren, 250 gr. Fleisch, 50-60 gr. Fett und 250 gr. Brotaufstrichmittel sowie 635 gr. Zucker pro Monat der Berechnung zugrunde gelegt³²¹.

Finanznot

Die Sozialausgaben der Stadt wuchsen nach dem Ende des Krieges beachtlich an. Dies lag nicht nur an den wirtschaftlichen Beeinträchtigungen durch die Besatzung, sondern an der Demobilmachung und der allgemeinen wirtschaftlichen Lage. Die hohe Zahl der nicht mehr arbeitsfähigen ehemaligen Soldaten musste ebenfalls von der Stadt versorgt werden³²². Die Reform der Erwerbslosenversicherung belastete die Stadt zudem auf bisher ungeahnte Weise³²³.

Um die finanzielle Lage der Stadt und die steigenden Kosten für Arbeitsbeschaffung und Unterstützung zu verbessern, wurden im Verlauf des Jahres 1919 die kommunalen Steuern erhöht³²⁴. Eingemeindungspläne, die bereits vor dem

³¹⁹ Das Kabinett Scheidemann, Dok. Nr. 14b vom 15. März 1919 („Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik“ online; URL: <http://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933>, besucht am 2.11.2010); StAW WI/2, Nr. 2543, Bl. 130-139.

³²⁰ StAW WI/2, Nr. 2543, Bl. 2f.

³²¹ Umfassende Darstellung des Versorgungssystems siehe StAW WI/2, Nr. 2543, Bl. 130-139.

³²² Zur Arbeitslosigkeit als Folge der Demobilmachung siehe Knortz, Heike: Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik. Eine Einführung in Ökonomie und Gesellschaft der ersten Deutschen Republik, Göttingen 2010, S. 80-83.

³²³ Vgl. hierzu Petzina, Dietmar/Köhler, Manfred/Zeppenfeld, Burkhard: Kommunale Handlungsspielräume und kommunale Finanzen - Erfahrungen in Deutschland zwischen Erstem Weltkrieg und Nationalsozialismus, in: Reulecke, Jürgen (Hg.): Die Stadt als Dienstleistungszentrum. Beiträge zur Geschichte der „Sozialstadt“ in Deutschland im 19. und frühen 20. Jahrhundert, St. Katharinen 1995, S. 153-180, hier S. 162.

³²⁴ StAW STVV, 16. Sitzung am 26.9.1919.

Krieg bestanden³²⁵, wurden wieder aufgegriffen und die Gründung eines Interessenverbands mit Mainz diskutiert³²⁶. Es konnte jedoch keine Einigung erzielt werden. Die Eingemeindungspläne wurden erst Mitte der 1920er weitergeführt und umgesetzt.

Der Haushalt der Stadt war stark unter Druck geraten. Neben den steigenden Ausgaben für die Unterstützung der Wirtschaft und der Erwerbslosen blieben der Stadt Einnahmen aus der brachliegenden Kurindustrie aus. In einem Zeitungsartikel aus dem Oktober 1919 zur Lage des Kurwesens hieß es:

*„Seit nahezu einem Jahr lag Wiesbaden im Dornröschenschlaf. Die Revolution, dann die Besetzung hatten die Kurfremden verschreckt, die Hotels waren verödet und die zahlreichen Geschäfte, die auf den Fremdenverkehr ganz oder teilweise angewiesen waren, sahen ihren Umsatz erschreckend zurückgehen.“*³²⁷

Die Kosten für die französische Besetzung waren eine weitere schwere Belastung für die Stadt. Zwar hatte das Deutsche Reich Anfang März 1919 erklärt, grundsätzlich für die entstehenden Kosten für Requisitionen und die Einquartierung zu übernehmen, jedoch war die Stadt Wiesbaden bereits seit Mitte Dezember 1918 in Vorlage getreten. Bis Mitte des Jahres wurden geschätzte Entschädigungen in Höhe von etwas über einer Millionen Reichsmark ausgezahlt. Die Ausgaben stiegen bis zum Dezember 1919 auf fast 1,5 Millionen RM. Ihnen standen nur etwa 135.000 RM an Einnahmen gegenüber³²⁸.

Am 19. Juli 1919 verbot die französische Verwaltungsbehörde die Vorschusszahlungen durch die Kommunen. Dadurch wurde zwar der Etat der Stadt entlastet, jedoch bestand nun die Gefahr, dass die Gaststätten und Hotels erst mit Verzögerung entschädigt wurden. Das städtische Requisitionsamt sah darin eine große Gefahr für den Bestand der Gasthäuser, da sie ihre Hypothekenzinsen nicht mehr bedienen könnten und dies zu Zwangsversteigerungen führen

³²⁵ Siehe hierzu Kapitel 5.3.2.

³²⁶ STAW STVV, 12. Sitzung am 4.7.1919.

³²⁷ StAW WI/2, Nr. 2557, Bl. 25.

³²⁸ Aufstellung des städtischen Requisitionsamtes in seinem Bericht an Bürgermeister Travers vom 5.12.1919, StAW WI/2, Nr. 2527, Bl. 313.

würden³²⁹. Andere Gemeinden des besetzten Teils der Provinz Nassau diskutierten sogar, ihre Steuern nicht mehr an das Reich abführen zu wollen³³⁰.

Ausweisung Oberbürgermeister Glässings

Nachdem im Oktober 1919 der Administrateur supérieur Oberst Pineau von seinem Posten abberufen wurde und Oberst Jacquard³³¹ eingesetzt wurde, verschärfte sich die negative Stimmung zwischen der Stadt und der französischen Militärbehörde. Anfang November erhielt Oberbürgermeister Glässing einen Ausweisungsbefehl nach Artikel 29 der Polizeiverordnung. Offiziell wurde dies mit administrativen Verfehlungen, dabei vor allem mit der schlechten Kohlenversorgung, begründet³³². Der Briefwechsel³³³ im Vorfeld der Ausweisung zwischen Oberst Jacquard, General Degoutte³³⁴ und Marschall Foch zeigt jedoch die Hintergründe für die Ausweisung des Wiesbadener Oberbürgermeisters auf. Oberst Jacquard schrieb über Glässing, er sei ein „arroganter preußischer Funktionär“, welcher der französischen Besatzungspolitik entgegenstehe und antifranzösische Propaganda betreibe. General Degoutte griff in dem genannten Briefwechsel die administrativen Defizite Glässings als Argument auf und unterstellte Glässing, dass er absichtlich die Versorgung behindere, um dies propagandistisch gegen die französische Militärverwaltung zu nutzen. Außerdem wurde Glässing von Degoutte mangelnde Unterwerfung unter die französische Kontrolle vorgeworfen.

Am 2. November 1919 wurde Glässing die Ausweisung mitgeteilt und am 5. November vollzogen. Glässing wählte Darmstadt als neuen Wohnort. Die

³²⁹ Bericht des städtischen Requisitionsamtes vom 23.7.1919, StAW WI/2, Nr. 2527, Bl. 278.

³³⁰ StAW WI/2, Nr. 2555, Bl. 17.

³³¹ Für Jacquard konnten keine biographischen Daten ermittelt werden.

³³² Hierzu vgl. Müller-Werth: Geschichte, S. 148f. und Glässings autobiographisches Kapitel in Gorrenz: Franzosenzeit, S. 30ff.

³³³ Brief General Degouttes an Foch vom 24. Oktober 1919 und die darin enthaltene Kopie eines Briefes von Oberst Jacquard an Foch vom 21. Oktober 1919. SHD 6N53. General Degoutte an Foch über Glässing: „Die Nachlässigkeit des Herrn Glässing in seiner Verwaltung ist offensichtlich; sein Wunsch sich nicht der Autorität des französischen Militärs zu unterwerfen, die Verantwortung für seine fehlende Voraussicht, mag es ungewollt sein oder nicht, ist nicht weniger deutlich.“

³³⁴ Jean Marie Joseph Degoutte, geb. am 18.4.1866. Degoutte legte den Grundstein seiner militärischen Karriere in den 1880er Jahren in den französischen Kolonien. Während des Ersten Weltkriegs war er Generalstabschef und kommandierte u.a. die marokkanische Division. Nach dem Krieg wurde er Kommandant der alliierten Truppen im Rheinland. Qui êtes-vous? Annuaire des contemporains. Notices biographiques, Paris 1924, S. 312.

Stadtverordneten entlasteten Glässing in einer internen Untersuchung über die Kohlenknappheit und forderten die Besatzungsbehörde auf, dem Oberbürgermeister die Möglichkeit zur Rechtfertigung zu geben und den Ausweisungsbefehl erneut zu prüfen³³⁵.

Da auch dies keinen Erfolg brachte, wandte sich Glässing mit der Bitte an den Reichsminister des Innern, etwas gegen den Ausweisungsbefehl zu unternehmen und legte einen Einspruch bei der Waffenstillstandskommission in Spa nahe. Er vertrat den Standpunkt, dass auf seine Ausweisung noch viele andere folgen würden und dies zur Demoralisierung in der Bevölkerung führen könne, sollte das Reich oder das Land Preußen nicht dagegen vorgehen. Der Reichsinnenminister wirkte daraufhin auf die Presse ein, gegen die Handlungen der Besatzungsmacht zu protestieren³³⁶. Die Ausweisung Glässings fand ein breites Echo in der deutschen Presse, jedoch änderte dies nichts an seinem Status. Auch das Gesuch des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung im Februar 1920 an die Internationale Rheinlandkommission war erfolglos. Die Geschäfte des Oberbürgermeisters wurde daher kommissarisch von Bürgermeister Fritz Travers (DVP) übernommen³³⁷.

3.1.4. Bürgerliche Traditionen - Wahlen in Wiesbaden 1919

Zu Beginn des Jahres 1919 wurden erstmals freie und gleiche Wahlen in Wiesbaden durchgeführt. Der erste Rätekongress hatte den 19. Januar 1919 als Wahltermin für die verfassungsgebende Nationalversammlung festgelegt³³⁸.

³³⁵ Gorrenz: *Franzosenzeit*, S. 31f.

³³⁶ „Wenn wir uns diese Art des Vorgehens gefallen lassen, dann sind wir verloren. Wenn Reichs- und Landesregierung hiergegen nicht auftreten, dann ist es zu Ende; es werden auch Demoralisationserscheinungen auftreten, wenn die Inhaber der leitenden Stellen im besetzten Gebiet sehen, daß die Regierungen solche Ungeheuerlichkeiten der Rheinlandkommission duldeten bzw. stillschweigend über sich ergehen lassen; ich bitte also dringend nicht nur in meinem, sondern auch im allgemeinen Interesse um sofortiges Handeln; [...]“. Außerdem meinte Glässing: „Ob sich eine Übergabe eines Protests in Spa empfiehlt; ich weiß es nicht; die Sache ist nicht zu klein; es ist die erste Handlung dieser Art von der Rheinlandkommission; nimmt man sie vom Reich und Preußen ruhig hin, dann fürchte ich ob der Folgen in künftigen Fällen gleicher Art.“

Das Kabinett Müller I, Bd. 1, Dok. Nr. 117 vom 27. Mai 1920 („Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik“ online; URL: <http://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933>, besucht am 2.11.2010).

³³⁷ Gorrenz: *Franzosenzeit*, S. 32f.

³³⁸ Kolb: *Republik*, S. 15.

Für die Stadt Wiesbaden und die besetzten Gebiete galten jedoch besondere Bestimmungen und Hindernisse. Zum einen mussten die Besatzungsbehörden dem Wahlauf Ruf zustimmen und zum anderen war durch die geltende Polizeiverordnung die Presse- und Versammlungsfreiheit stark eingeschränkt sowie der Verkehr und Kontakt in das unbesetzte Deutschland unterbunden³³⁹.

Die französische Verwaltung befasste sich erstmals am 21. Dezember 1918 mit den anstehenden Wahlen und entschied, die Wahlen im besetzten Gebiet nicht zuzulassen. Marschall Foch und die französische Regierung erkannten den Rat der Volksbeauftragten und die Räte nicht als vollwertige Vertreter der deutschen Bevölkerung an und konnten die politische Lage in Deutschland nicht sicher einschätzen³⁴⁰. Foch wollte die Loslösung des Rheinlandes vom Deutschen Reich vorantreiben und deshalb gesamtdeutsche Wahlen im besetzten Gebiet verhindern³⁴¹. Er war der Auffassung, dass die Wahl zur Nationalversammlung den Parteien und der Bevölkerung eine Plattform geben könnte, gegen den Einfluss Frankreichs und für den Verbleib im Deutschen Reich zu werben. Dies könnte womöglich sogar zu Unruhen führen und somit die Sicherheit der alliierten Truppen gefährden³⁴².

Trotz dieser Befürchtungen vonseiten des französischen Militärs, genehmigte Marschall Foch nur wenige Tage später die Wahlen zur Nationalversammlung. Er schätzte die unruhige Lage in Berlin nach dem Ausscheiden der USPD-Mitglieder aus dem Rat der Volksbeauftragten und den aufflammenden Konflikten in Berlin als so schwerwiegend ein, dass es womöglich nicht zu den angesetzten Wahlen kommen würde. Außerdem verband er mit der Zulassung der Wahlen im besetzten Gebiet eine Reihe von Garantien, von denen er erwartete, dass sie nicht eingehalten werden würden. Sollte es zu Unruhen kommen, hätte er einen geeigneten Anlass gefunden zu intervenieren. Dies hätte Signalwirkung auf die besetzten Gebiete und würde die politische Einflussnahme durch die Franzosen stärken³⁴³.

³³⁹ StAW WI/2, Nr. 2527, Bl. 33-39.

³⁴⁰ Köhler, Henning: Novemberrevolution und Frankreich. Die französische Deutschlandpolitik 1918-1919, Düsseldorf 1980, S. 165ff. und 175ff.

³⁴¹ Süss: Rheinhessen, S. 31.

³⁴² Rapport Tirard, BArch KO Zsg 105/16, Bl. 69.

³⁴³ Köhler: Novemberrevolution, S. 187. Martin Süss sieht die Gründe für die Zulassung von Wahlen in dem Wunsch der französischen Besatzungsverwaltung, eine Stabilisierung Deutschlands zu unterstützen und den Einfluss der Arbeiter- und Soldatenräte zurückzudrängen. Vgl. Süss: Rheinhessen, S. 32. Dies scheint aber in Hinblick auf die Ziele Fochs und des kurz zuvor ausgesprochenen Verbots unwahrscheinlich.

Am 4. Januar 1919 wurde in der Presse ein Erlass vom Vortag veröffentlicht, der die Zulassung der Wahlen zur Nationalversammlung durch den Oberbefehlshaber verlauten ließ³⁴⁴. Die Presse- und Versammlungsfreiheit wurde in Bezug auf die Wahl wieder hergestellt. Politische Veranstaltungen mussten jedoch der Besatzungsbehörde angezeigt und von ihr genehmigt werden. Die französische Verwaltung kündigte Kontrollen der Veranstaltungen durch französisches Personal an.

Der Schriftverkehr mit Behörden des Reiches, der für die Durchführung der Wahl notwendig war, wurde gestattet. Die Ein- und Ausreise von Beamten, die mit der Abwicklung der Wahl betraut waren, musste von den deutschen Behörden im Vorfeld beantragt werden. Die Besatzungsbehörde gewährte diese Ausnahmen von der Polizeiverordnung nur unter dem Vorbehalt der ruhigen und sicheren Durchführung der Wahlvorbereitungen und der Wahlen selbst³⁴⁵.

Der Wahlkampf beschränkte sich auf nur wenige Wochen. Die Parteien entwickelten eine rege Wahlpropaganda und nutzten die gewährte Versammlungsfreiheit. Im Mittelpunkt der Wahlpropaganda stand der politische Kampf zwischen den bürgerlichen und den sozialistischen Parteien. Die bürgerlichen Parteien wollten eine sozialistische Mehrheit verhindern und ihren Einfluss durch die Revolution zurückdrängen, obgleich sie hinter den Kulissen teilweise mit ihnen zusammenarbeiteten³⁴⁶. Die Besetzung der Stadt spielte zu diesem Zeitpunkt im Wahlkampf keine Rolle.

56.557 Wähler gaben am 19. Januar 1919 in Wiesbaden ihre Stimme ab³⁴⁷. Das Wahlergebnis spiegelte eine hohe Zustimmung für die liberalen Parteien wider. Anders als in den letzten Wahlen während des Kaiserreiches, konnten die bürgerlichen Parteien und das Zentrum teilweise deutlich an Stimmen hinzugewinnen, während die SPD Stimmenanteile verlor.

³⁴⁴ WT Nr. 4 (Tages-Ausgabe), 4.1.1919.

³⁴⁵ Note Marschall Fochs vom 24.12.1918, Rapport Tirard, BArch KO ZSg 105/16, Bl. 69, Anm. 1.

³⁴⁶ Zum Wahlkampf der Parteien 1918/1919 vgl. Lau, Dirk: Wahlkämpfe der Weimarer Republik. (Propaganda und Programme der politischen Parteien bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1924 bis 1930, Marburg 2008, S. 68-75.

³⁴⁷ Zehler berechnet eine Wahlbeteiligung von 75,9%. Seine Zahlen basieren auf den Monatsberichten des Statistischen Büros der Stadt Wiesbaden für das Jahr 1933 und weichen von den Zahlen Kleins um wenige Stimmen ab. Zehler: SPD, S. 96 und Klein, Thomas: Die Hessen als Reichstagswähler. Tabellenwerk zur politischen Landesgeschichte 1867-1933, Teil 3: Großherzogtum/Volksstaat Hessen 1867-1933 (Veröffentlichung der Historischen Kommission für Hessen Bd. 51/3), Marburg 1995, S. 1995.

Alle folgenden Wahlergebnisse sind entnommen aus: Klein: Hessen, S. 1995.

Die DDP konnte mit 18.978 Stimmen (33,6%) die meisten Wiesbadener Wähler für sich gewinnen. Danach folgte die Sozialdemokratie mit 26,5% und die DVP mit 20,1% der Stimmen. Das Zentrum vereinigte 15,2% der Stimmen auf sich.

Wie im deutschen Gesamtergebnis³⁴⁸, konnten die republikanischen Parteien eine Mehrheit erringen. Im Vergleich zum deutschlandweiten Ergebnis wählten die Wiesbadener Bürger überproportional die DVP (20,1% in Wiesbaden, 4,4% reichsweit). Die SPD war in Wiesbaden (Wiesbaden: 26,5%, DR: 37,9%) hingegen unterrepräsentiert. Die USPD (3,2%, DR: 7,6%) wie auch die DNVP (1,4%, DR: 10,3%) spielten keine Rolle in der Stadt. Das Ergebnis des Zentrums entsprach in etwa dem Gesamtergebnis (Wiesbaden 15,2%, DR: 15,9%).

Das Wahlergebnis des Landkreises Wiesbadens³⁴⁹ wurde vor allem durch die industriell geprägten Gemeinden im Landkreis beeinflusst. Hier konnte sich die SPD mit 42,3% aller abgegebenen Stimmen deutlich als stärkste Kraft behaupten. Mit 26,7% erzielte aber auch hier die DDP ein überdurchschnittliches Ergebnis. Das Zentrum erreichte 14,1% und die konservative DVP 10,5%. Die USPD konnte aufgrund des stärker vertretenen Arbeitermilieus mit 6,3% deutlich besser als in der Stadt Wiesbaden abschneiden. Die DNVP erreicht gerade 0,1%.

Nur wenige Tage später, am 26. Januar 1919, folgte die Wahl zur verfassungsgebenden preußischen Landesversammlung. Das Gesamtergebnis in der Stadt Wiesbaden entsprach in etwa dem Ergebnis der Wahl zur Nationalversammlung³⁵⁰. Für den gesamten Wahlkreis 19³⁵¹ zeigt das Wahlergebnis einen Wahlsieg der Sozialisten. Die bürgerlichen und konservativen Parteien errangen zusammen etwa ein Drittel aller Stimmen. Die SPD wurde stärkste Kraft und erhielt 40,2% der Stimmen, die USPD war mit 3,5% von geringer Bedeutung³⁵².

³⁴⁸ Im Folgenden werden die Daten zur Wahl der Nationalversammlung entnommen aus: Falter, Jürgen/ Lindenberger, Thomas/Schumann, Siegfried: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933 (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte), München 1986, S. 44.

³⁴⁹ Siehe Klein: Hessen, S. 2073.

³⁵⁰ WT Nr. 36, 27.1.1919 (Abend-Ausgabe) und Zehler: SPD, S. 129.
(DDP 34,2%, SPD 28,2%, DVP 18,5%, Zentrum 15,2%, USPD 2,0%, DNVP 1,9%)

³⁵¹ Der Wahlbezirk 19 umfasste die Provinz Hessen-Nassau ohne die Kreise Schaumburg und Schmalkalden und mit dem Kreis Wetzlar.

³⁵² Ergebnis der Wahl zu verfassungsgebenden Landesversammlung vom 26.1.1919 für den

Am 26. Oktober 1919 fand die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung statt. Auch in dieser Wahl gingen die bürgerlichen und konservativen Parteien gestärkt aus der Wahl hervor. Entsprechend der Tradition aus dem Kaiserreich, schlossen sich bürgerliche und konservative Parteien zu einem Bürgerblock gegen die sozialistischen Parteien zusammen. Der Bürgerblock aus DDP, DVP und DNVP erreichte 48,6% und erhielt 30 der 60 Sitze. Die SPD konnte 16 Sitze (26,8%) für sich gewinnen, gefolgt vom Zentrum mit 8 Sitzen (13,9%). Die USPD erhielt mit 7,2% der Stimmen 4 Sitze. Die restlichen zwei Sitze gingen an kleine Parteien³⁵³.

Besonders auf kommunaler Ebene kann in Wiesbaden von einer politischen Kontinuität zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik gesprochen werden. Nicht nur die erneute Bildung eines Bürgerblocks, auch die Führung der Wiesbadener Regierung unter Oberbürgermeister Glässing und seinem Stellvertreter Travers bedeutete eine ungebrochene Macht der bürgerlichen und konservativen Parteien. Die starke Aversion und das Misstrauen gegen die sozialistischen Parteien hatten die Revolution überdauert und den Wahlkampf bestimmt³⁵⁴.

Das Wahlverhalten der Wiesbadener in den ersten Wahlen nach der Revolution war im Stadt- und Landkreis Wiesbaden unterschiedlich. Während im industriell geprägten Landkreis die SPD den Aufwärtstrend aus dem Kaiserreich fortsetzte und stärkste Kraft wurde, mussten die Sozialdemokraten in der Stadt deutliche Verluste hinnehmen. Hier konnten die Linksliberalen und Nationalliberalen überproportionale Gewinne feiern. Vor allem in der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung zeigte sich die mehrheitliche bürgerlich-konservative Grundhaltung der Wiesbadener Wähler³⁵⁵. Die Bevölkerung bestätigte mehrheitlich die Politik unter Oberbürgermeister Glässing und verschaffte dem Bürgerblock aus DDP, DVP und DNVP fast eine absolute Mehrheit. Im Vergleich zum restlichen Wahlkreis und den umliegenden Gemeinden war die Stadt Wiesbaden eine Hochburg der liberalen und konservativen Parteien.

Wahlkreis 19: USPD 3,5%, SPD 40,2%, DDP 21,6%, Z 18,9%, DVP 6,2% und DNVP 9,6%, ungültig 0,2%. Wahlbeteiligung 76,1%.

Preußisches Statistisches Landesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat (Bd. 16), Berlin 1920, S. 422-425.

³⁵³ Zehler: SPD, S. 131.

³⁵⁴ Zehler: SPD, S. 129f.

³⁵⁵ Zehler: SPD, S. 133.

3.1.5. „Pénétration pacifique“ - Französische Rheinlandpolitik

Mit der Besetzung des Rheinlandes wurden erneut Stimmen in Frankreich laut, welche den Rhein als westliche Grenze Deutschlands forderten. Bereits während des Krieges wurde die Rheingrenze als Kriegsziel von verschiedenen Seiten gefordert. Dabei standen strategische, sicherheitspolitische und wirtschaftliche Aspekte im Mittelpunkt dieser Überlegungen³⁵⁶. Die Abtrennung des Rheinlandes, bzw. seine Neutralisierung, sollte durch eine positive Beeinflussung der Bevölkerung erreicht werden, welche auch als „pénétration pacifique“³⁵⁷ bezeichnet wurde.

Marschall Foch unterstützte aus strategischen Beweggründen das Ziel der Rheingrenze und forderte im November 1918 mehrfach, dass der Status quo des Rheinlandes im Waffenstillstandsabkommen und im Friedensvertrag erhalten bleiben müsse³⁵⁸. Diese Forderungen unterstrich er in seinem Memorandum an die Alliierten vom 10. Januar 1919. Foch war überzeugt, dass Deutschland aufgrund seiner Geschichte auch als Republik eine expansive Machtpolitik betreiben werde. Die industrielle und wirtschaftliche Stärke Deutschlands, verbunden mit der großen und wachsenden Bevölkerung, würde schon in Kürze wieder eine Bedrohung für Europa und Frankreich darstellen. Da Russlands Zukunft infolge der Revolution ungewiss sei, wachse dadurch die Gefahr für die westlichen Nachbarn Deutschlands. Marschall Foch war der Überzeugung, dass der Rhein die einzige sichere Grenze für Frankreich sei, weshalb das Rheinland aus dem Verbund des Deutschen Reiches gelöst werden müsste. Das Rheinland sollte politisch neutralisiert und durch alliierte Truppen besetzt bleiben. Des

³⁵⁶ Zur Diskussion der Rheingrenze als Kriegsziel siehe Soutou: Kriegsziele, S. 28-53; McDougall: Rhineland, S. 15ff., Köhler: Novemberrevolution, S. 189ff., Stevenson, David: French War Aims against Germany 1914-1919, Oxford 1982 und Bariéty: relations.

³⁵⁷ Für die zeitgenössische, polemische Literatur war die „pénétration pacifique“ ein zentrales Thema. Siehe Gedy: Revolver-Republik; Gorrenz: Franzosenzeit; Hartmann, Peter: Französische Kulturarbeit am Rhein, Leipzig 1921; Kaden, Erich Hans/Springer, Max: Der politische Charakter der französischen Kulturpropaganda am Rhein, Berlin 1923.

³⁵⁸ Köhler: Novemberrevolution, S. 205ff. und Hüttenberger, Peter: Methoden und Ziele der französischen Besatzungspolitik nach dem Ersten Weltkrieg in der Pfalz, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 108 (1972), 105-121.

Weiteren forderte er, dass die rheinische Wirtschaft an das westliche Staatensystem angepasst und jeglicher deutscher Einfluss und Propaganda unterbunden werden müsste³⁵⁹.

Die französische Regierung unter Ministerpräsident George Clemenceau³⁶⁰ unterstützte die Pläne Fochs bis in den März 1919 und forderte ebenfalls die militärische Besetzung und politische Neutralisierung des Rheinlandes³⁶¹. Vonseiten der französischen Regierung lagen aber keine Richtlinien für die französischen Militärs vor. Marschall Foch sprach sich gegenüber der französischen Regierung weiterhin für eine militärische Verantwortung für die Politik im besetzten Gebiet aus, damit sich die Regierung ihre Möglichkeiten offenhalten könne. Somit hatten Foch und das Militär während der Zeit des Waffenstillstands weitreichende Entscheidungskompetenzen im besetzten Gebiet³⁶².

Um den komplexen Anforderungen an die Besatzungsverwaltung gerecht zu werden, wurde neben den militärischen Strukturen schon vor Beginn der Besatzungszeit eine französische Behördenstruktur entwickelt, die nach der Ratifizierung des Friedensvertrages in die Internationale Rheinlandkommission überging³⁶³.

Marschall Foch erkannte die Bedeutung des wirtschaftlichen Faktors für die weitere Entwicklung Deutschlands und die Zukunft der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland³⁶⁴. Das Ziel seiner Wirtschaftspolitik war die

³⁵⁹ Memorandum Fochs an die Vertreter der Alliierten, verfasst am 10.1.1919. SHD 4N92, Dossier 1.

³⁶⁰ Georges Benjamin Clemenceau, geb. am 28.9.1841 in Mouilleron-en-Pareds (Vendée), gest. am 24.11.1929 in Paris. Clemenceau studierte Medizin, war während des 2. Kaiserreichs als Journalist tätig und engagierte sich politisch für die Errichtung einer Republik. 1871 wurde er in die Nationalversammlung gewählt und gehörte den Sozialisten an. Clemenceau übernahm 1906 das Ministeramt für das Innere und entfremdete sich von der Arbeiterbewegung. Er lehnte die französische Kolonialpolitik ab und trat vor allem seit seiner Wahl zu Ministerpräsidenten 1917 als entschiedener Gegner Deutschlands auf. Er vertrat während den Verhandlungen in Versailles eine harte Haltung gegenüber Deutschland und förderte anfangs die Separation des Rheinlands. Mit seiner Wahlniederlage 1920 zog er sich aus der Politik zurück.

Dictionnaire de Biographie française, Bd. 8, Paris 1959, Sp. 1420-1423.

³⁶¹ Vgl. Darstellung in Süß: Rheinessen, S. 37.

³⁶² Süß: Rheinessen, S. 39 und Köhler: Novemberrevolution, S. 221.

³⁶³ Zur französischen Behördenstruktur siehe Kapitel 3.1.2.

³⁶⁴ Zur wirtschaftlichen Kooperation beider Staaten nach dem Ersten Weltkrieg siehe: Bühner, Werner: Die Reorganisation der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen nach 1918 und nach 1945, in: Mieck, Ilja/Guillen, Pierre (Hgg.): Nachkriegsgesellschaften in Deutschland und Frankreich im 20. Jahrhundert, München 1998, S. 67-81.

Überwachung der deutschen Wirtschaft und eine Anbindung der rheinischen Wirtschaft an Frankreich und Belgien.

Zu diesem Zweck wurde die Section Économique (S.É.) vom Comité Économique Interallié im Januar 1919 ins Leben gerufen und unter die Aufsicht der Militärkommandanten gestellt³⁶⁵. Von Koblenz aus steuerte die S.É. ihre Aktivitäten und unterhielt eigene Büros in Paris, Mainz, Ludwigshafen und Saarbrücken. In Wiesbaden und Umgebung wurde die S.É. im Februar 1919 aktiv und dokumentierte Transaktionen des Handels, der Industrie sowie Finanzaktivitäten und führte allgemeine Statistiken zur Wirtschaftskraft. Daneben startete die S.É. den Versuch, wirtschaftliche Beziehungen zu den westlichen Nachbarn zu knüpfen. Für die Arbeit der S.É. standen alleine für den Bezirk Mainz, zu dem auch Wiesbaden gehörte, 50 Offiziere zur Verfügung³⁶⁶.

In einem Brief der Handelskammer Wiesbaden an den Regierungspräsidenten vom 21. Februar 1919 wird erstmals ein Kontakt zwischen der S.É. und der Industrie bestätigt³⁶⁷. Die französische Verwaltung in Mainz verschickte an Unternehmen Fragebögen, welche die Kenndaten der Unternehmen abfragten, darunter Besitzer, Bilanzen, Waren, Zahl der Arbeiter und Angestellten, Rohstoffbedarf, Produktivität, Versorgungsprobleme und Pläne der Fabriken³⁶⁸. Die Briten und Amerikaner sahen die Aktivitäten der S.É. als wirtschaftliche Einflussnahme Frankreichs und begrenzten die Tätigkeiten der S.É. in ihren Zonen. In einem Bericht der S.É. über ihre Tätigkeit in der britischen und US-amerikanischen Zone hieß es:

*„Les Armées anglaises et américaines n'ont pas vu sans déplaisir des ingénieurs français s'introduire dans les usines de leurs zones et force a été de limiter l'activité des représentants français détachés dans ces Sections à une action purement commerciale.“*³⁶⁹

Nach den Plänen Fochs sollte nicht nur die Wirtschaft beeinflusst werden, sondern gleichfalls Versuche unternommen werden, auf einer kulturellen Ebene eine Annäherung der besetzten Deutschen an Frankreich zu erreichen.

³⁶⁵ Rapport Tirard, BArch KO Zsg. 105/16, Bl. 60.

³⁶⁶ Analyse-Bericht der Section Économique über ihre Tätigkeit aus Koblenz vom 25.7.1919. SHD 7N953, Dossier 4.

³⁶⁷ HHStAW Abt. 405, Nr. 6168, Bl. 36.

³⁶⁸ HHStAW Abt. 405, Nr. 6168, Bl. 38.

³⁶⁹ Aus dem Analyse-Bericht der Section Économique vom 25.7.1919 aus: SHD 7N953, Dossier 4.

In den ersten Wochen der französischen Besetzung zwischen der Besetzung und den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919, war von einer Annäherung zwischen der Bevölkerung Wiesbadens und den Franzosen jedoch nichts zu spüren gewesen. Die strikten Beschränkungen, welche die Polizeiverordnung der Bevölkerung auferlegt hatte, die als Schande empfundene Besetzung und die allgemeine Stimmung war unter dem Eindruck des Krieges von Animositäten bestimmt. Die anfängliche militärische Propaganda war aggressiv und stellte die deutsche Kriegsschuld und die Verwüstungen in Frankreich in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten³⁷⁰.

Dies änderte sich Anfang 1919. Unter der Leitung Paul Tirards wurde eine Arbeitsgruppe für Pressearbeit und Propaganda installiert, aus der nach der Etablierung der Rheinlandkommission die Section presse et information hervorging. Tirard entwickelte im Gegensatz zur anfänglichen aggressiven militärischen Propaganda eine diskrete und moderate Propagandatätigkeit, welche zum Ziel hatte, die rheinische Bevölkerung für Frankreich und die Rheinstaatpläne zu gewinnen³⁷¹. Dementsprechend wurden die Offiziere und Soldaten angewiesen, die Rheinländer nicht mehr als Feinde anzusehen, sondern als Freunde zu behandeln. Dies war vor dem Hintergrund des Krieges nur schwer zu kommunizieren und umzusetzen³⁷².

Die Pressearbeit war ein zentrales Element der Propagandatätigkeit, die durch Tirard im Rheinland eingeführt wurde. Tirard zielte dabei nicht nur auf die deutsche und rheinische Presse ab, sondern ebenso auf die französische. Tirard war sich bewusst, dass eine Annäherung des Rheinlandes an Frankreich nur mit der Zustimmung der französischen Öffentlichkeit gelingen könnte³⁷³. Gezielt versuchte man, französische Zeitungen mit eigenen Informationen zu beeinflussen. Dies ging so weit, dass vorformulierte Texte zu verschiedenen Themen den Zeitungen angeboten wurden. Es gelang jedoch nur in Ausnahmefällen, die französische Presse zu beeinflussen³⁷⁴.

³⁷⁰ Wein: Strom, S. 27ff.

³⁷¹ Wein: Strom, S. 27ff.

³⁷² Wein: Strom, S. 40.

Auch Marschall Pétain forderte ein entschlossenes aber nicht schikanöses Auftreten gegenüber den Deutschen. Seiner Meinung nach sollte man aber die Bereitschaft zeigen, Annäherungen vonseiten der Bevölkerung anzunehmen und Zeichen einer Annäherung an die rheinische Wirtschaft und Industrie zu geben. Köhler: Novemberrevolution, S. 216-219.

³⁷³ Lauter: Sicherheit, S. 362.

³⁷⁴ Lauter: Sicherheit, S. 89-101.

Die deutsche Presse wurde vornehmlich durch die französische Zensur beeinflusst. Schriften, Zeitungen oder Artikel, die negativ für die französische Politik hätten ausgelegt werden können, wurden verboten³⁷⁵. Große Hoffnung lag auf den französischen Presseerzeugnissen für das Rheinland. Sie sollten nach den Vorstellungen Tirards moderat, unpolemisch und objektiv sein. Die zweisprachige *Revue Rhénane*/Rheinische Blätter galt als Paradebeispiel³⁷⁶. Die Zeitschrift mied problematische Themen wie die Frage der Reparationen und widmete sich Themen der Wirtschaft, Kultur und Geschichte. Anders war dies z.B. bei dem *L'Echo du Rhin* der Fall, der im Sinne des nationalen Blocks³⁷⁷ aggressive politische Thesen vertrat³⁷⁸.

Die Verbreitung der französischen Sprache wurde neben der Pressearbeit als das wichtigste Mittel der Kulturpolitik angesehen. So wurde in den Schulen Französisch als Unterrichtsfach eingeführt; in den Volksschulen ab der dritten Klasse, in den Mittelschulen und höheren Schulen sogar als Pflichtfach³⁷⁹. Ergänzt wurde der Schulunterricht durch freiwilligen Unterricht für Erwachsene. Der Sprachunterricht sollte es den Deutschen ermöglichen, sich mit der französischen Kultur beschäftigen zu können, aber auch auf einer rein praktischen Ebene die Verständigung zwischen der Bevölkerung und dem französischen Militär verbessern. Es ist zu bezweifeln, dass die Sprachkurse selbst für propagandistische Zwecke genutzt werden konnten, da der Unterricht überwiegend von deutschen Lehrern vorgenommen wurde³⁸⁰.

³⁷⁵ Bis April 1925 waren im besetzten Gebiet 164 Bücher, 16 Filme und 22 Zeitungen und Zeitschriften dauernd verboten, sowie eine große Zahl mit einem zeitlich beschränkten Verbot belegt. Siehe Brunn: Kulturpolitik, S. 228f.

Zur Zensur von Filmen und Propaganda im Film siehe: Kreutz, Wilhelm: Der Film als Medium des deutsch-französischen Propagandakampfs im besetzten Rheinland der 1920er Jahre, in: Kreutz, Wilhelm/Scherer, Karl (Hgg.): Die Pfalz unter französischer Besetzung (1918/19 - 1930), (Beiträge zur pfälzischen Geschichte Bd. 15), Kaiserslautern 1999, S. 281-332.

³⁷⁶ Siehe hierzu Voss, Ingrid/Voss, Jürgen: Die „*Revue Rhénane*“ als Instrument der französischen Kulturpolitik am Rhein (1920-1930), in: Archiv für Kulturgeschichte Bd. 64 (1982), S. 403-451 und Kapitel 4.2.3.

³⁷⁷ Der Bloc national war ein politisches Bündnis rechter Parteien in der französischen Nationalversammlung, der sich 1919 gründete und als Nachfolger der Union sacrée verstand. Er bestand bis 1924. Brockhaus Enzyklopädie in vierundzwanzig Bänden, Bd. 3, 19. Aufl. Mannheim 1987, S. 422.

³⁷⁸ Wein: Strom, S. 47-50.

³⁷⁹ StAW WI/2, Nr. 2543, Bl. 229f.

³⁸⁰ Vgl. Brunn: Kulturpolitik, S. 224ff.

Die französische Verwaltung organisierte des Weiteren Vorträge, Theatervorstellungen, Kinofilme und Konzerte in französischer Sprache. Eine französische Bücherei und eine Zeitungszentrale sollte es den Wiesbadenern ermöglichen, französische Literatur und Zeitungen zu lesen und sich mit der französischen Kultur und Kunst zu beschäftigen³⁸¹. Der Wiesbadener Polizeipräsident konstatierte eine „sehr rege“³⁸² Beteiligung der Wiesbadener an Vorträgen und Konzerten. Auch in einem Bericht General Mangins vom 11. April 1919 wird erwähnt, dass die Propaganda durch Theater, Presse und Bücher gut angenommen würde³⁸³.

Die französische Propagandatätigkeit war in wesentlichen Teilen mit historischen Argumenten versehen. Anknüpfend an die historisch-politische Literatur Frankreichs aus der Vorkriegs- und Kriegszeit³⁸⁴, gab es in Frankreich die Vorstellung einer „unvollkommenen Deutschen Nation“³⁸⁵. Den Deutschen wurde dabei unterstellt, nicht nur Deutsche, sondern immer auch Preußen, Bayern oder Rheinländer zu sein. Daran versuchte die französische Kulturpolitik anzuknüpfen. Es wurde versucht, die Nähe der Rheinländer zu den Franzosen mit historischen Beispielen und Argumenten herauszustellen. Da die Geschichtsschreibung als besonders objektiv galt, ging Tirard davon aus, dass sie besonders geeignet sei, diskrete Propaganda zu betreiben, ohne Misstrauen hervorzurufen³⁸⁶. Man appellierte an die gemeinsamen kelto-romanischen Wurzeln, die Prägung durch die Besetzung nach 1792/94 und durch Napoleon³⁸⁷. Dass aber gerade in der napoleonischen Zeit der Begriff der Fremdherrschaft in Deutschland entstand, der für die Besatzungszeit ebenso verwendet wurde, zeigt eine gravierende Fehleinschätzung von französischer Seite³⁸⁸.

Die französische Kulturpropaganda blieb den deutschen Behörden nicht verborgen. Die Reichsregierung setzte die Reichszentrale für Heimatdienst (RfH) ein, um im besetzten Gebiet Informationen zu sammeln und Nachrichten

³⁸¹ Bericht des Polizeipräsidenten an den Regierungspräsidenten vom 3.7.1920. HHStAW Abt. 405, Nr. 5237, Bl. 116f. und 121; auch Brunn: Kulturpolitik, S. 228 und 231.

³⁸² HHStAW Abt. 405, Nr. 5237, Bl. 116.

³⁸³ Aus der Kopie eines Berichts des Generals Mangin vom 11.4.1919, SHD 16N1665, Dossier 5.

³⁸⁴ Vgl. Kern, Werner: Die Rheintheorie der historisch-politischen Literatur Frankreichs im Ersten Weltkrieg, Saarbrücken 1973.

³⁸⁵ Brunn: Kulturpolitik, S. 220.

³⁸⁶ Wein: Strom, S. 36.

³⁸⁷ Brunn: Kulturpolitik S. 220 und Wein: Strom, S. 42.

³⁸⁸ Vgl. Koller: Fremdherrschaft.

in das besetzte Gebiet hineinzubringen. Im Verlauf des Jahres 1919 kamen weitere wichtige Aufgaben wie die Abwehr der französischen Propaganda durch anonyme Flugblätter und Plakate, Überwachung der Presse und Unterstützung der regionalen rheinischen Presse hinzu³⁸⁹.

Die Versuche von französischer Seite, die Bevölkerung in Wiesbaden während der Zeit des Waffenstillstandes zu beeinflussen, müssen insgesamt als gescheitert angesehen werden. Der verlorene Krieg und die Kriegserfahrung, das Auftreten der Franzosen, die wirtschaftlichen Auswirkungen der Besatzung und die drohenden Friedensbedingungen, ließen die Besetzung als bedrückend und demütigend empfinden. Die französische Propaganda und Kulturpolitik konnte nicht gelingen, weil sie die Deutschen nicht mit einbezog, sondern einer „indirekten Machterweiterung verpflichtet“³⁹⁰ blieb und als machtpolitische Beeinflussung angesehen wurde. Die Requirierungen, Sanktionen und Ausweisungen entzogen zudem jeder Annäherung den Boden³⁹¹.

Zur Einschätzung der Meinung der deutschen Bevölkerung über die Franzosen wurden diverse Geheimdienstberichte verfasst, welche die Ablehnung der französischen Politik und der Besatzung dokumentierten. In einem Bericht über die Haltung der rheinischen Bevölkerung hieß es abschließend: „Kurzum, die Bevölkerung bleibt uns gegenüber feindlich“³⁹².

³⁸⁹ Zum Aufbau und zur Tätigkeit des RfH siehe Wippermann, Klaus Wolfgang: Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung. Die Reichszentrale für Heimatdienst in der Weimarer Republik, Köln 1976, S. 200-205.

³⁹⁰ Brunn: Kulturpolitik, S. 220f.

³⁹¹ Brunn: Kulturpolitik, S. 239.

³⁹² „En résumé, la population nous reste hostile“ Aus einem nachrichtendienstlichen Bericht des Generalhauptquartier „Période du 8 Avril au 8 Mai“ (wahrscheinlich 1919) SHD 6N116, Bl. 4045.

Im Geheimdienstbericht an das Generalhauptquartier der Französischen Armee Ost, Brief Nr. 30 aus Mainz vom 5.3.1919 (geheime Quellen: Ma 31, 34 und 36) wird die ablehnende Haltung der Bevölkerung als wachsend bezeichnet. Die Bevölkerung werfe Frankreich vor, eine Annektierung des Rheinlandes zu verfolgen und für die harten Bedingungen des Pariser Friedens verantwortlich zu sein. SHD 16N1558.

3.2. Wiesbaden als politisches Zentrum der Rheinischen Republik 1919

Die separatistische Strömung in Wiesbaden war Teil einer Bewegung, die nach der Novemberrevolution im Rheinland, Nassau und der Pfalz entstanden war. Es gab zwar keine direkten Vorläufer der Rheinstaatbestrebungen, jedoch kursierten bereits vor dem Ende des Ersten Weltkriegs Gerüchte von einem eigenen Rheinstaat³⁹³. Die latent vorhandene antipreußische Stimmung war von einem Gefühl der Ungleichheit und Minderwertigkeit des rheinischen Katholizismus gegenüber der preußisch-protestantischen Führungsschicht des Kaiserreiches geprägt³⁹⁴.

Die separatistische Bewegung speiste sich aus Befürwortern einer Neugliederung des Reiches, die für ein „Selbstbestimmungsrecht“³⁹⁵ eintraten³⁹⁶. Auch der Gedanke eines pazifistischen Pufferstaates zwischen Frankreich und Deutschland wurde von den Unterstützern eines souveränen Rheinstaaates aufgegriffen. Ein weiterer wichtiger Aspekt war die Ablehnung der sozialistischen Reichsregierung und ihrer Kulturpolitik³⁹⁷. In einem französischen Nachrichtendienstbericht aus dem März 1919 legte der Informant, dem Bericht nach ein hoher hessischer Beamter, seine Gründe für die Unterstützung der Separatisten dar. Er nannte typische Gründe für die Unterstützung der Separatisten, wie sie im ganzen Rheinland verbreitet anzutreffen waren. Der Informant war enttäuscht über den wachsenden Einfluss der Sozialisten, das fehlende Nationalgefühl, die herrschende Anarchie und das fehlende Verständnis des Staates für kulturelle Eigenheiten der Regionen. Der Verfasser des Berichtes schrieb:

³⁹³ Schlemmer: Rheinstaatbestrebungen, S. 83f.

³⁹⁴ Schlemmer: Rheinstaatbestrebungen, S. 731.

³⁹⁵ Inspiriert von Wilsons Selbstbestimmungsrecht der Völker. Siehe auch Schlemmer: Rheinstaatbestrebungen, S. 733.

³⁹⁶ Zur politischen Neugliederung des Reiches siehe Reimer: Rheinlandfrage, S. 28-38; Schlemmer: Rheinstaatbestrebungen, S. 70-81; Bischof: Separatismus, S. 32-35.

Die Tendenzen zu einer Neugliederung im Deutschen Reich und Preußen werden z.B. in einem privaten Brief eines Wiesbadener Bürgers an die Stadtverordnetenversammlung vom 12.12.1918 deutlich. Darin fordert der Verfasser nach dem Ende der „Hohenzollernherrschaft“ und der schlechten Erfahrung mit der Versorgung durch das Land Preußen, dass Wiesbaden an das „hessische Lande“ angegliedert werde.

StAW WI/2, Nr. 2517, Bl. 4.

³⁹⁷ Bischof: Separatismus, S. 31f.

„Der Informant ist sehr pessimistisch. Er ist erschüttert über die Apathie der alten Führungseliten, die Ohnmacht der Regierung und die Machtlosigkeit der Nationalversammlung. In seinen Augen ist die Situation Deutschlands noch desolater als 1806.“ und weiter: „Wenn die Entente einen Pufferstaat erschaffen will, [...], beabsichtigen sie [die Separatisten] mit den Alliierten zusammenzuarbeiten, um dem Rheinland eine politische Verfassung zu geben.“³⁹⁸

Die Separatisten in Wiesbaden nannten als Gründe für ihr Handeln, die vom „halbslawischen Großstadthexenkessel“³⁹⁹ Berlin ausgehende Gefahr für die Kultur und Freiheit. Sie sprachen sich für die Errichtung von Staaten nach kultureller und „Stammeszugehörigkeit“ aus, die nach dem Untergang der Dynastien für sie die einzig sinnvolle natürliche Gliederung darstellte⁴⁰⁰. Sie sahen sich als Vorkämpfer gegen den Bolschewismus und stellten den immanenten Vorteil einer rheinischen Regierung in der Kooperation mit der französischen Besatzungsmacht für die kommenden Jahre gegenüber einer Reichsregierung heraus, die von ihnen als unfähig verunglimpft wurde⁴⁰¹.

Die Kölnische Volkszeitung fungierte dabei als geistiges Zentrum der separatistischen Bewegung, die 1918/1919 von weiten Teilen der katholischen Bevölkerung, Akademikern und Arbeiterkreisen getragen wurde, aber auch Zustimmung aus anderen konfessionellen Kreisen erhielt⁴⁰².

Reaktionen auf den Separatismus

Der Rat der Volksbeauftragten, wie auch die preußische Regierung, lehnte alle Autonomiebestrebungen und separatistischen Bestrebungen ab. Die

³⁹⁸ Geheimer Nachrichtendienstbericht aus Mainz an das Große Hauptquartier, 24.3.1919. SHD 6N116, Bl. 3247.

³⁹⁹ Schrift der Vorläufigen Regierung der Rheinischen Republik „Die Rheinische Republik. Die Gründe für die Errichtung eines rheinischen Freistaates und die Vorgeschichte der Proklamation vom 1. Juni 1919.“ vom Juli 1919. StAW NL 71, 4, S. 5.

⁴⁰⁰ StAW NL 71, 4, S. 6ff.

⁴⁰¹ StAW NL 71, 4, S. 11 und 14.

⁴⁰² Vgl. Schlemmer: Rheinistaatbestrebungen, S. 733-736.

Im „Bulletin de Renseignements periodique No. I“ des Großen Hauptquartiers der Armee vom Dezember 1918 heißt es auf Seite 3, dass der westdeutsche Separatismus durch Katholiken und Großindustrielle getragen würde, die Preußen und der neuen Reichsregierung ablehnend gegenüberstünden, aber eine Abtrennung vom Deutschen Reich nicht befürworteten. SHD 16N1558.

Reichsleitung sah darin eine Gefahr für den Fortbestand des Reiches. Schließlich waren separatistische Bewegungen nach dem Ersten Weltkrieg nicht nur im Rheinland, sondern auch in Oberschlesien, Sachsen und Bayern aktiv⁴⁰³. Alle Bestrebungen das Reich neu zu gliedern wurden abgelehnt, da man der Nationalversammlung und der neuen Verfassung nicht vorgreifen wollte⁴⁰⁴. Um die Abspaltungsbewegung in Westdeutschland zu bekämpfen, veröffentlichte der Rat der Volksbeauftragten Aufrufe zur Abwehr des Separatismus und beschwor die Einheit des Reiches und des Gemeinwesens. Der Rat befürchtete, dass eine Zersplitterung zu einer Schwächung des Reiches in der schwierigen Übergangsphase vom Krieg in den Frieden führen würde⁴⁰⁵.

Mit der wachsenden Bedeutung der separatistischen Bewegung in Westdeutschland versuchte die Reichsregierung der „Lostrennungsbewegung“ mit allem Nachdruck entgegenzutreten⁴⁰⁶. Weitere Nahrungsmittellieferungen sollten die Bevölkerung davon überzeugen, dass das Deutsche Reich den Westen unterstützte und versorgen konnte. Die separatistische Bewegung selbst wurde mit einer Propagandakampagne bekämpft.

Gegen den Widerstand der Reichsregierung und des preußischen Staates entwickelten sich von der Novemberrevolution bis in das Jahr 1919 hinein verschiedene separatistische Strömungen, deren Zentren Aachen, Köln, Trier und Wiesbaden wurden⁴⁰⁷.

⁴⁰³ Vgl. Darstellung und Dokumente in UuF Bd. 3, S. 137-144.

⁴⁰⁴ Schlemmer: Rheinstaatbestrebungen, S. 84. Die Haltung der Reichsregierung wird in einem Brief an das Innenministerium vom 23.11.1918 deutlich:

„Die territoriale Gliederung Deutschlands ist durch die Umwälzung zunächst nicht berührt worden. Überall ist das Volk, vertreten durch die A.- u. S.-Räte, an die Stelle der bisherigen Inhaber der höchsten Gewalt getreten; der Gebietsumfang dieser höchsten Gewalt hat sich dabei aber nicht geändert. Eine Änderung der Grenzen der einzelnen ehemaligen Bundesstaaten bedarf der Zustimmung der Reichsregierung, da sie eine Abweichung von den in Deutschland geltenden Gesetzen enthält und die gesetzgebende Gewalt von den Trägern der Souveränität auf den Rat der Volksbeauftragten übertragen ist.“ StAW WI/2, Nr. 2517, Bl. 3.

⁴⁰⁵ Aufruf vom 11.12.1918 in UuF Bd. 3, S. 145f.

⁴⁰⁶ Das Kabinett Scheidemann, Dok. Nr. 10 a vom 12. März 1919 („Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik“ online; URL: <http://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei1919-1933>, besucht am 18.11.2010).

⁴⁰⁷ Schlemmer: Rheinstaatbestrebungen, S. 90-113.

Separatisten in Wiesbaden

Der Separatismus in Wiesbaden war eng mit der Person Hans Adam Dortens⁴⁰⁸ verbunden. Dorten war preußischer Staatsanwalt im Rheinland gewesen und schloss sich, nachdem er als Stabsoffizier im Ersten Weltkrieg gedient hatte, der Rheinlandbewegung an. Er verfolgte eine antisozialistische und rheinisch-regionalistische Politik mit dem Ziel, eine souveräne Rheinische Republik im Verband des Deutschen Reiches zu errichten. Kontakte zu den rheinischen Ausschüssen und hervorragenden Zentrumspolitikern, wie z.B. Konrad Adenauer⁴⁰⁹, führten jedoch nicht zu den von Dorten gewünschten Ergebnissen und Aktionen. Nicht zuletzt, weil Dorten eine Einigung oder Kooperation mit der SPD ablehnte und eine wirtschaftliche Annäherung an Frankreich forderte⁴¹⁰. Die separatistische Bewegung war stark zersplittert und Dorten hatte es nicht geschafft in die Führungsriege der etablierten Organisationen aufzusteigen⁴¹¹.

Dorten bemühte sich, durch das Sammeln von notariellen Vollmachten im Rheinland, die Zustimmung der Landkreise und Städte zu erhalten und sein Ziel zu legitimieren. Diese Versuche waren aber nur in Teilen des Unterwesterwaldes erfolgreich⁴¹². Der Versuch, in Wiesbaden politische Zustimmung zu erhalten, scheiterte an der Ablehnung des Oberbürgermeisters und der Haltung des Administrateurs supérieur Oberst Pineau⁴¹³. Unterstützung fand Dorten in Wiesbaden aber bei dem Verleger der Rheinischen Volkszeitung Dr. Geueke und dem Journalisten Klaus Krämer. Die Rheinische Volkszeitung unter der

⁴⁰⁸ Dr. Hans Adam Dorten, geb. am 10. Februar 1880 in Endenich (Landkreis Bonn), gest. im April 1963 in Nizza (Frankreich). Dorten war ein promovierter Jursit, der als Richter und Staatsanwalt im Rheinland tätig war. Nach dem Ersten Weltkrieg wandte er sich der Politik zu und setzte sich für die Schaffung einer Rheinischen Republik ein. Graml/Benz: Lexikon, S. 67. Weitere biographische Daten zu Dorten finden sich bei Bischof: Separatismus, S. 39f. Zu seinen wichtigsten Publikationen gehören Dorten, Jean A.: Rheinische Politik, 2. Aufl. Koblenz 1922 und Dorten, Jean A.: Die Rheinische Tragödie, Übers., Bad Kreuznach 1979.

⁴⁰⁹ Zum Verhältnis Konrad Adenauers zur separatistischen Strömung siehe: Köhler, Henning: Adenauer und die rheinische Republik. Der erste Anlauf 1918-1924, Opladen 1986.

⁴¹⁰ Siehe Bischof: Separatismus, S. 39-64.

⁴¹¹ Reimer: Rheinlandfrage, S. 127.

⁴¹² Schlemmer: Rheinstaatbestrebungen, S. 116.

⁴¹³ Gorrenz: Franzosenzeit, S. 22f. und Reimer: Rheinlandfrage, S. 128.

Auch Verbände wie z.B. der Volksausschuss äußerten bereits im Januar 1919 ihre Ablehnung einer „Westdeutschen Republik“ und sprachen sich für den Erhalt Preußens als Gesamtstaat aus. StAW WI/2, Nr. 2517, Bl. 1.

Leitung von Klaus Krämer warb seit November 1918 für den Rheinstaatsgedanken in der Region in und um Wiesbaden. Der Verlag war in Oestrich im Rheingau angesiedelt und mit dem Wiesbadener Volksblatt verbunden⁴¹⁴.

Die Tätigkeit Dortens war auf die französische Besatzungszone beschränkt, da die Amerikaner und Briten separatistische Bestrebungen unterbanden. Großbritannien und die USA lehnten die französischen Pläne einer Loslösung des Rheinlandes ab, da sie sich dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker verbunden sahen und vor allem die britische Regierung aus wirtschaftlichen Gründen auf eine schnelle Stabilisierung Europas abzielte. Statt dessen offerierten die Verbündeten Frankreich weitreichende Sicherheitsgarantien, denen Clemenceau nach langen Verhandlungen gegen die Stimmen Fochs und des Staatspräsidenten Raymond Poincaré⁴¹⁵ zustimmte⁴¹⁶.

Foch sah in der Unterstützung der Separatisten die Möglichkeit, vor dem Ende der Friedensverhandlungen durch eine erfolgreiche Errichtung eines westdeutschen Staates, seine Vorstellungen von einer andauernden Sicherheit für Frankreich zu verwirklichen⁴¹⁷. Erst mit der Unterstützung der Separatisten durch das französische Militär, in Übereinstimmung mit dem französischen Außenministerium⁴¹⁸ und der Staatsführung⁴¹⁹, konnten die Planungen Dortens ernsthaft weitergeführt werden.

Der General der 10. Armee Mangin nahm ab April 1919 Kontakt zu den Separatisten um Dorten auf. Bei einem ersten Gespräch lehnte Dorten eine Lösung vom Deutschen Reich ab, wie dies von Mangin, entsprechend den Anweisungen seines Vorgesetzten General Fayolle, gefordert wurde⁴²⁰.

⁴¹⁴ Schlemmer: Rheinstaatbestrebungen, S. 113ff.

⁴¹⁵ Raymond Nicolas Landry Poincaré, geb. am 20.8.1860 in Bar-le-Duc (Meuse), gest. am 15.10.1934 in Paris. Poincaré war ein französischer Politiker, der verschiedene Ministerposten innehatte und mehrmals Ministerpräsident war. Zwischen 1913 und 1920 war er gestützt von einem Mitte-Rechts-Bündnis Präsident der französischen Republik. Er vertrat eine harte Linie gegen Deutschland in der Reparationsfrage. *Dictionnaire des ministres de 1789 à 1989*, Paris 1990, S. 250f. und Hémeret, Georges/Hémeret, Jeanine: *République Française. Les Présidents*, Paris 1997, S. 252ff.

⁴¹⁶ Siehe Mayer, Karl J.: *Die Weimarer Republik und das Problem der Sicherheit in den deutsch-französischen Beziehungen. 1918-1925*, Frankfurt am Main 1990, S. 7-11 und Bariéty: *relations*, S. 47.

⁴¹⁷ Williamson: *British*, S. 26ff. und Reimer: *Rheinlandfrage*, S. 130-134.

⁴¹⁸ Reimer: *Rheinlandfrage*, S. 135.

⁴¹⁹ Vgl. Loth, Wilfried: *Frankreich im 20. Jahrhundert*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1987, S. 57ff.

⁴²⁰ Reimer: *Rheinlandfrage*, S. 139.

Am 16. Mai 1919 rief Mangin die Führer der separatistischen Bewegung aus allen Teilen des besetzten Gebiets in Dortens Haus in Wiesbaden zusammen. Hier wurde das Programm für die künftige Rheinische Republik verfasst. Dem Programm folgend sollte die Republik im Reichsverband verbleiben, aber unter dem Schutz des Völkerbundes eine eigene Außenpolitik verfolgen. Das Treffen am nächsten Tag bei Mangin in Mainz zeigte jedoch, dass einige Beteiligte sich zögerlich verhielten. Anders als Mangin und Dorten wollten sie von einer Proklamation vor dem Friedensvertrag und von einem Kontakt mit der Reichsregierung absehen. Dies führte dazu, dass sich Mangin alleine mit Dorten arrangierte und letztlich seine Proklamation akzeptierte⁴²¹.

Mangin ging davon aus, dass die separatistische Bewegung große Aussicht auf Erfolg haben würde. Er glaubte nicht an eine politische Lösung der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Fragen durch die demokratischen Parteien in Deutschland. Er ging von einer hohen Akzeptanz der französischen Propaganda aus und glaubte, dass etwa 50% der Rheinländer bei einer Volksabstimmung für einen autonomen Staat votieren würden und je 20% für einen Anschluss an Frankreich bzw. Deutschland. 10% stufte er als unentschieden ein⁴²².

Wiesbaden und die Rheinische Republik

Die Errichtung der Rheinischen Republik wurde am 1. Juni 1919 in verschiedenen Teilen des französisch besetzten Gebietes durch Plakate mit dem Titel „An das rheinische Volk!“⁴²³ proklamiert⁴²⁴. Die Rheinische Republik sollte das Rheinland, Birkenfeld, Alt-Nassau, Rheinhessen und die Rheinpfalz umfassen und als sogenannte „Friedensrepublik“ im Verband des Deutschen Reiches der Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland dienen. Die vier Ausschüsse, die den Aufruf unterzeichneten, bildeten die vorläufige Regierung, bis eine rheinische Landesversammlung eine Regierung wählen würde. Die Regierung und die Landesversammlung sollten ihren Sitz in Koblenz haben, aber vorerst in Wiesbaden zusammentreten. Ein Ausweichen nach Wiesbaden wurde notwendig, da die US-Amerikaner den Separatistenputsch nicht unterstützten

⁴²¹ Reimer: Rheinlandfrage, S. 144-148.

⁴²² Nach einer Kopie eines Berichtes von Mangin vom 11.4.1919. Worauf seine Schätzungen basierten ist nicht nachzuvollziehen. SHD 16N1665, Dossier 5.

⁴²³ Abdruck des Plakatinhaltes in: UuF Bd. 3, S. 148f.

⁴²⁴ Eine detaillierte und umfassende Darstellung des Separatistenputsches in Wiesbaden findet sich bei: Müller-Wert: Separatistenputsche, S. 245-328.

und die Proklamation wie auch die Bildung einer rheinischen Regierung ablehnten⁴²⁵.

Dorten unterrichtete als vorläufiger Präsident der Rheinischen Republik telegrafisch die Reichsleitung und die Alliierten über die Proklamation der Rheinischen Republik⁴²⁶, obwohl die Reichsregierung am 28. Mai 1919 in der Vossischen Zeitung vor einer Ausrufung der Rheinischen Republik öffentlich warnte und mit einer Anklage wegen Hochverrats gedroht hatte⁴²⁷.

In Wiesbaden forderte der Administrateur supérieur Pineau den Wiesbadener Regierungspräsidenten von Meister auf, die neue Regierung anzuerkennen. Von Meister lehnte dies mit Verweis auf die fehlende Unterstützung durch die Bevölkerung und unter Berufung auf seinen Diensteid ab und legte sein Amt nieder. Hochrangige Wiesbadener Politiker der verschiedenen Parteien folgten einer Einladung Oberst Pineaus und gaben ebenfalls ihre Ablehnung der Rheinischen Republik kund⁴²⁸.

Am Montag, dem 2. Juni 1919, folgten die Wiesbadener dem Aufruf zum Generalstreik und zu Protestkundgebungen. Diese Demonstration bewies die Haltung der Mehrheit der Bevölkerung⁴²⁹ zur Rheinischen Republik, forderte aber eine Reaktion der Besatzungsbehörden heraus. In den städtischen Zeitungen wurden Aufrufe der französischen Verwaltung veröffentlicht, welche das sofortige Ende aller Streiks befahlen. Insbesondere der öffentliche Nahverkehr, die Gas- und Elektrizitätswerke, die Fabriken und Schulen sollten wieder öffnen und den Streik beenden⁴³⁰. Der Administrateur du Cercle Wiesbaden-Ville Richier⁴³¹ verkündete:

⁴²⁵ SHD 6N116, Bl. 4475 und Schlemmer: Rheinstaatbestrebungen, S. 120.

⁴²⁶ Vgl. UuF Bd. 3, S. 149 und Weiterleitung des Telegramms des Generalstabs in Kaiserslautern an Marschall Foch an die französische Regierung vom 03.06.1919 SHD 6N73.

⁴²⁷ Dokument Nr. 630 in UuF Bd. 3, S. 148.

⁴²⁸ Müller-Werth: Separatistenputsche, S. 263f.

⁴²⁹ Die Proklamation der Rheinischen Republik kam für viele Bewohner unerwartet und weckte Misstrauen: „Gegen Mittag wurde bekannt, dass die "Rheinische Republik" in Mainz und Wiesbaden ausgerufen worden sei. Diese Nachricht kam so unvermittelt, dass man derselben allseits das grösste Misstrauen entgegensetzte.“ Aus den Aufzeichnungen Georg Kraus' vom 1.6.1919 in StAW NL34, Nr. 40. Darstellung in der Presse mit einem Tag Verspätung wegen Streik in WZ Nr. 253 vom 3.6.1919 (Morgen-Ausgabe).

⁴³⁰ StAW WI/2, Nr. 2549, Bl. 136-139.

⁴³¹ Zu Richier konnten keine biographischen Angaben ermittelt werden.

„Die Militärbehörde ist fest entschlossen jede Streikbewegung zu unterdrücken. Der Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden wird ersucht, auf dem kürzesten Weg und mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln (Plakate, Proklamationen, usw.) der Bevölkerung die Folgen des Streikes bekanntzugeben: Aufhören der Lebensmittelversorgung, Aufhebung der Verkehrserleichterungen, Requisition der öffentlichen Betriebe und folglich Zwang für alle Angestellten dieser Betriebe, die Arbeit fortzusetzen, widrigenfalls sie vor ein Kriegsgericht zu stellen.“⁴³²

Der Magistrat und die Stadtverordneten aller Fraktionen lehnten die Rheinische Republik ab. Der Magistrat vermutete die Mehrheit der Bürger hinter sich und kein namhafter Politiker aus Wiesbaden trat für die Separatisten ein⁴³³. Die Stadtverwaltung wandte sich an die preußische Regierung, die den Magistrat darin bestärkte, keine Anweisungen der sogenannten vorläufigen Regierung auszuführen. Die Besatzungsbehörde wurde von dem Magistrat über seine ablehnende Haltung unterrichtet⁴³⁴.

Unterstützt wurde die Haltung der Stadtverwaltung von vielen Wiesbadener Schulen und Vereinigungen. Der Wiesbadener Stadtbund für Frauenbestrebungen mit 5.000 Mitgliedern erklärte „die Proklamierung der Rheinischen Republik [...] mit der vaterländischen Gesinnung, die in den Herzen der deutschen Frauen“⁴³⁵ lebe, für unvereinbar. Der Verband der städtischen Beamten zu Wiesbaden verurteilte „mit einmütiger Entrüstung den landesverräterischen Versuch“⁴³⁶ und der Wiesbadener Volksausschuss schrieb in einem Brief an Oberst Pineau:

„Es handelt sich hierbei nicht um eine vom Volkswillen getragene Revolution, sondern um einen Gewaltakt einiger weniger ehrgeiziger Männer, die im Volke nicht den geringsten Anhang und, abgesehen von dem Dr. Dorten, nicht einmal den Mut haben, mit ihrem Namen vor die Öffentlichkeit zu treten.“⁴³⁷

⁴³² StAW WI/2, Nr. 2549, Bl. 135.

⁴³³ StAW WI/2, Nr. 2517, Bl. 7-9 und 13.

⁴³⁴ StAW WI/2, Nr. 2517, Bl. 12.

⁴³⁵ StAW WI/2, Nr. 2517, Bl. 22.

⁴³⁶ StAW WI/2, Nr. 2517, Bl. 17.

⁴³⁷ StAW WI/2, Nr. 2517, Bl. 46.

Die ablehnende Haltung der Bevölkerung und der deutschen Behörden war aufgrund der Geheimdienstberichte des französischen Militärs nicht überraschend. Nach der Proklamation schätzte ein Bericht des Nachrichtendienstes entgegen der offiziellen französischen Darstellung die Haltung der Arbeiter gegenüber den Separatisten als feindlich ein. Man beurteilte die Demonstrationen am 2. Juni 1919 als deutliche Willensäußerung gegen den Separatistenputsch⁴³⁸. Dorten selbst schätzte die Lage in einem Telegramm an Foch so ein, dass die Demonstranten lediglich einem Aufruf der Sozialisten gefolgt wären und dies keine Bedeutung für andere Gebiete oder Städte hätte⁴³⁹.

Der gescheiterte Versuch der Separatisten am 4. Juni 1919 das Regierungspräsidium unter ihre Kontrolle zu bringen, zeigte den faktischen Wandel der französischen Haltung von einer wohlwollenden und beschützenden „Neutralität“⁴⁴⁰ hin zu einer strikten Nichteinmischung. Bei dem Handgemenge zwischen Separatisten und Beamten des Regierungsgebäudes wurde Oberst Pineau hinzugerufen, der seine Neutralität erklärte. Daraufhin wurden die Separatisten des Hauses verwiesen⁴⁴¹.

Ohne die Unterstützung der französischen Truppen waren die Separatisten der Schutzmacht und Exekutivgewalt beraubt und mussten in den folgenden Tagen auch die Büros im Landeshaus räumen. Das Ende der französischen Unterstützung für die Wiesbadener Separatisten beruhte auf dem unerwartet starken Widerstand der Bevölkerung, der Stadtverwaltung und den staatlichen Behörden. Hinzu kam der Druck der Briten und US-Amerikaner. Mangin musste am 4. Juni seine Unterstützung für Dorten aufgeben und gegenüber einer anglo-amerikanischen Kommission, die am selben Tag in Mainz einen Putschversuch in der Pfalz untersuchte, seine Neutralität erklären⁴⁴².

Die Reichsregierung befasste sich am 2. Juni 1919 mit der Wiesbadener Proklamation und entschied, aufgrund der französischen Intervention bei der Waffenstillstandskommission und der Friedensdelegation⁴⁴³ Einspruch zu erheben.

⁴³⁸ SHD 6N117, Bl. 4510.

⁴³⁹ Telegramm Dortens über Foch an Clemenceau. Kopie aus einer Ministeriumsakte vom 03.06.1919, SHD 6N73.

⁴⁴⁰ Oberst Pineau hatte noch am 1.06.1919 seine Neutralität bekundet aber für die Unterstützung der Rheinischen Republik gewonnen, bzw. diese verlangt. Müller-Werth: Separatistenputsche, S. 263.

⁴⁴¹ Vgl. Darstellung bei Müller-Werth: Separatistenputsche, S. 269.

⁴⁴² Reimer: Rheinlandfrage, S. 160.

⁴⁴³ Vgl. die Note der deutschen Friedensdelegation an Clemenceau in UuF Bd. 3, S. 150f.

Des Weiteren wurde beschlossen, propagandistisch gegen die Separatisten vorzugehen, indem im In- und Ausland auf die wirkenden Personen eingegangen werden sollte⁴⁴⁴.

Obwohl der Versuch eine Rheinische Republik zu errichten scheiterte, bestanden weiterhin separatistische Organisationen und Gruppen, die jedoch bis 1923 nur eine geringe politische Rolle spielten. Kontakte zwischen den separatistischen Akteuren und den Franzosen bestanden ebenfalls weiter. Ein nachrichtendienstlicher Bericht vom 9. Juni 1919 bestätigte, dass die Idee einer Rheinischen Republik nicht „begraben“⁴⁴⁵ sei und die Aktivisten nicht entmutigt wären.

⁴⁴⁴ Das Kabinett Scheidemann, Dok. Nr. 97 vom 2. Juni 1919 („Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik“ online; URL: <http://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933>, besucht am 19.08.2010).

⁴⁴⁵ Geheimer Bericht des Nachrichtendienstes an das Kabinett, Marschall Foch und Tirard vom 9.6.1919 „La Question rhénane (de l'informateur DANIEL II)“ SHD 6N117, Bl. 4577.

3.3. Leben in der besetzten Stadt

Die Präsenz der französischen Soldaten war in allen Bereichen des öffentlichen Lebens in Wiesbaden gegenwärtig. Die Einquartierung in die Kasernen, Schulen und Hotels inmitten der Stadt machte die Besetzung der Stadt für jeden Einwohner jederzeit erfahrbar.

Die eingesetzten Soldaten und Offiziere waren nur wenige Wochen zuvor noch im erbitterten Kampf mit den Deutschen gewesen. Der Krieg und das Kriegsende führten vielfach zu Traumata und Verletzungen auf beiden Seiten. Der erbitterte Kampf, die Materialschlachten, Eindrücke aus den Schützengräben und die Verwüstungen in Frankreich hinterließen ihre Spuren bei den Soldaten⁴⁴⁶. Diese Eindrücke belasteten die Beziehungen zwischen Deutschen und Franzosen nicht nur in der Phase des Waffenstillstands, sondern auch darüber hinaus⁴⁴⁷ und förderten den Antagonismus zwischen beiden Bevölkerungsgruppen⁴⁴⁸.

⁴⁴⁶ Vgl. Ziemann, Benjamin: Das „Fronterlebnis“ des Ersten Weltkrieges - eine sozialhistorische Zäsur? Deutungen und Wirkungen in Deutschland und Frankreich, in: Mommsen, Hans (Hg.): Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik (Industrielle Welt - Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte Bd. 60), Köln/Weimar/Wien 2000, S. 43-82.; Horne, John: Der Schatten des Krieges: Französische Politik in den zwanziger Jahren (übers. von Detlef Mares), in: Mommsen, Hans (Hg.): Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik (Industrielle Welt - Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte Bd. 60), Köln/Weimar/Wien 2000, S. 145-164 und Krumeich, Gerd: Versailles 1919. Der Krieg in den Köpfen, in: Krumeich, Gerd (Hg.): Versailles 1919. Ziele - Wirkung - Wahrnehmung (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte - Neue Folge Bd. 14), Köln 2001, S. 53-64.

⁴⁴⁷ Vgl. Beaupré: Trauma, S. 10f. und 31. Einen Eindruck von der Haltung französischer Soldaten zu Deutschland direkt nach dem Ersten Weltkrieg, vor allem im Hinblick auf den Versailler Vertrag, vermittelt der Aufsatz von Bruno Cabanes: Cabanes, Bruno: Die französischen Soldaten und der „Verlust des Krieges“, in: Krumeich, Gerd (Hg.): Versailles 1919. Ziele - Wirkung - Wahrnehmung (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte - Neue Folge Bd. 14), Köln 2001, S. 269-279. Siehe auch Niedhart, Gottfried: Der Erste Weltkrieg. Von der Gewalt im Krieg zu den Konflikten im Frieden, in: Wegner, Bernd (Hg.): Wie Kriege enden. Wege zum Frieden von der Antike bis zur Gegenwart (Krieg in der Geschichte Bd. 14), Paderborn/München/Wien/Zürich 2002, S. 187-211, S. 199 und Ulrich, Bernd/Ziemann, Benjamin (Hgg.): Krieg im Frieden. Die umkämpfte Erinnerung an den Ersten Weltkrieg. Quellen und Dokumente, Frankfurt am Main 1997.

⁴⁴⁸ Die Vorstellung vom französischen bzw. deutschen „Feind“ war seit der Französischen Revolution ein konstitutives Element der nationalen Selbstdefinitionen. Vgl. Jeismann, Michael: Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis

Dem französischen Generalstab war bewusst, dass die Besatzungssoldaten unter großem Druck standen und unzufrieden mit der Situation waren. Von der deutschen Bevölkerung schlugen ihnen überwiegend Ablehnung und Feindseligkeit entgegen⁴⁴⁹ und die erhoffte rasche Heimkehr zu ihren Familien wurde durch den Besatzungsdienst weiter heraus gezögert. Ein intensiver Schriftwechsel zwischen General Fayolle, Marschall Foch und dem französischen Kriegsminister im März und April 1919 belegt die Unzufriedenheit der Besatzungstruppen. Fayolle forderte eine Verdopplung des Soldes und die Möglichkeit für die Soldaten, ihre Familien zuziehen lassen zu können. Dies käme nicht nur der Moral der Truppen zugute, sondern würde auch das Problem neue Truppen zu rekrutieren, abmildern. Der Kriegsminister stimmte den Forderungen zu, verschob den Zuzug von Familien aber aus Sicherheitsgründen auf die Zeit nach der Ratifizierung des Friedensvertrages⁴⁵⁰.

Die Besatzungstruppen nutzten nach Dienstschluss die umfangreichen Angebote der Kurstadt Wiesbaden. Mit den Ausweisen der Militärverwaltung erhielten Militärangehörige z.B. freien Eintritt in das Theater⁴⁵¹ und waren umfänglich von der Kurtaxe befreit⁴⁵². Zur Unterhaltung der Offiziere wurden in der Wiesbadener Innenstadt Teile des zentral gelegenen Palast-Hotels und später im Jahr das Hotel Metropole und das Stadthaus Karlstraße 9 als Offiziers-Kasino eingerichtet. Für die Biebricher Offiziere wurde ein Offiziers-Kasino im Hotel Kaiserhof eingerichtet. Die einfachen Soldaten nutzten eine Barackenanlage am Hauptbahnhof und die Turnhalle in Biebrich als Soldatenheime⁴⁵³.

in Deutschland und Frankreich 1792-1928 (Sprache und Geschichte Bd. 19), Stuttgart 1992.
⁴⁴⁹ Zur Einschätzung der Meinung der deutschen Bevölkerung über die Franzosen gibt es diverse Geheimdienstberichte, welche die klare Ablehnung der französischen Politik und der Besatzung dokumentieren. So z.B. der nachrichtendienstliche Bericht des Generalhauptquartiers „Periode du 8 Avril au 8 Mai“ (wahrscheinlich 1919) SHD 6N116, Bl. 4045 und der Geheimdienstbericht an das Generalhauptquartier der Französischen Armee Ost, Brief Nr. 30 aus Mainz vom 5.3.1919 (geheime Quellen: Ma 31, 34 und 36). In den Berichten wird die ablehnende Haltung der Bevölkerung als wachsend bezeichnet. Die Bevölkerung werfe Frankreich vor, eine Annektierung des Rheinlandes zu verfolgen und für die harten Bedingungen des Pariser Friedens verantwortlich zu sein. SHD 16N1558.

⁴⁵⁰ Schriftwechsel betreffend der Lage der Besatzungstruppen zwischen General Fayolle, des Unterstaatssekretär des Kriegsministeriums, des Kriegsministers und Marschall Foch zwischen dem 15. und 20.4.1919. SHD 6N153.

⁴⁵¹ Wiesbadener Bade-Blatt Nr. 354 vom 20.12.1918, StAW WI/2, Nr. 2557, Bl. 5.

⁴⁵² StAW WI/2, Nr. 2544, Bl. 98ff.

⁴⁵³ Bericht des Magistrats an das Besatzungsamt vom 5.5.1930, StAW WI/2, Nr. 2321.

Die französische Militärverwaltung plante, im Februar 1919 Bordelle für Offiziere und Mannschaften einzurichten und setzten sich zu diesem Zweck mit der Stadtverwaltung in Verbindung. Die Bordelle sollten vornehmlich der Gesundheit der Soldaten dienen, da die Prostituierten einer ärztlichen Kontrolle unterstanden. Der Magistrat requirierte zwei Häuser, in denen ab dem 14. April 1919 je zehn Prostituierte arbeiteten. Es folgte noch das Gasthaus Jägerhaus in der Schiersteiner Straße und Mitte Juni 1920 ein weiteres Bordell für die aus Afrika stammenden französischen Soldaten⁴⁵⁴. Die Besitzer der requirierten Häuser wurden entschädigt und die Kosten des Unterhalts der Bordelle von der Besatzungsbehörde übernommen⁴⁵⁵. Anscheinend beschwerten sich Wiesbadener Bürger bei der Polizei über die öffentliche Einrichtung von Bordellen in der Innenstadt Wiesbadens. Der Polizeipräsident hielt in einem Bericht an den Regierungspräsidenten über ein Jahr später fest:

*„Neuerdings sind Klagen hierüber weniger laut geworden. Das mag darin begründet sein, daß inzwischen ein Teil der Offiziere etc. die Familien herangezogen hat, [...]. Vielleicht aber auch nur darin, daß sich in den verflossenen 1 ½ Jahren die Bevölkerung an die von unseren sittlichen Auffassung abweichenden Zustände mehr gewöhnt hat.“*⁴⁵⁶

Die Betreiber von Hotels, Pensionen und Cafés richteten sich schnell auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Soldaten ein und eröffneten z.B. illegale Spielzimmer, in denen die französischen Soldaten Glücksspiel betrieben. Dies war nach deutschem wie auch nach französischem Recht untersagt, sodass der französische Administrateur Toussan⁴⁵⁷ im Sommer 1919 den Magistrat anwies, auf die Betreiber hinzuwirken das Glücksspiel zu unterbinden⁴⁵⁸.

⁴⁵⁴ Bericht des Polizeipräsidenten an den Regierungspräsidenten, 21.6.1920, HHStAW Abt. 405, Nr. 5252, Bl. 108 und Bericht des Magistrats an das Besatzungsamt vom 5.5.1930 in StAW WI/2, Nr. 2321.

⁴⁵⁵ HHStAW Abt. 405, Nr. 5212, Bl. 266.

⁴⁵⁶ HHStAW Abt. 405, Nr. 5252, Bl. 109.

⁴⁵⁷ Marie Bertrand Victor Toussan, Chef d'escadron dans l'armée de terre, geb. am 20.12.1876. Livre d'or de la Sabretache (1914-1918), Bd. 1, Paris 1923, S. 431.

⁴⁵⁸ „Das deutsche Gesetz verbietet alle oben genannten Spiele; aber es ist bezeichnend, dass es trotz diesem Verbot, heimliche Spielzimmer gibt, die in verschiedenen Hotels der Garnisonsstädte eingerichtet sind. Die Spieler beachten außerdem die größte Vorsicht, um der Aufmerksamkeit der deutschen Polizei zu entgehen. Um endlich diese bedauerlichen Zustände zu vermeiden, und die jungen Offiziere dem schädlichen Einfluss des Spieles zu entziehen, ist es notwendig die Pächter des Hotels, Caffees, Weinstuben, usw. auf die Nachteile aufmerksam zu machen, die sich für die ergeben können, weil sie das Spielen in ihrem

Zwischen den französischen Soldaten und Deutschen entwickelten sich nur wenige private Kontakte. Ein Wiesbadener Bürger berichtete dem Magistrat über das große Interesse französischer Offiziere an den Wiesbadener Kuranlagen und einer privaten Führung, die er unternommen habe, und empfahl sich als öffentlicher Führer für die potenziellen Kurgäste.

*„[...] und als ich mein Rundgang in Kurhaus beendete, ergab es sich, dass sich eine Gruppe von etwa 20 fremder Herren zusammengefunden hatte. Auch hier bedurfte es keines besonderen Scharfblicks, um zu erkennen, wie sehr sich alle für die einzelnen Einrichtungen interessierten.“*⁴⁵⁹

Ein weiteres Beispiel stellt das Verhalten des Priesters der Bonifatiuskirche dar, der freiwillig den französischen Militärgeistlichen bei sich aufnahm, um ihm den Weg von der Kaserne in die Bonifatiuskirche zu ersparen, die von den französischen Truppen als Ort der Gottesdienste bestimmt wurde⁴⁶⁰. Als der Schriftsteller und Journalist Pierre Mac Orlan Wiesbaden 1919 besuchte, empfand er die Begegnung mit den Wiesbadenern zwar als „correcte“, stellte aber eine gewisse Distanz fest, die von den Bewohnern der Kurstadt eingehalten würde. Obwohl Wiesbaden in der Friedenszeit eine Stadt mit internationaler Orientierung gewesen sei, würde sie nun strenger wirken als das benachbarte militärisch geprägte Mainz⁴⁶¹.

Wie überall im besetzten Gebiet kam es in Wiesbaden zu Beziehungen zwischen Franzosen und deutschen Frauen. Der französische Generalstab gab die Anweisung heraus, dass eine Heirat nur mit dem Einvernehmen des Corps oder des Ministers möglich wäre. Eine solche Genehmigung sei nur unter besonderen Umständen, wie z.B. bei einer Schwangerschaft, zu gewähren⁴⁶². Frauen, die

Hause dulden. Ohne in allen Gebäuden nachzuforschen, wird der französische Befehl die systematische Ermächtigung des Spiels nicht gutheißen. Er wird gezwungen sein, Strenge gegen die Inhaber zu gebrauchen, die an der ersten Warnung weiter vorübergehen. Bitte die Inhaber und Geschäftsführer der Hotels, Cafés, usw. von der Massregel zu benachrichtigen, die unter Umständen keine Rücksicht für sie kennen“

Administrateur Toussan an den Magistrat, 20.8.1919, StAW WI/2, Nr. 2544, Bl. 134.

⁴⁵⁹ Friedrich Hanneman an den Magistrat, 29.1.1919, StAW WI/2, Nr. 2527, Bl. 18.

⁴⁶⁰ StAW WI/2, Nr. 2543, Bl. 107-108.

⁴⁶¹ „C'est ainsi que Wiesbaden, cette ville internationale en temps de paix, se monterait un peu plus sévère que Mayence. La population est correcte, mais elle reste très éloignée de nous.“

Mac Orlan, Pierre: La fin. Souvenirs d'un correspondant aux armées, Paris 1919, S. 66.

⁴⁶² Brief von Marschall Foch an General Fayolle vom 25.4.1919, SHD 16N1665, Dossier 5.

mit französischen Soldaten verkehrten, wurden mehrfach Opfer von Überfällen und öffentlichen Verleumdungen. Die französische Militärbehörde verfolgte diese Verbrechen streng und setzte die deutsche Verwaltung unter Druck dem Verbrechen nachzugehen⁴⁶³. Ein Artikel der Tagespost beschrieb die Vorfälle wie folgt:

*„Seit einiger Zeit sind zahlreiche Attentate auf Frauen und Mädchen im Bereich der 10. Armee verübt worden. Verschiedene unter ihnen sind überfallen und die Haare abgeschnitten oder der Körper mit Schuhwichse usw. beschmiert worden, von anderen unter ihnen ist der Name mit verleumderischen Auslegungen Plakate angeschlagen worden. Diese Attentate sind meistens das Werk eigens zu diesem Zwecke organisierter Banden von jungen Leuten, die vollkommen frei handeln.“*⁴⁶⁴

Aus den Verbindungen zwischen Franzosen und Deutschen wurden zwischen dem Oktober 1919 und dem April 1921 84 Kinder geboren, von denen etwa ein Fünftel Kinder von afrikanischstämmigen Franzosen waren⁴⁶⁵. Bedenkt man die hohe Zahl an Soldaten von über 5.000 in der Stadt und die Einwohnerzahl, die Anfang der Zwanziger Jahre bei über 100.000 lag, so ist die Zahl der Kinder von Besatzungssoldaten als relativ gering anzusehen. Ihre Existenz nährte die sexistischen Vorurteile der männlichen Bevölkerung gegenüber den Frauen. Außerdem wurde die Verbindung mit einem Franzosen als eine Beleidigung und Bedrohung der nationalen Ehre angesehen, die rassistisch und völkisch verstanden wurde⁴⁶⁶.

Die Kinder der Besatzungssoldaten spielten daher in der antifranzösischen Propaganda eine wichtige Rolle. Zum einen konnte die Propaganda auf das vorherrschende stereotypische Bild der bedrohten deutschen Frau bzw. Nation zu-

⁴⁶³ „Bei jedesmaligem Vorkommen eines solchen Attentats und wo der Täter innerhalb 48 Stunden nicht gefunden ist, wird der Bürgermeister der betr. Gemeinde wegen Vernachlässigung seiner Funktionen sofort vor das Militärpolizeigericht gestellt. Andernfalls werden die Urheber dieser Attentate wegen Vergewaltigung, Sittenverletzung und Aufreizung zur Revolte vor das Kriegsgericht gestellt.“

Note von Administrateur Juvigny de Cercle Wiesbaden-Campagne vom 16.7.1919, StAW WI/2, Nr. 1405, Bl. o.A.

⁴⁶⁴ StAW WI/2, Nr. 1405, Bl. o.A., Ausschnitt aus der Tagespost, Nr. 164 vom 18.7.1919.

⁴⁶⁵ HHStAW Abt. 405, Nr. 5395, Bl. 17.

⁴⁶⁶ Vgl. Kapitel 3.1.1. und Wigger: Schmach, S. 197f.

rückgreifen, zum anderen symbolisierten die Besatzungskinder die Inbesitznahme der besetzten Gebiete und den Wunsch Frankreichs, das Rheinland wirtschaftlich und kulturell zu durchdringen.

3.4. Zusammenfassung

Am 13. Dezember 1918 zogen französische Besatzungstruppen in Wiesbaden ein. Sie sollten den Brückenkopf Mainz im Fall einer Wiederaufnahme der Kampfhandlungen schützen und einen raschen Vormarsch der alliierten Truppen ermöglichen. Etwa 1.200 Soldaten und Offiziere hielten sich unter dem Befehl von General Leconte in Wiesbaden auf und ihre Zahl stieg stetig an. Sie wurden in Kasernen, Schulen, Hotels und in Privatwohnungen untergebracht.

Mit dem Einzug der Besatzungstruppen wurde die französische Militärbehörde aufgebaut. Als Verbindungsoffiziere zwischen dem französischen Militär und den deutschen Behörden wurden die *Administrateurs militaires* beim Regierungspräsidenten sowie bei der Stadt und im Landkreis Wiesbaden eingesetzt. Ergänzt wurden die militärischen Behörden von diversen Kommissionen und einer zivilen Verwaltung, die seit dem November 1918 auf Befehl von Marschall Foch unter der Leitung von Paul Tirard aufgebaut wurde. Zu den zentralen Aufgaben der zivilen Verwaltung gehörte es, die Rohstoffverteilung zu überwachen, den Warenaustausch zwischen dem besetzten Gebiet und Deutschland zugunsten der französischen und belgischen Wirtschaft zu regulieren sowie die französische Propaganda- und Pressearbeit zu etablieren.

Die Lage Wiesbadens in der direkten Nachkriegszeit war von wirtschaftlichen und sozialen Krisen geprägt. Der Krieg und die alliierte Blockade, die bis in den Juli 1919 bestand, hatte zu einem Mangel an Lebensmitteln und Brennstoffen geführt. Die auf das Kurwesen zugeschnittene wirtschaftliche Struktur Wiesbadens war stark geschwächt und die Arbeitslosigkeit relativ hoch. Durch die Demobilisierung und die Versorgung von Kriegsteilnehmern stieg die Zahl der Versorgungsempfänger und die Stadt musste entsprechend der neuen Sozialgesetzgebung höhere Kosten tragen als zuvor.

Am 13. Dezember 1918 trat in Wiesbaden die Polizeiverordnung der französischen Militärverwaltung in Kraft, die erst im Sommer 1919 in Teilen gelockert wurde. Jeder Bürger musste eine Identitätskarte beantragen und mit sich führen. Das Verlassen der Gemeindegrenzen wurde untersagt und eine Sperrstunde ab 20 Uhr eingeführt. Die Presse, die Post und das Telegrafienwesen unterstanden der militärischen Überwachung und wurden zensiert; das Telefonieren wurde untersagt. Bereits bei Mutmaßung eines Verbrechens oder eines Vergehens, konnten Bürger vor ein Militärgericht gestellt und mit Gefängnis, Geldstrafen oder Ausweisung bestraft werden.

Die Polizeiverordnung verstärkte außerdem die bestehende sozioökonomische Krise. Der Güterverkehr und der Handel kamen fast vollständig zum Erliegen und die Versorgungslage mit Öl, Gas und Lebensmitteln verschlechterte sich. Betriebe waren von ihren Zulieferern oder Kunden abgeschnitten und erhielten keine Rohstoffe. Dies führte zur Schließung von Betrieben oder zur Entlassung von Mitarbeitern. Die Einschränkung der Reisefreiheit verhinderte oftmals, dass Mitarbeiter zu ihren Unternehmen gelangen konnten.

Die Einquartierung der Besatzungssoldaten und die Einschränkung der Reisefreiheit wirkten sich negativ auf den Fremdenverkehr aus. Im Jahr 1919 wurden weniger als 19.000 Kurgäste gezählt. Das waren nur noch ein Drittel der Kurgäste von 1913 und der niedrigste Stand in der Weimarer Republik⁴⁶⁷. Dies führte dazu, dass die aufgrund der Demobilmachung bereits hohe Arbeitslosigkeit noch weiter anstieg. Durch die neu geordnete Finanzierung der Sozialleistungen wurde die Stadt finanziell zusätzlich stark belastet.

Mit dem Beginn des Jahres 1919 machte sich ein Wechsel in der französischen Besatzungspolitik bemerkbar. Einzelne Bestimmungen der Polizeiverordnung wurden gelockert, Wahlen wurden zugelassen, die Reisefreiheit und die Sperrstunde ausgedehnt. Im Januar 1919 begannen die Franzosen zudem, die Lebensmittelversorgung der Stadt systematisch zu organisieren. War die Besatzungspolitik bisher alleine auf die Sicherheit der Besatzungstruppen ausgerichtet, zielte die Besatzungspolitik nun auf eine Annäherung zwischen Frankreich und dem besetzten Rheinland. Dies sollte den Weg für die Verwirklichung einer neuen Rheingrenze bereiten.

Die französischen Behörden waren in zwei Bereichen besonders aktiv gewesen: der Propaganda und der Wirtschaftspolitik. Die Propaganda und Pressearbeit wurden sukzessive ausgeweitet und intensiviert. Deutsche Zeitungen wurden zensiert und neue Zeitungen von den Franzosen im Rheinland gegründet. Das Ziel der französischen Propaganda war es, die Rheinländer für die Franzosen einzunehmen und für eine Unterstützung der Rheinstaatspläne zu werben. Man versuchte im Rheinland an die vermeintlich gemeinsame Geschichte von der Antike bis hin zur Revolutionszeit und der napoleonischen Zeit anzuknüpfen und konstruierte so eine historische Nähe.

Ebenso gehörten zum Propagandakonzzept die Vermittlung der französischen Sprache in der Schule, französische Vorträge, Theatervorstellungen und Filme. Frankreich wurde dabei als kulturell hochstehende Nation inszeniert, welche die Rheinländer begeistern und mit der sie sich identifizieren sollten.

⁴⁶⁷ Siehe Verwaltungsberichte der Kurverwaltung, StAW WI/2, Nr. 3974.

Um diese Politik zu unterstützen und das Verhältnis zwischen Militär und der Bevölkerung zu verbessern, wurden die Offiziere der Besatzungsarmeen angewiesen, die Rheinländer nicht mehr als Feinde, sondern als Freunde anzusehen und so zu behandeln.

Die französische Wirtschaftspolitik wurde durch die Section Économique durchgesetzt. Die S.É. dokumentierte Transaktionen des Handels und der Industrie sowie Finanzaktivitäten und führte allgemeine Statistiken zur Wirtschaftskraft der Unternehmen im besetzten Gebiet. Des Weiteren wurden Versuche unternommen, die wirtschaftlichen Beziehungen zu den westlichen Nachbarn zu intensivieren. Marschall Foch war davon überzeugt, dass eine nachhaltige Schwächung Deutschlands nur auf dem Gebiet der Wirtschaft möglich sei. Deshalb forcierte er die Westbindung der rheinischen Wirtschaft und sah darin eine Vorstufe zur Abtrennung der besetzten Gebiete.

Zur französischen Rheinlandpolitik gehörte ebenfalls die Unterstützung der Separatisten, welche die französischen Bemühungen begrüßten. Die Politik Fochs wurde von der französischen Regierung befürwortet, jedoch aufgrund der Ablehnung durch die Verbündeten nicht offiziell unterstützt. So lag die Unterstützung der Separatisten in der Hand der Militärs vor Ort. In Wiesbaden selbst gab es nur wenige Sympathisanten der separatistischen Bewegung. Dennoch wurde Wiesbaden am 1. Juni 1919 Mittelpunkt der separatistischen Bewegung, als Hans Adam Dorten die Gründung der Rheinischen Republik proklamierte. Dies war möglich geworden, nachdem Dorten seit April 1919 systematisch von General Mangin in Mainz unterstützt worden war. Der Putschversuch scheiterte schließlich nach wenigen Tagen am Widerstand der Wiesbadener Regierung und der Bevölkerung, die durch Streiks und Proteste der Ablehnung der Rheinischen Republik Nachdruck verliehen. Schließlich gab auch das französische Militär die aktive Unterstützung Dortens und der Separatisten auf und dem Druck der Verbündeten nach.

Wenngleich der Separatistenputsch scheiterte und General Mangin kurze Zeit später seinen Posten räumen musste, blieben die Separatisten aktiv und unter dem persönlichen Schutz des französischen Militärs. Die Franzosen gaben ihre Besatzungspolitik und ihr Ziel einer Abtrennung oder Neutralisierung des Rheinlandes vorerst nicht auf.

Die Wiesbadener Bevölkerung brachte der Besatzung Ablehnung und teilweise sogar Hass entgegen. Die Anwesenheit der französischen Truppen symbolisierte die militärische Niederlage und wurde als Beleidigung der nationalen Ehre aufgefasst. Das verstärkte das Gefühl der Demütigung. Zudem wurden die französischen Verordnungen, zum Teil zu Recht, für die missliche

Lage der Stadt verantwortlich gemacht. Dennoch gab es vereinzelte Kontakte zwischen Deutschen und Franzosen, die sehr unterschiedlich verliefen. Beziehungen zwischen Wiesbadenerinnen und Franzosen waren besonders problematisch. Weder von französischer noch von deutscher Seite waren diese Verbindungen gerne gesehen. In Teilen der Wiesbadener Bevölkerung wurde dies als Beleidigung der deutschen Ehre angesehen und es kam zu tätlichen Übergriffen auf Frauen, die eine Beziehung zu französischen Soldaten eingegangen waren.

Die Phase des Waffenstillstands war für die gesamte Besatzungszeit prägend. Innerhalb von zwei Monaten erlebten die Wiesbadener durch Kriegsende und Revolution, wie sich grundlegende Strukturen in der Stadt, der Gesellschaft, im Beruf und im Alltag gravierend veränderten. Der erste Kontakt mit den französischen Truppen fiel zeitlich eng mit der erlebten Krise zusammen. Durch den negativen Einfluss der Besatzung auf die Stadt fiel es leicht, alle Probleme auf die Besatzung zu projizieren, sodass die Besatzung auf einer symbolischen Ebene mit der Krise verbunden wurde und weiterhin Bestand haben konnte.

4. Kapitel: „Friedenzustand“ und Widerstand – Wiesbaden unter französischer Besatzung (1920-1925)

4.1. Die völkerrechtlichen Grundlagen der Besatzung: Versailler Vertrag und Rheinlandabkommen

4.1.1. Friedensverhandlungen und Versailler Vertrag

Mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages am 11. November 1918 wurden die Kampfhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und der Entente eingestellt. Am 28. Juni 1919 wurde der Friedensvertrag in Versailles unterschrieben, der mit der Ratifizierung des Vertragswerks am 10. Januar 1920 in Kraft trat und somit die Phase des Waffenstillstandes beendete⁴⁶⁸.

Während der Waffenstillstandszeit war Matthias Erzberger von der Reichsregierung mit der Durchführung und Verlängerung des Waffenstillstands beauftragt worden. Die Friedensverhandlungen mit den Alliierten wurde die Aufgabe des Außenministeriums⁴⁶⁹ unter Leitung von Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau⁴⁷⁰. Die Wahl des Tagungsortes für die Friedensverhandlungen fiel auf Paris. Am 18. Januar 1919, fast zwei Monate nach dem Ende der Kampfhandlungen, wurde die Friedenskonferenz feierlich eröffnet und der französische Ministerpräsident Clemenceau zum Präsidenten der Konferenz gewählt. Neben der Vollversammlung und verschiedenen Kommissionen und Ausschüssen, war das zu Beginn der Verhandlungen entscheidende Gremium der sogenannte Rat der Zehn. Er bestand aus den Regierungschefs und Außenminister der USA,

⁴⁶⁸ Der Frieden von Versailles ist Gegenstand umfangreicher Forschung. Für dieses einführende Kapitel stütze ich mich auf Büttner: Weimar; Kolb, Eberhard: Der Frieden von Versailles, München 2005; Kolb: Republik; Lorenz: Weltgericht und Schwabe: Quellen und Baumgart, Winfried: Vom europäischen Konzert zum Völkerbund. Friedensschlüsse und Friedenssicherung von Wien bis Versailles, 1987.

⁴⁶⁹ Zur Problematik der unterschiedlichen Verhandlungsführer siehe Büttner: Weimar, S. 122ff.

⁴⁷⁰ Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau, geb. am 29.5.1869 in Schleswig, gest. am 8.9.1928 in Berlin. Graf Brockdorff-Rantzau war ein promovierter Jurist und nach 1894 im diplomatischen Dienst.
Benz/Graml: Lexikon, S. 45f.

Großbritanniens, Frankreichs und Italiens. Ergänzt wurde der Rat durch zwei Vertreter Japans.

Am 24. März 1919 übernahm der Rat der Vier die führende Rolle in den Verhandlungen, welcher die Eckpunkte der Verträge bestimmte. Er bestand aus dem US-Präsidenten Thomas Woodrow Wilson, George Clemenceau, David Lloyd George⁴⁷¹ und dem italienischen Ministerpräsidenten Vittorio Emanuele Orlando⁴⁷². In fast 150 Sitzungen beriet der Rat der Vier länger als drei Monate über die Friedensverträge mit Deutschland und den anderen Kriegsgegnern, über die neue Friedensordnung nach dem Krieg, die Revolution in Russland und Regelungen zwischen den Großmächten im außereuropäischen Raum⁴⁷³. Vertreter der Mittelmächte waren nicht zu den Verhandlungen geladen worden und durften nur schriftlich Stellung nehmen⁴⁷⁴.

Während der Verhandlungen⁴⁷⁵ zeigten sich die unterschiedlichen Vorstellungen der Verbündeten hinsichtlich ihrer Deutschlandpolitik. Frankreich versuchte, eine nachhaltige Schwächung Deutschlands auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet zu erreichen. Dies sollte durch Gebietsabtretungen, Reparationen und Dezentralisierung Deutschlands erfolgen⁴⁷⁶. Dabei spielte die

⁴⁷¹ David Lloyd George, geb. am 17.1.1863, gest. am 26.3.1945. Lloyd George entstammte einfachen Verhältnissen aus dem Norden von Wales. Er war Mitglied der Liberal Party und wurde 1890 erstmals in das Unterhaus gewählt. Zwischen 1905 und 1916 bekleidete er verschiedene Ministerämter, um schließlich 1916 zusammen mit den Konservativen eine neue Regierung unter seiner Führung aufstellte. Bis zu seinem Sturz 1922 war er maßgeblich an der Ausgestaltung des Versailler Vertrages und der Gründung des Irischen Staates beteiligt. In den 1930er Jahren gehörte er zu Vertretern der Appeasement-Politik. Er wurde 1945 als Earl Lloyd George of Dwyfor in den Adelsstand erhoben und Mitglied des Oberhauses. Eccleshall, Robert/Walker, Graham (Hgg.): *Biographical dictionary of British prime ministers*, London/New York 1998, S. 136-147.

⁴⁷² Vittorio Emanuele Orlando, geb. am 19.5.1860 in Palermo, gest. am 1.12.1952 in Rom. Orlando war Professor für Rechtswissenschaften und zog 1897 als liberaler Abgeordneter in das italienische Parlament ein. Nach 1903 war er als Minister an verschiedenen Regierungen beteiligt und wurde 1917 Ministerpräsident. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war er Mitglied der verfassungsgebenden Versammlung. *Istituto Nazionale dell'Informazione: Repubblica Italiana 1948-1998. 50 Anni di Parlamento, Governi, Istituzioni*, Rom 2000, S. 16f.

⁴⁷³ Kolb: *Frieden*, S. 49ff.

⁴⁷⁴ Kolb: *Frieden*, S. 72f.

⁴⁷⁵ Zu den Zielen und Verhandlungsstrategien der Alliierten siehe zusammenfassend Kolb: *Frieden*, S. 53-63.

⁴⁷⁶ Vgl. Schwabe: *Quellen*, S. 11.

Neutralisierung des besetzten Rheinlandes eine wichtige Rolle. Die Militärs, allen voran Marschall Foch, forderten aus strategischen Beweggründen eine Annexion des Rheinlandes oder die Bildung eines Pufferstaates. Dies würde neben dem strategischen Vorteil für Frankreich auch eine nachhaltige Schwächung der deutschen Wirtschaft und Rohstoffversorgung bedeuten⁴⁷⁷. Die harte Haltung in der Reparationenfrage war aber nicht nur den strategischen Überlegungen geschuldet, sondern durch die desolate Haushaltslage und der finanziellen Abhängigkeit von den USA begründet⁴⁷⁸.

Die französische Regierung hatte die Pläne Fochs inoffiziell unterstützt. Clemenceau musste aber dem Druck der Briten und Amerikaner nachgeben. Die Regierung Großbritanniens verfolgte das Ziel eines politischen und wirtschaftlichen Gleichgewichtes unter besonderer Berücksichtigung ihrer eigenen imperialen Interessen in Europa und weltweit. Territoriale Forderungen vonseiten Frankreichs lehnte die britische Regierung daher ab und lenkte das Interesse auf die Gefahren, die vom revolutionären Russland ausgingen und möglicherweise auch Deutschland bedrohen könnten. Das britische Empire unterstützte aber im eigenen Interesse den französischen Wunsch nach umfassenden Reparationszahlungen der Mittelmächte⁴⁷⁹.

Präsident Wilson hatte im Vorfeld der Friedensverhandlungen mit seinem 14-Punkte-Programm bereits die politische Linie der Vereinigten Staaten vorgegeben und dies gegenüber dem Deutschen Reich vor der Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen mehrfach bekräftigt. Gebietsabtretungen sah Wilson nur im Einklang mit seinem geforderten Selbstbestimmungsrecht der Völker für Deutschland vor. Ebenso sollte der Friedensvertrag ausgleichend wirken und eine langfristige Friedenssicherung ermöglichen. Damit verfolgte Wilson eine Politik, die im Widerspruch zu den Vorstellungen der Verbündeten stand. Dies führte zu großen Auseinandersetzungen in den Verhandlungen. Wilson konnte sich beispielsweise bei der Rheinlandfrage zusammen mit den Briten gegen den französischen Vorstoß der Neutralisierung durchsetzen, musste sich aber z.B. in Fragen der deutschen Kolonien und der Kriegsentschädigungen dem Willen der Franzosen und Briten beugen⁴⁸⁰.

⁴⁷⁷ Vgl. hierzu Kapitel 2.1.1. und Note Marschall Fochs vom 10.1.1919 in UuF Bd. 3, S. 333-337.

⁴⁷⁸ Engels: Geschichte, S. 160 und 186.

⁴⁷⁹ Schwabe: Quellen, S. 11f.

⁴⁸⁰ Schwabe: Quellen, S. 12f.

Am Ende der mühsamen Verhandlungen stand ein Vertragswerk mit 440 Artikeln⁴⁸¹. Der Friedensvertrag bedeutete für das Deutsche Reich territoriale Verluste in Westpreußen, Posen und Ostpreußen sowie die Abtrennung des Hultschiner Ländchens. Im Westen wurde Elsaß-Lothringen wieder in den französischen Staat eingegliedert und das Saargebiet sollte nach 15 Jahren durch eine Volksabstimmung über seine Zugehörigkeit entscheiden. Solange unterstand es dem Völkerbund, während die Ausbeutung der Kohlevorkommen Frankreich zugestanden wurde. Durch Volksabstimmungen gingen in der Folgezeit das Gebiet Eupen-Malmedy an Belgien, Nord-Schleswig an Dänemark und der östliche Teil Oberschlesiens an Polen. Deutschland musste somit 13% seiner Fläche mit 10% der Gesamtbevölkerung abtreten. Besonders schwer wogen die wirtschaftlichen Einbußen, da 48% der Eisenerz- und 16% der Steinkohlevorkommen sowie 19% der Eisen- und Stahlproduktion und 15% der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche verloren gingen. Deutschland durfte keine Kolonien mehr besitzen, 90% der Handelsflotte und 25% der Fischfangflotte mussten abgegeben werden. Das gesamte deutsche Vermögen inklusive allen privaten Kapitals in den Vereinigten Staaten wurde enteignet und deutsche Patente und Urheberrechte annulliert. Die deutsche Binnenschifffahrt wurde internationalisiert und den alliierten und assoziierten Mächten musste freier Verkehr zu Wasser und zu Lande gestattet werden⁴⁸².

Die militärischen Bestimmungen besagten, dass Deutschland sein Heer auf 100.000 Mann Berufsheer und 15.000 Mann Marine beschränken musste. Moderne Waffengattungen wie Panzer, U-Boote und Luftwaffe waren verboten. Das bereits besetzte linke Rheinufer sollte fünfzehn Jahre besetzt bleiben; mit der Möglichkeit der Räumung einzelner Zonen nach fünf und zehn Jahren, sofern das Deutsche Reich die Vertragsbedingungen erfüllte. Zusätzlich sollte ein 50 km breiter entmilitarisierter Streifen rechts des Rheins geschaffen werden⁴⁸³. Die Besatzungskosten mussten vom Reich getragen werden⁴⁸⁴.

⁴⁸¹ Der vollständige Vertragstext ist abgedruckt in: Der Vertrag von Versailles. Mit Beiträgen von Sebastian Haffner, Gregory Bateson u.a., Frankfurt am Main/München 1988 (im Folgenden zitiert als VV).

⁴⁸² Büttner: Weimar, S. 124f.

⁴⁸³ Die militärischen Bestimmungen wurden in Teil 5 des Versailler Vertrages geregelt (Art. 159-213). Die Bestimmungen betreffend des Rheinlandes umfassen die Artikel 42-44. VV, S. 209-231.

⁴⁸⁴ Zu den Kosten des Besatzungsapparats und den finanziellen Folgen der Rheinlandbesetzung siehe Steegmans: Folgen.

Die finanziellen Entschädigungsleistungen wurden zu diesem Zeitpunkt nicht endgültig beziffert. Die Forderungen aus dem Waffenstillstandsvertrag über Sachleistungen wurden aber bestätigt. Die Höhe der Geldleistungen sollten durch eine Reparationskommission der Alliierten bis zum 1. Mai 1921 ermittelt werden⁴⁸⁵.

Am 18. April 1919 beschloss der Rat der Vier, die deutsche Delegation nach Versailles einzuladen. Am 7. Mai 1919 wurde der deutschen Delegation unter Leitung des deutschen Außenministers der Entwurf des Friedensvertrags überreicht⁴⁸⁶. Die Reaktion der Diplomaten, der Reichsleitung und nach Bekanntwerden des Vertragsinhaltes in der deutschen Bevölkerung war eine breite Ablehnung des Vertrages⁴⁸⁷. Die Wirtschaftsexperten in der deutschen Delegation sahen den Vertrag als unannehmbar an und forderten, die Unterschrift zu verweigern. Die Nationalversammlung erwartete einen Friedensvertrag auf der Basis von Wilsons 14-Punkte-Programm und wies bei einer eigens einberufenen Sitzung am 12. Juni die Friedensbedingungen empört zurück⁴⁸⁸. Vor allem aber der Artikel 231, der die Kriegsschuld Deutschlands formell fest schrieb, und der Ausschluss aus dem Völkerbund begründete die Ablehnung auf deutscher Seite. Die Alliierten quittierten die ablehnende Haltung der deutschen Regierung mit einem Ultimatum bis zum 16. Juni. Sollte Deutschland nicht unterzeichnen, würde der Krieg fortgesetzt werden. Scheidemann trat aus Protest gegen den Versailler Vertrag zurück. Ihm folgten weitere Mitglieder der Regierung, darunter der Leiter der deutschen Delegation in Versailles Brockdorff-Rantzau⁴⁸⁹.

Im Reichskabinett und in den Parteien wurde über eine Ablehnung des Vertrages und die daraus resultierenden Folgen heftig diskutiert. Ein militärischer Widerstand war aussichtslos⁴⁹⁰, weil mit einer vollständigen Besetzung

⁴⁸⁵ Büttner: Weimar, S. 126.

⁴⁸⁶ Zu den Reden Clemenceaus und Brockdorff-Rantzaus siehe UuF Bd. 3, S. 346-350.

⁴⁸⁷ Reichskommissar Severing schrieb in einem Bericht aus dem Ruhrgebiet vom 17.5.1919: „Die Friedensbedingungen werden fast allgemein für unannehmbar gehalten.“ UuF Bd. 3, S. 353.

⁴⁸⁸ Eine umfassende Darstellung der Bewertung des Versailler Vertrages in der Nationalversammlung findet sich bei Lorenz: Weltgeschichte, S. 58-87.

⁴⁸⁹ Kolb: Frieden, S. 75-82.

⁴⁹⁰ Vgl. aus einem Telegramm Groeners an Ebert: „Die Wiederaufnahme des Kampfes ist nach vorübergehenden Erfolgen im Osten im Enderfolg aussichtslos. Der Friede muß daher unter den vom Feinde gestellten Bedingungen abgeschlossen werden.“ 23.6.1919, UuF Bd. 3, S. 386.

Deutschlands zu rechnen gewesen wäre. Dies hätte zum Erstarken der separatistischen Strömungen führen können; Putsche von rechts und links drohten und die Gefahr eines Bürgerkrieges wäre gegeben gewesen. Dies hätte die Einheit Deutschlands gefährdet. Ein wirtschaftlicher Aufschwung erschien so unmöglich und das junge parlamentarische System stark gefährdet. Für den kommenden Winter befürchtete man schwere Hungersnöte, wenn die Seeblockade aufrecht erhalten würde. Das Schicksal der rund 800.000 deutschen Kriegsgefangenen würde zudem ungewiss bleiben.

Angesichts fehlender Alternativen entschieden sich die Fraktionen der SPD, der USPD, des Zentrums und Abgeordnete der DDP für die Annahme des Versailler Vertrages zu votieren⁴⁹¹. Mit der Zustimmung des Reichspräsidenten unterzeichneten der Außenminister und der Kolonialminister am 28. Juni 1919 in Versailles den Friedensvertrag. Nach der Ratifizierung in allen beteiligten Staaten trat der Versailler Vertrag am 10. Januar 1920 in Kraft. Nur der amerikanische Kongress verweigerte seine Zustimmung zum Versailler Vertrag und verhinderte somit einen Beitritt der USA zum Völkerbund und den englisch-amerikanischen Beistandspakt mit Frankreich⁴⁹².

Der Versailler Friedensvertrag wurde im Deutschland der Zwischenkriegszeit als große Demütigung wahrgenommen und bildete mit der sogenannten Dolchstoßlegende und der nationalen Propaganda gegen die sogenannten Novemberverbrecher tragende Säulen der antidemokratischen Agitation. Das Zustandekommen des Vertrags und die inhaltlichen Bestimmungen, dabei vor allem der sogenannte Kriegsschuldartikel, waren Gegenstand leidenschaftlicher und übermäßiger Kritik und Diskussionen auf politischer Ebene, aber auch im privaten und öffentlichen Leben der Menschen⁴⁹³. Der Versailler Vertrag wurde von vielen unterschiedlichen Organisationen, Verbänden und Parteien einstimmig zurückgewiesen und bildete ein Charakteristikum der Weimarer Republik⁴⁹⁴.

Der Frieden von Versailles legte Deutschland schwere finanzielle und wirtschaftliche Lasten auf. Im Verhältnis zu den Forderungen während der Ver-

⁴⁹¹ Zur Diskussion in der Nationalversammlung siehe Lorenz: Weltgeschichte, S. 87-99.

⁴⁹² Büttner: Weimar, S. 128 und Kolb: Frieden, S. 87.

⁴⁹³ Im Folgenden stütze ich mich auf die zusammenfassende Darstellung bei Kolb: Republik, S. 212-217. Zum Diskurs über den Versailler Vertrag siehe Lorenz: Weltgeschichte, S. 380-408 und Kolb: Frieden, S. 91-110.

⁴⁹⁴ Lorenz: Weltgeschichte, S. 411.

handlungen zeigt das Vertragswerk in seiner endgültigen Fassung jedoch deutliche Züge eines Kompromisses zwischen den alliierten Interessen. Keine der Großmächte konnte sich auf ganzer Linie durchsetzen. Die wirtschaftliche Macht Deutschlands im Zentrum Europas und die außenpolitischen Möglichkeiten der jungen Republik bedeuteten für Deutschland auch die Möglichkeit, eine bedeutsame Stellung im Kreis der Mächte zurückzugewinnen⁴⁹⁵.

Das vorrangige Ziel der deutschen Außenpolitik sollte daher für die kommenden Jahre die Revision des Versailler Vertrages werden. Hier zeigte sich die Bedeutung des Vertrages für die Menschen und die Weigerung der sozialen und politischen Führungsschichten sich mit der Situation Deutschlands abzufinden⁴⁹⁶. Der von der Mehrheit der Gesellschaft getragene Wunsch nach einer Revision des Versailler Vertrages ließ den Revisionsgedanken zu einem gesellschaftlichen Bindeglied über die tiefen politische Gräben hinweg werden⁴⁹⁷. Das Wiesbadener Tagblatt schrieb unter der Überschrift „Die Aufgaben unserer Diplomatie“⁴⁹⁸, dass der veröffentlichte Inhalt der Friedensverträge „im ganzen deutschen Volk das Gefühl erzeugt: So kann es nicht bleiben“ und unterstrich damit die Erwartung, dass das Ziel der deutschen Diplomatie zukünftig die Revision des Friedensvertrages sein sollte.

Der Friedensschluss war ein kurzfristiger Erfolg, der auf die schnelle Bewältigung des Krieges abzielte, ohne einen dauerhaften Friedensprozess anzustoßen, der zu einer Versöhnung hätte führen können. Die ersten Jahre nach dem Versailler Vertrag wurden im europäischen Kontext nur bedingt als „Friedenszustand“ wahrgenommen. Erst nach 1923/24 kam ein Friedensprozess in Gang, der langfristig wirken sollte⁴⁹⁹.

4.1.2. Das Rheinlandabkommen und die Internationale Rheinlandkommission

Das Rheinlandabkommen wurde am 28. Juni 1919 als zusätzliche Vereinbarung zum Versailler Vertrag zwischen den USA, Großbritannien, Belgien, Frankreich und Deutschland geschlossen. Die Reichsregierung hatte sich mit

⁴⁹⁵ Kolb: Republik, S. 215f.

⁴⁹⁶ Kolb: Republik, S. 216f.

⁴⁹⁷ Schivelbusch: Kultur, S. 243.

⁴⁹⁸ WT Nr. 335, 30.7.1919 (Morgen-Ausgabe).

⁴⁹⁹ Niedhart: Weltkrieg, S. 187-211, hier S. 209ff.

der Unterzeichnung des Friedensvertrages dazu verpflichtet, weitergehende Bestimmungen, welche die Besetzung des Rheinlandes im Detail regeln sollten, anzuerkennen⁵⁰⁰.

Die Rheinlandfrage war neben der Reparationsfrage von besonderer Bedeutung für Frankreich. Aufgrund der Differenzen in dieser Frage zwischen Frankreich auf der einen sowie Großbritannien und den USA auf der anderen Seite, wurde die Frage vorerst auf der Londoner Konferenz im Dezember 1918 ausgeklammert. Ab Mitte März 1919 gab es Expertengespräche unterhalb der Ministerebene, um sich einer Lösung in der Rheinlandfrage anzunähern⁵⁰¹.

Das Abkommen bekräftigte die Besetzung des Rheinlandes, wie sie bereits im Waffenstillstandsvertrag und im Versailler Friedensvertrag festgehalten worden war. Das Rheinlandabkommen begründete als oberste zivile Behörde der alliierten und assoziierten Mächte den Interalliierten Hohen Ausschuss für die Rheinlande⁵⁰². Die Rheinlandkommission stellte die höchste Autorität im besetzten Gebiet dar und bestand aus Kommissaren der vier Besatzungsmächte Frankreich, Belgien, Großbritannien und der USA unter Leitung von Paul Tirard. Tirard hatte bereits während des Waffenstillstandes die alliierte Behörde geleitet, welche von Luxemburg aus die deutsche Verwaltung überwacht und das geplante Besatzungssystem ausgearbeitet hatte. Noch bevor die Internationale Rheinlandkommission offiziell ihre Tätigkeit am 10. Januar 1920 im Oberpräsidium in Koblenz beginnen sollte, nahm sie bereits Ende April 1919 ihre Arbeit auf⁵⁰³.

Die Kommission war befugt, Verordnungen, auch Ordonnanzen genannt, zu erlassen, die Gesetzeskraft hatten. Sie mussten von deutschen und alliierten

⁵⁰⁰ „Die durch die Besetzung und den jetzigen Vertrag nicht erledigten Fragen werden Gegenstand späterer Vereinbarungen sein, welche anzuerkennen Deutschland sich schon jetzt verpflichtet.“ Art. 432 des Versailler Vertrages. VV, S. 369.

⁵⁰¹ Köhler: Novemberrevolution, S. 257-260.

⁵⁰² Art. 2 des Rheinlandabkommens (RhA), franz. „Haute Commission interalliée des Territoires Rhénans“, kurz „La Haute Commission“. Vgl. Vogels: Verträge, S. 45. Im Deutschen gibt es verschiedene Übersetzungen und Bezeichnungen. Im Artikel 2 des RhA findet sich die Bezeichnung „Interalliiertes Hohes Ausschuss für die Rheinlande“, jedoch sind gleichsam die Bezeichnungen „Interalliierte Rheinlandoberkommission“, „Internationale Rheinlandkommission (IRKO)“ oder kurz „Rheinlandkommission“ gebräuchlich.

⁵⁰³ Zur Luxemburg-Kommission und den Vorläuferorganisationen siehe Kapitel 3.1.2 und Köhler: Novemberrevolution, S. 121f., Tirard: France, S. 100ff., Bériety: relations, S. 51-61.

Behörden anerkannt werden. Verstöße gegen die Verordnungen sowie Straftaten gegen Angehörige der alliierten Behörden oder Militärs, zogen ein Verfahren vor dem Kriegsgericht nach sich⁵⁰⁴.

Die deutsche Zivilverwaltung und die deutschen Gesetze blieben in Kraft, konnten aber jederzeit durch Anordnungen der Kommission mit „den Bedürfnissen und Verhältnissen der militärischen Besetzung in Übereinstimmung“⁵⁰⁵ gebracht werden. Mit dieser Formulierung war es jederzeit möglich, gesetzliche Regelungen zu schaffen, die den Zielen der Besetzung dienlich waren. Deutsche Gesetze konnten außer Kraft gesetzt werden, Beamte abberufen und eigene gesetzesgleiche Verordnungen erlassen werden. Damit blieben die Verordnungen aus der Zeit des Waffenstillstandes im Prinzip in Kraft, deren Bestimmungen gleich lauteten. Die Alliierten übten über die Hohe Kommission und die im Land stationierten Truppen eine umfassende Kontrolle der besetzten Gebiete aus.

Wie bereits während der Waffenstillstandsphase, beriefen sich die Alliierten und die USA auf die Den Haager Friedensordnung und beanspruchten Dienstleistungen und Unterkünfte für die Besatzung. Die Festsetzung der Lasten und Beschädigungen durch die Besatzungstruppen wurden in einem Ortsausschuss, der aus deutschen Zivilpersonen und alliierten Offizieren unter dem Vorsitz einer von der Hohen Kommission ernannten Person bestand, festgestellt⁵⁰⁶. Mit dieser Regelung wurde gewährleistet, dass die Besatzungsverwaltung ihre Interessen durchsetzen konnte.

Die Kosten für die Unterbringung der Soldaten, Unterhalt, sowie Sach- und Dienstleistungen musste das Deutsche Reich tragen. Insgesamt beliefen sich die Besatzungskosten zwischen 1918 und 1930 für die gesamten besetzten Gebiete

⁵⁰⁴ Siehe Art. 3 RhA, Vogels: Verträge, S. 46. Über die Rechtsstellung der IRKO und die Rechtmäßigkeit ihre Befugnisse wurde während der Besatzungszeit viel diskutiert. Von deutscher Seite wurde mehrfach der Vorwurf eines „Willkür-Regimes“, vor allem während der Ruhrkrise, erhoben. Siehe hierzu die rechtswissenschaftliche Dissertation von Otto Reinemann, der in seiner Arbeit die verschiedenen Rechtsvorstellungen der Alliierten und Deutschen vergleicht und eine differenzierte Darstellung bietet. Reinemann, Otto: Die Interalliierte Rheinlandkommission und die deutsche Gesetzgebung (Die Wirkung der Befugnisse der Interalliierten Rheinandkommission auf die deutsche Gesetzgebung nach den Bestimmungen des Rheinland-Abkommens und in der Praxis.), Frankfurt am Main 1925. Siehe auch Heyland, Karl: Die Rechtsstellung der besetzten Rheinlande nach dem Versailler Friedensvertrag und dem Rheinlandabkommen, zugleich ein Beitrag zur Lehre von der Besetzung fremden Staatsgebietes (Handbuch des Völkerrechts Bd. 2), Stuttgart 1923.

⁵⁰⁵ Art. 5 RhA, Vogels: Verträge, S. 46.

⁵⁰⁶ Art. 6 RhA, Vogels: Verträge, S. 47.

auf 5,7 Milliarden RM, von denen 2,1 Milliarden RM unmittelbar gezahlt und der Rest im Rahmen der Reparationszahlungen verrechnet wurden⁵⁰⁷.

Der Artikel 13 des Rheinlandabkommens war von besonderer Brisanz, da er es der Hohen Kommission ermöglichte, den Belagerungszustand für das besetzte Gebiet oder Teile davon zu verhängen. In diesem Fall würde das Militär die direkte Kontrolle ausüben. In besonderen Fällen war es der örtlichen Militärbehörde des Weiteren gestattet, ohne Rücksprache mit der Hohen Kommission, „sämtliche zur Wiederherstellung der Ordnung erforderlichen einstweiligen Maßnahmen“⁵⁰⁸ zu treffen und erst im Nachhinein Bericht zu erstatten.

Nach der Unterzeichnung des Rheinlandabkommens folgten in den kommenden Monaten Verhandlungen zwischen einer deutschen Abordnung und Vertretern der vier beteiligten alliierten Regierungen über die Auslegung des Abkommens. Dabei wurden vonseiten der Alliierten Zugeständnisse gemacht. Die Alliierten äußerten den Wunsch die Besetzung „so wenig drückend wie möglich für die Bevölkerung des linksrheinischen Gebiets zu gestalten“⁵⁰⁹. In diesem Geist bekräftigten sie die Anwendung der deutschen Gesetzgebung und die freie Ausübung der persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte der Bevölkerung, verwiesen jedoch immer auch auf die Vorbehalte, welche die Bedürfnisse und die Sicherheit der alliierten Truppen betrafen. Von größerer Bedeutung war die Zustimmung zur Einrichtung eines Reichskommissariats für die besetzten Gebiete⁵¹⁰.

Anfang Juni 1919 einigten sich das Reich und das von der Besetzung am stärksten betroffene Preußen auf die Bildung einer gemeinsamen Behörde, welche den bisherigen Kommissar der deutschen Waffenstillstandskommission in den besetzten rheinischen Gebieten Otto Wolff ablöste. Reichs- und Preussischer Staatskommissar für die besetzten Gebiete wurde nun der ehemalige Kölner Regierungspräsident von Starck. Er sollte die Interessen der besetzten Gebiete vor der Interalliierten Rheinlandkommission vertreten, als Ansprechpartner für die besetzten Länder und Provinzen dienen und den Informationsfluss zwischen den deutschen Behörden verbessern⁵¹¹. Zwar behielten sich die alliierten Vertreter das Recht vor, dass die Hohe Kommission direkt mit örtlichen

⁵⁰⁷ Vgl. Steegmans: Folgen, S. 157f.

⁵⁰⁸ Art. 13, RhA, Vogels: Verträge, S. 51.

⁵⁰⁹ §1 und 2 des Schreibens der alliierten Regierungen vom 29.7.1919, Vogels: Verträge, S. 52.

⁵¹⁰ §5 des Schreibens der alliierten Regierungen vom 29.7.1919, Vogels: Verträge, S. 53. Siehe auch Gembries: Verwaltung, S. 107f.

⁵¹¹ Steegmans: Folgen, S. 43. Zur Entstehung und Tätigkeit des Reichskommissariats siehe auch Fraenkel: Occupation, S. 111-116.

Behörden des besetzten Gebietes in Kontakt treten könnte, jedoch war alleine die Anwesenheit eines deutschen Vertreters bei der Hohen Kommission ein eindeutiger Prestigegewinn und bot die Möglichkeit der Einflussnahme im neuen politischen Zentrum des Rheinlandes.

Die alliierten Regierungen stimmten der von deutscher Seite vorgetragenen Auffassung zu, dass es nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages keine alliierten Agenten mehr geben solle, die die deutschen Behörden überwachen. Allerdings sollten Vertreter der Hohen Kommission vor Ort als Mittelsmänner zwischen den deutschen Behörden, dem Militär und der Hohen Kommission dienen⁵¹². Damit entsprachen die Alliierten zwar der deutschen Auffassung, änderten jedoch nichts am Status quo. Vielfach wurden die *Administrateurs militaires* zu den Delegierten der zivilen Besatzungsverwaltung mit ähnlichen Befugnissen; rekrutiert aus dem Offizierskorps⁵¹³.

Weitere neuralgische Punkte, die in der Zeit des Waffenstillstandes für weitreichende Probleme in den besetzten Gebieten geführt hatten, wie z.B. die Beschränkungen des Postverkehrs und die Reise- und Handelsfreiheit in das unbesetzte Gebiet, sollten nach der Ratifizierung des Friedensvertrages wegfallen⁵¹⁴.

Von den grundlegenden Vorstellungen und militärischen Vorbehalten der Alliierten wichen die Vertreter in den Verhandlungen jedoch nicht ab. Jederzeit und bei Bedarf ohne Rücksprache mit der Hohen Kommission, konnte das Militär die absolute Macht in den besetzten Gebieten ausüben. Die Hohe Kommission war für das besetzte Gebiet die höchste Instanz. Sie erließ bindende Verordnungen, konnte Beamte ausweisen lassen oder ihre Einreise verhindern und indirekt in die Verwaltung eingreifen. Insofern war die Zustimmung zur Errichtung eines Reichskommissariats ein großer Erfolg. Obwohl seine Akkreditierung erst nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages verabredet war, sollte er bereits im September 1919 Gelegenheit bekommen, zu Verordnungsentwürfen der Hohen Kommission Stellung zu nehmen⁵¹⁵.

⁵¹² §29 des Schreibens der alliierten Regierungen vom 29.7.1919, Vogels: Verträge, S. 57.

⁵¹³ Köhler: Besatzungspolitik, S. 116.

⁵¹⁴ Vgl. §21 des Schreibens der alliierten Regierungen vom 29.7.1919, Vogels: Verträge, S. 56 und §4 des Schreibens der alliierten Regierungen vom 14.10.1919, Vogels: Verträge, S. 59.

⁵¹⁵ Vgl. Gembries: Verwaltung, S. 117.

4.1.3. Die Bedeutung der Verträge für die Stadt Wiesbaden

„Es ist Friede!“ titelte die national-konservative Wiesbadener Zeitung (WZ) am 11. Januar 1920 und kommentierte die Ratifizierung der Versailler Verträge wie folgt: „Aber seine Folgen sind wie ein Stacheldrahtverhau, durch den das deutsche Volk sich winden muß, auf viele Jahrzehnte hinaus, um wieder in freiem Lande unter geordneten Verhältnissen sich frei bewegen zu können.“⁵¹⁶. Wenngleich dieser pessimistische Kommentar der WZ von der völkisch-nationalistischen Ideologie durchdrungen war, so stellte es die Sicht vieler Wiesbadener dar, vor allem aus den breiten bürgerlichen und konservativen Kreisen. Die Besetzung der Stadt wurde als Demütigung der nationalen Ehre gedeutet und als Unterdrückung der Freiheit der Nation. Das „Herauswinden“ aus dem Versailler Vertrag war fester Bestandteil der deutschnationalen und rechts-konservativen Politik während der Weimarer Republik und hatte viele Anhänger auch in anderen politischen Lagern⁵¹⁷.

Mit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages und des anhängigen Rheinlandabkommens wurde die gesamte zivile Verwaltung wieder den deutschen Behörden unterstellt und von der Internationalen Rheinlandkommission (IRKO) überwacht. Der ehemalige militärische Administrateur supérieur Jacquard wurde nun der zuständige Delegierte der IRKO. Er diente als Kontaktperson auf der Ebene des Regierungsbezirks zur IRKO und zum französischen Militär⁵¹⁸. Ihn musste der Regierungspräsident in allen Belangen unterrichten. Dies galt insbesondere in Sicherheitsfragen, bei Unruhen, Streiks oder in Ernährungsfragen. Anordnungen des Delegierten mussten von der Stadtverwaltung ausgeführt werden, auch wenn noch keine Entscheidung von der IRKO selbst vorlag⁵¹⁹.

Analog zur militärischen Verwaltung in der Waffenstillstandszeit, war für die kommunale Ebene in der Stadt und dem Landkreis Wiesbaden je ein Delegierter zuständig. Den Delegierten mussten zweimal im Monat Berichte geschrieben werden, die über die Lage der Stadt und des Bezirks Auskunft gaben.

⁵¹⁶ WZ Nr. 17 vom 11.1.1920 (Morgen-Ausgabe).

⁵¹⁷ Kolb: Republik, S. 216f. Zum Ehre-Begriff siehe Burkhart: Geschichte, S. 106-111.

⁵¹⁸ Brief des Delegierten an den Magistrat der Stadt Wiesbaden vom 13.1.1920; StAW WI/2, Nr. 2546, Bl. 78.

⁵¹⁹ Schreiben des Reichskommissars für die besetzten rheinischen Gebiete an den Präsidenten der Hohen Interalliierten Kommission in Koblenz vom 1.4.1920, HHStAW Abt. 405, Nr. 5255, Bl. 1ff.

Die Polizeiverordnung aus der Zeit des Waffenstillstandes blieb in Kraft⁵²⁰, jedoch wurde die Zensur aufgehoben⁵²¹ und der Verkehr im besetzten Gebiet freigegeben⁵²². Dies teilte Oberst Jacquard dem Regierungspräsidenten am 10. Januar 1920 schriftlich mit und merkte an:

*„Ich rechne auf eine loyale Zusammenarbeit von Seiten der deutschen Behörden bei Einrichtung der neuen Verwaltungsform für das besetzte Gebiet im gemeinsamen Interesse sowie im Interesse der Entwicklung des zwischen beiden Nationen wieder hergestellten Friedenszustandes.“*⁵²³

Das Regierungspräsidium leitete von der neuen Rechtslage eine Änderung des Verhältnisses zwischen den deutschen Behörden und der französischen Verwaltung ab. Man erwartete eine geringere Kontrolle durch die Delegierten, als dies zuvor durch die militärische Verwaltung gegeben war, und sprach gegenüber dem Delegierten von „Grenzen des zukünftigen Verhältnisses“⁵²⁴.

Tirard als Präsident der IRKO betonte dagegen, dass entsprechend der ersten Ordonnanz vom 10. Januar 1920 die Verordnungen der IRKO Gesetzeskraft hätten und von den Bürgern, wie auch den Behörden, befolgt werden müssten⁵²⁵. Die IRKO hatte das Recht, deutsche Gesetze und Verordnungen nicht zuzulassen. Daher mussten alle allgemein gültigen Reichs- und Staatsverordnungen der IRKO zur Prüfung vorgelegt werden⁵²⁶.

Die Umstellung vom Kriegszustand zum Frieden beendete nicht die feindselige Haltung zwischen den deutschen Behörden und den Besatzungsbehörden. Dies galt im gesteigerten Maße für das Regierungspräsidium. Von deutscher Seite betonte man die im Rheinlandabkommen festgeschriebene Übernahme der Verwaltung durch deutsche Behörden und versuchte, den Einfluss durch die IRKO zurückzudrängen. Anweisungen der preußischen Regierung vom 26. Januar 1920, dass Schriftstücke an die Besatzungsbehörden auf Deutsch

⁵²⁰ HHStAW Abt. 405, Nr. 6168, Bl. 217; HHStAW Abt. 405, Nr. 5256, Bl. 28 und 76; HHStAW Abt. 405, Nr. 5718, Bl. 3.

⁵²¹ HHStAW Abt. 405, Nr. 6266, Bl. 69.

⁵²² Deutsche mussten ihren Reisepass und ihre Carte d'Identité mitführen. StAW WI/2, Nr. 2557, Bl. 31.

⁵²³ StAW WI/2, Nr. 2527, Bl. 317.

⁵²⁴ StAW WI/2, Nr. 2558, Bl. 9f.

⁵²⁵ StAW WI/2, Nr. 2559, Bl. 239-241. Siehe auch Artikel 1-5 der 1. Ordonnanz in Vogels: Verträge, S. 103-105.

⁵²⁶ HHStAW Abt. 405, Nr. 6168, Bl. 237f.

erfolgen und nur übersetzt werden, wenn die französische Verwaltung unbedingt Kenntnis nehmen sollte, führte zu Konflikten⁵²⁷. Bereits 1919 wurde den Wiesbadener Beamten untersagt, Einladungen vonseiten der Franzosen anzunehmen. Dies wurde nun auch um Geschenke und Zuwendungen jeder Art erweitert⁵²⁸.

Die französische Verwaltung nahm das ablehnende Verhalten der deutschen Behörden negativ auf. Seit dem März 1920 verschlechterten sich die Beziehungen zwischen der IRKO und den deutschen Behörden, was sich erschwerend auf die alltägliche Zusammenarbeit auswirkte. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete erklärte dem Regierungspräsidenten in Wiesbaden im Juli 1920:

*„[Die] Rheinlandkommission glaubte zu bemerken, dass auf deutscher Seite Weisungen an die Beamten zu einem schroffen Auftreten gegenüber den Delegierten der Rheinlandkommission gegeben seien, was sie dann ihrerseits wieder zu schroffen Anweisungen an ihre Delegierten veranlasste.“*⁵²⁹

Er ergänzte, dass die Proteste und Beschwerden, welche er an die IRKO herantrug, zwar begründet seien, jedoch weder von den Alliierten akzeptiert würden, noch das Verhältnis zu ihnen verbessern würden⁵³⁰.

Direkte Kontakte zwischen dem Wiesbadener Magistrat und der IRKO waren von der preußischen Verwaltung und der Reichsregierung nicht gewünscht. Eingaben sollten über den Reichskommissar für die besetzten Gebiete gemacht werden, was wiederum meist über das Regierungspräsidium geschah⁵³¹. Der Reichskommissar als Interessenvertreter der besetzten Gebiete sollte über alle Vorkommnisse mit den Besatzungsbehörden unterrichtet werden. Dies galt insbesondere über die Anwendung der Verordnungen der IRKO, Kontakte mit den französischen Behörden, wirtschaftliche Belange, Requisitionen und andere Bereiche der Wirtschafts- und Sozialpolitik⁵³².

⁵²⁷ HHStAW Abt. 405, Nr. 12593, Bl. 51.

⁵²⁸ HHStAW Abt. 405, Nr. 5444, Bl. 1 und 4.

⁵²⁹ HHStAW Abt. 405, Nr. 5237, Bl. 3. Siehe auch HHStAW Abt. 405, Nr. 5224, Bl. 5.

⁵³⁰ HHStAW Abt. 405, Nr. 5237, Bl. 3.

⁵³¹ StAW WI/2, Nr. 2558, Bl. 31.

⁵³² HHStAW Abt. 405, Nr. 5258, Bl. 14.

Der Reichskommissar setzte sich 1920 im Namen der deutschen Regierung dafür ein, die Zahl der Delegierten zu verringern⁵³³. Dies stieß bei den kommunalen Behörden teilweise auf Widerstand. Zwar war man in Wiesbaden an einer allgemeinen Reduktion der französischen Behörden und Soldaten sehr interessiert, jedoch hatten in der Vergangenheit Gespräche vor Ort positive Ergebnisse gebracht. Außerdem zog man den Kontakt mit den Delegierten dem direkten Kontakt mit dem französischen Militär vor⁵³⁴.

Hier zeigten sich die Interessenunterschiede zwischen der Stadt und dem Land bzw. dem Reich. Die Stadt war an einem direkten Kontakt mit den Besatzungsbehörden interessiert, da sich so viele Probleme schneller lösen ließen, während Preußen und das Deutsche Reich fürchteten, an Einfluss zu verlieren. Der Weg über das Regierungspräsidium als Aufsichtsbehörde wurde als hemmend empfunden. Die Stadt war unzufrieden mit der Politik des Regierungspräsidenten, der nach Meinung der Stadtregierung die Lage Wiesbadens, z.B. während des Separatistenputsches 1919, nicht richtig dargestellt hätte. Die Unkenntnis der Reichsregierung über die Lage in der Stadt wurde einem mangelnden Informationsfluss zugeschrieben und indirekt dem Regierungspräsidium vorgeworfen.

Die Stadt nutzte diesen Zustand der problematischen Kommunikation aber auch für ihre Zwecke aus. Aufgrund der Abhängigkeit von der finanziellen Unterstützung Preußens und des Reichs, stellte man die Lage Wiesbadens gegenüber den Reichs- und Staatsministerien so drastisch wie möglich dar, um die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung zu erhalten⁵³⁵. Der Oberbürgermeister und der Magistrat sahen sich neben den wachsenden sozioökonomischen Problemen der Stadt auch mit der Frage konfrontiert, wie sie mit der IRKO auf der einen und den deutschen übergeordneten Behörden und Ministerien auf der anderen Seite umgehen sollten. Für eine praktikable und lösungsorientierte Politik war ein guter Kontakt zu den Delegierten unausweichlich, während die preußischen Behörden eine umfassende Kontrolle ausüben wollten und strenge Vorgaben für den Verkehr mit den Besatzungsbehörden machten, die eine Zusammenarbeit behinderten.

⁵³³ Die Reichsregierung hatte im Sommer 1920 gegen die „zum Teil noch kriegsmässigen Formen der Besetzung“ Beschwerde eingelegt.

Aus der Niederschrift „Über die Reise des Herrn Reichsschatzministers ins besetzte Gebiet vom 16.-27. August 1920.“ HHStAW Abt. 405, Nr. 5229, Bl. 1.

⁵³⁴ HHStAW Abt. 405, Nr. 5429, Bl. 17, 27 und 31.

⁵³⁵ StAW WI/2, Nr. 2517, Bl. 59a-g.

4.2. Inflation und Krise in der französischen „Ferienstadt“ - Die Entwicklung Wiesbadens zwischen dem Friedensvertrag und der Ruhrkrise

4.2.1. Wiesbaden in der Krise

Die Jahre 1920 bis 1923 waren durch die steigende Inflation geprägt. Die Ursachen lagen in der Verschuldung des Reiches durch den Krieg und die steigenden sozialen Ausgaben seit Kriegsende. Die Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge, die Unterstützung für Kriegsversehrte und die Verarmung breiter Massen durch Krieg und Inflation führte zu einem Anstieg der Wohlfahrts- und Fürsorgeausgaben zwischen 1920 und 1930 um das Sieben- bis Achtfache. Die wegbrechenden Steuereinnahmen durch die schlechte wirtschaftliche Situation und das veränderte Steuersystem schwächten die Finanzen der Städte zusätzlich⁵³⁶. Hinzu kam, dass das Güterangebot nach dem Krieg kaum gesteigert werden konnte und durch die passive Handelsbilanz sowie die Reparationsforderungen, der Bedarf an Devisen nicht gedeckt werden konnte. Die steigenden Preise führten zu größer werdenden Lohnforderungen und die Lohn-Preis-Spirale drehte sich immer weiter. Die Inflation in Deutschland entsprach bis in den Sommer 1919 in etwa der anderer Staaten, die sich am Krieg beteiligt hatten. Nach dieser ersten Phase setzte sich die Inflation jedoch bis zu einer Phase relativer Stabilität im Sommer 1921 weiter fort. Nach der Annahme der alliierten Reparationsforderungen im Juni 1921 setzte die Geldentwertung wieder ein, bis im Herbst 1922 die Hyperinflation einsetzte. Die Kölnische Zeitung kommentierte: „Wenn man in Deutschland bisher von Teuerungswellen gesprochen hat, so sehen wir uns jetzt von einer riesigen Hochwasserflut heimgesucht, die in den letzten Wochen in unheimlichem Weitersteigen begriffen ist.“⁵³⁷

⁵³⁶ Timmermann, Annelise: Die Rheinlandbesetzung in ihrer Wirkung auf die Sozialausgaben der Städte (Rheinische Schicksalsfragen Bd. 32), Berlin 1930, S. 10f. Zur Wirtschaft und Inflation in der Frühphase der Weimarer Republik und zum Ausbau des Sozialstaats siehe Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Vierter Band: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949, München 2003, S. 239-252 und 428-434. Zur Kriegsfinanzierung siehe Zeidler, Manfred: Die deutsche Kriegsfinanzierung 1914 bis 1918 und ihre Folgen, in: Michalka, Wolfgang (Hg.): Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, Piper München/Zürich 1994, S. 415-433.

⁵³⁷ Aus dem Artikel „Steigende Flut“ der Kölnischen Zeitung Nr. 118 vom 4.3.1922 in: UuF Bd. 5, S. 513.

Im Zeitraum vom Juli 1922 bis zum November 1922 verzehnfachte sich der Index des Dollar-Wechselkurses. Die Politik des passiven Widerstandes während der Ruhrkrise führte zur endgültigen Entwertung der Reichsmark, die am Jahresende 1923 den Wechselkurs-Index auf 1.000 Milliarden RM steigen ließ⁵³⁸.

Inflation, Unruhen und Besetzung

In der Inflationszeit⁵³⁹ herrschte ein allgemeiner Mangel an Kohle und Lebensmitteln⁵⁴⁰, was den Schwarzmarkt förderte und die Folgen des Versorgungsnotstandes verschärfte⁵⁴¹. Zudem wurde die Lebensmittelversorgung mit Kartoffeln durch die Besatzungstruppen bedroht⁵⁴², die selbst Kartoffeln und andere Erzeugnisse in den umliegenden Landgemeinden aufkauften.

Der Mangel an Kohle gefährdete die handwerklichen und industriellen Betriebe in und um Wiesbaden, was die Arbeiterschaft in Wiesbaden dazu bewegte, eine Bittschrift an das Land Preußen zu verfassen, um eine bessere Kohlenversorgung zu erwirken. Dabei argumentierten sie damit, dass eine Verbesserung der Versorgungslage auch den Separationsbestrebungen entgegenwirken würde⁵⁴³.

Da die finanziellen Mittel der Stadt nicht ausreichten, um der Krise zu begegnen, versuchte der Oberbürgermeister die Reichsregierung davon zu überzeugen, Wiesbaden stärker finanziell zu unterstützen. Bei einem Besuch von Reichsministern in Wiesbaden im Februar 1920 schilderte man die Notlage der Stadt und verwies auf Einquartierungsschäden und Ressourcenmangel. Die kommunalen Steuern waren bereits im Vergleich zum Jahr 1914 um das Zwölffache erhöht worden, dennoch reichten die städtischen Mittel nicht aus. Man schlug Steuererleichterungen oder direkte Staatshilfen für das Theater und die Rennbahn vor, um den Fremdenverkehr zu stärken und so wieder über mehr Einnahmen verfügen zu können⁵⁴⁴.

⁵³⁸ Büttner: Weimar, S. 166-171.

⁵³⁹ Zur Inflationsentwicklung in den Jahren 1920-1923 gibt die Schulchronik aus dem heutigen Vorort Rambach Aufschluss. StAW SCH 13, Nr. 2, S. 271, 276, 282 und 187.

⁵⁴⁰ StAW WI/2, Nr. 2549, Bl. 113ff. und HHStAW Abt. 405, Nr. 5226, Bl. 39.

⁵⁴¹ Bericht des Reichskommissars der besetzten Gebiete vom 24.1.1921. HHStAW Abt. 405, Nr. 6366, Bl. 9.

⁵⁴² Vgl. Timmermann: Rheinlandbesetzung, S. 45-49.

⁵⁴³ HHStAW Abt. 405, Nr. 5226, Bl. 4f. und 28.

⁵⁴⁴ HHStAW Abt. 405, Nr. 5226, Bl. 37-42.

Die schlechte Versorgungslage sowie die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Stadt führten immer wieder zu Unruhen, Streiks und Demonstrationen. Besonders im Sommer 1920 gingen Erwerbslose für eine effektivere Unterstützung auf die Straße, Arbeiter forderten mehr Lohn und Kriegsgeschädigte mehr Unterstützung⁵⁴⁵. Die weiter sinkende Kaufkraft ließ immer mehr Menschen aus den unterschiedlichsten Branchen für eine Unterstützung durch die Stadt demonstrieren. Es kam zu Ausschreitungen und Verhaftungen. Der Magistrat konnte aufgrund der finanziellen Lage keine weitergehende Unterstützung zugestehen⁵⁴⁶. Die Forderung der Arbeiterparteien, im Stadtparlament die Preise festzulegen, wurde von den bürgerlichen Parteien mit dem Hinweis abgelehnt, dass dies dazu führen werde, dass mehr Waren dem Handel entzogen und dem Schwarzmarkt zugeführt würden⁵⁴⁷.

Die Wut der Bevölkerung gegen die immer höher steigenden Preise richtete sich oftmals gegen die Lebensmittelgeschäfte, insbesondere wenn der Verdacht bestand, dass der Inhaber die Preise unberechtigt steigerte⁵⁴⁸. In Wiesbaden forderten Menschenmengen niedrigere Preise für Obst. Es kam zu Unruhen, Sachbeschädigungen und Diebstahl verschiedener Lebensmittel⁵⁴⁹. In Biebrich zwang eine Menschenmenge den Geschäftsinhaber eines Lebensmittelgeschäfts feste Preise anzunehmen, die von ihnen diktiert wurden. Die festgesetzten Preise wurden auf alle Obst- und Lebensmittelgeschäfte für den Tag von Arbeiterführern als gültig erklärt und durchgesetzt. In den folgenden Tagen

⁵⁴⁵ HHStAW Abt. 405, Nr. 5718, Bl. 46-56.

⁵⁴⁶ Die Unruhen gingen bis in den Winter und weiter in den Frühling 1921. HHStAW Abt. 405, Nr. 5718, z.B. Bl. 56, 70 und 80.

⁵⁴⁷ Auszug aus dem Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 9.7.1920 in StAW WI/2, Nr. 2561, Bl. 31.

⁵⁴⁸ Aus einem Bericht des Magistrats an den Kreisdelegierten vom 30.7.1923: „[...] zu erwähnen wäre lediglich, daß am Freitag Abend ein Laden in der Bleichstrasse von einer kleineren Menschenmenge gestürmt wurde, weil die Käufer den Eindruck hatten, daß der Geschäftsinhaber die Preise unberechtigt gesteigert hatte.“ StAW WI/2, Nr. 2549, Bl. 30.

⁵⁴⁹ Eintrag Kraus' in sein Tagebuch vom 25.6.1920: „Heute kam es in Wiesbaden und Mainz zu großen Aufständen: Die durch die äußerst hohen Preise für Obst [...] aufgeregte Menge griff zur Selbsthilfe. Auf den Märkten erschienen zu Hunderten und Tausenden Männer und Frauen und forderten, daß Kirschen, Johannisbeeren und Stachelbeeren zu 1.- bis 1.50 pro Pfd. verkauft würden. Da die Händler dieses nicht zugeben wollten, entriß die Menge ihnen die Ware ohne Bezahlung, um das Obst auszuteilen, z.T. auch zu vernichten. Daß die aufgeregte Menge auch junge Hühnchen und Gänschen [...] nicht verschonte, dieselben wegnahm oder tötete, ist nach Lage der Sache zu verstehen.“ In StAW NL34, Nr. 40.

versprach der Biebricher Magistrat, sich im Sinne der aufgebrauchten Bevölkerung einzusetzen und der Protest endete vorerst⁵⁵⁰.

Die Zahl der Erwerbslosen in Wiesbaden lag 1920 bei 1.540⁵⁵¹. Als Folge der Inflation sank ihre Zahl trotz zwischenzeitlich hohen Werten von über 3.000, von 1.450 im April auf 750 Ende Oktober. Die Zahl der Erwerbslosen stieg 1921 wieder leicht auf 970 an und lag damit z.B. im Vergleich zur Stadt Frankfurt prozentual etwa doppelt so hoch⁵⁵². Die Stadt versuchte, den Arbeitsmarkt durch Notstandsarbeiten zu beleben. Arbeitslose wurden zu Rodungen im Taunus oder zu Bauarbeiten an Landstraßen eingesetzt⁵⁵³.

Den Großteil der Erwerbslosen stellten ungelernte Arbeiter dar. Das städtische Arbeitsamt versucht durch Schulungen, z.B. im Maschinenschreiben, die Chancen für Erwerbslose auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Offene Stellen in der Landwirtschaft konnten hingegen nicht ausreichend besetzt werden. Das Arbeitsamt stellte eine „Unlust der städtischen Arbeiter“⁵⁵⁴ fest, in der Landwirtschaft eine Beschäftigung zu suchen. Im Hotel- und Gaststättengewerbe war die Nachfrage nach Köchen und jungen Angestellten weiterhin relativ hoch; ältere und weniger qualifizierte Angestellte waren schwer zu vermitteln⁵⁵⁵.

Die fortschreitende Inflation des Jahres 1922 erfasste auch Wiesbaden, was erneut zu Ausschreitungen gegen Händler und Ladenbesitzer führte. Der Kaufmännische Verein Wiesbadens bat den Magistrat darum, auf die Besatzungsbehörde einzuwirken, ab einer gewissen Preishöhe die Waren nicht mehr auszeichnen zu müssen⁵⁵⁶.

Entgegen der schlechten Prognose für den Winter konnte die Grundversorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln aufrecht erhalten werden. An Waren mangelte es nicht mehr, es war nur kein Geld da, um sie zu kaufen. In einem Bericht des Amts für Statistik hieß es:

⁵⁵⁰ Bericht des Polizeiverwalters von Biebrich vom 29.6.1920, HHStAW Abt. 422, Nr. 255, Bl. 1.

⁵⁵¹ HHStAW Abt. 405, Nr. 5718, Bl. 56.

⁵⁵² Bericht des Regierungspräsidenten an den Oberpräsidenten in Kassel vom 27.10.1921, HHStAW Abt. 405, Nr. 3330, Bl. 47ff.

⁵⁵³ HHStAW Abt. 405, Nr. 3330, Bl. 70 und 240. Siehe auch Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1920 bis zum 31. März 1921, S. 95f.

⁵⁵⁴ Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1920 bis zum 31. März 1921, S. 97f.

⁵⁵⁵ Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1920 bis zum 31. März 1921, S. 97f.

⁵⁵⁶ StAW WI/2, Nr. 2555, Bl. 245.

„Wenn in einzelnen, der Zahl nach immer mehr zu nehmenden Geschäften Warenmangel besteht, so liegt das weniger an mangelhafter ausbleibender Zufuhr, als an der Unmöglichkeit, die für die Wiederbeschaffung veräusserter Waren erforderlichen Geldmittel zu beschaffen. Auch der Zusammenschluss mehrerer Geschäfte der selben Art zu einer Interessengemeinschaft genügt vielfach nicht und vermutlich sind aus der verschiedensten Kreisen des hiesigen Gross- und Kleinhandels Gesuche einer Kreditbewilligung an den Magistrat in grosser Zahl eingegangen“⁵⁵⁷

Die Hyperinflation ließ den Preis für Brot (1.840 gr.) im Oktober und November innerhalb von vier Wochen von 470 Millionen auf 250 Milliarden RM ansteigen. Im Dezember 1923 erreichte der Brotpreis sogar einen Wert von 650 Milliarden RM⁵⁵⁸.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln war in den ersten Jahren nach dem Krieg nur mit einer Rationierung der Lebensmittel möglich gewesen. 1921 konnte die Rationierung der meisten Lebensmittel dann zwar aufgehoben werden, jedoch stieg die Zahl der Wiesbadener, welche die öffentlichen Speiseanstalten der Stadt aufsuchten. So wurden z.B. im Jahr 1923 über 80.000 Speisen ausgegeben und die Zahl der sogenannten „Quäkerspeisungen“ stieg auf fast 580.000⁵⁵⁹.

Handel und Immobilien

Da die deutschen Ein- und Ausfuhrgesetze durch die Alliierten weiterhin außer Kraft gesetzt waren, gab es einen freien unregelmässigen Warenverkehr zwischen dem besetzten Gebiet und dem westlichen Ausland. Die Folge war eine Schwemme von ausländischen Produkten auf dem deutschen Markt. Erst nach langen Verhandlungen konnte das sogenannte „Loch im Westen“ zum 27. März 1920 geschlossen werden. Mit der Anwendung der deutschen Einfuhrgesetze wurden Proteste vonseiten französischer aber auch deutscher Händler laut, die

⁵⁵⁷ StAW WI/2, Nr. 2319, Bl. 15-18.

⁵⁵⁸ StAW WI/2, Nr. 2319, Bl. 15-25.

⁵⁵⁹ Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1921 bis zum 31. März 1924, S. 22ff.

von der Situation profitiert hatten. So wurden verschiedene Übergangsvorschriften erlassen und ein besonderer Delegierter des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung nach Köln entsandt⁵⁶⁰.

Die Betätigung ausländischer, vornehmlich französischer, Kaufleute im besetzten Gebiet nahm in dieser Phase der Besetzung stetig zu. Die Sections Économiques aus der Waffenstillstandszeit hatten weiterhin Bestand, obwohl sie nach dem Friedensvertrag keine amtliche Stellung mehr innehatten, und unterstützten die ausländischen Kaufleute in ihrer Geschäftstätigkeit. In Mainz wurde sogar eine französische Handelskammer als Verein gegründet⁵⁶¹. Der Handel spielte eine Vorreiterrolle in den rheinisch-französischen Beziehungen. Der Vorsitzende des Syndicats d'initiative äußerte sich in einem Interview mit dem L'Echo de Paris folgendermaßen:

*„Jeder klarblickende Kaufmann und Industrielle sieht die Notwendigkeit ein, früher oder später mit Deutschland wieder Wirtschaftsbeziehungen anzuknüpfen. Das Rheinland befindet sich in einer besonderen Lage. Die Rheinländer können in den beiden Ländern ebenso leicht kaufen wie verkaufen. Frankreich hat also im Rheinlande einen neuen Absatzmarkt.“*⁵⁶²

Der niedrige Stand der deutschen Währung führte besonders in Wiesbaden zu einem umfangreichen Verkauf von Villen, Mietshäusern, Hotels und anderen Immobilien. Nach dem Ende des Krieges bis in das Frühjahr 1922 wurden 2.100 Grundstücke an ausländische Käufer veräußert, darunter über 400 Mietshäuser und etwa 130 Villen. Das bedeutete, dass etwa ein Drittel aller Villen und Mietshäuser in ausländische Hände überging. Hierbei waren besonders die Franzosen⁵⁶³ als Käufer aufgetreten, aber auch finanzstarke Russen, die das revolutionäre Russland verlassen hatten, kauften Häuser und Grundstücke in der

⁵⁶⁰ Bericht des Reichskommissars für die besetzten Gebiete an den Regierungspräsidenten in Wiesbaden und den Reichsminister des Innern vom 30.11.1920. HHStAW Abt. 405, Nr. 5224, Bl. 64f. Siehe auch Steegmans: Folgen, S. 253f.

⁵⁶¹ Wachendorf, Karl: Zehn Jahre Fremdherrschaft am deutschen Rhein. Eine Geschichte der Rheinlandbesetzung von 1918-1928 (Rheinische Schicksalsfragen Schrift 22/24), Berlin 1928, S. 102f. und Bericht des Reichsministers des Innern an den Regierungspräsidenten in Wiesbaden vom 24.4.1921, StAW WI/2, Nr. 2527, Bl. 346.

⁵⁶² Aus dem Zeitungsbericht „Unsere wirtschaftliche Expansion im Rheinlande“ aus dem L'Echo de Paris, Nr. 13615 vom 26.11.1921 in: Rhein, Saar und Ruhr im Lichte der französischen Presse, Heft November 1921, S. 49.

⁵⁶³ HHStAW Abt. 405, Nr. 5216, Bl. 7-9 und 13.

Stadt⁵⁶⁴. Die Geldnot der Besitzer und die unattraktive Lage Wiesbadens im besetzten Gebiet bewegte viele Einwohner dazu, ihre Häuser zu verkaufen. Dies wurde als „Überfremdung“ der Stadt wahrgenommen und man fürchtete eine Abhängigkeit vom Ausland oder indirekte Beeinflussung durch die Besatzungsmächte im Sinne einer Politik der *pénétration pacifique*. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete und die Wiesbadener Regierung stuften diese Entwicklung als besonders bedrohlich ein⁵⁶⁵.

Auswirkungen der Einquartierung

Die Zahl der Einquartierungen, besonders im privaten Bereich, nahm weiterhin zu. Mit der steigenden Belegung der Stadt vergrößerten sich die Kosten. Gebäude, Stallungen und Grundstücke mussten für die französischen Truppen eingerichtet und instandgesetzt werden. Dies umfasste auch Mobiliar und Hausgeräte⁵⁶⁶. Die Einquartierung der Soldaten und Zivilisten in der Stadt führte nicht zu einem finanziellen Vorteil, da die Mietpreise für Wohnungen nach den französischen Vorgaben gestaltet wurden und nicht dem realen Mietwert entsprachen⁵⁶⁷.

Im Mai 1920 waren in der Stadt etwa 800 möblierte Wohnungen durch französische Offiziere und Unteroffiziere belegt. Je nach Rang und Familienstand standen den Offizieren eine Wohnung mit zwei bis neun Zimmern zur Verfügung sowie weitere Zimmer für Bedienstete. Für etwaige Kinder mussten zusätzliche Zimmer zur Verfügung gestellt werden⁵⁶⁸. Unteroffiziere durften nur in Privatwohnungen untergebracht werden, wenn die Kasernen keinen Platz

⁵⁶⁴ HHStAW Abt. 405, Nr. 5351, Bl. 34-35.

⁵⁶⁵ Der Wiesbadener Regierungspräsident wandte sich am 17.11.1922 an den Magistrat: „Ich beabsichtige bei den zuständigen Zentralstellen Schritte zu unternehmen, um eine weitere Überfremdung des Grundbesitzes, die besonders in Wiesbaden ganz ausserordentlich gross ist, nach Möglichkeit zu verhindern oder wenigstens zu erschweren.“ HHStAW Abt. 405, Nr. 5216, B. 14.

⁵⁶⁶ HHStAW Abt. 405, Nr. 5931, Bl. 3.

⁵⁶⁷ Vgl. Timmermann: Rheinlandbesetzung, S. 45-49.

⁵⁶⁸ Umfangreiche Einquartierungsreglements legten die Quartieransprüche der Offiziere und verheirateten Mannschaften präzise fest. Vgl. das französische Quartierreglement in Vogels, Werner (Hg.): Die Bestimmungen der Interalliierten Rheinlandoberkommission und der Besatzungsarmeen über Einquartierung, Requisitionen und Schäden, Berlin 1925, S. 29-60. Die Regelungen der Franzosen entsprachen den Reglements der anderen alliierten Besatzungstruppen.

mehr boten. Die Kosten mussten vom Deutschen Reich übernommen werden⁵⁶⁹. Die direkte Entschädigung erhielt der Besitzer der Immobilie jedoch von der Stadt, die wiederum die Kosten geltend machen konnte⁵⁷⁰.

Grundlage für die Entschädigung von Personen, die Leistungen für die Besatzungsmächte erbringen mussten, war das „Reichsgesetz über die Vergütung von Leistungen für die fremden Heere im besetzten Reichsgebiet und über die vereinfachte Abschätzung von Kriegsleistungen für das deutsche Heer vom 2. März 1919 (RGBL. S. 261 ff.)“ und eine weitere Fassung von 1920⁵⁷¹. Infolge der andauernden Besetzung und der Flut an Anträgen, wurden das Prüfungsverfahren und die Klagewege in mehreren Verordnungen zwischen 1919 und 1924 geregelt. 1922 wurde der Ersatz bei Personenschäden durch die Besatzungsmächte erstmals in einem Gesetz geregelt und 1923 durch Ausführungsbestimmungen erweitert⁵⁷².

Zur Eindämmung der Wohnungsnot wurde vonseiten der Reichsregierung beschlossen, Kasernen-Neubauten zu beschleunigen und Unterkünfte für Besatzungssoldaten zwischen dem Westend und dem Rheingauviertel anzulegen. Das Problem der besetzten Schulen sollte durch Neubau von Schulgebäuden gelöst werden. Die Bautätigkeit wurde 1923 begonnen, jedoch 1924 abgebrochen. Die Stadt übernahm die Baustellen und führte die Bauprojekte zu Ende⁵⁷³. Die städtische Siedlungs- und Baupolitik hatte bereits 1919 begonnen. In der Keller-, Lahn- und Niederwaldstraße wurden Baulücken geschlossen und über 50 Wohnungen fertiggestellt. 1922 und 1923 wurden fast 250 Notwohnungen bereitgestellt und über 330 Wohnungen infolge von Prämienvahlungen freigegeben. Dennoch konnte die herrschende Wohnungsnot nicht eingedämmt werden, da die Zahl der Wohnungssuchenden anstieg und die Menge an freien Wohnungen überstieg⁵⁷⁴.

⁵⁶⁹ Das Besatzungsamt der Stadt Wiesbaden wies für den Zeitraum Juli 1920 bis Februar 1921 Einquartierungsgelder für Quartiergeber in Höhe von 350.500 RM aus, wovon die französische Besatzungsbehörde aber nur 42.600 RM erstattete. Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1920 bis zum 31. März 1921, S. 29.

⁵⁷⁰ HHStAW Abt. 405, Nr. 5248, Bl. 96, 145, 146 und 151.

⁵⁷¹ Vogels, Werner (Hg): Die deutschen Entschädigungsgesetze und sonstige Verordnungen für das besetzte Gebiet, Berlin 1925, S. 12ff.

⁵⁷² Vogels: Entschädigungsgesetze, S. 53-60.

⁵⁷³ HHStAW Abt. 405, Nr. 5229, Bl. 2 und Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1921 bis zum 31. März 1924, S. 38f. Zu den Bauprogrammen des Reichs siehe Steegmans: Folgen, S. 216-219.

⁵⁷⁴ Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1921 bis zum 31. März

Die Kurindustrie

Die Kurindustrie konnte ab 1920 starke Zuwächse bei den Besucherzahlen verbuchen. 1921 zählte Wiesbaden doppelt so viele Besucher wie das unbesetzte Baden-Baden⁵⁷⁵. Die Zahl der Kurgäste und Passanten stieg von fast 111.000 im Jahr 1920 auf knapp 169.000 im Jahr 1922. Dies war weit mehr als eine Verdoppelung der Zahlen aus dem Jahr 1919 mit etwa 68.000 Besuchern. Mit der fortschreitenden Inflation sank die Zahl der deutschen Besucher und der Anteil an ausländischen Kurgästen stieg von 27,2% auf 64,5%. Vor allem valutastarke Ausländer nutzten den niedrigen Wert der Mark, um in Wiesbaden Urlaub zu machen, einzukaufen oder auf der Durchreise zu übernachten⁵⁷⁶.

Ein französischer Besucher sprach gar von einer „invasion parisienne“⁵⁷⁷. Die Kurstadt wurde wegen ihrer Schönheit und günstigen Einkaufsmöglichkeiten, insbesondere im Vergleich zu den französischen Kurstädten, hervorgehoben⁵⁷⁸.

Zwischen 1920 und 1923 befanden sich eine große Zahl finanzkräftiger Russen in Wiesbaden, die vor der Revolution und dem Bürgerkrieg geflohen waren. Viele Russen waren vor dem Krieg Gäste in Wiesbaden gewesen und suchten die Stadt nun wieder auf, da sie ihnen bekannt war und hier eine russische Gemeinde bestand. Mit der Stabilisierung der deutschen Währung zogen sie weiter nach Frankreich⁵⁷⁹. Die folgende Grafik zeigt die Herkunft der ausländischen Gäste im Jahr 1922, als diese die große Mehrheit in Wiesbaden darstellten.

1924, S. 29f.

⁵⁷⁵ WBB Nr. 172 vom 21.6.1921.

⁵⁷⁶ Vgl. Timmermann: Rheinlandbesetzung, S. 41.

⁵⁷⁷ Ajalbert, Jean: Lettres de Wiesbaden, Paris 1922, S. 36.

⁵⁷⁸ „Quelle différence aussi avec nos pauvres boutiques de ville d'eaux, qui danseraient toutes dans un coin de Wiesbaden. Les chaussées macadamisées, les trottoirs dallés, les façades de verre et de pierre sans une poussière, rien où bute le pied, où l'oeil soit choqué, la journée glisse en douceur et en harmonie, sans fracas des autos et des tramways, dont la circulation est souple et paisible.“ Ajalbert: Lettres, S. 38.

⁵⁷⁹ Zilien, Johann: Die russisch-orthodoxe Gemeinde Wiesbadens im 20. Jahrhundert. Ein Überblick, in: Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden (Hg.): Russische Beziehungen zu Wiesbaden und Darmstadt. Beiträge aus Anlass des 150-jährigen Jubiläums der Russischen Kirche in Wiesbaden im Jahr 2005 (Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden Bd. 10), Wiesbaden 2007, S. 87-106.

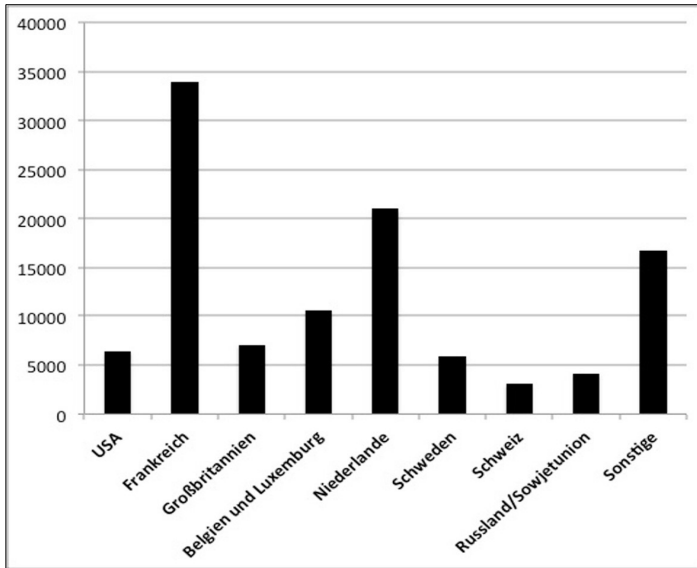


Abbildung 3: Ausländische Gäste in Wiesbaden nach nationaler Zugehörigkeit 1922.⁵⁸⁰

Einzelne Magistratsmitglieder forderten eine nationale Förderung des Fremdenverkehrs, wie dies in anderen Staaten Europas bereits der Fall war. Dies sollte mehr valutastarke Gäste in die deutschen Kurstädte und, so die Hoffnung, mehr Devisen auch nach Wiesbaden bringen⁵⁸¹. Im letzten Vorkriegsjahr lag der Wert der ausländischen Besucher bei 20,9% und sank während des Krieges auf 1,2%⁵⁸².

Die Kurindustrie richtete sich nach dem Geschmack und den Vorlieben der ausländischen Gäste aus und veränderte z.B. das Sommerprogramm, sodass speziell für die französischen Gäste die Gartenveranstaltungen ausgeweitet wurden. Die Preissteigerungen führten zu einer dynamischen Preisanpassung

⁵⁸⁰ Berechnet auf der Grundlage der Fremdenverkehrsstatistik des Amts für strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik der Landeshauptstadt Wiesbaden (nicht veröffentlicht).

⁵⁸¹ Vgl. Artikel „Wege zur Hebung des Fremdenverkehrs“ in WBB Nr. 139 vom 19.5.1921.

⁵⁸² Berechnet auf der Grundlage der Verwaltungsberichte der Kurverwaltung StAW WI/2, Nr. 3974.

und 1923 zu einer Preisbindung an den US-Dollar. In den Hotels, die in ausländischem Besitz waren, war nur eine Bezahlung mit Fremdwährungen möglich. Die große Zahl der Gäste, bei gleichzeitig stark verminderten Bettenkapazitäten durch die Besatzung, führte dazu, dass Privatleute Zimmer vermieteten und dadurch ihre finanzielle Situation verbessert wurde⁵⁸³.

Der Journalist Rolf Brandt vermerkte über einen kurzen Besuch in Wiesbaden, dass die Stadt weiter zu blühen scheine, obgleich die Franzosen die Stadt „überfluten“ würden. Er zitierte folgende Anekdote eines Polizisten, den er in Wiesbaden getroffen hatte:

*„Sie können sich bereit erklären, mein Herr, dem nächsten Deutschen, den Sie treffen, einen Hundertmarkschein geben zu wollen, nur aus der Freude, einen Landsmann zu treffen. Sie werden Ihren Hundertmarkschein am Abend noch in der Tasche haben.“*⁵⁸⁴

Das städtische Verkehrsbüro, das seit 1919 die Reklametätigkeit der Stadt übernommen hatte, weitete seine Werbemaßnahmen für die Kurstadt Wiesbaden weiter aus. Ein Beispiel hierfür stellte die 1922 erschienene Publikation „Das Heilbad Wiesbaden“⁵⁸⁵ dar. In Zeitschriften und Zeitungen warb die Stadt im In- und Ausland für einen Besuch der Kurstadt. Im Ausland waren vor allem die USA und die Nachbarländern Deutschlands Ziel der Werbekampagnen⁵⁸⁶. Die deutsche Presse wurde dahingehend beeinflusst, die Stadt Wiesbadens trotz des Besatzungszustands positiv darzustellen. Die Auswirkungen der Besatzung wurden marginalisiert und die „grosse[n] Vorbereitungen“ der Stadt für die Kurgäste ausgeschmückt. Solche Darstellungen wurden dann massenwirksam im Wiesbadener Bade-Blatt, dem Presse-Organ der Kurverwaltung, abgedruckt⁵⁸⁷.

Die Zahl der französischen Besucher, die in dieser Zeit nach Wiesbaden kamen, beunruhigte den Verband der Vereinigung der Thermalbäder in Frank-

⁵⁸³ Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1921 bis zum 31. März 1924, S. 61-64.

⁵⁸⁴ Brandt, Rolf: Das Gesicht Europas. Ein fast politisches Reisebuch, Hamburg 1928, S. 57f.

⁵⁸⁵ Giese: Imagepolitik, S. 250f.

⁵⁸⁶ Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1921 bis zum 31. März 1924, S. 63f.

⁵⁸⁷ WBB Nr. 255 vom 11.9.1920.

reich so sehr, dass dieser gegen die Werbung für Wiesbaden in Frankreich protestierte. Einige französische Kurorte schlossen sich dem Protest 1921 an⁵⁸⁸. Die Zeitschrift *Le Petit Bleu* veröffentlichte am 21. September 1921 einen Beitrag über Wiesbaden, in dem sie der Bevölkerung Wiesbadens vorwarf, dass sie sich als frankophil tarne und nur oberflächlich aus rein wirtschaftlichen Motiven freundlich zu den Franzosen sei, letztlich aber „boche“⁵⁸⁹ bleibe:

*„Wiesbaden, soviel steht fest, ist von französischen Truppen besetzt, die es dort gut getroffen haben, denen es dort gefällt und denen von den Rheinländern ein Empfang bereitet worden ist, der nichts Feindseliges hat. Wiesbaden ist ‚boche‘ und wird es auch bleiben. Die französische Tarnung, derer es sich den Anschein gibt, ist ganz und gar oberflächlich, und wenn der vom Versailler Vertrag festgelegte Zeitraum für die Besetzung abgelaufen ist, wird es sein deutsches Aussehen und seine deutsche Kundschaft wiederfinden.“*⁵⁹⁰

Trotz der steigenden Besucherzahlen, die 1922 den zahlenmäßigen Höhepunkt während der Weimarer Republik erreichten, hatte die Kurindustrie mit finanziellen Problemen zu kämpfen. Die Beschränkungen im Reiseverkehr und die Berichte in den Zeitungen über die besetzten Gebiete hielten viele deutsche Besucher ab. Die ausländischen Besucher waren meist keine Kurgäste, sondern Geschäftsleute. Viele Hotels und Pensionen waren durch Besatzungstruppen belegt und 17 Hotels an ausländische Besitzer verkauft worden, sodass die Bettenkapazität halbiert war und teilweise Gäste abgewiesen werden mussten. Um die Wiesbadener Kurindustrie zu stärken, wurden deutschlandweite Werbemaßnahmen durchgeführt. In Tageszeitungen und Illustrierten wurde für die Kurstadt geworben und 2.000 Plakate in etwa 60 Städten aufgehängt⁵⁹¹. Im Sommer 1921 konnte ein Naherholungsgebiet „Unter den Eichen“ am Nordende der Stadt fertiggestellt werden. Es wurde durch Nachlässe, Spenden und Stiftungen finanziert⁵⁹².

⁵⁸⁸ Vgl. Lauter: Sicherheit, S. 117f.

⁵⁸⁹ Französisches Schimpfwort für Deutsche.

⁵⁹⁰ Zitiert nach Lauter: Sicherheit, S. 119.

⁵⁹¹ Vgl. StAW WI/2, Nr. 3974, Berichte der Kurverwaltung der Jahre 1920-1922.

⁵⁹² HHStAW Abt. 405, Nr. 4196, Bl. 37. Broschüre „Führer durch das Luft- und Sonnenbad Volkspark Wiesbaden“.

Bitten um eine Reduzierung der Truppenstärke oder den Abzug der Kolonialtruppen⁵⁹³, die als demütigend und für die Kurgäste als abschreckend wahrgenommen wurden, wurde nicht entsprochen; Interventionen bei der IRKO führten nicht zu einer Veränderung der Situation:

*„Wiederholt bin ich bei der Interalliierten Rheinlandkommission dahin vorstellig geworden, dass die Belegung der kleineren Orte - namentlich der Kur- und Badeorte - mit Besatzungstruppen auf das geringstmögliche Mass beschränkt werde, weil die Bereitstellung von Unterkunftsräumen für Mannschaften und von Wohnungen für Offiziersfamilien ohne schwere Schädigung der Einwohner nicht durchführbar ist. Ebenso habe ich mehrmals darum gebeten, dass die farbigen Truppen aus den Kurorten entfernt und durch weisse ersetzt werden. Es ist auf Grund von statistischem Material erwiesen, dass die Verkehrsziffern in den Kurorten ganz erheblich zurückgegangen sind.“*⁵⁹⁴

Die steigenden Betriebskosten und die Finanznot führten 1920 zu Erhöhungen der Kurtaxe um insgesamt 400% und 1921 um weitere 100%⁵⁹⁵. Bereits im März 1920 betrug das Defizit der Kurverwaltung 1,2 Millionen RM, was zum Anlass genommen wurde, Vergünstigungen für die Besatzungstruppen, die während der Waffenstillstandszeit eingeführt wurden, zurückzunehmen oder einzuschränken⁵⁹⁶. Zusätzlich wurde am 1. September 1920 eine Beherbergungssteuer eingeführt, die erst 10%, später 20% vom Mietentgelt betrug⁵⁹⁷.

Trotz der Versuche die Kurindustrie zu stärken und die Finanzen zu stabilisieren, wurde ein Großteil der Gewinne durch die Inflation vernichtet. In einem Bericht der Kurverwaltung aus dem Jahr 1922 hieß es: „Die hohen Papiermarksummen waren nur Täuschung. Der Reingewinn an Goldmark war nicht hinreichend, um die wirtschaftlichen Verhältnisse wieder gesunden zu lassen.“⁵⁹⁸.

⁵⁹³ Zur Kampagne gegen die Kolonialtruppen siehe Kapitel 4.6.

⁵⁹⁴ Abschrift eines Schreibens des Reichskommissars für die besetzten Gebiete vom 14.2.1922. StAW WI/2, Nr. 2559, Bl. 108f.

⁵⁹⁵ StAW WI/2, Nr. 3974, Berichte der Kurverwaltung der Jahre 1920-1922.

⁵⁹⁶ StAW WI/2, Nr. 3837, Bl. 124. Schreiben Travers an den Delegierten der IRKO vom 16.3.1920.

⁵⁹⁷ StAW WI/2, Nr. 3974, Bericht der Kurverwaltung des Jahres 1924.

⁵⁹⁸ StAW WI/2, Nr. 3974, Bericht der Kurverwaltung des Jahres 1922.

Das zentrale Problem Wiesbadens war die Schwäche des Fremdenverkehrs. Die Ursachen hierfür waren die gesamtwirtschaftliche Situation Deutschlands und die Verarmung weiter Bevölkerungskreise durch die Inflation und die Handelseinschränkungen, die infolge des Krieges ganz Europa betrafen⁵⁹⁹. Zudem muss bedacht werden, dass die Nachfrage der Einwohnerschaft stark rückläufig war, da vor allem die Wiesbadener, die von Zinserträgen lebten, aufgrund der Inflation ihr Vermögen zu weiten Teilen verloren hatten. Und ihr Anteil an der Bevölkerung war sehr groß: Die Berufsstatistik von 1925 zeigte, dass Wiesbadens Anteil an Personen „ohne Beruf oder Berufsangabe“ seit 1907 relativ stabil geblieben war und etwa ein Sechstel der Erwerbspersonen ausmachte⁶⁰⁰.

4.2.2. Verwaltung ohne Beamte - Auswirkungen der Besetzung auf die Behörden und Ämter

Die militärische Besetzung und die Eingriffe der Rheinlandkommission führten immer wieder zu Konflikten mit der deutschen Verwaltung. Ein Problem war die Verwaltung von Gebieten außerhalb des besetzten Gebietes, die zum Regierungsbezirk Wiesbaden gehörten. Vorübergehend wurden die Gebiete von der Abteilung Nassau in Kassel verwaltet, jedoch zeigte sich, dass dies nur begrenzt möglich war. Außerdem befürchtete man eine weitere Abtrennung der besetzten Gebiete. Es folgten Verhandlungen des Regierungspräsidenten mit der IRKO, die Besetzungsgrenzen den Verwaltungsgrenzen anzupassen oder den Personen- und Schriftverkehr mit den unbesetzten Gebieten für die Verwaltung wieder freizugeben. Im Juni 1920 konnte man sich auf die zweite Variante einigen, sodass der unbesetzte Teil des Wiesbadener Regierungsbezirks wieder der Verwaltung in Wiesbaden unterstand⁶⁰¹.

Die IRKO griff aber auch direkt in die Verwaltung der besetzten Gebiete ein, indem sie Beamte auswies oder Versetzungen nicht zustimmte. Beamte, die in das besetzte Gebiet einreisen wollten, benötigten eine Genehmigung der französischen Behörden. Das Gleiche galt bei Versetzungen. Die Rheinlandkommission konnte der Ernennung von Beamten widersprechen, wenn sie glaubte, dass

⁵⁹⁹ Vgl. Hachtmann: *Tourismus-Geschichte*, S. 116.

⁶⁰⁰ Vgl. Statistik und Ausführung in Zehler: SPD, S. 47f. Zur Berufsstruktur Wiesbadens während des Kaiserreichs siehe Weichel: Bürger, S. 319.

⁶⁰¹ HHStAW Abt. 405, Nr. 12593, Bl. 60f. und 71, sowie HHStAW Abt. 405, Nr. 5241, Bl. 9.

dies im Interesse der Sicherheit der Truppen notwendig sei. Dies führte zu einer Schwächung der in Wiesbaden ansässigen Behörden⁶⁰².

Unliebsame Beamte im besetzten Gebiet konnten durch Beschluss der Rheinlandkommission ihres Postens enthoben werden. Dies war möglich, wenn Beamte sich weigerten, Verordnungen der IRKO auszuführen. Auf Beschluss der IRKO war auch eine Ausweisung aus dem besetzten Gebiet möglich, wovon intensiv Gebrauch gemacht wurde⁶⁰³, was auch den Wiesbadener Oberbürgermeister Glässing traf⁶⁰⁴.

1920 war ein bedeutender Fall die Ausweisung des Regierungspräsidenten Wilhelm Momm⁶⁰⁵. Nach der illegalen Verhaftung des Separatistenführers Dorten in Wiesbaden durch Frankfurter Polizisten, musste Dorten nach wenigen Tagen wieder freigelassen werden. Als Reaktion darauf verfügte die IRKO die Ausweisung Momms. Die IRKO begründete dies mit der standardisierten Formulierung einer Gefahr für die Sicherheit der Truppen und der öffentlichen Ordnung.

*„[Die IRKO erklärte, dass] das Verbleiben des Präsidenten Momm in seinem Amte die guten Beziehungen, die zwischen den Besatzungsbehörden und den öffentlichen Behörden bestehen sollen, beeinträchtigt und daher geeignet ist, den Unterhalt, die Bedürfnisse und die Sicherheit der Besatzungstruppen zu schädigen und die öffentliche Ordnung zu stören [...]“*⁶⁰⁶

Auch Momms Stellvertreter und Nachfolger wurden während der Ruhrkrise ausgewiesen, sodass aufgrund der umfangreichen Ausweisungen höherer Beamter über eine vorübergehende Verwaltungsstelle in Frankfurt nachgedacht

⁶⁰² HHStAW Abt. 405, Nr. 12593, Bl. 3f. und vgl. Wachendorf: Jahre, S. 82f.

⁶⁰³ Verordnung 1, Art. 5 in Vogel: Verträge, S. 104f. Eine umfangreiche Sammlung von Fällen von Ausweisungen im Regierungsbezirk Wiesbaden sind verzeichnet in HHStAW Abt. 405, Nr. 5236.

⁶⁰⁴ Siehe in Kapitel 3.1.3 „Ausweisung Oberbürgermeister Glässings“.

⁶⁰⁵ HHStAW Abt. 405, Nr. 5224, Bl. 6. Wilhelm Momm, geb. am 27.8.1865 in Barmen, gest. am 14.11.1935 in Potsdam. Momm war ein promovierter Jurist und begann 1892 mit seiner Beamtenlaufbahn. Er wurde 1900 Landrat in St. Wendel, 1918 Regierungspräsident in Trier, bis er ein Jahr später Regierungspräsident in Wiesbaden wurde. 1920 wurde er von der Besatzungsmacht ausgewiesen und 1922 von der IRKO amtsenthoben. In den Jahren 1924 bis 1930 wurde er Regierungspräsident in Potsdam. Renkhoff: Biographie, S. 53.

⁶⁰⁶ Müller: Adler, Dokument Nr. 152, S. 225.

wurde⁶⁰⁷. Es verblieben zehn höhere Beamte und die Hälfte der mittleren Beamten. Politische und wirtschaftliche Besprechungen mit den Berliner Dienststellen fanden in Köln statt. Aufgrund der Anweisung die französische Regiebahn während des passiven Widerstands nicht zu benutzen, fuhren die Beamten mit dem Schiff nach Köln⁶⁰⁸.

4.2.3. Sicherheit und Einflussnahme - Französische Besatzungspolitik

Die Politik der *pénétration pacifique*, wie sie von Paul Tirard 1919 entwickelt worden war, setzte sich auch in den Jahren nach dem Friedensschluss fort und führte zu einer Entfremdung zwischen Frankreich und Großbritannien. Großbritannien lehnte die französische Machtpolitik und eine auf Dauer angelegte Besetzung deutscher Gebiete ab. Die britische Politik zielte vielmehr auf eine wirtschaftliche Erholung Europas ab, die nur mit Deutschland stattfinden konnte und mit einem Ausgleich zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern verbunden war⁶⁰⁹.

Dennoch teilte die Stadt im Juli 1920 dem Wiesbadener Regierungspräsidium mit: „Die Bestrebungen des Auslandes, besonders Frankreichs, das besetzte Rheinische Gebiet kulturell und wirtschaftlich zu durchdringen, machen sich auch in Wiesbaden deutlich bemerkbar.“⁶¹⁰.

Auf der Grundlage der Versailler Verträge und des Rheinlandabkommens wurde die militärische Verwaltung zwar beendet, jedoch blieben die etablierten Strukturen als Teile der IRKO bestehen. So war die Section Économique weiterhin aktiv und unterstützte französische und andere ausländische Händler in ihren Geschäften im besetzten Gebiet⁶¹¹. Die Delegierten der IRKO warben in Zeitschriften für die S.É., die zwar keine amtliche Stellung mehr innehatte, aber

⁶⁰⁷ Minister des Innern an den ausgewiesenen Oberregierungsrat Redern in Frankfurt vom 22.2.1923, HHStAW Abt. 405, Nr. 5253, Bl. 38.

⁶⁰⁸ Müller: Adler, Dokument Nr. 164, S. 236f.

⁶⁰⁹ Zur britischen-französischen Rheinlandpolitik zwischen 1919 und 1924 siehe: Hood: diplomacy.

⁶¹⁰ StAW WI/2, Nr. 2548, Bl. 202.

⁶¹¹ In Wiesbaden gab es 1920 19 französische Firmen, die überwiegend Lebensmittel führten oder im Import- und Exportgeschäft tätig waren. Vereinzelt waren Firmen im Buchhandel oder in der Seifen- und Parfumerherstellung tätig. Man kann davon ausgehen, dass diese Geschäfte ihre Kunden überwiegend aus dem französischen Militär und den vielen französischen Zivilangestellten rekrutierten. StAW WI/2, Nr. 2546, Bl. 29f.

weiterhin existierte⁶¹². Die französische Verwaltung bediente sich in Wiesbaden der französischen Geheimpolizei, um über die Lage in der Stadt unterrichtet zu bleiben. Als Agenten wurden vorwiegend Personen aus Elsaß-Lothringen eingesetzt, die über hervorragende deutsche Sprachkenntnisse verfügten⁶¹³.

Die Unterstützung der bedürftigen Bevölkerung Wiesbadens wurde ebenfalls weitergeführt⁶¹⁴. Die französische Behörde gab Essen an Bedürftige aus, wie dies in den Wintermonaten bereits zuvor stattgefunden hatte. So wurden z.B. im Westend sogenannte Volksküchen eingerichtet, in denen Suppen ausgegeben wurden⁶¹⁵. Neu war allerdings, dass im Winter 1921 für bedürftige Kinder Weihnachtsfeiern mit Geschenken und Gebäck durch den Delegierten organisiert wurden⁶¹⁶.

Weiterhin bestanden in Wiesbaden im Sinne der kulturellen Durchdringung eine französische Bücherei, eine Zeitungszentrale und ein französisches Pressebüro. Des Weiteren fanden französische Theaterstücke, Vorträge und Konzerte statt, die von der deutschen Bevölkerung anfänglich gerne angenommen wurden. Der Französischunterricht war nun freiwillig und konnte zum Teil kostenlos besucht werden⁶¹⁷. Die französischen Schulen sollten aber nicht nur dazu dienen die französische Kultur kennenzulernen, sondern den Kindern des französischen Zivil- und Militärpersonals die Möglichkeit geben, auf eine französische Schule zu gehen⁶¹⁸.

⁶¹² StAW WI/2, Nr. 2527, Bl. 346.

⁶¹³ HHStAW Abt. 405, Nr. 5229, Bl. 10.

Siehe auch: Mayer-Gwensen, Hans: Französische Spionage und Propaganda am Rhein und an der Saar. 18 Monate im Dienst der „Großen Nation“, Berlin 1923. Tendenziöse und polemische Schrift aus der Sicht eines Deutschen, der als Agenten für die französische Besatzungsmacht tätig war.

⁶¹⁴ Siehe Bericht des Oberbürgermeisters von Wiesbaden an den Regierungspräsidenten vom 14.12.1926 über die französischen Armenspeisungen zwischen dem 22.12.1918 und dem 5.2.1925 (HHStAW Abt. 405, Nr. 5351, Bl. 140) und Briefwechsel zwischen Regierungspräsident und Magistrat im Oktober/November 1921 (StAW WI/2, Nr. 2555, Bl. 161f.).

⁶¹⁵ HHStAW Abt. 405, Nr. 5237, Bl. 117.

⁶¹⁶ Beispielhaft siehe HHStAW Abt. 405, Nr. 5351, Bl. 17 und 71.

⁶¹⁷ HHStAW Abt. 405, Nr. 5237, Bl. 116f. und 121. Zur französischen Kulturpolitik siehe auch die zeitgenössische Darstellung in Hartmann: Kulturarbeit, 1921.

⁶¹⁸ Vgl. Artikel über den französischen Unterricht im Rheinland der *Le Temps*, Nr. 22131 vom 9.3.1922 in: Rhein, Saar und Ruhr im Lichte der französischen Presse, Heft Februar-März 1922, S. 26.

Ein hervorstechendes Instrument der französischen Kulturpolitik war die zweisprachige Monatszeitschrift *Revue Rhénane/Rheinische Blätter*, die zwischen Oktober 1920 und August 1930 von den französischen Besatzungsbehörden herausgegeben wurde. Als Teil der umfangreichen Pressepolitik sollte die Zeitung für Frankreich und seine Kultur werben, Frankreichs Interessen vertreten aber auch den deutsch-französischen Kulturaustausch fördern. Dies gelang vor allem auf dem Gebiet der Literatur und diente der Annäherung beider Länder. Die *Revue Rhénane* kann nicht als reine Propagandazeitschrift bewertet werden⁶¹⁹.

Die Besatzungsbehörde übte Druck auf Kinobesitzer aus, ausländische Filme zu zeigen und befürwortete die Übernahme deutscher Kinos durch ausländische Filmgesellschaften⁶²⁰. Die Rheinlandkommission gab sogar die beiden Filme „La France sur le Rhin“ und „L’oeuvre française sur le Rhin“ in Auftrag, die über die Besetzung informierte. Deutsche Filme wurden zensiert oder vollständig verboten, wenn sie die Besetzungssoldaten diffamierten, wie z.B. in dem Film „Die Schwarze Schmach“⁶²¹. In den Jahren 1921 bis 1923 verbot die IRKO zwölf Filme⁶²². Die Zahl der deutschen Propagandafilme stieg bis Mitte der zwanziger Jahre auf 600 Filme jährlich und zeigte eindrucksvoll, wie umfangreich die Bemühungen waren, die öffentliche Meinung im Sinne Deutschlands beeinflussen zu wollen⁶²³.

Die Teilnahme Deutscher an französischen Veranstaltungen ging jedoch weiter zurück, sodass auch die Zahl der Veranstaltungen rückläufig war⁶²⁴. Die Stadt Wiesbaden konstatierte: „Jedenfalls steht fest, daß die Wiesbadener Bevölkerung sich im Allgemeinen ablehnend gegen alle diese Bemühungen verhält [...]“⁶²⁵.

Ein herausragendes Ereignis war die Wiesbadener Kunstausstellung, die im Sommer 1921 in Wiesbaden und Biebrich stattfand. Tirard, General Degoutte

⁶¹⁹ Vgl. Voss: Instrument.

⁶²⁰ HHStAW Abt. 405, Nr. 5212, Bl. 32.

⁶²¹ StAW WI/2, Nr. 2559, Bl. 6 und Kreutz: Film, S. 283.

⁶²² Eine vollständige Liste aller zensierten oder verbotenen Filme im besetzten Gebiet findet sich im Anhang bei Kreutz: Film, S. 324-332.

⁶²³ Kreutz: Film, S. 302f.

⁶²⁴ Aus dem Brief der Stadt Wiesbaden an das Regierungspräsidium vom 17.7.1920: „Diese Veranstaltungen [...] werden immer seltener, was unseres Erachtens darauf zurückzuführen sein dürfte, daß das deutsche Publikum sich nur sehr wenig bzw. gar nicht beteiligt.“; StAW WI/2, Nr. 2548, Bl. 202f.

⁶²⁵ StAW WI/2, Nr. 2548, Bl. 205.

und zahlreiche Politiker, bekannte Persönlichkeiten, Direktoren französischer Nationalmuseen und Nationaltheater sowie Journalisten nahmen daran teil. Im Zentrum der „groß angelegte[n] kulturelle[n] Gesamtschau“⁶²⁶ standen das Paulinenschlösschen in Wiesbaden und das Biebricher Schloss. Die Ausstellungen zeigten französische Malerei und Plastik seit dem 16. Jahrhundert sowie Exponate der Innenarchitektur seit der Zeit Ludwigs XVI. Die Kunstaussstellungen wurden von einem Rahmenprogramm begleitet, das Theateraufführungen, Konzerte, Vorträge und Filmvorführungen umfasste⁶²⁷. Mit der Ausstellung waren weitere Festlichkeiten in der Region verbunden, darunter Modenschauen und Sportveranstaltungen wie z.B. Pferderennen im Wiesbadener Vorort Erbenheim⁶²⁸.

Die Stadtverwaltung verhielt sich zunächst freundlich zurückhaltend, als die Anfrage nach Räumlichkeiten vonseiten der Franzosen vorgebracht wurde. Die Stadtverwaltung wollte aus taktischen Gründen keine direkte Absage erteilen und verwies zunächst auf die noch ausstehende Zustimmung durch die Reichsbehörden⁶²⁹. Der Briefwechsel zwischen dem Magistrat und dem Land Preußen sowie der Reichsregierung zeigte aber, dass die Stadt die französische Kunstaussstellung verhindern wollte, aber davon ausging, dass dies nicht gegen die Besatzungsmacht durchzusetzen sei. Deshalb forderte die Stadt eine deutsche Ausstellung im Herbst 1921 als „Gegengewicht“ zur geplanten französischen Kunstaussstellung, um einen Kampf auf kultureller Ebene gegen Frankreich zu führen. Die Beeinflussung durch die französische Kunstaussstellung als Teil der strategischen französischen Propaganda wurde als sehr bedrohlich wahrgenommen:

„Wir glauben, daß im besetzten Gebiet sich der friedliche Kampf der Konkurrenz zwischen deutschen und französischen Kulturwerten abspielen wird und sind der Auffassung, daß wir unsererseits alles daran zu setzen

⁶²⁶ Brunn: Kulturpolitik, S. 233.

⁶²⁷ Brief des Organisators Duvent an den Wiesbadener Oberbürgermeister vom 24.10.1920, StAW WI/2, Nr. 2541, Bl. 5ff.; Tirard: France, S. 276ff.; Wachendorf: Jahre, S. 86f. und Brunn: Kulturpolitik, S. 234ff.; WBB Nr. 165 vom 14.6.1921.

⁶²⁸ Mordacq, Henri: Die deutsche Mentalität. Fünf Jahre Befehlshaber am Rhein. Aus dem Französischen übertragen von Josef Gleichauf, Wiesbaden 1927, S. 128f. Ein privater Bericht über den Besuch der Ausstellung und eine Beschreibung Biebrichs und Wiesbadens findet sich in Ajalbert: Lettres, S. 68-73.

⁶²⁹ Brief des Bürgermeisters Travers an den Kreisdelegierten in Wiesbaden, 23.10.1920, StAW WI/2, Nr. 2541, Bl. 2.

*haben, daß diese Konkurrenz für Deutschland günstig ausgeht. Wir sind uns dabei aber wohl bewußt, daß wir dazu der vollen Unterstützung von Reich und Staat bedürfen.*⁶³⁰

Der Organisator der Kunstausstellung Duvent versuchte, die deutsche Regierung dazu zu bewegen, der Veranstaltung zuzustimmen und betonte ihren unpolitischen Charakter. Er stellte den „geistigen Austausch“ auf dem Gebiet der Kunst in den Vordergrund⁶³¹. Die Regierung folgte aber der Einschätzung der Stadt Wiesbaden und lehnte die Veranstaltung ab:

*„Die deutschen Zentralbehörden stehen dem Gedanken der wechselseitigen Annäherung auf einem künstlerischen oder wissenschaftlichen Gebiete durchaus sympathisch gegenüber. Sie begrüßen daher jeden Versuch, ein gegenseitiges Verständnis der Völker auf diesem Wege anzubahnen. Um den von französischer Seite in Wiesbaden bekundeten Absichten gerecht zu werden, würden die Zentralbehörden bereit sein, Herrn Duvent zu Verhandlungen über das Ausstellungsprojekt zu empfangen. [...] Die Zentralbehörden bedauern daher ihrerseits, eine Genehmigung zu der Veranstaltung zurzeit nicht erteilen zu können. Ich ersuche, hiernach gefälligst alsbald den Magistrat zu verständigen.*⁶³²

Die ablehnende Haltung der Stadt und der deutschen übergeordneten Behörden hielt die französische Verwaltung nicht davon ab, die Kunstausstellung durchzuführen. Unter dem Vorwand der militärischen Nutzung wurde das Paulinenschlösschen von den Besatzungstruppen beschlagnahmt und dann als Ort für die Wiesbadener Kunstausstellung genutzt⁶³³. Der gesamte Vorgang zeigte exemplarisch das Verhältnis zwischen der Stadtverwaltung und den französischen Behörden, welches von Missgunst und Ablehnung geprägt war.

Die Wiesbadener Kunstausstellung 1921 war auf der einen Seite eine kulturelle Machtdemonstration Frankreichs und auf der anderen Seite Teil der Propagandastrategie Tirards, um die Bevölkerung zu beeindrucken und für Frank-

⁶³⁰ Brief der Stadt Wiesbaden an diverse Stellen im Land Preußen und der Reichsregierung, 23.10.1920, StAW WI/2, Nr. 2541, Bl. 3f.

⁶³¹ Brief von Duvent an den Magistrat (Abschrift), 16.11.1920, StAW WI/2, Nr. 2541, Bl. 25f.

⁶³² Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an den Wiesbadener Regierungspräsidenten am 22.12.1920, StAW WI/2, Nr. 2541, Bl. 36.

⁶³³ StAW WI/2, Nr. 2541, Bl. 47.

reich einzunehmen. Die Veranstaltungen richteten sich aber auch an die Franzosen in Deutschland. Sie sollten in ihrem Nationalstolz und in ihrer Mission bestärkt werden. Man versuchte durch Werbekampagnen in Frankreich möglichst viele Besucher dazu zu bewegen, in die besetzten Gebiete zu reisen und sich dabei einen Eindruck von der Lage zu verschaffen. Die Resonanz fiel allerdings deutlich schwächer aus als erwartet. Im Hinblick auf das Ziel der Beeinflussung der deutschen Bevölkerung muss die Wiesbadener Kunstaussstellung als gescheitert angesehen werden. Die deutsche Bevölkerung nahm nicht im gewünschten Maß an den Veranstaltungen teil und konnte nicht im Sinne Frankreichs beeinflusst werden. Die Diskrepanz zwischen der französischen Politik und der Besatzungsrealität wurde von der Wiesbadener Bevölkerung zu deutlich wahrgenommen⁶³⁴.

4.2.4. Wahlen und politische Betätigung

Die frühen zwanziger Jahre waren von einer wirtschaftlichen und sozialen Instabilität geprägt. Die wachsende Not vieler Menschen während der Hyperinflation verschärfte die Konflikte zwischen den politischen Gegnern und polarisierte die Gesellschaft. Diverse extremistische Gruppierungen setzten die politische Auseinandersetzung gewaltsam auf der Straße fort. Es kam zu Aufständen, Mordanschlägen auf Repräsentanten der Demokratie und gewaltsamen Versuchen, die Staats- und Gesellschaftsordnung zu verändern⁶³⁵.

Vor allem die Ermordung Matthias Erzbergers am 26. August 1921 erschütterte viele Menschen in Wiesbaden. Am 4. September versammelten sich 2.500 bis 3.000 Menschen auf dem Boseplatz (heute Platz der deutschen Einheit), um gegen den extremistischen Terror zu demonstrieren. Der Polizeipräsident notierte in seinem Bericht, dass die Ermordung Erzbergers eine „Erregung“ in der Bevölkerung hervorgerufen habe, die „ihre Wellen auch bis in das besetzte Gebiet“⁶³⁶ geschlagen habe.

Wiesbaden war durch die Besatzungsmacht vor extremistischen Umsturzversuchen geschützt, da die Franzosen jeden Versuch eines Umsturzes militärisch unterdrückt hätten. Die Franzosen erachteten die Kommunisten wie auch

⁶³⁴ Lauter: Sicherheit, S. 114ff., Brunn: Kulturpolitik, S. 236ff.

⁶³⁵ Vgl. Büttner: Weimar, S. 182-208.

⁶³⁶ HHStAW Abt. 405, Nr. 6096, Bl. 109f.

die Nationalisten für Gegner ihrer Rheinlandpolitik. Trotzdem waren Gruppierungen wie z.B. der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund in Wiesbaden aktiv⁶³⁷. In den Jahren 1920 und 1921 häuften sich Unruhen, Demonstrationen und Streiks für mehr Lohn oder Unterstützung, die in Teilen gewaltsam endeten⁶³⁸.

Als am 13. März die Marinebrigade Erhardt in Berlin einmarschierte und Wolfgang Kapp sich zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten ausrief, war der Fortbestand der Weimarer Republik akut gefährdet⁶³⁹. Der sogenannte Kapp-Lüttwitz-Putsch scheiterte zwar bereits nach fünf Tagen, zwang jedoch die Regierung aus Berlin zu fliehen und brachte das Reich an den Rand eines Bürgerkrieges⁶⁴⁰. In Wiesbaden riefen DDP, SPD und das Zentrum am Folgetag in der Presse dazu auf, gegen den Putsch-Versuch zu demonstrieren⁶⁴¹. Die Besatzungsmacht nahm die Unruhen im Deutschen Reich zum Anlass und erklärte für Wiesbaden am 6. April 1920 den Belagerungszustand. Das bedeutete, dass das Militär wieder die Kontrolle ausübte und faktisch der Zustand der Waffenstillstandszeit wiederhergestellt wurde. Erst am 2. Mai wurde der Belagerungszustand aufgehoben⁶⁴².

Am 6. Juni 1920 waren die Wiesbadener aufgerufen, an der Wahl zum neuen Reichstag teilzunehmen. Die republikanischen Parteien erhielten insgesamt über 50% der Stimmen. Dabei konnten die bürgerlichen Parteien ihre starke Stellung weiter ausbauen⁶⁴³. Dies galt vor allem für die DVP (19,4%) und die DNVP (6,9%), die ihr Wahlergebnis verfünffachte. Die in Wiesbaden traditionell starke DDP verlor ein Drittel ihrer Stimmen und erzielte nur 19,4%. Das Zentrum konnte sein vorheriges Ergebnis nicht halten und kam auf 12,17%. Im linken Lager musste die SPD Verluste hinnehmen und erreichte 19,7%. Die USPD war neben der DNVP einer der Wahlsieger; sie konnte ihr Ergebnis aus der Wahl zur Nationalversammlung vervierfachen und erreichte 12,4%.

Im Vergleich zum deutschen Gesamtergebnis fielen die Verluste für die republikanischen Parteien nicht ganz so gravierend aus. Die gemäßigte bürgerliche Basis rückte weiter nach rechts, DNVP und die USPD erhielten verstärkt

⁶³⁷ Der Bund versuchte auf das „undeutsche“ Programm der Kurverwaltung einzuwirken und forderte u.a. eine Vorlage vor der Veröffentlichung. StAW WI/2, Nr. 1843, Bl. 353-354.

⁶³⁸ Siehe hierzu Kapitel 4.2.1.

⁶³⁹ Vgl. Aufzeichnung von Reichswehrminister Noske und den Aufruf Kapps in UuF Bd. 4, S. 87ff.

⁶⁴⁰ Vgl. Büttner: Weimar, S. 137-143.

⁶⁴¹ HHStAW Abt. 405, Nr. 5718, Bl. 25.

⁶⁴² HHStAW Abt. 405, Nr. 12593, Bl. 64-65 und StAW WI/2, Nr. 2558, Bl. 39.

⁶⁴³ Die nachfolgenden Wahlergebnisse sind entnommen aus: Klein: Hessen, S. 1997.

Zulauf. Die Zunahme bei den extremistischen Parteien war auch auf Reichsebene zu verfolgen⁶⁴⁴.

Im Landkreis Wiesbaden⁶⁴⁵ zeigten sich zwei Entwicklungen. Zum einen erreichten die Arbeiterparteien erneut fasst die absolute Mehrheit. Dabei sank die SPD auf 25,3% ab, während die USPD 23,3% der Stimmen erhielt und ihr vorheriges Ergebnis mehr als verdreifachen konnte. Zum anderen war im bürgerlichen Lager wie auch in Wiesbaden ein Rechtsruck zu verzeichnen, der die DDP (11,4%) schwächte und den Stimmenanteil der DNVP von 0,1% auf 6,5% anwachsen ließ. DVP (16,9%) und Zentrum (16,6%) blieben stabil.

Die preußische Landtagswahl vom 20. Februar 1921 zeigte ähnliche Tendenzen wie die Wahlen in Wiesbaden: die extremen rechten und linken Parteien konnten von der Schwäche der demokratischen Parteien profitieren. Die Sozialdemokraten erhielten 23,9% der gültigen Stimmen und verloren Anteile an die USPD (insgesamt 3,16%) und an die KPD, die mit 3,8% erstmals in Erscheinung trat. Die DDP musste massive Verluste hinnehmen und erreichte nur noch 11,3%. Das Zentrum erhielt ebenfalls weniger Stimmen und konnte 12,8% der Wählerstimmen auf sich vereinigen. Die Gewinner der Wahl waren die DVP mit nun 31,9% und die DNVP mit 7,9%. Im Verhältnis zum gesamten Wahlkreis 19 waren die sozialistischen Parteien unterrepräsentiert. Die DNVP erhielt im gesamten Wahlkreis aufgrund des überwiegend ländlichen Gebietes 15,9% Stimmen und war somit in Wiesbaden deutlich schwächer vertreten⁶⁴⁶

⁶⁴⁴ Büttner: Weimar, S. 802.

⁶⁴⁵ Ergebnisse nach Klein: Hessen, S. 2074.

⁶⁴⁶ Die Werte für die Stadt Wiesbaden sind nach den Angaben Zehlers berechnet, vgl. Zehler: SPD, S. 129. Das Ergebnis des Wahlkreises 19 ist entnommen aus: Preußisches Statistisches Landesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen (Bd. 17), Berlin 1921, S.430-433.

4.3. Konfrontation und Eskalation: Die Ruhrkrise

4.3.1. Reparationsfrage und Ruhrbesetzung

Die Besetzung des Ruhrgebietes durch belgische und französische Truppen am 11. Januar 1923 bedeutete die Eskalation in der Reparationsfrage. Die Frage nach der Art und Höhe der von Deutschland zu zahlenden Reparationen wurde auf der Versailler Friedenskonferenz ausgeklammert und auf einen späteren Zeitpunkt verschoben⁶⁴⁷. Die Folge war, dass der deutsch-französische Konflikt über die Frage der Entschädigung die Außenpolitik beider Länder über Jahre bestimmte⁶⁴⁸.

Im Sommer 1920 begannen die Alliierten in zähen Verhandlungen und Konferenzen, den Umfang und die Verteilung der Forderungen zu diskutieren. Die Politiker und Experten konnten bei den Verhandlungen nicht nur sachbezogen entscheiden, sondern waren von den Erwartungen der Öffentlichkeit in den eigenen Ländern beeinflusst. Frankreich war bei den USA hoch verschuldet und ohne die Reparationszahlungen aus Deutschland nicht imstande seinen Verpflichtungen nachzukommen⁶⁴⁹. Außerdem standen Frankreichs Sicherheitsinteressen einer wirtschaftliche Erholung Deutschlands entgegen, was wiederum zu Problemen bei der Erfüllung der alliierten Forderungen führte. Angebotene Sachleistungen vonseiten des Reiches wurden abgelehnt, da dies die eigene Produktion und Wirtschaft negativ beeinflusst hätte⁶⁵⁰.

Die Regierung des Deutschen Reiches sah in den Verhandlungen über die Reparationen aber den einzigen noch unvollständigen Teil des Friedensvertrages. Hier erwartete man Veränderungen zugunsten Deutschlands bewirken zu können und setzte auf die Uneinigkeit der Alliierten⁶⁵¹.

⁶⁴⁷ Die folgende Darstellung der Reparationsfrage stützt sich im Wesentlichen auf die entsprechenden Kapitel bei Büttner: Weimar, S. 153-165. Ausführlicher bei Krüger: Außenpolitik, S. 116-183; Jeannesson, Stanislas: Poincaré, la France et la Ruhr (1922-1924). Histoire d'une occupation, Strasbourg 1998 und Fischer, Conan: The Ruhr Crisis 1923-1924, Oxford/New York 2003.

⁶⁴⁸ Vgl. Glaser, Elisabeth: The Making of the economic Peace, in: Boemeke, Manfred/Feldman, Gerald/Glaser, Elisabeth (Hgg.): The Treaty of Versailles. A Reassessment after 75 years, Washington/Cambridge/New York 1998, S. 371-400.

⁶⁴⁹ Krüger: Außenpolitik, S. 122f. Zur wirtschaftlichen und finanziellen Lage Frankreichs in der Nachkriegszeit siehe auch Engels: Geschichte, S. 158ff.

⁶⁵⁰ Büttner: Weimar, S. 153ff.

⁶⁵¹ Krüger: Außenpolitik, S. 121.

Auf der Londoner Konferenz⁶⁵² Anfang 1921 sah der Zahlungsplan der Alliierten 42 Jahresraten vor, wobei die jährliche Last von zwei auf sechs Milliarden Goldmark ansteigen sollte. Die Reaktion der deutschen Regierung war diplomatisch ungeschickt und ihr Gegenvorschlag provokant⁶⁵³. Daraufhin verlangten die Alliierten ultimativ die Annahme der Forderungen und besetzten am 8. März die Städte Düsseldorf, Duisburg⁶⁵⁴ sowie Ruhrort und errichteten eine Zollgrenze entlang des besetzten Gebietes⁶⁵⁵.

Die folgenden verhandlungsfähigen Angebote der deutschen Regierung kamen zu spät. Die Alliierten hatten ohne weitere Verhandlungen einen Zahlungsplan erarbeitet. Mit einer Gesamtforderung von 132 Milliarden Goldmark war sie niedriger als die bisher geforderten Reparationen. Der Betrag sollte sich aus einer jährlichen Zahlung von zwei Milliarden Reichsmark und einer veränderlichen Summe von 26% des Ausfuhrwertes zusammensetzen. Ersatzweise konnten auch Sachlieferungen oder das Stellen von Arbeitskräften erfolgen, wenn dies von einem der Siegermächte verlangt wurde. Die Forderung rief zwar Entsetzen und Ablehnung in Deutschland hervor, jedoch bewegte sich der Betrag innerhalb der Vorschläge der deutschen Regierung und wurde von den eigenen Experten als tragbar erachtet⁶⁵⁶.

Die Alliierten lehnten ein weiteres deutsches Angebot pauschal ab und forderten am 5. Mai 1921 die Annahme des Zahlungsplanes⁶⁵⁷. Für den Fall, dass sich die Regierung weigern würde, wurde die Besetzung des Ruhrgebietes angekündigt⁶⁵⁸. Zwar galt die Annahme des Ultimatums als unausweichlich, doch

⁶⁵² Siehe hierzu Rupieper, Hermann J.: *The Cuno Government and Reparations 1922-1923. Politics and Economics* (Studies in Contemporary History Vol. 1), Den Haag/Boston/London 1979, S. 43-50.

⁶⁵³ Der britische Premierminister Lloyd George bezeichnete die Gegenvorschläge Deutschlands als „ausgesprochene Herausforderung“. UuF Bd. 4, S. 325. Vgl. auch die Darstellung in Krüger: Außenpolitik, S. 124 und 128.

⁶⁵⁴ Zu Duisburg siehe die rechtswissenschaftliche Dissertation von Naunin. Naunin: Besetzung.

⁶⁵⁵ Meyer, Gerd: Die Reparationspolitik. Ihre außen- und innenpolitischen Rückwirkungen, in: Bracher, Karl-Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf (Hgg.): *Die Weimarer Republik 1918-1933, Politik-Wirtschaft-Gesellschaft* (Studien zur Geschichte und Politik Bd. 251), 2. Aufl. Bonn 1988, S. 327-342, hier S. 332f. und Büttner: Weimar, S. 155.

⁶⁵⁶ Büttner: Weimar, S. 156.

⁶⁵⁷ Übersetzung des „Londoner Ultimatums“ und der Zahlungsplan der Alliierten vgl. UuF Bd. 4, S. 339-344.

⁶⁵⁸ Marschall Foch befürwortete die Ruhrbesetzung als Maßnahme, um Deutschland zur Zahlung zu zwingen und schlug vor die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung zu reduzie-

entschied sich die Regierung unter dem Kanzler Konstantin Fehrenbach⁶⁵⁹ von der Zentrumsparlei für einen demonstrativen Schritt gegen die alliierte Politik und trat zurück. Unter dem neuen Kanzler Joseph Wirth⁶⁶⁰ stimmte das Kabinett den Zahlungsbestimmungen zu⁶⁶¹.

Die Regierung Wirth versuchte durch die Erfüllung des Versailler Vertrages und der Reparationszahlungen ihre Undurchführbarkeit nachzuweisen und eine Revision zu erreichen⁶⁶². Vorerst konnte die Regierung die Forderungen bezahlen, sodass sich die Beziehungen zu England und den USA entspannten. Doch bereits im Dezember 1921 musste das Deutsche Reich um Zahlungsaufschub bitten. Der Plan, internationale Anleihen aufzunehmen, war fehlgeschlagen und die Devisenlage katastrophal⁶⁶³.

Es folgten weitere Vereinbarungen zwischen Deutschland und den Alliierten über Zahlungsaufschübe und Sachleistungen, deren effektive Umsetzung misslang und im Herbst 1922 zur Krise führten⁶⁶⁴. Die französische Regierung, bestärkt durch die öffentliche Meinung und die Forderungen der eigenen Schwerindustrie nach unmittelbarem Einfluss auf die deutsche Montanwirtschaft, entschied, durch die Besetzung des Ruhrgebietes die Reparationsforderungen durchsetzen zu wollen. Großbritannien und die USA konnten nicht mehr beschwichtigend auf Frankreich einwirken⁶⁶⁵. Die französische Regierung

ren, Zölle und Steuern zu erheben und die Separatisten in ihren Bestrebungen zu unterstützen. Vgl. Fochs Note vom 19. Februar 1921 in SHD 4N92, Dossier 2.

⁶⁵⁹ Konstantin Fehrenbach, geb. am 11.1.1852 in Wellendingen bei Bonndorf, gest. am 26.3.1926 in Freiburg i. Br. Fehrenbach war Rechtsanwalt und Abgeordneter des Badischen Landtags und kam 1903 als Abgeordneter des Zentrums in den Reichstag. 1920 bildete er als Reichskanzler ein Minderheitskabinett und war von der Unterstützung der DNVP abhängig. 1921 zerbrach sein Kabinett an der Reparationsfrage. Benz/Graml: Lexikon, S. 84f.

⁶⁶⁰ Joseph Wirth, geb. am 6.9.1879 in Freiburg i. Br., gest. am 3.1.1956 in Freiburg i. Br. Wirth war ein promovierter Mathematiker und Lehrer. 1911 begann seine Karriere im linken Flügel des Zentrums. Zwischen 1914 und 1933 war er Mitglied des Reichstags. 1921 wurde er Reichskanzler, bis seine Regierung im November 1922 scheiterte. Er emigrierte 1933. Benz/Graml: Lexikon, S. 369.

⁶⁶¹ Büttner: Weimar, S. 156f.

⁶⁶² Vgl. die Regierungserklärung vom 1.6.1921 in UuF Bd. 4, S. 352-358. Zur „Erfüllungspolitik“ der Regierung Wirth siehe auch: Krüger: Außenpolitik, S. 132-138.

⁶⁶³ Krüger: Außenpolitik, S. 138f.

⁶⁶⁴ Vgl. Krüger: Außenpolitik, S. 183-199.

⁶⁶⁵ Steegmans: Folgen, S. 29f.; Meyer: Reparationspolitik, S. 334; Lauter, Anna-Monika: Die öffentliche Meinung in Frankreich im Vorfeld der Ruhrbesetzung, in: Krumeich, Gerd/Schröder, Joachim (Hgg.): Der Schatten des Weltkrieges. Die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004, S. 85-97.

unter Raymond Poincaré zielte aber auch auf eine Änderung der Besatzungsbedingungen im Rheinland. Die schwierige Lage im Rheinland sollte zugunsten Frankreichs beeinflusst und damit die Machtverhältnisse zwischen Deutschland und Frankreich endgültig verschoben werden. Dies schloss auch die Begünstigung der Separatisten mit ein⁶⁶⁶.

Die Besetzung des Ruhrgebiets

Im Dezember 1922 und Januar 1923 stellte die Reparationskommission, gegen die Stimmen des britischen Vertreters, schuldhafte Versäumnisse Deutschlands bei den vereinbarten Sachlieferungen fest. Bereits am 11. Januar marschierten belgische und französische Truppen in das Ruhrgebiet ein⁶⁶⁷. In den folgenden Wochen bis zum März wurde das Gebiet um weitere Orte und Gebietsteile erweitert, darunter auch Gebiete östlich des Mainzer und Kölner Brückenkopfes sowie Gebiete zwischen den verschiedenen Brückenköpfen. Zusätzlich übernahm Frankreich die amerikanische Besatzungszone nach dem vollständigen Abzug der US-Truppen am 29. Januar 1923⁶⁶⁸.

Die Besetzung der Ruhrregion stieß auf vehemente Ablehnung vonseiten der deutschen Regierung, der Parteien, Verbände, Gewerkschaften und der Bevölkerung⁶⁶⁹. Reichskanzler Wilhelm Cuno⁶⁷⁰, der seit dem November 1922 die Regierung führte, untersagte allen Staatsbediensteten, Weisungen der Besatzungsbehörden zu befolgen⁶⁷¹. Sämtliche Reparationslieferungen, inklusive der

⁶⁶⁶ Soutou, Georges-Henri: Vom Rhein zur Ruhr: Absichten und Planungen der französischen Regierung, in: Krumeich, Gerd/Schröder, Joachim (Hgg.): Der Schatten des Weltkrieges. Die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004, S. 63-83 und Krüger: Außenpolitik, S. 200.

⁶⁶⁷ Jeannesson: Poincaré, S. 151-157.

⁶⁶⁸ Siehe Kopie des Reichsgesetzblatts Nr. 159 vom 3.3.1923 in HHStAW Abt. 405, Nr. 5211, Bl. 1. Ausführlich auch bei Steegmans: Folgen, S. 32f.

⁶⁶⁹ Vgl. hierzu Dokumente 999a-f in UuF Bd. 5, S. 21-28.

⁶⁷⁰ Wilhelm Cuno, geb. am 2.7.1876 in Suhl/Thüringen, gest. am 3.1.1933 in Aumühle bei Hamburg. Cuno war ein promovierter Jurist und begann seine Karriere im Reichsschatzamt. Er nahm als Wirtschaftsexperte für die Reichsregierung u.a. an den Friedensverhandlungen und den Reparationsverhandlungen teil. 1922 wurde er zum Reichskanzler gewählt und sah in der Reparationsfrage seine zentrale Aufgabe. Während der Ruhrkrise rief er zum „passiven Widerstand“ auf und hoffte auf ein Einschreiten Großbritanniens, das allerdings ausblieb. Nach einem Misstrauensantrag der SPD trat sein Kabinett 1923 zurück. Benz/Graml: Lexikon, S. 54f.

⁶⁷¹ Kopie der Anweisung Severings an das Wiesbadener Regierungspräsidium vom 24.1.1923, StAW W1/2, Nr. 2517, Bl. 70.

Kohlelieferungen an die beteiligten Länder Frankreich und Belgien, wurden gestoppt. Das Reich organisierte den Widerstand gegen die Besetzung und versprach die Finanzierung der entstehenden Kosten durch Kredite und Bürgschaften zu übernehmen. Die Mittel der Reichsregierung wurden nicht nur für die direkte Unterstützung der Menschen eingesetzt, sondern auch für Propaganda und die Unterstützung der Wirtschaft in den besetzten Gebieten⁶⁷². Die Politik des so genannten passiven Widerstands führte zur Hyperinflation und zum Ruin der deutschen Währung. Die Folgen für die Bevölkerung waren gravierend⁶⁷³.

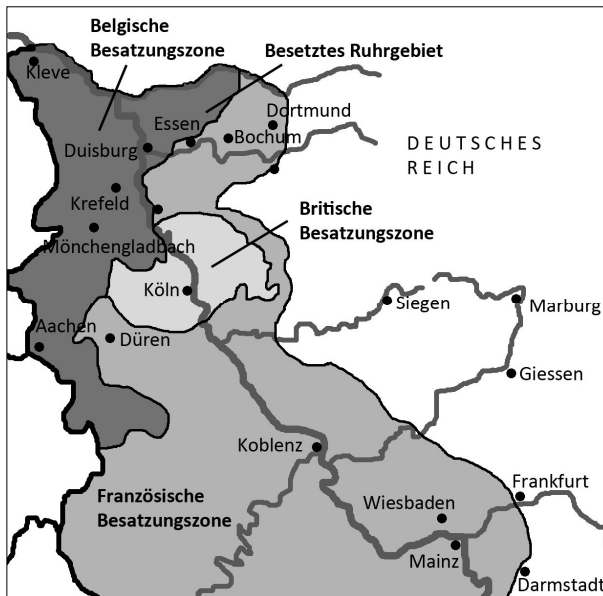


Abbildung 4: Das besetzte Rheinland und Ruhrgebiet 1923.⁶⁷⁴

⁶⁷² Vgl. hierzu Rupieper: Cuno, S. 103-107 und Fischer: Ruhr, S. 35f. Siehe auch die deutschen Verordnungen aus Anlass der Ruhrbesetzung betreffend der Kooperation mit den Besatzungstruppen in Vogels: Entschädigungsgesetze, S. 116-119.

⁶⁷³ Steegmans: Folgen, S. 33, Krüger: Außenpolitik, S. 201.

⁶⁷⁴ Nach Tirard: France, Anhang.

Die Besetzung des Ruhrgebiets hatte direkte Auswirkungen auf das besetzte Rheinland. Nachdem die Internationale Rheinlandkommission (IRKO) generelle Verletzungen der Bestimmungen des Versailler Vertrages festgestellt hatte, wurden Zölle und Steuern beschlagnahmt, eine Binnenzollgrenze eingerichtet und der Verkehr stark eingeschränkt. Die Ausbeutung des besetzten Ruhrgebiets im Sinne der Politik der produktiven Pfänder unterstand der Mission *interalliée de contrôle des usines et mines* (M.I.C.U.M.). Die deutsche Regierung reagierte darauf, indem sie per Gesetz allen deutschen Dienststellen verbot, Anweisungen der Besatzungsbehörden auszuführen oder Geschäfte zu tätigen, bei denen eine Verbindung mit den Besatzungsbehörden angenommen werden konnte⁶⁷⁵.

Die Besatzungsbehörden wurden von den Deutschen als eine Willkürherrschaft angesehen und bekämpft. Der Konflikt war im Ruhrgebiet von einer kriegsähnlichen Atmosphäre geprägt. Es kam zu gewaltsamen Zusammenstößen und Toten auf beiden Seiten. Die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage und die Hyperinflation verschärften die soziale Not⁶⁷⁶.

Die Reichsregierung erwartete vergeblich eine britische oder amerikanische Intervention, während Frankreich bereit war, die hohen Kosten der Besetzung aufzubringen, anstatt direkt einen Gewinn daraus zu ziehen. Die finanziellen Möglichkeiten Deutschlands waren schließlich im Sommer 1923 erschöpft und die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln war gefährdet⁶⁷⁷. Es herrschte Uneinigkeit im Kabinett über das weitere Vorgehen und die Unterstützung Cunos schwand, sodass er schließlich seinen Rücktritt erklärte⁶⁷⁸.

⁶⁷⁵ Steegmans: Folgen, S. 34. Zur französischen Politik in der Ruhrkrise siehe Bariéty, Jacques: Die französische Politik in der Ruhrkrise, in: Klaus Schwabe (Hg.): Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1984, S. 11-27.

⁶⁷⁶ Vgl. Krumeich, Gerd: Der „Ruhrkampf“ als Krieg: Überlegungen zu einem verdrängten deutsch-französischen Konflikt, in: Krumeich, Gerd/Schröder, Joachim (Hgg.): Der Schatten des Weltkrieges. Die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004, S. 9-24; Jeannesson, Stanislas: Übergriffe der französischen Besatzungsmacht und deutsche Beschwerden, in: Krumeich, Gerd/Schröder, Joachim (Hgg.): Der Schatten des Weltkrieges. Die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004, S. 207-231; Krüger, Gerd: „Wir wachen und strafen!“ – Gewalt im Ruhrkampf von 1923, in: Krumeich, Gerd/Schröder, Joachim (Hgg.): Der Schatten des Weltkrieges. Die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004, S. 233-255.

⁶⁷⁷ Zur finanziellen Lage Deutschlands am Ende des passiven Widerstandes siehe Rupieper: Cuno, S. 180-210.

⁶⁷⁸ Vgl. Rupieper: Cuno, S. 211-217. Zur politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands während des passiven Widerstands siehe auch Fischer: Ruhr, S. 182-219.

Sein Nachfolger Gustav Stresemann entschied sich für ein Ende der Konfrontation und hob nach Verhandlungen mit den Besatzungsmächten die zentralen Verordnungen über den passiven Widerstand auf⁶⁷⁹. Frankreich bemühte sich nun um die unmittelbare Kompensation der Besatzungskosten und um eine nachhaltige wirtschaftliche Schwächung Deutschlands, während Großbritannien eine unabhängige Expertenkommission für die Reparationen forderte und die Methoden Frankreichs und Belgiens ablehnte⁶⁸⁰.

Auf der Londoner Konferenz im Sommer 1924 einigten sich die Alliierten und Deutschland auf eine Neuregelung der Reparationen⁶⁸¹. Auf eine Initiative der englischen und amerikanischen Regierung hin, hatte zuvor unter der Leitung von Charles Dawes⁶⁸² ein Expertengremium Wege erörtert, wie Deutschland wirtschaftlich und finanziell stabilisiert werden könnte. Die Beratungen mündeten in dem sogenannten „Dawes-Plan“. Dieser führte im Oktober 1924 zum Ende der Besatzungsverwaltung. Die M.I.C.U.M. stellte am 28. Oktober 1924 ihre Tätigkeit ein und die französischen Truppen zogen sich zwischen dem 18. August 1924 und dem 31. Juli 1925 etappenweise aus dem Ruhrgebiet zurück⁶⁸³.

4.3.2. Auswirkungen der Ruhrkrise auf die Stadt Wiesbaden

Die Besetzung des Ruhrgebiets und die damit verbundenen Reisebeschränkungen führten in Wiesbaden zu einer erheblichen Schwächung der städtischen Wirtschaft. Die Besucherzahlen Wiesbadens brachen um etwa 50% ein⁶⁸⁴. Die

⁶⁷⁹ Vgl. Auszug aus der Regierungserklärung Stresemanns in UuF Bd. 5, S. 172-174

⁶⁸⁰ Steegmans: Folgen, S. 35f. und Krüger: Außenpolitik, S. 205f. Vgl. hierzu Curzons Memorandum vom 11. August 1923 NA CAB 24/161, Bl. 686-690.

⁶⁸¹ Vgl. Auszug aus dem Londoner Schlussprotokoll vom 16.8.1924 in UuF Bd. 6, S. 93ff. Zum Dawes-Plan siehe aus der zeitgenössischen Literatur Sering, Max: Deutschland unter dem Dawes-Plan. Entstehung, Rechtsgrundlagen. Wirtschaftliche Wirkungen der Reparationslasten, Berlin/Leipzig 1928.

⁶⁸² Charles Gates Dawes, geb. am 27.8.1865 in Marietta (Ohio), gest. am 23.4.1951 in Evanston (Illinois). Dawes begann seine Karriere im amerikanischen Finanzministerium und diente im Ersten Weltkrieg als Offizier in der US-Armee. Nach dem Krieg war er für die alliierte Reparationskommission tätig und war zwischen 1924 und 1929 Vizepräsident der Vereinigten Staaten. In den folgenden Jahren war er Botschafter in Großbritannien. Biographical Directory of the United States Congress, 1774 – Present, <http://bioguide.congress.gov/scripts/biodisplay.pl?index=D000147>, online abgefragt am 22.8.2011.

⁶⁸³ Vgl. die Darstellung in Jeannesson: Poincaré, S. 395-409 und Steegmans: Folgen, S. 37-39.

⁶⁸⁴ StAW WI/2, Nr. 3974, S. 1 (1923).

stationierte Truppenzahl stieg von 6.900 in der Stadt Wiesbaden im Februar 1923 auf etwas über 7.700 im März 1924⁶⁸⁵. Die wiedererrichtete Zollgrenze isolierte Wiesbaden erneut vom unbesetzten Teil Deutschlands und fügte der Stadt wirtschaftliche Schäden zu⁶⁸⁶. Der Magistrat der Stadt sah in der Ruhrkrise die Ursache für den erneuten wirtschaftlichen Niedergang.

*„Eine besonders vernichtende Einwirkung auf den Fremdenverkehr in Wiesbaden hatte die Zeit des passiven Widerstandes mit ihren langdauernden Verkehrssperren und sonstigen den Aufenthalt verleidenden Begleiterscheinungen [...]“*⁶⁸⁷

Die Wiesbadener Telegraf- und Telefonbeamten weigerten sich, entsprechend den Anweisungen der Reichsregierung⁶⁸⁸, für die Besatzungsbehörden tätig zu werden. Als Reaktion darauf wurden alle entsprechenden Ämter von der französischen Besatzungsmacht geschlossen. Erst Ende September öffneten sie wieder⁶⁸⁹. Reisen von Beamten aus Wiesbaden in Teile des unbesetzten Gebietes wurden dahingehend eingeschränkt, dass sie wieder, wie in der Zeit des Waffenstillstandes, jede Reise einzeln beantragen mussten⁶⁹⁰. Der französische Kommandant in Wiesbaden drohte mit einer Ausweitung der Sperrstunde und damit, den Belagerungszustand auszurufen⁶⁹¹. Dies hätte bedeutet, dass das französische Militär die Wiesbadener Verwaltung überwachen und faktisch die Kontrolle ausüben würde.

Die Hyperinflation führte im Jahr 1923 zu einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in der Stadt. Man befürchtete aufgrund der schlechten Versorgung mit Kartoffeln und den steigenden Brotpreisen Unruhen in der Stadt. Zudem hatte das Reich die Unterstützung für Erwerbslose reduziert und

⁶⁸⁵ Siehe Besatzungsstatistik in StAW WI/2, Nr. 2321. In Wiesbaden inklusive der besetzten angrenzenden Gemeinden stieg die Zahl der Besatzungstruppen von 8.732 auf 9.499.

⁶⁸⁶ Geisthardt, Fritz: Wiesbaden und seine Kaufleute, Wiesbaden/Stuttgart 1980, S. 117.

⁶⁸⁷ Aus der Denkschrift des Magistrats „Die wirtschaftliche Notlage Wiesbadens und ihre Ursachen“ vom Juni 1925, HHStAW Abt. 405, Nr. 5426, Bl. 36.

⁶⁸⁸ Anweisung des Reichsministers des Innern an den Wiesbadener Regierungspräsidenten vom 1.2.1923. StAW WI/2, Nr. 2517, Bl. 75.

⁶⁸⁹ StAW WI/2, Nr. 2517, Bl. 75h und 88a.

⁶⁹⁰ StAW WI/2, Nr. 2517, Bl. 76d.

⁶⁹¹ StAW WI/2, Nr. 2517, Bl. 75i.

die Finanzierung der Notstandsarbeiten stark eingeschränkt. Die Zahl der Arbeitslosen stieg im Oktober 1923 auf 12.000⁶⁹².

Die Versorgung mit Lebensmitteln war überwiegend ausreichend, jedoch gab es vereinzelte Mängel. Die steigenden Preise und der kommende Winter beunruhigten die Stadtverwaltung. Man befürchtete Hungersnöte und stellte die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln in den Mittelpunkt der städtischen Bemühungen⁶⁹³. Selbst in den Bereichen, in denen es keinen Mangel gab, bestand in den Geschäften Warenmangel, da aufgrund der Geldentwertung nicht genügend Mittel zur Verfügung standen, um Waren anzukaufen.

*„Wenn in einzelnen, der Zahl nach immer mehr zu nehmenden Geschäften Warenmangel besteht, so liegt das weniger an mangelhafter ausbleibender Zufuhr, als an der Unmöglichkeit, die für die Wiederbeschaffung veräusselter Waren erforderlichen Geldmittel zu beschaffen. Auch der Zusammenschluss mehrerer Geschäfte der selben Art zu einer Interessengemeinschaft genügt vielfach nicht und vermutlich sind aus der verschiedensten Kreisen des hiesigen Gross- und Kleinhandels Gesuche einer Kreditbewilligung an den Magistrat in grosser Zahl eingegangen.“*⁶⁹⁴

Die französische Verwaltung beschlagnahmte mehrfach Notgeld, das für die Ausgabe an Bedürftige und sonstige Empfänger und Behörden gedacht war. Dies betraf vor allem Lieferungen aus Wiesbaden an die umliegenden Vororte Biebrich, Bierstadt, Frauenstein und Rambach. Im Falle der Beschlagnahmung von 5 Mrd. RM für den Ort Biebrich wurde das gesamte Geld wieder freigegeben⁶⁹⁵.

Da das Reich die besetzten Gebiete während des passiven Widerstandes versorgen musste, erhielt die Stadt im März 1923 14,7 Millionen RM. Mit diesen

⁶⁹² StAW WI/2, Nr. 2555, Bl. 252.

⁶⁹³ Siehe Monatsberichte des Statistischen Amtes, StAW WI/2, Nr. 2319, Bl. 3-18.

⁶⁹⁴ Aus den Monatsberichten des Statistischen Amtes, StAW WI/2, Nr. 2319, Bl. 15-18.

⁶⁹⁵ Siehe zusammenfassenden Bericht des Landrats von Wiesbaden-Land vom 13.9.1923, HHStAW Abt. 405, Nr. 5211, Bl. 113.

Geldern wurden etwa 80 Hotels, Geschäfte, Restaurants und Handwerksbetriebe unterstützt⁶⁹⁶. Die Zuschüsse stiegen insgesamt auf 88.865.000 Goldmark⁶⁹⁷. Da der Transfer von Geld in das besetzte Gebiet aufgrund der Abspernung nicht durch Überweisungen getätigt werden konnte⁶⁹⁸, musste das Geld von Frankfurt aus durch Personen nach Wiesbaden geschleust werden⁶⁹⁹.

Im Oktober 1923 wurde der passive Widerstand aufgegeben⁷⁰⁰. 1925 erhielt die Stadt für Schäden aus dem Ruhrkampf und der Separatistenzeit eine pauschale Summe von 7.000 Rentenmark, die jede weitere Forderung abgalt⁷⁰¹. Der Einbruch bei den Besucherzahlen, der Rückgang des Handels und der Produktion durch Inflation sowie Ein- und Ausfuhrbeschränkungen führten zu massiven Schäden in der städtischen Wirtschaft, die sich umgehend auf die soziale und wirtschaftliche Situation der Bevölkerung auswirkten. Die wirtschaftlichen Folgen der Ruhrbesetzung für Wiesbaden schilderte der Arbeitgeberverband Wiesbadens an den Kreisdelegierten folgendermaßen:

„Das Ausbleiben eines grossen Teiles der Gäste hat die Geschäftsleute ihrer Einkommen dezimiert. Die Bekleidungs-Industrie, das Hotelgewerbe und ein grosser Teil des Handels direkt abhängig von den Kurfremden sind vor ein Nichts gestellt und die in diesen Gewerben beschäftigten Arbeiter und Angestellten erwerbslos geworden. Das schleichende Gift der Mark-Inflation und den damit verbundenen Ausverkauf durch die Fremden haben die Katastrophe beschleunigen helfen.

Die Industrie in Wiesbaden u. Umgebung, ist durch die Verbote der Ausfuhr, die Einführung der Zölle von und nach dem unbesetzten Gebiet, Stilllegung der Eisenbahnen und vieles Andere vor die Frage einer vollständigen Neu-Orientierung gestellt.“⁷⁰²

⁶⁹⁶ HHStAW Abt. 405, Nr. 5219, Bl. 289-293.

⁶⁹⁷ StAW WI/2, Nr. 2517, Bl. 91.

⁶⁹⁸ Siehe Bericht des Regierungsrats Bieser in Müller: Adler, S. 236f.

⁶⁹⁹ Geisthardt: Wiesbaden, S. 118f.

⁷⁰⁰ Abschrift des Briefes des Oberpräsidenten an den Wiesbadener Regierungspräsidenten vom 10.10.1923. StAW WI/2, Nr. 2517, Bl. 88c.

⁷⁰¹ StAW WI/2, Nr. 2517, Bl. 127.

⁷⁰² StAW WI/2, Nr. 2517, Bl. 90.

4.4. „Los von Berlin!“ - Die Separatistenbewegung 1923/24

4.4.1. Die separatistische Bewegung im Rheinland zwischen 1919 und 1924

Obgleich die Rheinische Republik im Juni 1919 nach wenigen Tagen am Widerstand der Bevölkerung gescheitert war, blieb die separatistische Bewegung im Rheinland weiterhin aktiv und wurde durch die französische Besatzung geschützt. Sympathisanten waren vor allem unter dem niederen Klerus und der Landbevölkerung zu finden, jedoch engagierte sich nur eine Minderheit aktiv für die Bewegung⁷⁰³. Es gab eine Vielzahl von Organisationen und Verbänden mit unterschiedlichen Zielen, aber keiner funktionierenden Führungsstruktur, weshalb man von separatistischen Strömungen in der Mehrzahl reden müsste. Bedeutende Anführer dieser Strömungen waren Hans Adam Dorten in Hessen und Nassau sowie Joseph Smeets in der Rheinprovinz.

Der gescheiterte Putschversuch⁷⁰⁴ Dortens am 1. Juni 1919 in Wiesbaden war nicht das Ende der Sympathien für dessen Bestrebungen. Er war gesellschaftlich nicht vollständig isoliert worden, sondern besaß lokal einen starken Rückhalt. Im gesamten besetzten Rheinland unterstützten Ortsgruppen und Verbände die Errichtung eines Rheinischen Bundesstaates im Reichsverband⁷⁰⁵.

Am 22. Januar 1920 wurde die Rheinische Volksvereinigung (RhVV) offiziell in Boppard am Rhein gegründet. Die Vereinigung war bereits Ende 1919 tätig gewesen und setzte sich im Sinne Dortens politisch für die Rheinstaatpläne ein. Das erklärte Ziel war weiterhin die Errichtung eines Rheinstaats im Reichsverband⁷⁰⁶. Dabei glaubten Dortens Anhänger, eine stille Bevölkerungsmehrheit hinter sich zu haben. Ihre Zahl wurde 1923 auf 30.000 bis 40.000 Personen geschätzt, die sich überwiegend aus dem ländlichen Raum rekrutierten⁷⁰⁷. Die Unterstützer Dortens waren gesellschaftlich etablierte Personen; zumeist Angehörige des niederen Klerus und Vertreter der ländlich-kleinstädtischen Mittelschichten aus akademischen Kreisen⁷⁰⁸.

⁷⁰³ Schlemmer: Rheinstaatbestrebungen, S. 735.

⁷⁰⁴ Siehe hierzu Kapitel 3.2.

⁷⁰⁵ Schlemmer: Rheinstaatbestrebungen, S. 130f. und S. 199.

⁷⁰⁶ Schlemmer: Rheinstaatbestrebungen, S. 135f.

⁷⁰⁷ Schlemmer: Rheinstaatbestrebungen, S. 149.

⁷⁰⁸ Schlemmer: Rheinstaatbestrebungen, S. 193 und 197; Reimer: Rheinlandfrage, S. 217.

Innerhalb der RhVV gab es auch Gegner Dortens wie z.B. die Kölner Fraktion der RhVV, die der konservativen Zentrumsrichtung angehörte. Bei der Gründung der Christlichen Volkspartei (CVP) im Frühling 1920 in Köln, konnten sich die Gegner Dortens durchsetzen⁷⁰⁹. Der offizielle Bruch zwischen der Kölner CVP und den Anhängern Dortens kam im Sommer 1921. Die Folgezeit war von Misstrauen und gegenseitigen Vorwürfen innerhalb der RhVV geprägt. Die RhVV und der Teil der CVP, der weiterhin Dorten folgte, versuchten im Frühjahr 1922 erneut Einfluss auf die rheinische Zentrumsparterie zu gewinnen und intensivierten ihre Propagandatätigkeit. Trotz dieser Versuche verlor die Dorten-Bewegung an Einfluss und war bis zum Frühling 1923 politisch bedeutungslos geworden⁷¹⁰.

Zu den wichtigsten Akteuren der separatistischen Bewegung im Rheinland gehörte neben Dorten das ehemalige SPD-Mitglied Joseph Smeets⁷¹¹. Smeets war seit dem Sommer 1919 der Vorsitzende des Rheinlandbundes, der im Januar 1920 in die Rheinisch-Republikanische Volkspartei (RhRVP) überging. Die Organisation Smeets' vereinigte die Rheinstaatbefürworter, die nicht dem Zentrum nahestanden, und wandte sich in der Frühphase überwiegend an Personen aus dem Arbeitermilieu. Er bemühte sich aber zusehends um Zuspruch aus den unteren Mittelschichten und vonseiten der Kleinbauern. Bis zum Frühling 1923 stieg die Mitgliederzahl der RhRVP auf etwa 9.000 an⁷¹².

Im Gegensatz zu den Rheinstaatbefürwortern im rheinischen Zentrum, der CVP und RhVV, war Smeets' erklärtes Ziel, einen unabhängigen Staat zu schaffen und sich vom Deutschen Reich zu lösen. Smeets konstruierte eine rheinfränkische Identität und vertrat einen rheinfränkischen Nationalismus, der von der Existenz eines autochthonen rheinischen Volkes ausging⁷¹³. Zu seinen zentralen Forderungen gehörte die Abberufung des Reichskommissars für die besetzten Gebiete und die Abschaffung des preußischen Beamtenapparates⁷¹⁴.

⁷⁰⁹ Vgl. Reimer: Rheinlandfrage, S. 224ff.

⁷¹⁰ Vgl. Reimer: Rheinlandfrage, S. 241-245.

⁷¹¹ Joseph Smeets, geb. 1893 in Köln, gest. am 25.3.1925 in Metz. Reimer: Rheinlandfrage, S. 168 Anm. 503 und Schlemmer: Rheinstaatbestrebungen, S. 152ff. („Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik“ online; URL: http://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0000/adr/adrsz/kap1_1/para2_371.html, besucht am 11.08.2011).

⁷¹² Bischof: Separatismus, S. 119 und Schlemmer: Rheinstaatbestrebungen, S. 152f. und S. 198.

⁷¹³ Schlemmer: Rheinstaatbestrebungen, S. 153.

⁷¹⁴ Schlemmer: Rheinstaatbestrebungen, S. 158.

Die separatistischen Bewegungen wurden nicht nur von der Mehrheit der Bevölkerung, sondern auch von den politischen Parteien der Rheinprovinz abgelehnt. In einem gemeinsamen Beschluss vom 9. Juni 1921 erklärten sie in Königswinter, dass sie die separatistischen Strömungen und ihre Politik ablehnten, und bekräftigten dies im April 1922. Dabei unterschieden sie nicht zwischen Dortens und Smeets' Forderungen⁷¹⁵.

1923 verschärfte sich die soziale und wirtschaftliche Lage im besetzten Gebiet, die zu Demonstrationen und Ausschreitungen führte und die Region zunehmend destabilisierte. Die Ruhrkrise, der passive Widerstand gegen die Besetzung des Ruhrgebiets und die zunehmende Hyperinflation ließen die separatistischen Strömungen erstarken⁷¹⁶. In Aachen schlossen sich im Mai und Juni 1923 die Ortsverbände der RhVV, der CVP der RhRVP und des Deutschen Föderalistenbundes zusammen und bildeten ein Aktionskomitee. Von zentraler Bedeutung war der Journalist Josef Matthes⁷¹⁷, der von den Franzosen protegiert wurde. Matthes übernahm die Führung in der von Smeets gegründeten RhRVP, die dann in den Rheinischen Unabhängigkeitsbund (RhUB) überging und Smeets ausschloss. Am 15. August 1923 schlossen sich RhVV und RhUB in der Front der Rheinischen Bewegung zur Herbeiführung der selbständigen Republik zusammen, der sich auch Dorten anschloss⁷¹⁸.

Ende August 1923 gründeten die Separatisten den Rheinlandschutz als paramilitärische Schutztruppe. Der Rheinlandschutz rekrutierte seine Mitglieder aus jungen Männern, die zuvor als Streikbrecher im Ruhrkampf oder als Saalwachen bei separatistischen Veranstaltungen tätig gewesen waren. Angeführt und zusammengehalten wurden sie von ehemaligen Unteroffizieren unter der Führung der sogenannten Obersten Heeresleitung. In Düsseldorf, Bonn und

⁷¹⁵ Schlemmer: Rheinstaatbestrebungen, S. 150f.; Reimer: Rheinlandfrage, S. 221f. und UuF Bd. 5, S. 292ff.

⁷¹⁶ Schlemmer: Rheinstaatbestrebungen, S. 161-164.

⁷¹⁷ Joseph Friedrich Matthes, geb. am 10.2.1886 in Würzburg, gest. am 9.10.1943 im Konzentrationslager Dachau. Matthes war Schriftsteller und Redakteur. 1920 wurde er von der Mitgliedschaft in der SPD ausgeschlossen und gehörte in den Zwanziger Jahren zu den führenden Personen hinter den separatistischen Bestrebungen im Rheinland. 1923 war er Mitbegründer des Rheinischen Unabhängigkeitsbundes und 1923 „Präsident“ der Rheinischen Republik. Nach 1930 arbeitete er als Redakteur in Frankreich und wurde 1941 ausgeliefert und inhaftiert. („Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik“ online; http://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0000/adr/adrmr/kap1_1/para2_87.html, besucht am 11.08.2011).

⁷¹⁸ Reimer: Rheinlandfrage, S. 282-290.

Mainz wurden eigens für die Schutztruppe Ausbildungszentren geschaffen. Der Rheinlandschutz war militärisch organisiert und in die Armeebereiche Nord und Süd unterteilt. Im Oktober 1923 umfasste er 37 Kompanien mit insgesamt 37.000 Mann. Finanziert und bewaffnet wurde der paramilitärische Arm der Separatisten von belgischer und französischer Seite⁷¹⁹.

Der Separatistenputsch 1923

Ende August bis Anfang September berieten die Anführer der einzelnen separatistischen Gruppen mit Vertretern der Franzosen und Belgier über einen Zusammenschluss und die Gründung der Rheinischen Republik. Man einigte sich auf einen Termin Mitte November, jedoch blieben Ort und Struktur des zu bildenden Staates unklar. Konflikte mit den anderen Besatzungsmächten und unter den Separatisten selbst führten dazu, dass kein Aktionsplan beschlossen werden konnte⁷²⁰.

Die unterschiedlichen Vorstellungen der Separatistenführer, Vereinigungen und Ortsverbände verhinderten eine konzentrierte Aktion aller separatistischen Kräfte. In Aachen wurde das Rathaus am 21. Oktober 1923 unter der Führung von Leo Deckers besetzt und die „Freie und unabhängige Republik Rheinland“ ausgerufen⁷²¹. Daraufhin reagierten Matthes und Dorten und bildeten eine vorläufige Regierung unter Einbeziehung von Vertretern aller separatistischer Strömungen. Innerhalb der vorläufigen Regierung kam es weiterhin zu Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Vertretern. Die vorläufige Regierung der Rheinischen Republik wurde von Tirard und der französischen und belgischen Besatzungsmacht unterstützt und ihre Regierung dort anerkannt, wo sie tatsächlich die Exekutivgewalt ausübte. In den Städten und Orten, die von den Separatisten übernommen worden waren, wurden Kommissare eingesetzt, welche die Beamten vor Ort kontrollieren sollten. Sie wurden ermächtigt, gegen Streikende vorzugehen, Requisitionen zu erlauben und eigenes Notgeld drucken zu lassen. Im Notfall konnten sie auch auf den bewaffneten Rheinlandschutz zurückgreifen, um die Ziele der Separatisten durchzusetzen⁷²².

Um den 21. und 22. Oktober wurden im gesamten besetzten Gebiet separatistische Aktionen nach ähnlichem Muster durchgeführt. Die Separatisten besetzten das Verwaltungsgebäude und setzten die bestehende Verwaltung außer

⁷¹⁹ Reimer: Rheinlandfrage, S. 299f.

⁷²⁰ Reimer: Rheinlandfrage, S. 296ff.

⁷²¹ Vgl. Zeitungsbericht der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 22.10.1923 in: UuF Bd. 5, S. 303.

⁷²² Reimer: Rheinlandfrage, S. 310f.

Kraft. Die Separatisten hissten die grün-weiß-rote Flagge der rheinischen Republik und informierten die Bevölkerung mittels öffentlicher Anschläge und Flugblätter. Am nördlichen Niederrhein, im Ruhrgebiet und in Nassau hatten die Separatisten zwar Mitglieder und Aktivisten, jedoch war der Zuspruch durch die Bevölkerung sehr gering. Nur im katholisch-ländlichen Gebiet im Regierungsbezirk Koblenz hatten die Separatisten größeren Rückhalt⁷²³.

Die Separatistenputsche waren in vielen Städten von Unruhen und gewalttätigen Auseinandersetzungen begleitet. Von besonders schwerer Natur waren die Auseinandersetzungen zwischen den Separatisten und der Bürgerwehr im Siebengebirge bei Ägidienberg⁷²⁴. Requisitionen und kriminelle Handlungen sowie die Aktivitäten des Rheinlandschutzes führten zur strikten Ablehnung der Separatisten durch die Mehrheit der Bevölkerung. Die engen Verflechtungen mit den französischen Behörden und Militärs ließen sie als Handlanger der Besatzungsmacht erscheinen, wodurch die Ablehnung durch die Bevölkerung gesteigert wurde⁷²⁵. Die Separatisten wurden von den französischen und belgischen Stellen grundsätzlich begrüßt, jedoch war die Haltung der Delegierten unterschiedlich. Einige französische Delegierte und die meisten belgischen Delegierten lehnten die Umsturzversuche ab, andere verhielten sich neutral, während wieder andere die Separatisten, wie z.B. in Wiesbaden, offen unterstützten. Die französische Regierung verhielt sich zunächst wohlwollend bis neutral. Dies änderte sich jedoch im November 1923, als die Separatisten und ihre Anführer zu einer politischen Last wurden und die Ziele eines rheinischen Staates nicht mehr zu realisieren waren⁷²⁶.

Der internationale Widerstand gegen die Rheinstaatpläne wuchs. Neben den Protestbriefen der deutschen Regierung, machte Großbritannien seine Ablehnung der Rheinstaatpläne deutlich. Die britische Regierung teilte ihrem Hochkommissar Lord Kilmarnock in Koblenz am 28. Oktober mit, dass sie jede Form der separatistischen Bewegung in Hinblick auf das Rheinlandabkommen, die Reparationen und die Gefahren für die Truppen ablehne⁷²⁷. Auch Belgien

⁷²³ Vgl. Schlemmer: Rheinstaatbewegung, S. 165-170.

⁷²⁴ Siehe hierzu: Klocksins, Jens: Separatisten im Rheinland. 70 Jahre nach der Schlacht im Siebengebirge. Ein Rückblick, Bonn 1993.

⁷²⁵ Schlemmer: Rheinstaatbewegung, S. 172-173.

⁷²⁶ Schlemmer: Rheinstaatbewegung, S. 170-173.

⁷²⁷ Diese Haltung wurde auch über die Botschaften in Paris, Brüssel und Rom an die jeweiligen Regierungen weitergegeben. Kabinettsitzung vom 30.10.1923; NA CAB 23/46, Bl. 311. Aus einem Bericht der Rheinlandkommission an das Kabinett von 1921 geht hervor, dass die britische Regierung bereits im März 1921 von den Plänen der französischen Regierung in

schloss sich nach politischen Diskussionen der ablehnenden Haltung der Briten an⁷²⁸. Die französische Regierung intervenierte in Brüssel und versuchte ihre Machtstellung in der Rheinlandkommission wieder zu festigen. Es konnte jedoch keine Einigung erzielt werden, sodass das Scheitern der Separatisten in der belgischen und britischen Zone zementiert wurde. Nur in der Pfalz sahen die Franzosen noch Chancen für die Separatisten⁷²⁹.

Anfang November 1923 spaltete sich die vorläufige rheinische Regierung in zwei Regierungsbereiche auf. Matthes übernahm den nördlichen Bereich, der die Regierungsbezirke Aachen, Köln, Düsseldorf und Koblenz umfasste, während Dorten den südlichen Bereich mit den Regierungsbezirken Trier, Wiesbaden, Rheinhessen und der Pfalz verwaltete. Nach Differenzen innerhalb der vorläufigen Regierung kam es zum endgültigen Bruch zwischen Matthes und Dorten und zum faktischen Ende der einheitlichen vorläufigen Regierung der Rheinischen Republik. Am 18. November zog Dorten nach Bad Ems und erklärte die Übernahme der Exekutivgewalt. Dorten konnte Ende November die Eingliederung der Pfalz in die Rheinische Republik verkünden. Dennoch gab es in Nassau wie auch in Rheinhessen Separatisten, die sich gegen Dorten und seine Regierung stellten⁷³⁰.

Matthes teilte Tirard in Koblenz am 27. November das Ende seiner Regierung mit:

„Unter Hinweis auf die Ihnen jeweils überreichten Kabinettsprotokolle und das einschlägige Rechtsgutachten über meine anfangs festgestellte Eigenschaft erkläre ich hiermit die von Ihnen anerkannte „Vorläufige Regierung der Rheinischen Republik zu Coblenz“ als aufgelöst. In den letzten Tagen sind bereits zwei bis drei Mitglieder des Kabinetts ausgeschieden, nachdem sich dasselbe schon vor ungefähr 14 Tagen in zwei Teile spaltete, von denen jedes für sich Kabinettsbeschlüsse fasste. Dazu kam, dass sich heute aus der gestern auch von mir und vor 14 Tagen von Herr Dr. Dorten und seinen Fraktionskollegen aufgelösten sogenannten „Obersten Heeresleitung“ eine „Militärdiktatur“ auftrat, bei der mein entlassener Generalsekretär

Bezug auf die Separatisten unterrichtet war. In dem Bericht wird auf die Gefahren dieser Politik für die stationierten Truppen und die Wirtschaft hingewiesen. Vgl. NA CAB 24/121, Bl. 162f.

⁷²⁸ Reimer: Rheinlandfrage, S. 323-328.

⁷²⁹ Reimer: Rheinlandfrage, S. 332f.

⁷³⁰ Reimer: Rheinlandfrage, S. 345-350 und Bischof: Separatismus, S. 126.

Rosenbaum, der erwiesenermassen preussische Spitzeldienste für Frankfurt a./M. leistet, aber auch angeblich gleiche französische Dienste zu leisten vorgibt, besondere mitwirkte. Diese „Militärdiktatur“ die mit auffallendem Geldaufwand arbeitete, hat heute das Kabinett facto ausgeschaltet. An oder gegen mich hat diese „Militärdiktatur“ sich persönlich nicht gewandt. Das Kabinett erklärte mir seine völlige Machtlosigkeit.
*Coblenz, 27.11.23 Matthes*⁷³¹

Auch die Regierung Dortens musste wenige Wochen später aufgelöst werden. Am 22. Dezember 1923 teilte Tirard Dorten mit, dass die französische Regierung die Unterstützung des Separatismus beenden und die vorläufige Regierung beseitigen werde. Dies hatte Poincaré entschieden, nachdem Tirard ihm berichtete, dass die Bewegung aufgrund der ablehnenden Haltung der Bevölkerung gegenüber den handelnden Personen und der Einmischung der Franzosen nicht erfolgreich sein werde. Daraufhin wurde der Abbau der Regierung Dortens eingeleitet und am Ende des Jahres abgeschlossen. Dorten reiste am 31. Dezember nach Nizza aus⁷³². In den folgenden Jahren bis zum Ende der Weimarer Republik gab es weiterhin Unterstützer des Rheinstaatgedanken, jedoch operierten sie meist im Geheimen und konnten keine politischen Erfolge erzielen⁷³³.

4.4.2. Das Scheitern der Rheinischen Republik in Wiesbaden

Nach dem Ende des ersten Separatistenputsches waren auch in Wiesbaden die Separatisten weiterhin aktiv, wenngleich sie an Bedeutung verloren. Im Herbst 1919 wurden sogar Protestlisten im Regierungsbezirk Wiesbaden gegen die Gründung einer Rheinischen Republik gesammelt, die fast 20.000 Unterschriften zusammenbrachten⁷³⁴. Dennoch schien gerade in Wiesbaden die Gefahr eines Umsturzes besonders hoch zu sein, da ein Widerstand vornehmlich

⁷³¹ Dieser Auszug des Briefes von Matthes an Tirard findet sich in einem Brief des Ministers des Innern an den Regierungspräsidenten in Wiesbaden vom 1.12.1923. HHStAW Abt. 405, Nr. 5209, Bl. 8-9.

⁷³² Reimer: Rheinlandfrage, S. 368.

⁷³³ Zur Zeit nach 1924 siehe das Kapitel 2.2.4 bei Schlemmer: Rheinstaatbestrebungen, S. 175-189.

⁷³⁴ Schlemmer: Rheinstaatbestrebungen, S. 135.

vonseiten der Arbeiterschaft befürchtet wurde und diese in der Kurstadt im Vergleich zu anderen Städten nicht so einflussreich war:

*„Nach meiner festen, durch nichts zu erschütternden Überzeugung wird Wiesbaden der Ort sein, den sich die Franzosen als Mittelpunkt ihrer politischen Arbeit wählen bzw. schon gewählt haben. Alles liegt hier günstig; auch der Mangel an Industrie, der sie von der Furcht vor grossen Arbeiteraufständen im Falle einer politischen Umwälzung freilässt.“*⁷³⁵

Bis in den Juni 1923 gab es keine bedeutsamen Aktionen durch Separatisten in Wiesbaden. Auch der politische Einfluss der Separatisten war unbedeutend. Zur Reichstagswahl am 6. Juni 1920 trat die den separatistischen Strömungen nahestehende CVP nicht an und in der Landtagswahl im Februar 1921 erhielt die CVP in Wiesbaden und Umgebung unter 200 Stimmen⁷³⁶. Von größerer Bedeutung war die vorübergehende Verhaftung Dortens und eine Kundgebung im Kurhaus gegen die separatistischen Bestrebungen.

Gegen Dorten war nach dem Separatistenputsch 1919 ein Haftbefehl wegen Hochverrats erlassen worden. Am 24. Juli 1920 verhafteten Kriminalbeamte aus Frankfurt Dorten in Wiesbaden und brachten ihn nach Leipzig vor das Reichsgericht. Bereits drei Tage später wurde er aber auf Druck der Rheinlandkommission und das Engagements Tirards wieder freigelassen. Tirard briefte sich dabei auf die Ordonnanz Nr. 2 der Rheinlandkommission, deren Art. 31, §3 besagte, dass politische Akteure ohne die Zustimmung der Rheinlandkommission nicht strafrechtlich verfolgt werden durften⁷³⁷. Auch vonseiten der preußischen

⁷³⁵ Aus einem Bericht an den Oberbürgermeister vom 5.2.1920, StAW WI/2, Nr. 2517, Bl. 59a-g.

⁷³⁶ Zur Reichstagswahl siehe Schlemmer: Rheinstaatbestrebungen, S. 143ff. und zur Landtagswahl Müller-Werth: Separatistenputsche, S. 280.

Laut eines Berichtes des Regierungspräsidenten an den Reichskommissar für die besetzten Gebiete vom 28.2.1921 gab es im Vorfeld der Wahlen keine Propaganda für die Rheinische Republik und keine nennenswerten Stimmen für die Partei der Separatisten. HHStAW Abt. 405, Nr. 5292, Bl. 103.

⁷³⁷ Mordacq: Mentalität, S. 62ff. und Vogels: Verträge, S. 150, Anm. 2. Zur Amtsenthebung siehe HHStAW Abt. 405, Nr. 5224, Bl. 6.

Der Historiker Erwin Bischof geht davon aus, dass die Verhaftung Dortens sich radikalisierend auf seine Bestrebungen ausgewirkt hätte. Das Gefühl im besetzten Gebiet nicht mehr sicher zu sein, habe ihn psychisch so stark bedrängt, dass er seine Rheinstaatbestrebungen „um jeden Preis zum Erfolg“ hätte führen wollen. Bischof übersieht dabei die Rahmenbedingungen, die 1923 die Separatistenputsche begünstigten: die Ruhrkrise, die französische Be-

Verwaltung und des Reiches wurde die Verhaftung Dortens als unzulässig eingeschätzt und abgelehnt. Als Reaktion auf die Verhaftung wurden der Regierungspräsident Dr. Momm und der stellvertretende Polizeipräsident Wiesbadens von der Rheinlandkommission ihres Amtes enthoben. Das Ereignis verschärfte die bereits problematischen Beziehungen zwischen den deutschen Behörden und der Rheinlandkommission⁷³⁸.

Ein weiteres herausragendes Ereignis war die Kundgebung am 14. Dezember 1922 im Kurhaus Wiesbaden. Bei dieser Veranstaltung waren Politiker aller Parteien anwesend und verkündeten öffentlich und pressewirksam ihre Ablehnung des Separatismus und die Loyalität zu Preußen und dem Deutschen Reich. Die Kundgebung sollte ursprünglich eine Gegenveranstaltung zu einer Versammlung von Separatisten in Bad Ems darstellen, die jedoch abgesagt wurde⁷³⁹. Dass eine solche Kundgebung gegen die Separatisten einmalig war, zeigt, dass die Separatisten zwischen 1920 und 1922 kaum in den Vordergrund getreten waren. Dieser Auffassung war auch der Wiesbadener Oberbürgermeister, der Ende Dezember 1921 in einem Bericht festhielt: „Die Smeetsche ‚Rheinische Republik‘ findet hier so gut wie keine Verbreitung. [...] so sind wir der Auffassung, daß sie auf die Bevölkerung Wiesbadens im allgemeinen keinen Eindruck machen.“⁷⁴⁰

Das Erstarken der separatistischen Bewegungen 1923 und die verbesserte Koordination und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Vereinigungen führten im Juni 1923 zu einer stärkeren Präsenz der Separatisten in Wiesbaden. Mitte Juni gründete der RhRVP eine Ortsgruppe in Wiesbaden⁷⁴¹ und der Rheinische Volksbund eröffnete ein Generalsekretariat. Im selben Monat wurde in der Marktstraße eine Geschäftsstelle des Ausschusses zur Wahrung Rheinischer Interessen eingerichtet. Im Sommer warb die Ortsgruppe mit Plakaten und Flugblättern für die Rheinische Republik⁷⁴². In den Flugblättern forderten die Separatisten die wirtschaftliche Selbständigkeit des Rheinlandes. Die

satzungspolitik und die Entwicklung innerhalb der separatistischen Strömungen (vgl. Kapitel 4.4.1). Bischof: Separatismus, S. 115f.

⁷³⁸ Siehe Kapitel 4.2.2. und Müller-Werth: Separatistenputsche, S. 279.

⁷³⁹ Müller-Werth: Separatistenputsche, S. 283.

⁷⁴⁰ StAW WI/2, Nr. 2555, Bl. 121-122.

⁷⁴¹ Reimer: Rheinlandfrage, S. 285.

⁷⁴² Der Polizeipräsident berichtete an den Regierungspräsidenten vom 1.7.1924: „Nach emsiger Wühlarbeit und im Glauben, daß der Boden für die Erreichung ihrer Ziele durch die mit der Ruhrbesetzung verbundenen wirtschaftlichen Abschnürung der Rheinlande nun bereit sei, hat die separatistische Bewegung am 16. August 1923 zum ersten Male in Wiesbaden die

Politik der Regierung Stresemann führe, so die Auffassung der Anhänger der Rheinischen Republik, in den wirtschaftlichen Ruin und in einen Revanchekrieg⁷⁴³. Am 23. September 1923 folgte eine große Kundgebung der Vereinigten Rheinischen Bewegung im Kurhaus mit über 3.500 Teilnehmern. Unter den Rednern waren Matthes und Dorten. Die Teilnehmer kamen zumeist von außerhalb, aus Rheinhessen, Nassau und der Rheinprovinz und waren mit Zügen nach Wiesbaden gebracht worden. Auf dem Rückweg von der Kundgebung zum Hauptbahnhof kam es zu Handgreiflichkeiten mit Passanten, sodass die Polizei einschreiten musste⁷⁴⁴.

Der Separatistenputsch

Am 21. Oktober 1923 erreichten Meldungen die Wiesbadener Polizei, dass die Rheinische Republik in Aachen ausgerufen wurde und dies in den nächsten Tagen auch in Wiesbaden passieren sollte⁷⁴⁵. Zu diesem Zeitpunkt unterrichtete eine Abordnung der Separatisten den französischen Generalstab in Mainz über ihre Absichten. Dabei wurde ihnen die Unterstützung des französischen Militärs zugesichert⁷⁴⁶.

Am Abend des 22. Oktobers besetzten Separatisten das Rathaus⁷⁴⁷. Etwa zehn bis fünfzehn Männer drangen bewaffnet in das Gebäude ein. Wenige Stunden nach der Besetzung versammelten sich über 200 Gegner der Separatisten vor dem Rathaus, die aber durch Schüsse auseinander getrieben wurden. Einen weiteren Zusammenstoß gab es am späten Abend in der Friedrichstraße, bei dem mehrere Personen verletzt wurden⁷⁴⁸. Die Separatisten besetzten weitere

Aufmerksamkeit auf sich gelenkt [...]“, HHStAW Abt. 405, Nr. 5290, Bl. 4; siehe auch Müller-Werth: Separatistenputsche, S. 286.

⁷⁴³ HHStAW Abt. 405, Nr. 5287, Bl. 2.

⁷⁴⁴ Bericht des Polizeipräsidenten an den Regierungspräsidenten vom 1.7.1924, HHStAW Abt. 405, Nr. 5287, Bl. 2 und Müller-Werth: Separatistenputsche, S. 289.

⁷⁴⁵ HHStAW Abt. 405, Nr. 5287, Bl. 4.

⁷⁴⁶ Aus dem „Résumé chronologique des événements depuis le 21 Octobre 1923“ in SHD 6N55, Dossier Wiesbaden.

⁷⁴⁷ Ein Zeugenbericht aus der Sicht eines Mitarbeiters des Rathauses findet sich in StAW NL25, Nr. 1, S. 18ff.

⁷⁴⁸ Die französischen Quellen geben den 23.10.1923 als Tag der Besetzung des Rathauses an, siehe Resumé SHD 6N55, Dossier Wiesbaden. Auch in den Erinnerungen Mordacqs wird auf dieses Datum verwiesen, Mordacq: Mentalität, S. 254. Ein Polizeibericht nennt den 22.10.1923, HHStAW Abt. 405, Nr. 5287, Bl. 8. Im Magistrats-Beschluss Nr. 1874, 26.10.1923 StAW WI/2, Nr. 2517, Bl. 94 heißt es:

„Am 22. Oktober abends nach Büroschluss sind Separatisten in das Rathaus eingedrungen.

öffentliche Gebäude wie das Regierungspräsidium, das Landratsamt, das Landeshaus und den städtischen Fuhrpark⁷⁴⁹. Berichten zufolge wurde dabei das Landratsamt von Separatisten geplündert⁷⁵⁰. In der Nacht wurden Plakate aufgehängt, auf denen die Errichtung der Rheinischen Republik verkündet wurde:

„Der Tag der rheinischen Freiheit ist angebrochen!

Die Rheinische Republik ist proklamiert!

Im Auftrag der vorläufigen Regierung haben wir die öffentliche Gewalt übernommen. Wir werden für Ruhe und Ordnung sorgen.

Gehe jeder an seine Arbeit! Die Lebensmittelversorgung ist reichlich sichergestellt.

Verordnungen der vorläufigen Regierung werden folgen.

Mainz und Wiesbaden, den 22. Oktober 1923

*Im Auftrage Die Execution Feith, Hergenhahn*⁷⁵¹

In der Nacht vom 22. auf den 23. Oktober verhandelten die Polizei und Vertreter der Gewerkschaften mit dem Stadtdelegierten Dauriat⁷⁵² und teilten ihm ihre ablehnende Haltung mit. Der Oberdelegierte de Lillers⁷⁵³, der ebenfalls anwesend war, drohte mit Entwaffnung, Absetzung und Ausweisung der Polizei,

Am 23. Oktober hat der kommandierende General des 30. Armeekorps die Polizeigewalt in der Stadt übernommen. In Ausübung dieser Gewalt hat der kommandierende General unter Zusicherung voller Neutralität angeordnet, daß der Zustand vom 23. Oktober nicht gewaltsam geändert werden dürfte. Demzufolge sind die Separatisten im Rathause geblieben; der Verwaltungsbetrieb wird jedoch durch ihre Anwesenheit in keiner Weise beeinflusst; alle Bürger können ungehindert wie bisher im Rathaus, dessen Überwachung in Händen eines französischen Militärkommandos liegt, verkehren.“

In der Darstellung der Ereignisse folgt diese Arbeit den deutschen Quellen.

⁷⁴⁹ Résumé SHD 6N55, Dossier Wiesbaden, Mordacq: Mentalität, S. 256. Eine detaillierte Darstellung der Besetzung des Regierungsgebäudes und des Landhauses anhand der deutschen Akten findet sich bei Müller-Werth: Separatistenputsche, S. 295f.

⁷⁵⁰ Aus einem Schreiben des Regierungspräsidenten an den Oberdelegierten de Lillers im November 1923: Im Landratsamt Wiesbaden ist besonders erheblich geplündert worden. Wiederholt fuhr dort ein Automobil [der] Separatisten vor, das [unleserlich] zentnerweise Lebensmittel, [unleserlich] Stoffe, Autoreifen u. dergl. holten.“; HHStAW Abt. 405, Nr. 5289, Bl. 18.

⁷⁵¹ HHStAW Abt. 405, Nr. 5287, Bl. 9.

⁷⁵² Über den Delegierten Dauriat konnten keine biographischen Angaben ermittelt werden.

⁷⁵³ Edmond Marquis de Lillers, promovierter Jurist, Bürgermeister von Notre-Dame-de-Gravenchon, Offizier der Ehrenlegion. Qui êtes-vous? Annuaire des contemporains. Notices biographiques, Paris 1924, S. 76.

wenn sie sich nicht verpflichteten, die Separatisten gewähren zu lassen⁷⁵⁴. Da sich die Polizei weiterhin weigerte, wurde sie am nächsten Morgen entwaffnet und der kommandierende General Mordacq⁷⁵⁵ übernahm die Polizeigewalt. Er ließ verlauten: „Die deutsche Polizei hat versagt. [...] Infolgedessen übernehme ich vom 23. Okt. 8 Uhr vormittags ab, die Polizeigewalt. [...] Anstelle der deutschen Polizei tritt französische Gendarmerie und Militär.“

Der folgende Dienstag war von den Reaktionen auf den gewaltsamen Umsturzversuch geprägt. Die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien erklärten einen Generalstreik, dem die Bevölkerung Wiesbadens folgte. Es kam zu keinen Zwischenfällen⁷⁵⁶. Die politischen Parteien der Stadt lehnten den Separatistenputsch ebenfalls ab und bestätigten dies in einer Erklärung vom 23. Oktober 1923:

„Die berufenen Vertreter der politischen Parteien geben in der Überzeugung, damit den Willen der ganz überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen, folgende Erklärung ab:

*Wir und mit uns nahezu die gesamte Bevölkerung lehnen das Vorgehen der Separatisten, insbesondere in der Form, wie es in Wiesbaden in den letzten 24 Stunden zur Tat geworden ist, ab.“*⁷⁵⁷

⁷⁵⁴ Oberdelegierter de Lillers am 22.10.1923: „Ist die Polizei bereit, sich schriftlich zu verpflichten, den Strassendienst auszuüben und die Anhänger des neugeschaffenen Zustandes nicht zu belästigen? Wenn sie diese Bedingungen nicht unterschreiben kann, wird die Besatzungsbehörde, die sich demnach vor einem Zustande sieht, der die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet, die ohnmächtige Polizei entwaffnen, abzusetzen und auszuweisen.“ HHStAW Abt. 405, Nr. 5289, Bl. 24.

⁷⁵⁵ Jean Jules Henri Mordacq, geb. am 12.1.1868 in Clermont Ferrand, gest. im April 1943. Mordacq machte als Offizier in der Dritten Republik Karriere, nahm an Kampagnen in Algerien und Tonkin teil. Den Ersten Weltkrieg begann er als Oberst und erreichte 1917 den Rang eines Generals. Er wechselte als Stabschef in das Kriegsministerium und wurde Kabinettschef unter Ministerpräsident Clemenceau. 1920 übernahm er das Kommando über das 30. Armee-korps mit Sitz in Wiesbaden. Er verfasste mehrere Monographien zu politischen und militärischen Themen, darunter ein Buch über seine Zeit als Befehlshaber am Rhein. Académie septentrionale: Membres titulaires - Membres correspondants, Lille 1951, S. 314 und Livre d'or de la Sabretache. 1914-1918, Bd. 1, Paris 1923, S. 73.

⁷⁵⁶ HHStAW Abt. 405, Nr. 5287, Bl. 9.

⁷⁵⁷ StAW WI/2, Nr. 2517, Bl. 93.

Die einzig bekannte Zustimmung zur Rheinischen Republik kam von Mitarbeitern und einem Präsidialmitglied der Handelskammer Wiesbaden, die sich schriftlich der neuen Regierung der Rheinischen Republik unterstellten⁷⁵⁸.

Zwei Tage nach der Besetzung des Rathauses und anderer Regierungsgebäude wurden die Gegner der Separatisten aktiv. Auf Befehl des Magistrats versuchte die Feuerwehr die Separatisten aus dem Rathaus zu treiben, was allerdings durch das Einschreiten der französischen Besatzungssoldaten verhindert wurde. Mordacq schrieb: „Ueberall wurde gekämpft: innerhalb des Gebäudes und außerhalb. Ich ließ Ruhe und Ordnung wieder herstellen und den status quo aufrecht erhalten.“⁷⁵⁹ Ähnlich verlief der Versuch der Feuerwehr, den städtischen Fuhrpark in der Rheinstraße zu besetzen. Dies gelang zwar, doch mussten nach kurzer Zeit auf Druck der Besatzungsmacht die vertriebenen Separatisten wieder in das Gebäude gelassen werden. Am gleichen Tag versuchten mehrere Männer in das besetzte Regierungspräsidium einzudringen und die Separatisten zu entfernen. Dies gelang aufgrund der Gegenwehr der Separatisten jedoch nicht⁷⁶⁰.

Die Reichsregierung forderte, die Separatisten gewaltsam aus den Gebäuden zu entfernen, wenn dies ohne eine Konfrontation mit den Besatzungstruppen möglich wäre. Sie verbot Treueverpflichtungen und eine dienstliche Unterordnung sowie jeden sachlichen Verkehr mit den Separatisten. Man empfahl „enge Fühlungnahme mit der Bevölkerung“⁷⁶¹ und erklärte, dass besetzte Ämter keine finanziellen Mittel mehr erhalten würden.

In den folgenden Tagen stabilisierte sich die Lage in Wiesbaden. Die Separatisten blieben fortan von der deutschen Polizei und der Bevölkerung unbeheligt, während sie die zentralen Regierungsgebäude unter dem Schutz der Besatzungstruppen besetzt hielten. Am 29. Oktober wurde die Übernahme der Zivilgewalt durch die Regierung der Rheinischen Republik in Koblenz verkündet.

⁷⁵⁸ Aus einem Brief der Rheinischen Volksvereinigung vom 23.10.1923: „Die Unterzeichneten Angestellten der Handelskammer Wiesbaden erklären: Dem Vollzugsausschuss als Vertreter der Rheinischen Republik, dass sie sich auf dem Boden vollzogener Tatsachen stellen und sich der Rheinischen Republik als Inhaber der Regierungsgewalt unterwerfen.“ SHD 6N55, Dossier Wiesbaden.

⁷⁵⁹ Mordacq: *Mentalität*, S. 257.

⁷⁶⁰ Résumé SHD 6N55, Dossier Wiesbaden und Müller-Werth: *Separatistenputsche*, S. 297. Nach dem Bericht des Polizeipräsidiums geschah dies erst am 25.10.1923, vgl. auch StAW WI/2, Nr. 2517, Bl. 93b.

⁷⁶¹ Telegramm des Reichsministers des Innern an den Regierungspräsidenten vom 27.10.1923. StAW WI/2, Nr. 2517, Bl. 113. und HHStAW Abt. 405, Nr. 5289, Bl. 1.

Daraufhin wies das Regierungspräsidium, das in andere Gebäude umgezogen war⁷⁶², den Magistrat und alle Beamte an, die Regierung der Rheinischen Republik nicht anzuerkennen.

*„Die Proklamation des Dr. Dorten vom 27.10. ist bedeutungslos. Die sog. „Rheinische Regierung“ wird von niemand anerkannt. Ihre Anhänger sind Vaterlandsverräter. Die Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden bestehen unverändert fort und verrichten nach wie vor ihre Geschäfte im Dienste des Reiches und des Preußischen Staates.“*⁷⁶³

An dieser Haltung änderte sich auch nichts, nachdem der Oberdelegierte de Lillers am 1. November Regierungsbeamte zu sich bestellte, um für die Unterstützung der Rheinischen Republik zu werben⁷⁶⁴.

Im November konnten die Separatisten weitere Gebiete und Städte besetzen, vermochten es jedoch nicht ihren Einfluss zu steigern und übten in Wiesbaden nie Regierungsgewalt aus. Die Stadtverordnetenversammlung stellte am 2. November 1923 fest, dass der Dienstbetrieb der Behörden nicht beeinträchtigt würde⁷⁶⁵. Die Separatisten waren nur noch in den Gebäuden, da sie von der Besatzungsmacht geschützt wurden. General Mordacq ließ keine öffentlichen Unruhen zu und verlegte eigens ein Spahi-Regiment nach Wiesbaden, „immer im Eingedenk des alten Kolonialprinzips: die Macht zu zeigen, um die Anwendung zu vermeiden.“⁷⁶⁶

Die Ablehnung der Bevölkerung gegenüber den Separatisten wurde durch kriminelle Handlungen vonseiten der Putschisten noch verstärkt. Verschiedene Vorfälle, die bereits in die Zeit des Niedergangs seit Mitte November fielen, können hierzu beispielhaft herangezogen werden. So zwang eine Gruppe von Separatisten einen Händler das Geld der Separatisten anzunehmen, um Bier zu kaufen⁷⁶⁷. Ende November wurde eine Gelddruckerei überfallen und unfertige

⁷⁶² In das Cafe Völkerbund, das Gebäude des Bezirksausschusses (Luisenplatz) und in das Obergewerkschaftsamt (Friedrichstraße); HHStAW Abt. 405, Nr. 5289, Bl. 345.

⁷⁶³ StAW WI/2, Nr. 2517, Bl. 105.

⁷⁶⁴ Müller-Werth: Separatistenputsche, S. 299.

⁷⁶⁵ StAW WI/2, Nr. 2517, Bl. 112.

⁷⁶⁶ Mordacq: Mentalität, S. 259.

⁷⁶⁷ HHStAW Abt. 405, Nr. 5289, Bl. 49.

Banknoten gestohlen⁷⁶⁸. Am 7. Dezember überfielen Separatisten einen Geldtransporter außerhalb von Wiesbaden, dabei wurden Personen aus dem Umfeld von Dorten erkannt⁷⁶⁹.

Separatisten in den Städten und Orten um Wiesbaden

Die Separatisten versuchten die Rathäuser in Schierstein, Dotzheim, Biebrich, Bierstadt und anderen Orten zu besetzen. In Biebrich konnte das Rathaus vor einer Übernahme durch die Polizei und einen Bereitschaftsdienst, der sich aus Arbeitern rekrutierte, Tag und Nacht geschützt werden. Erst am 29. November forderten die Separatisten den Magistrat auf, das Rathaus zu räumen. Der Magistrat verweigerte dies und konnte sich behaupten. Am folgenden Tag kam es zu einem gewaltsamen Zusammenstoß, als eine größere Gruppe versuchte das Rathaus zu stürmen. Die Polizisten, die das Rathaus bewachten, schossen schließlich in die Menge und vertrieben die Separatisten. Dabei starben neun Menschen, drei weitere wurden verletzt⁷⁷⁰.

Auch in Bierstadt kam es zu blutigen Auseinandersetzungen. Nachdem der Bürgermeister von den Separatisten am 24. Oktober 1923 verhaftet wurde, sammelten sich Bürger vor dem Rathaus und bildeten eine Art Bürgerwehr. Am späten Abend wurden die Bierstadter Bürger gewaltsam aus dem Rathaus entfernt, dabei wurde eine Frau erschossen und 34 Personen verhaftet⁷⁷¹. In Schierstein konnten alle Versuche der Separatisten, sich die Regierungsgewalt anzueignen, verhindert werden, wenngleich am 30. November das Rathaus geräumt und an einen anderen Ort verlegt werden musste⁷⁷².

⁷⁶⁸ HHStAW Abt. 405, Nr. 5289, Bl. 200-201.

⁷⁶⁹ HHStAW Abt. 405, Nr. 5289, Bl. 63ff.

⁷⁷⁰ Für die Ereignisse in Biebrich vgl. Müller-Werth: Separatistenputsche, S. 302ff. und HHStAW Abt. 405, Nr. 5287, Bl. 16f. Aus den Aufzeichnungen Georg Kraus': „In unserer Stadt ist die Aufregung über den Putsch auch sehr groß. Die allergrößte Mehrheit der Einwohnerschaft verurteilt das Vorgehen der Dorten-Leute. Da man auch hier Putschversuche erwartet, haben sich viele Hunderte von Einwohnern zur Verfügung gestellt, um die Bewachung des Rathauses, des Postamts, des Gas- und des E-Werks u.a. zu übernehmen. Dieselben wurden in die verschiedenen Gebäude verteilt. Auch Feuerwehr und Sanitätskolonne sind alarmbereit.“ StAW NL 34, Nr. 41, Eintrag vom 23.10.1923.

⁷⁷¹ Résumé SHD 6N55, Dossier Wiesbaden und Müller-Werth: Separatistenputsche, S. 308ff.

⁷⁷² Müller-Werth: Separatistenputsche, S. 304ff. und HHStAW Abt. 405, Nr. 5287, Bl. 39.

Das Ende der Separatisten

Die letzten Separatisten verließen Ende Januar 1924 das Wiesbadener Rathaus und zogen die grün-weiß-rote Fahne ein. Sie hatten das Rathaus mit Unterstützung der Franzosen seit dem 22. Oktober 1923 besetzt. Die Nachricht vom Abzug der Separatisten teilte der Beigeordnete Borgmann am 1. Februar auf der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung mit⁷⁷³. Bis in den Sommer 1924 waren in manchen Gemeinden um Wiesbaden Mitglieder der Separatisten noch zu sehen, aber nicht mehr politisch aktiv⁷⁷⁴.

Letztendlich führten die Haltung der französischen Regierung, die Meinungsverschiedenheiten zwischen den separatistischen Gruppierungen und finanzielle Nöte der Separatisten zum Ende der Rheinischen Republik. Die Separatisten waren handlungsunfähig und konnten in Wiesbaden nie die Regierungsfähigkeit erlangen⁷⁷⁵. Die fehlende Unterstützung durch die Bevölkerung, die Ablehnung der Beamten und die geringe Zahl an aktiven Unterstützern ließen schnell die strukturelle Schwäche der Separatisten erkennen.

In einem Bericht des Regierungspräsidenten an den preußischen Minister des Innern lobte der Regierungspräsident den Widerstand der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung und hielt den Schutz durch die Besatzungsarmee für den Grund, wieso die Separatisten so lange in Wiesbaden ausgehalten hatten.

*„Die Bevölkerung des hiesigen Regierungsbezirks hat in ihrem weit überwiegenden Teil der Separatistenbewegung seit ihrem Auftreten energischen Widerstand entgegengesetzt. Wenn es den in die Gebäude der Verwaltungsbehörde eingedrungenen Separatistenbanden seither möglich gewesen ist, diese Gebäude besetzt zu halten, ist dies nur darauf zurückzuführen, daß die Besatzungsbehörde mit Waffengewalt ein Vorgehen der Bevölkerung gegen die Eindringlinge verhindert hat.“*⁷⁷⁶

⁷⁷³ StAW WI/2, Nr. 2517, Bl. 116.

⁷⁷⁴ Vgl. z.B. den Bericht aus Bierstadt vom 22.5.1924, HHStAW Abt. 405, Nr. 5290, Bl. 33.

⁷⁷⁵ Mordacq: Mentalität, S. 267ff. und 275f.

⁷⁷⁶ HHStAW Abt. 405, Nr. 5289, Bl. 200-201.

4.5. Zwischen Ruhrkrise und dem Abzug der Franzosen

4.5.1. Außenpolitische Erfolge und relative Stabilisierung

Nachdem Wirtschaft und Staat im Herbst 1923 beinahe zusammengebrochen waren, begann eine Phase der relativen Stabilisierung in Deutschland. Die Währung erholte sich und mit der Aufgabe des Konfrontationskurses gegen die Alliierten entspannte sich die außenpolitische Situation⁷⁷⁷.

Innenpolitisch waren die Jahre 1924 und 1925 von wechselnden Regierungen, Minderheitsregierungen und einem Erstarken der republikfeindlichen Parteien geprägt. Eine Regierungsbildung wurde dadurch erschwert, dass eine Regierung, die SPD und DNVP einschloss, nicht infrage kam und die politischen Gegensätze selbst unter den demokratischen Parteien in Teilfragen unüberwindbar waren. Zudem führte die schnell wechselnde Haltung der Regierungsfaktionen und Oppositionsfaktionen zur Regierungspolitik zu einem labilen parlamentarischen System⁷⁷⁸.

Die bessere wirtschaftliche Lage führte zu überdurchschnittlichen Lohnsteigerungen. Umfangreiche Investitionen in der Industrie flossen in Rationalisierungsmaßnahmen, welche den Arbeitsmarkt nicht entlasteten⁷⁷⁹. Im Bereich der öffentlichen Fürsorge wurden 1924 grundlegende Veränderungen zu den bestehenden Strukturen aus dem Kaiserreich und der Frühphase der Weimarer Republik geschaffen. Die zentrale Verantwortung lag nun bei den Ländern des Reiches; für die Durchführung waren weiterhin die Kommunen zuständig, die anstatt der Zuweisungen durch das Reich neue Steuerquellen zur Finanzierung erhielten⁷⁸⁰.

Die Außenpolitik Deutschlands wurde seit Ende 1923 durch die Person Gustav Stresemanns geprägt. Als Kanzler und Außenminister bestimmte er den neuen außenpolitischen Kurs, dessen Ziel die Revision des Versailler Vertrages war. Um dieses Ziel erreichen zu können, verfolgte er eine Strategie der Annäherung und Verständigungsbereitschaft und somit eine vorläufige Anerkennung des Status quo. Aufgrund der uneinheitlichen Politik der Siegermächte während und nach den Verhandlungen über die Friedensordnung, blieb das

⁷⁷⁷ Büttner: Weimar, S. 337.

⁷⁷⁸ Kolb: Republik, S. 74ff.

⁷⁷⁹ Büttner: Weimar, S. 365f.

⁷⁸⁰ Büttner: Weimar, S. 368ff.

Deutsches Reich als Großmacht bestehen. Daraus resultierte eine Annäherung der Alliierten, vor allem Frankreichs, und die Erkenntnis, dass Deutschland nur über Verhandlungen und eine gleichberechtigte Einbindung zu einer Kooperation bei den strittigen Fragen zu bewegen war⁷⁸¹.

Stresemann fand 1924 bessere Rahmenbedingungen für seine Politik vor, als seine Vorgänger zu Beginn der 1920er Jahre. Frankreich war wirtschaftlich unter Druck geraten⁷⁸² und der Einfluss des konservativen Bloc national endete 1924 mit einer Wahlniederlage. Mitte der zwanziger Jahre setzte sich in Frankreich zudem eine pazifistische Bewegung in der französischen Gesellschaft durch, die fortan die Deutschlandpolitik der französischen Regierungen beeinflusste⁷⁸³.

Ein erster Erfolg war die Londoner Konferenz im Frühling 1924 und der Dawes-Plan, der eine Neuregelung der Reparationen vorsah⁷⁸⁴. Auf der Londoner Konferenz konnte die deutsche Delegation mit Unterstützung der britischen und amerikanischen Teilnehmer Erfolge erzielen. Frankreich musste das Ruhrpfand aufgeben und das Ruhrgebiet räumen. Die wirtschaftliche Einflussnahme im besetzten Gebiet wurde verringert und Sanktionsmaßnahmen erschwert. Deutschland wurde formal wieder als gleichberechtigte Macht auf der Konferenz eingeführt. Die Reparationslast Deutschlands wurde von einer Milliarde RM 1924 auf 2,5 Milliarden 1928 ansteigend festgelegt und dabei die wirtschaftliche Entwicklung berücksichtigt. Die Gesamtsumme der Leistungen blieb offen⁷⁸⁵. Auf der Londoner Konferenz war die Frage der Sicherheitsgarantien für Frankreich nicht zufriedenstellend gelöst worden. Die Ablehnung Frankreichs, die Kölner Zone zu räumen⁷⁸⁶, führte im Januar 1925 zu weiteren intensiven

⁷⁸¹ Krüger: Außenpolitik, S. 212f.

⁷⁸² Zur Finanzkrise 1924 und ihren Auswirkungen auf die Außenpolitik und die Entstehung des Dawes-Plans siehe Schuker, Stephen A.: *The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan*, Chapel Hill 1976.

⁷⁸³ Ausführlich bei Hagspiel, Hermann: *Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich? Die deutsch-französische Außenpolitik der zwanziger Jahre im innenpolitischen Kräftefeld beider Länder*, Bonn 1987 und Wurm, Clemens A.: *Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924-1926* (Europäische Hochschulschriften: Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften Bd. 115), Frankfurt am Main/Bern/Las Vegas 1979.

⁷⁸⁴ Vgl. Auszug aus dem Londoner Schlussprotokoll vom 16.8.1924 in UuF Bd. 6, S. 93ff. Zum Dawes-Plan siehe aus der zeitgenössischen Literatur Sering: Deutschland.

⁷⁸⁵ Krüger: Außenpolitik, S. 243f.

⁷⁸⁶ Übersetzung der Note der Alliierten Regierungen vom 5.1.1925 in: UuF Bd. 6, S. 317f.

Verhandlungen zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern und letztlich zur Konferenz von Locarno⁷⁸⁷.

Im Oktober 1925 nahmen nach einer langen Vorbereitungszeit Vertreter Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Belgiens und Deutschlands an der Konferenz teil. Mitte Oktober 1925 fand man schließlich einen Kompromiss in der Räumungs- und Entwaffnungsfrage, sodass die Räumung der Kölner Zone am 1. Dezember 1925 beginnen konnte und spürbare Erleichterungen für die übrigen Besatzungszonen erreicht werden konnten⁷⁸⁸. Zu den Erleichterungen⁷⁸⁹ zählten unter anderem die Beseitigung des Delegiertensystems der IRKO, die Revision der Ordonnanzen, Amnestie für Verurteilte und Ausgewiesene und eine Reduzierung der Truppenkontingente. Des Weiteren sollte Deutschland Mitglied des Völkerbundes werden. Im Gegenzug verzichtete Deutschland auf eine gewaltsame Veränderung der bestehenden Grenzen. Das Vereinigte Königreich und Italien übernahmen dafür die Garantien. Alle beteiligten Mächte unterstrichen die Bedeutung der Verträge für die Entspannung zwischen den Mächten und für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme Europas⁷⁹⁰.

4.5.2. Wiesbaden nach der Ruhrkrise

Die Auswirkungen der Ruhrkrise dauerten bis weit in das Jahr 1924 fort und die Wirtschaft in Wiesbaden erholte sich nur zögerlich. Die Zahl der Kurgäste ging von 23.517 1923 auf 22.548 im Jahr 1924 zurück; nur die Zahl der Passanten konnte deutlich von 51.292 auf 76.994 gesteigert werden⁷⁹¹. Der Neue Kurverein sah den Grund für die schlechte Gesamtsituation des Kurwesens in Wiesbaden in erster Linie bei der Besatzung. Weitere Faktoren seien der niedrige Stand des Franc, welcher Kurgäste aus den westlichen Nachbarländern nach Frankreich ziehe, sowie die fehlenden finanziellen Mittel der breiten Schichten, die sich schlicht einen Aufenthalt in einer Kurstadt nicht leisten könnten. Als Ersatz für

⁷⁸⁷ Vgl. Krüger: Außenpolitik, S. 269-276 und Niedhart: Außenpolitik, S. 24f. Zur britischen Politik siehe Goldstein, Erik: The evolution of British diplomatic strategy for the Locarno Pact 1924-1925, in: Dockrill, Michael/McKercher, Brian (Hgg.): Diplomacy and world power. Studies in British foreign policy 1890-1950, S. 115-135.

⁷⁸⁸ Siehe Übersetzung der Schlussnote vom 16.10.1925 und die anhängenden Verträge und Abkommen in: UuF Bd. 6, S. 379-387.

⁷⁸⁹ Vgl. Wachendorf: Jahre, S. 257ff.

⁷⁹⁰ Krüger: Außenpolitik, S. 295-301 und Kolb: Republik, S. 70f.

⁷⁹¹ Siehe die Verwaltungsberichte der Kurverwaltung in: StAW WI/2, Nr. 3974.

den Besuch des Hochadels schlug der Neue Kurverein vor, Prominente aus den Bereichen der Kunst oder des Sports nach Wiesbaden einzuladen, „um das Kurbild zu beleben“⁷⁹². Einem Strukturwandel der Stadt hin zu mehr Industrie verschloss man sich naturgemäß und verwies auf die allgemeine schlechte Wirtschaftslage, die gleichfalls Industriestädte beträfe.

Die Einschätzung des Neuen Kurvereins über die Gründe für die schlechte Lage des Fremdenverkehrs war nicht ganz falsch. Durch die Stabilisierung der Währung wurde die Stadt im Ausland wieder weniger interessant und die nach wie vor schwierige wirtschaftliche Lage in Deutschland ermöglichte es nur wenigen Personen, Urlaub in der Kurstadt zu machen. Eine direkte negative Auswirkung der Besatzung auf den Fremdenverkehr für die Zeit nach der Ruhrkrise kann aber nicht sicher ermittelt werden. Der Verein scheint die Bedeutung der Besatzung über zu bewerten, da die anderen genannten Faktoren mit Sicherheit von größerer Bedeutung für das Kurwesen waren, als die Anwesenheit der Besatzungstruppen. Zudem spielte die Belegung von Hotels keine so große Rolle, da die Besucherzahlen sehr gering waren. Allein die Gegenwart des Militärs mag für potenzielle Besucher ein Grund gewesen sein, die Stadt nicht besuchen zu wollen. Die deutschen Besucherzahlen standen aber nicht im direkten Zusammenhang mit der Stärke der Truppenbelegung oder ihrer Nationalität.

Von verschiedenen Seiten wurde eine tiefe Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage in Wiesbaden geäußert. Das Amt für Statistik bemängelte in seinem Juli-Bericht die politische Lage und die Zollgrenze, die sich negativ auf die Wiesbadener Unternehmen auswirkten. Im August 1924 stellte das Amt fest: „Noch hat sich in den Kur- und Badeorten des besetzten Gebietes hinsichtlich der Wirtschaftslage nichts geändert; in Wiesbaden sind die Gasthöfe nach wie vor leer und leben von der Hoffnung, dass die Zeiten einmal besser werden müssen.“⁷⁹³.

Die Stadt Wiesbaden wurde zudem durch zusätzliche Ausgaben während der Ruhrkrise belastet. Zwar hatte das Reich finanzielle Unterstützung für die Kommunen versprochen, jedoch blieben die Städte und Gemeinden auf einem Teil der Kosten sitzen. Bei dem Ersatz von Geldstrafen, der Unterstützung der Lebensmittelversorgung und der Bekämpfung des Wohnungsmangels hatte das Reich seine Zuwendungen beschränkt und zum Teil durch Kreditprogramme ersetzt⁷⁹⁴.

⁷⁹² Eingabe des Neuen Kurvereins bei der städtischen Kurverwaltung; StAW WI/2, Nr. 1854, Bl. 1-18.

⁷⁹³ Vgl. StAW WI/2, Nr. 2319, Bl. 60ff. (Monat August).

⁷⁹⁴ Siehe hierzu ausführlich Steegmans: Folgen, S. 159-225.

Die Kurstadt warb in Aufrufen in diversen Publikationen für einen Besuch Wiesbadens. Außerdem trat sie negativen Darstellungen über die Situation in Wiesbaden energisch entgegen und verharmloste die Belastungen durch die militärische Besetzung⁷⁹⁵, um das Image der Stadt zu erhalten und keine potenziellen Besucher abzuschrecken.

Mit der Stabilisierung der deutschen Währung sanken die Preise für Lebensmittel in der ersten Hälfte 1924 oder blieben gleich. Erst im Sommer entwickelten sich die Preise wieder nach oben. Der allgemeine Mangel an Krediten und Bargeld bereitete vielen Händlern weiterhin Probleme. Im Novemberbericht vermerkte das Amt für Statistik: „Hoffentlich gelingt es wenigstens den zahlreichen, der Fremdenindustrie dienenden hiesigen Unternehmungen und Geschäftszweigen, trotz Geldmangel und Kreditnot sich im Winter hindurch zu behaupten.“⁷⁹⁶ Der Verband der Stadt- und Landkreise des besetzten Gebiets versuchte bei der Reichsregierung für mehr Unterstützung zu werben, konnte jedoch nicht erreichen, dass die Kosten der Kommunen vollständig gedeckt wurden.

*„Zusammenfassend muß gesagt werden, daß den Gemeinden des besetzten Gebiets zwar - nicht zuletzt infolge der fortgesetzten Aktionen des Verbandes - mehrfach finanzielle Zuwendungen seitens der Reichs- und Staatsregierung zuteilgeworden sind, daß aber diese Zuwendungen nicht die den Gemeinden durch die Besetzung und den Rhein-Ruhrkampf erwachsenen Schäden ausgleichen konnten.“*⁷⁹⁷

Die Quote der Hauptunterstützungsempfänger pro 1.000 Personen sank von 26,6 im Mai auf 19,3 im Dezember 1924. Damit lag Wiesbadens Quote jedoch immer noch fast dreimal höher als der reichsweite Durchschnitt. Die Ausgaben der Stadt für Armenpflege und Wohlfahrt stiegen im gleichen Zeitraum von 0,10 Mark auf 1,30 Mark pro Person und waren damit doppelt so hoch wie in

⁷⁹⁵ Siehe Beschwerde des Magistrats beim Regierungspräsidium wegen eines Beiblatts der Frankfurter Nachrichten über Bad Kissingen, in dem Wiesbaden als „verwelscht“ und un-deutsch diffamiert wurde. Des Weiteren die Gegendarstellung der Stadt Wiesbaden. HHStAW Abt. 405, Nr. 5351, Bl. 46, 49 und 50.

⁷⁹⁶ Bericht des Amts für Statistik aus dem November 1924; StAW WI/2, Nr. 2319, Bl. 79f.

⁷⁹⁷ Schoelkens, Josef: Bericht über die Tätigkeit des Verbandes der Stadt- und Landkreise des besetzten Gebiets in den Jahren 1919-1930, o.J o.O., S. 82f.

anderen besetzten Städten, z.B. Koblenz, Aachen oder Bonn⁷⁹⁸. Zu Silvester 1924 merkte Georg Kraus in seinen Aufzeichnungen pessimistisch an:

*„Was wird uns das neue Jahr 1925 bringen? Bessere Zeiten für Deutschland wohl nicht! Wir sind durch die Länge der Trübsal-Jahre schon so weit gekommen, daß wir auf Besserung schon gar nicht mehr hoffen können und dürfen, und wir sehen die Zukunft grau in grau, nein sogar schwarz in schwarz!“*⁷⁹⁹

Entgegen den Erwartungen verbesserte sich mit dem Jahreswechsel die wirtschaftliche Lage in Wiesbaden. Die Erleichterungen der Besatzungsbehörden, wie sie im Zuge der Locarno-Verträge zugesichert wurden, erleichterten vor allem den Reise- und Warenverkehr⁸⁰⁰. Die Zahl der Erwerbslosen sank von über 6.500 im April deutlich auf unter 1.500 im Sommer 1925 ab und stieg erst im Dezember 1925 wieder auf über 3.500 an⁸⁰¹.

Im Zuge der Vereinbarungen in Locarno wurde die Besatzungsstärke in der Stadt reduziert. Die Truppenstärke hatte im ersten Quartal 1924 mit 7.714 Soldaten (9.499 in Wiesbaden mit allen heutigen Vororten) den Höhepunkt erreicht. Ihre Zahl nahm bis Ende 1924 auf 5.109 und bis zum Dezember 1925 auf 2.500 ab. Die Zahl der Besatzungstruppen in den Wiesbadener Vororten blieb weitestgehend stabil, in Biebrich nahm sie von 1.100 auf 1.250 zu⁸⁰². Mit den Verträgen von Locarno wurden weitreichende Veränderungen der Besatzung für Wiesbaden festgelegt. Das bestehende Delegiertensystem wurde abgeschafft und eine Revision der Ordonnanzen und Kriegsgerichtsurteile in Aussicht gestellt. Bis zum 30. Dezember 1925 würden alle Franzosen und ihre Familien die Stadt verlassen haben und von einer britischen Besatzungstruppe abgelöst werden. Diese Nachricht wurde von der Bevölkerung positiv aufgenommen⁸⁰³.

⁷⁹⁸ Die Daten sind der gedruckten Denkschrift „Die wirtschaftliche Notlage Wiesbadens und ihre Ursachen“ entnommen. Siehe HHStAW Abt. 405, Nr. 5426, Bl. 35f. Zur Erwerbslosenstatistik siehe auch Bericht des Regierungspräsidiums an den Reichsminister für Wohlfahrt vom 20.5.1924; HHStAW Abt. 405, Nr. 3948, B. 99-102.

⁷⁹⁹ Eintrag vom 31.12.1924. StAW NL 34, Nr. 41.

⁸⁰⁰ Vgl. Timmermann: Rheinlandbesetzung, S. 43.

⁸⁰¹ HHStAW Abt. 405, Nr. 3062 und Nr. 3159, Bl. 122f. für den April 1925.

⁸⁰² Statistik der Besatzungstruppen aus STAW WI/2, Nr. 2321.

⁸⁰³ WT Nr. 263 vom 16.11.1925, WT Nr. 270 vom 19.11.1925 und WT Nr. 302 vom 29.12.1925, S. 4. Vgl. auch Gorrenz: Franzosenzeit, S. 127f.

Wahlen

1924 standen in Wiesbaden gleich zwei Reichstagswahlen sowie eine Landtags- und Kommunalwahl statt. Die erste Reichstagswahl vom 4. Mai 1924⁸⁰⁴ zeigte eine weitere Stärkung der bürgerlichen und konservativen Parteien in Wiesbaden. Das Zentrum konnte sein letztes Ergebnis leicht verbessern und erhielt 13,8% der abgegebenen Stimmen. Die DNVP legte deutlich auf 11,2% zu; ebenso konnte die DVP mit 23,4% entgegen dem Trend im Reich ihre Vormachtstellung in Wiesbaden ausbauen. Die KPD konnte mit 10,2% einen Erfolg feiern, während die USPD mit 1,3% keine Rolle in Wiesbaden spielte. Erstmals stand der NSDAP-nahe Völkisch-Soziale Block in Wiesbaden zur Wahl und errang 1,9% der Stimmen. Die SPD erhielt 21,1% und konnte ihr Wahlergebnis verbessern. Zu den Verlierern zählte die DDP mit nur noch 12,9%, was jedoch im Vergleich zum reichsweiten Ergebnis mehr als doppelt so hoch war und mit der traditionellen Stärke der freiheitlichen und bürgerlichen Parteien in der Stadt zu erklären war.

Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung am nächsten Tag zeigten einen fast identischen Wahlausgang auf. Nur die DVP musste im direkten Vergleich fünf Prozentpunkte weniger verbuchen. Auf kommunaler Ebene waren Kleinparteien mit insgesamt 12,2% der Stimmen stark vertreten, darunter die Wirtschaftspartei⁸⁰⁵. Im Vergleich zur vorigen Kommunalwahl hatte die DDP massiv an Stimmen verloren und die extremen Parteien an Macht gewonnen. Aus beiden Wahlen gingen die republikanischen Parteien als Verlierer hervor; sie hatten erstmals keine Mehrheit mehr unter den Wiesbadener Wählern.

Am 7. Dezember fanden gleichzeitig die Wahlen zum preußischen Landesparlament und zum Reichstag statt. Auch hier zeigte sich, dass regionale Themen keine Bedeutung besaßen, da die Ergebnisse beider Wahlen für Wiesbaden fast identisch waren. SPD und DDP konnten wieder Stimmen hinzugewinnen und legten wie das Zentrum leicht zu. DVP war weiterhin im Vergleich zum Gesamtergebnis stark überrepräsentiert, während die DNVP an Stimmen verlor und im Vergleich zu Preußen oder dem Reich nur etwa die Hälfte der

⁸⁰⁴ Die folgenden Daten für die Stadt Wiesbaden sind entnommen aus: Klein: Hessen, S. 2000. Für die reichsweiten Ergebnisse siehe Büttner: Weimar, S. 802.

⁸⁰⁵ Ergebnis der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung vom 5.5.1924 (berechnet nach Zehler: SPD, S: 131): Zentrum 13,2%; DNVP 10,5%; DVP 18,4%; DDP 11,5%; SPD 23,6%; KPD 10,6%; Andere 12,2%.

Wähler überzeugen konnte. Die extremen Parteien verloren stark an Zustimmung⁸⁰⁶. Ein Vergleich zum Ergebnis der Landtagswahl im Wahlkreis Hessen-Nassau unterstreicht die herausragende Stellung der bürgerlichen Parteien, insbesondere der DVP, während die Arbeiterparteien deutlich unterrepräsentiert waren⁸⁰⁷.

⁸⁰⁶ Ergebnis der Landtagswahl siehe in: Zehler: SPD, S. 129. Ergebnis der Reichstagswahl für die Stadt Wiesbaden: NSDAP 0,5%; DNVP 9,8%; DVP 21,4%; Zentrum 14,9%; DDP 14,9%; SPD 28,9%; USPD 0,5%; KPD 5,3%; Wirtschaftspartei 3,7%; Andere 0,1%. Aus: Klein: Hessen, S. 2002.

⁸⁰⁷ Zum Wahlkreis Hessen Nassau siehe Preußisches Statistisches Landesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen (Bd. 21) Berlin 1924, S.240-241.

4.6. Wiesbadener, Franzosen und die „Schwarze Schmach“

Die Rheinlandfrage war das zentrale deutsch-französische Thema nach dem Ersten Weltkrieg. Die Besetzung hielt die Erinnerung an den Krieg und das „Diktat von Versailles“ in der Bevölkerung wach⁸⁰⁸. Die schlechte wirtschaftliche Situation und die französische Besatzungspolitik belasteten das Verhältnis zwischen Wiesbadenern und den Besatzungstruppen zusätzlich. Die Symbole und Gesten der Unterwerfung, wie das Grüßen der Fahne und der Offiziere, die Requirierungen und Einquartierungen, sowie die Ausweisung missliebiger Beamter, ließen alle Versuche der Annäherung oder Beeinflussung durch Propaganda vonseiten der Franzosen wirkungslos verpuffen. Aber auch der persönliche Kontakt war teilweise von einer feindseligen Haltung und Angst geprägt.

„[...] wenn wir in die Stadt gegangen sind, und die Franzosen kamen auf dem Fußweg, mussten wir runtergehen. Die haben uns runtergeschellt. [...] Und diese gewisse Angst, man durfte nichts sagen. Man konnte froh sein, dass sie nicht das Haus besetzt hatten.“⁸⁰⁹

In einem Zeitungsartikel des *Le Matin* aus dem Januar 1925 wurde die feindliche Haltung der Deutschen gegenüber den Franzosen im Rheinland behandelt. Es wurde von Behinderungen durch deutsche Behörden, unverschämte Mieterhöhungen, erschwerte Handelsbeziehungen und von anderen Schikanen berichtet, die ein „undefinierbares Unbehagen“ bei den Franzosen auslöse und „eine Atmosphäre des Argwohns und des Hasses“ schaffe⁸¹⁰. Ein Artikel des *L’Echo de Paris* führte die problematische außenpolitische Lage und die Politik Berlins als Gründe für das schlechte Verhältnis zwischen Deutschen und Franzosen an. Das fehlende Verständnis füreinander und der mangelnde Wille sich gegenseitig kennenzulernen, sei ein anderer: „Lieben uns die Rheinländer oder verabscheuen sie uns? Die meisten von ihnen wissen es nicht und kennen uns nicht. Wir leben Seite an Seite, ohne uns wirklich gegenseitig zu durchdringen.“⁸¹¹

⁸⁰⁸ Beaupré: Trauma, S. 138-143.

⁸⁰⁹ Aus dem Interview mit Gretel B. am 19.08.2010 (siehe Anhang).

⁸¹⁰ Artikel des *Le Matin*, Nr. 13102 vom 6.1.1925 in: Rhein, Saar und Ruhr im Lichte der französischen Presse, Heft Januar 1925, Bl. 6ff.

⁸¹¹ Artikel des *L’Echo de Paris*, Nr. 15681 vom 7.2.1925 in: Rhein, Saar und Ruhr im Lichte der französischen Presse, Heft Februar-März 1925, S. 3f.

Die Kampagne der „Schwarzen Schmach“

Die französische Armee setzte im Sommer 1920 zwischen 20.000 und 40.000 Soldaten aus ihren afrikanischen Kolonien im besetzten Gebiet ein⁸¹², deren Anwesenheit als nationale Erniedrigung aufgefasst wurde⁸¹³. Der Einsatz von französischen Kolonialtruppen wurde erstmals von einem britischen Journalisten im April 1920 erwähnt und führte zu einem enormen Widerhall in der internationalen Presse. Nachrichten über massenhafte Gewalttaten wurden verbreitet und deutsche Behörden begannen Material für eine Propagandakampagne zu sammeln⁸¹⁴.

Das Thema wurde vor der Nationalversammlung diskutiert, wo von der „Schändung“ und der „Verseuchung“⁸¹⁵ des deutschen Volkes gesprochen wurde. Im Bayerischen Landtag sprach die Abgeordnete Ammann von der Bayerischen Volkspartei von „einer bleibenden Schmach für die ganze weiße Rasse und für das Sittlichkeitsempfinden der zivilisierten Welt“⁸¹⁶.

Der Wiesbadener Magistrat teilte diese rassistischen Ressentiments und fürchtete die negativen Folgen für den Ruf der Stadt und die Besucherzahlen, wenn bekannt gemacht würde, dass dunkelhäutige Kolonialtruppen in der Stadt stationiert seien. Aus Anlass eines Zeitungsartikels in der New York Times aus dem August 1921 über marokkanische Soldaten in Wiesbaden, stellte der Magistrat in einem Antwortschreiben klar, dass zwar Marokkaner stationiert seien, aber keine „schwarzen Truppen (Neger)“: „Ich stelle dagegen fest, daß in Wiesbaden schwarze Truppen (Neger) nicht stationiert sind. In Wiesbaden befinden sich neben weissen Franzosen sogenannte Marokkaner.“⁸¹⁷

⁸¹² Vgl. Wigger: Diskriminierung, S. 10 und Lebzelter, Gisela: Die „Schwarze Schmach“. Vorurteile-Propaganda-Mythos, in: Geschichte und Gesellschaft Bd. 11 (1985), S. 37-58, hier S. 37f. Kolonialtruppen wurden von verschiedenen europäischen Mächten schon vor und während des Ersten Weltkrieges eingesetzt. Siehe hierzu Koller, Christian: „Von Wilden aller Rassen niedergemetzelt“. Die Diskussion um die Verwendung von Kolonialtruppen in Europa zwischen Rassismus, Kolonial- und Militärpolitik (1914-1930), (Beiträge zur Kolonial- und Überseegegeschichte Bd. 82), Stuttgart 2001, S. 43-198.

⁸¹³ Lebzelter: Vorurteile, S. 40.

⁸¹⁴ Pommerin, Reiner: „Sterilisierung der Rheinlandbastarde“. Das Schicksal einer farbigen deutschen Minderheit 1918-1937, Düsseldorf 1979, S. 12 und Wigger: Diskriminierung, S. 10.

⁸¹⁵ Pommerin: Schicksal, S. 12f.

⁸¹⁶ Verhandlungen des bayerischen Landtags. Tagung 1919/1920. Stenographische Berichte Nr. 59 bis 68. Sitzung am 22. April 1920 bis zur 68. Sitzung am 2. Juni 1920 (3. Bd.), München 1920, S. 164-166. Online eingesehen am 12.1.2011, http://geschichte.digitale-sammlung.de/landtag1919/seite/bsb000008650_00194.

Zum Verlauf der Diskussion in Deutschland siehe Koller: Diskussion, S. 207-220.

⁸¹⁷ StAW WI/2, Nr. 2555, Bl. 182.

Die Kampagne der „Schwarzen Schmach“ war durchdrungen von sexistischen, rassistischen, nationalistischen und sozialen Diskriminierungsmustern. Im Zentrum stand das Bild der „weißen Frau“ als Opfer des „schwarzen Mannes“. Man bediente sich vorherrschender rassistischer Stereotypen, die national und international verbreitet waren. Obwohl sexuelle Übergriffe durch Kolonialtruppen nur vereinzelt auftraten, wurden sie als Massenphänomen dargestellt. Die umfassende Darstellung der sexuellen Übergriffe in den diversen Publikationen zeigte eine Projektion der Macher der Kampagne. Sie projizierten ihre eigenen Phantasien auf die Frauen und machten sie dadurch erst zu Opfern. Dies offenbarte die Stellung der Frau in der patriarchalisch geprägten Gesellschaft und förderte eine sexuelle Disziplinierung der Frauen, wie auch eine Ausgrenzung der Frauen, die Beziehungen mit Kolonialsoldaten eingingen. Auf einer metaphorischen Ebene stand das Frauenopfer als Bild für die geschändete Nation durch die französische Besatzung. Die Ehre der Frau wurde mit der Ehre der Nation gleichgestellt. Die stereotypischen Vorstellungen von der verletzlichen und wehrlosen Frau konnten als Bild für die wehrlose deutsche Nation stehen, die von den entwaffneten Männern nicht mehr verteidigt werden konnte⁸¹⁸.

Die außereuropäischen Kulturen wurden in ganz Europa als kulturell niedrigstehend angesehen. Diese Vorstellung war für die Kampagne von großer Bedeutung, da die Vorstellung von einer niedrigeren Kultur besetzt und beherrscht zu werden, als Beleidigung und Gefahr für die „weiße Rasse“ gewertet wurde⁸¹⁹. Der Einsatz von Kolonialtruppen durch Frankreich diente nicht zuletzt auch als nationalistischer Aspekt der Propagandakampagne und setzte die „Schwarze Schande“ mit einer „französischen Schande“ gleich. Der französischen Nation und Kultur wurde die deutsche Nation als Kulturnation und Verfechter der Rasse entgegengestellt⁸²⁰. Die Kampagne sollte die sozialen Unterschiede in Deutschland überbrücken und „das Volk“ gegen die vermeintliche Bedrohung durch die Kolonialtruppen einen⁸²¹.

Gegen die vermeintliche Bedrohung wurden verschiedene Organisationen gegründet, die von einer breiten gesellschaftlichen Basis unterstützt wurden. Neben Protesten seitens der Politik und der Presse, stieg die Zahl der Vereini-

⁸¹⁸ Wigger: Diskriminierung, S. 196-199.

⁸¹⁹ Wigger: Diskriminierung, S. 200ff.

⁸²⁰ Wigger: Diskriminierung, S. 205-208.

⁸²¹ Wigger: Diskriminierung, S. 210-212.

gungen, die den Protest unterstützten. Darunter waren Organisationen aus allen politischen Lagern, nicht nur aus konservativen Kreisen, sondern ebenfalls aus dem liberalen und linken Lager. Es folgte eine Flut von Büchern, Plakaten, Spielfilmen, Versammlungen, Karikaturen in Magazinen, Postkarten, Trivialliteratur, Gedichte und vieles mehr, in denen die Kolonialtruppen diffamiert und als Bedrohung für die „Ehre“ und „Rasse“ der Deutschen konstruiert wurden⁸²².

Die Reichsregierung verweigerte den extremen Vereinigungen und Publikationen finanzielle Unterstützung und sah in ihnen kein geeignetes propagandistisches Mittel, um auf internationaler Ebene Druck auf Frankreich ausüben zu können⁸²³. Deutsche Behörden und Politiker riefen aber aus politischen Erwägungen zum Widerstand gegen den Einsatz afrikanischstämmiger Soldaten in den besetzten Gebieten auf. Das Thema diente dazu, Frankreich international zu diskreditieren und unter Druck zu setzen und war Teil der Revisionsstrategie. Die Propagandakampagne entwickelte jedoch schnell eine eigene Dynamik, die sich als unkontrollierbar erwies⁸²⁴.

Von französischer Seite wurde eine Gegenkampagne initiiert, welche vom Comité d'Assistance aux Troupes Noires finanziell und publizistisch geführt wurde. Das Comité versuchte der öffentlichen Meinung zu beweisen, dass das Verhalten der überwiegenden Mehrheit der Kolonialsoldaten korrekt und wohlwollend gegenüber der rheinischen Bevölkerung gewesen sei. Die Kampagne zielte nicht nur auf die deutsche Bevölkerung, sondern auch auf die internationale Öffentlichkeit⁸²⁵.

Übergriffe in Wiesbaden

In den Jahren 1920 und 1921 kam es in Wiesbaden gehäuft zu Übergriffen und kriminellen Handlungen durch französische Soldaten⁸²⁶. In den Berichten

⁸²² Siehe Pommerin: Schicksal, S. 17ff., zur zeitgenössischen Literatur ebd. S. 18, Anm. 29. Vgl. auch Wigger: Diskriminierung, S. 12f. und zur Propagandakampagne Koller: Diskussion, S. 220-230.

⁸²³ Pommerin: Schicksal, S. 18f.

⁸²⁴ Wigger: Diskriminierung, S. 11. Zur Instrumentalisierung der Kampagne siehe allgemein Lebzelter: Vorurteile, 1985.

⁸²⁵ Koller: Diskussion, S. 274-280 und Charrier, Landry: Die „Force Noire“ in den deutsch-französischen Beziehungen, in: Breuer, Dieter/Cepl-Kaufmann, Gertrude (Hgg.): „Deutscher Rhein - fremder Rosse Tränke?“. Symbolische Kämpfe um das Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens Bd. 70), Essen 2005, S. 57-67, hier S. 64.

⁸²⁶ Im Folgenden werden beispielhaft einzelne Fälle aus den Polizeiberichten aufgeführt.

der Polizeiverwaltung werden Dutzende Vergehen aufgeführt. Dabei handelte es sich um kleinere Delikte wie Überfälle⁸²⁷, Raub und Handgreiflichkeiten⁸²⁸, aber vereinzelt auch schwere Vergehen wie Vergewaltigung⁸²⁹ und Tötungsdelikte⁸³⁰. Die Fälle wurden nicht von deutschen Polizisten bearbeitet, sondern mussten an die Franzosen abgegeben werden⁸³¹.

Die zivile französische Verwaltung war an einer Aufklärung der Vorwürfe gegen französische Staatsbürger sehr interessiert. Dies zeigte z.B. ein Vorfall im November 1921, als ein deutscher Polizist von der französischen Kriminalpolizei beschimpft und misshandelt wurde. Der Fall wurde dem Kreisdelegierten angetragen, der dem Polizisten gegenüber ein Fehlverhalten der französischen Polizisten eingestand. Der deutsche Polizist wurde mit einer Dolmetscherin zum verantwortlichen französischen Polizisten geschickt, der sich bei dem Misshandelten entschuldigte⁸³². Dieses Beispiel zeigt nicht nur die bestehenden Probleme und Animositäten, die von Teilen der französischen Verwaltung gegenüber Deutschen zutage traten, sondern auch das Bemühen der französischen Verwaltung, diese im Rahmen zu halten und für eine vernünftige Kooperation einzutreten.

Übergriffe durch Kolonialtruppen fanden in der Presse einen besonders starken Widerhall⁸³³, da sie die stereotypen Vorstellungen, wie sie in der Kampagne gegen die „Schwarze Schmach“ verbreitet wurden, zu bestätigen schienen. Die französischen Behörden verhängten deswegen gerade gegen Soldaten der Kolonialtruppen schwere Urteile⁸³⁴.

Vereinzelt kam es zu Falschmeldungen oder erfundenen Berichten über vermeintliche Übergriffe durch französische Soldaten. Am 13. Juni 1920 erschien ein Artikel im Abendblatt der Frankfurter Zeitung, in dem von einem Überfall zweier französischer Soldaten auf zwei deutsche Mädchen am Fuß des Neroberges berichtet wurde. Dabei sei ein Mädchen so schwer verletzt worden, dass sie in ein Krankenhaus gebracht werden musste. Eine Untersuchung der Wiesbadener Polizei ergab, dass der Vorfall nicht gemeldet und kein Mädchen an

⁸²⁷ HHStAW Abt. 405, Nr. 5231, Bl. 87 und 118.

⁸²⁸ HHStAW Abt. 405, Nr. 5231, Bl. 60 und HHStAW Abt. 405, Nr. 5248, Bl. 284-289.

⁸²⁹ HHStAW Abt. 405, Nr. 5231, Bl. 18 und 227.

⁸³⁰ HHStAW Abt. 405, Nr. 5231, Bl. 14 und 39f.

⁸³¹ HHStAW Abt. 405, Nr. 5231, Bl. 7.

⁸³² StAW WI/2, Nr. 2548, Bl. 386-389.

⁸³³ HHStAW Abt. 405, Nr. 5231, Bl. 18.

⁸³⁴ Siehe die Fälle HHStAW Abt. 405, Nr. 5231, Bl. 18.

diesem Tag in ein Krankenhaus gebracht worden war. Der Artikel war außerdem nicht von einem Korrespondenten vor Ort verfasst worden, sondern von einem Frankfurter Journalisten erdacht worden⁸³⁵. Dies blieb jedoch nicht der einzige Fall von Falschdarstellungen und Fehlübersetzungen durch deutsche Journalisten, die vom Polizeipräsidium in Wiesbaden moniert wurden⁸³⁶.

In einem Gespräch zwischen dem Biebricher Industriellen und Mitglied des Landtages Dr. Ferdinand Kalle⁸³⁷ und dem Kreisdelegierten Wiesbadens wurden neben der Kampagne gegen die Kolonialtruppen auch die gewalttätigen Übergriffe und die Wahrnehmung der Bevölkerung diskutiert. Dabei bestätigte Dr. Kalle, dass einige Berichte tatsächlich nicht der Wahrheit entsprächen, die realen Vorfälle auf die Bevölkerung aber „außerordentlich erregend“ gewirkt hätten:

*„[...]ich erkenne an, dass manche Vorkommnisse übertrieben seien und manche auch erfunden, was niemand mehr als wir Deutsche bedauerten; aber andererseits seien doch auch Fälle vorgekommen, die ausserordentlich erregend auf die deutsche Bevölkerung wirkten.“*⁸³⁸

Die Kolonialtruppen wurden als ausgesprochen fremdartig und bedrohlich wahrgenommen. Die vorherrschenden Stereotypen und Einstellungen gegenüber den Kulturen außerhalb Europas prägten die Haltung der Bürger gegenüber den afrikanischstämmigen Soldaten.

*„Vor den Franzosen hatten wir [Angst], da waren die Marokkaner drunter, und diese schwarzen Typen, nicht nur die hellhäutigen, sondern Kolonialtruppen, die sie hergebracht haben. Etwas vollkommen Fremdes. Das war also wirklich fremd und das hat einen als Kind Angst gemacht, wenn die mit so großen Augen da kamen, mit so langen Säbeln.“*⁸³⁹

⁸³⁵ HHStAW Abt. 405, Nr. 5248, Bl. 10 und 15.

⁸³⁶ HHStAW Abt. 405, Nr. 5248, Bl. 28.

⁸³⁷ Wilhelm Jakob Ferdinand Kalle, geb. 19.2.1870 in Biebrich am Rhein, gest. 1954 in Tutzing. Kalle war promovierter Chemiker und Industrieller. Zwischen 1919 und 1924 Mitglied des Preußischen Landtags für die DVP, danach bis 1932 Mitglied des Reichstags. Renkhoff: Biographie, S. 426.

⁸³⁸ Dr. Kalle im Gespräch mit dem Kreisdelegierten Wiesbadens Oberst Wimpfen 13.8.1921. HHStAW Abt. 405, Nr. 5559, Bl. 14.

⁸³⁹ Aus dem Interview mit Gretel B. am 19.08.2010 (siehe Anhang).

Dies nutzte der französische General Mordacq gezielt aus und setzte Kolonialtruppen zur Abschreckung gegen die Bevölkerung ein:

*„Seit dem Kriege empfinden die Deutschen übrigens vor den Spahis heillosen Schrecken. Im Zusammenhang damit laufen in Deutschland – ob zu Unrecht oder Recht – eine Menge Legenden um. Es lag also zweifelsohne in unserem Interesse, diesen Umstand zu auszunutzen. Tatsache ist, daß jedesmal, wenn sich in einem Kreis [...] ein gewisses Aufbegehren zu zeigen begann, beim Erscheinen der Spahis sofort wieder alles ruhig war.“*⁸⁴⁰

Zwischenfälle geringer Art wurden auch vonseiten der deutschen Bürger begangen. Darunter fielen vor allem Beleidigungen. So wurde z.B. ein Schaffner zu sechs Monaten Haft und 500 Mark Strafe verurteilt, weil er die französische Flagge als „Lappen“⁸⁴¹ bezeichnet hatte. Die sprachliche Barriere zwischen Deutschen und Besatzungstruppen führte oftmals zu Missverständnissen und ließ Situationen eskalieren. Ein Beispiel findet sich in den Akten des Hessischen Hauptstaatsarchivs. Ein französischer Offizier forderte einen Kutscher auf ihn zu fahren, der allerdings bereits auf einen anderen Gast wartete. Da sich beide gegenseitig nicht verstanden, glaubte der französische Offizier an eine Verweigerung des Kutschers und wurde handgreiflich⁸⁴².

Kontakte

Wie bereits in der Waffenstillstandszeit, gab es weiterhin Kontakte zwischen deutschen Frauen und französischen Soldaten. Ein eindeutiger Beleg hierfür sind die Kinder, die aus ihren Beziehungen hervorgingen. Da die deutsch-französischen Paare in den allermeisten Fällen nicht verheiratet waren, wurden die Kinder als unehelich Geborene statistisch erfasst und die Nationalität der Väter verzeichnet. Kinder von Besatzungssoldaten und deutschen Frauen wurden im gesamten besetzten Gebiet geboren. Im besetzten Teil des Regierungsbezirks Wiesbadens korrelierte die Zahl der Kinder mit der Zahl der anwesenden Besatzungssoldaten in den Städten und Dörfern⁸⁴³. In Wiesbaden wurden zwischen 1919 und Mitte 1923 insgesamt 813 uneheliche Kinder geboren. Davon waren 158 (19,4%) von französischen Soldaten gezeugt worden. Im

⁸⁴⁰ Mordacq: Mentalität, S. 259.

⁸⁴¹ HHStAW Abt. 405, Nr. 5231, Bl. 53f.

⁸⁴² HHStAW Abt. 405, Nr. 5231, Bl. 60.

⁸⁴³ HHStAW Abt. 405, Nr. 5395, Bl. 5-16.

Vergleich dazu waren nur 23 (2,8%) der Kinder von US-amerikanischen Vätern. Man ging davon aus, dass von den französischen Vätern etwa 20% aus Afrika stammten⁸⁴⁴.

Das französische Militär hatte grundsätzlich verfügt, eine Heirat zwischen Soldaten und Einheimischen nur im Ausnahmefall, z.B. bei gemeinsamen Kindern, auf Antrag zuzulassen⁸⁴⁵. In den Fällen, in denen der Vater kein Interesse an der Annahme der Vaterschaft hatte und diese bestritt, konnte bis 1921 eine Vaterschaftsklage angestrengt werden. Mit der Verordnung Nr. 2, §§ 14 und 15 der IRKO⁸⁴⁶ war dies nicht mehr möglich. Alliierte Soldaten konnten nicht mehr vor deutsche Gerichte gebracht werden, sondern nur vor zivilen französischen Gerichten verklagt werden⁸⁴⁷. Dies stellte natürlich eine ungeheure Hürde dar und bedeutete faktisch, dass die Vaterschaft nicht mehr eingeklagt werden konnte.

Dass der Kontakt mit den französischen Besatzungstruppen durchaus auch freundschaftlich gewesen war, zeigen Berichte aus Rambach im Landkreis Wiesbaden⁸⁴⁸. Die französischen Soldaten sollen mit den Kindern des Dorfes im Winter Schlitten gefahren sein und vereinzelt halfen einquartierte Soldaten bei den Arbeiten, die im Haus oder Garten anfielen. Aufgrund der engen Kontakte mit den französischen Soldaten nahmen die Kinder viele französische Ausdrücke in ihre Sprache auf und verwendeten diese auch noch nach dem Abzug der Soldaten weiter.

*„Die Oma meiner Frau erzählte oft, dass ihre jüngste Tochter Berta mit vier Jahren schon Französisch sprach – natürlich nicht richtig. Sie hatte damals einen Soldaten im Haus, der hieß Jean. Er habe bei allen Haus- und Gartenarbeiten mitgemacht und habe zu Berta ein inniges geschwisterähnliches Verhältnis gehabt.“*⁸⁴⁹

⁸⁴⁴ HHStAW Abt. 405, Nr. 5395, Bl. 17.

⁸⁴⁵ Vgl. Schreiben von Foch an General Fayolle vom 25. April 1919 in: SHD 16N1665, Dossier 5.

⁸⁴⁶ Vogels: Verträge, S. 113ff.

⁸⁴⁷ HHStAW Abt. 405, Nr. 5212.

⁸⁴⁸ Aus den schriftlichen Erinnerungen von Heinz S. aus Rambach (siehe Anhang). Zusammengetragen für einen Vortrag des Heimatvereins Rambach am 13.1.2011. „Was ich sonst noch über diese Zeit weiß, kenne ich aus Erzählungen meines Großvaters, der Großmutter meiner Frau und von Gesprächen der Gäste in unserer Gastwirtschaft „Römerburg“. Von Übergriffen oder Verfehlungen der Soldaten habe ich nichts gehört. Wie erzählt wurde, war der französische Ortskommandant ein kluger besonnener Mann.“

⁸⁴⁹ Aus den niedergeschriebenen Erinnerungen von S. (siehe Anhang).

Die Gegenwart der Kolonialtruppen schien in Rambach zu keinen Zwischenfällen geführt zu haben und die Anwesenheit von Kindern der Besatzungssoldaten in der Dorfschule wurde akzeptiert⁸⁵⁰.

Die zum Teil problematischen Beziehungen zwischen Deutschen und den französischen Besatzungstruppen waren den politischen Entscheidungsträgern vor Ort natürlich bewusst und man bemühte sich um einen verständnisvollen Umgang miteinander. Ein Beispiel hierfür ist der private Kontakt des Administrateur supérieur de Lillers in Wiesbaden mit dem Regierungspräsidenten Konrad Haenisch⁸⁵¹. Der Brief des Delegierten zum Weihnachtsfest 1924 zeigt die gegenseitige Wertschätzung und das Bestreben beider, die Interessen und Mentalitäten des jeweils anderen zu verstehen, um Lösungen herbeizuführen. Als das zentrale Problem, das zwischen Franzosen und Deutschen stand, bewertete de Lillers die Erfahrungen des Krieges, welche beiden Seiten „moralische Wunden“ beigelegt hätten:

*„[...] hat die deutsche Regierung alles getan, um sie zu heilen? Und dann, glauben Sie nicht, daß es auch gerecht wäre, hier und da an die Wunden des französischen Volkes zu denken? Es ist nicht Mode, darüber viel zu sprechen, ich weiß es, aber glauben Sie, daß sie aus diesem Grunde weniger schmerzhaft sind?“*⁸⁵²

⁸⁵⁰ „Die Zahl der Besatzer war sehr hoch. In Folge dann die Zahl der Besatzungskinder. In unserer Gastwirtschaft sprach man von 14. Die meisten gingen mit mir in verschiedenen Klassen zur Schule. Es wurde kaum beachtet.“ Aus den niedergeschriebenen Erinnerungen von S. (siehe Anhang).

⁸⁵¹ Konrad Haenisch, geb. am 14.3.1876 in Greifswald, gest. am 28.4.1925 in Wiesbaden. Haenisch war nach seinem Studium der Wirtschaft und Geschichte als Redakteur für verschiedene Zeitungen tätig. Er trat der SPD bei und wurde nach dem Ersten Weltkrieg preussischer Landtagsabgeordneter. 1923 übernahm er das Amt des Wiesbadener Regierungspräsidenten. NDB Bd. 7 (1966), S. 146 und Herrmann, Albert: Gräber berühmter und im öffentlichen Leben bekanntgewordener Personen auf den Wiesbadener Friedhöfen, Wiesbaden 1928, S. 144f.

⁸⁵² Aus dem Antwortschreiben de Lillers an Regierungspräsident Haenisch vom 28.12.1924 in Müller: Adler, S. 243f.

4.7. Zusammenfassung

Die Zeitspanne zwischen dem Versailler Vertrag und dem Abzug der französischen Truppen infolge der Konferenz von Locarno, war in Wiesbaden von der Inflation und der Ruhrkrise geprägt. Die massive Verschuldung des Reiches durch die Kriegsausgaben und die hohen Folgekosten, vor allem im sozialen Bereich, beschleunigte die Inflation, die schließlich während des passiven Widerstandes 1923 ihren Höhepunkt erreichte. Viele Bürger Wiesbadens, die von ihren Kapitalanlagen lebten, verarmten infolge der Inflation. Vor allem waren aber die Unterstützungsempfänger, deren Zahl anstieg, und die unteren Einkommensschichten existenziell bedroht.

Zwischen 1920 und 1923 verzeichnete die Stadt einen unerwarteten Anstieg der Besucherzahlen aus dem europäischen Ausland. Vor allem Franzosen, Niederländer aber auch Russen nutzten den schwachen Stand der Reichsmark aus. Deutsche Besucher blieben dem Kurbad aufgrund der eigenen wirtschaftlichen Situation hingegen fern. Für die sogenannte „Kurindustrie“ war der Besucherstrom zwar sehr erfreulich, jedoch wurde durch die Inflation ein Großteil der Gewinne zunichte gemacht.

Mit dem Beginn der Ruhrkrise wurde erneut eine Zollgrenze zu Deutschland errichtet und der Reise- und Warenverkehr stark behindert. Die Krise ließ die Zahl der Besucher wieder deutlich sinken. Die gleichzeitig einsetzende Hyperinflation, die vermehrten Ausgaben infolge des „passiven Widerstands“ und die Ausweisung einer großen Zahl von Beamten führten 1923 zu einer schweren sozioökonomischen Krise. Die Besatzung beeinflusste diese Krise negativ, da sie z.B. für die Errichtung der Zollgrenze verantwortlich war und zur Destabilisierung der Stadt beitrug, indem sie die Separatisten unterstützte.

Die Unterstützung der rheinischen Separatisten war Bestandteil der französischen Rheinlandpolitik. Sie zielte bis 1924 auf eine Beeinflussung der besetzten Gebiete und die Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen in Deutschland. Dies bedeutete auch, dass die Politik der *pénétration pacifique* aus der Waffenstillstandszeit weitergeführt wurde, was zu Konflikten mit der Stadtverwaltung Wiesbadens führte.

Erst mit der Stabilisierung der Währung begann eine Phase der Konsolidierung und der wirtschaftlichen Erholung. Zwar musste die Stadt einen Teil der Kosten aus der Zeit des „passiven Widerstands“ selbst tragen, jedoch konnte Wiesbaden sich durch die Inflation eines großen Teils der Schulden entledigen.

1924 konnte nach 1921 erstmals und gleichzeitig zuletzt in den zwanziger Jahren, ein Überschuss im städtischen Haushalt erwirtschaftet werden⁸⁵³.

Auch nach dem Friedensschluss blieb das Verhältnis zwischen Franzosen und Deutschen angespannt. Die Politik der *pénétration pacifique* und die Unterstützung für die Separatisten, gepaart mit der schweren Wirtschafts- und der Ruhrkrise, ließen keine Annäherung zu. Im Gegenteil wurde die Lage durch die deutsche Gegenpropaganda und die Kampagne gegen die „Schwarze Schmach“ erschwert. Die deutsche Propaganda fiel in Wiesbaden auf fruchtbaren Boden, da die Erfahrungen der Waffenstillstandszeit und das wachsende Kontingenzbewusstsein die Bevölkerung für die Propaganda zugänglich gemacht hatten.

Die Wahrnehmung Wiesbadens vonseiten der ausländischen Besucher reichte von unterkühlt bis freundlich. Der starke Zustrom zeigte jedoch, dass jenseits des finanziellen Aspekts die Attraktivität der Kurstadt hoch war. Inwieweit die zivilen Besucher der Stadt das Verhältnis der Deutschen zu den Militärs verändert haben, ist eine spannende Frage, die leider aufgrund fehlender Quellen nicht näher untersucht werden konnte.

Das Verhältnis zwischen Bewohnern der Stadt und den Besatzungstruppen blieb unverändert schwierig und wurde von der Ruhrkrise und der damit verbundenen sozioökonomischen Krise stark beeinflusst. Die Kampagne gegen die Kolonialtruppen zeigte, dass der symbolische Konflikt zwischen Besatzungstruppen und Bevölkerung durch die systematische deutsche Propaganda intensiviert wurde. Vielerorts schlug der Konflikt in physische Gewalt um, wie die unzähligen kleinen und schweren Übergriffe zeigten.

⁸⁵³ Siehe Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für den Zeitraum 1. April 1924 bis zum 31. März 1927, S. 107 und 112.

5. Kapitel: „Die unwilligen Besatzer“ – Britische Truppen in Wiesbaden (1925-1929)

5.1. „French Security spells British Security“ – Außenpolitik und Rheinlandpolitik

Die britische Außenpolitik nach dem Ersten Weltkrieg zielte auf eine Sicherung der strategischen Interessen Großbritanniens in Kontinentaleuropa sowie im gesamten Empire. Großbritannien war als stärkste Weltmacht aus dem Ersten Weltkrieg hervorgegangen und hatte seinen Einflussbereich in Afrika und dem arabischen Raum ausweiten können. Deutschland hingegen hatte seine latente Vormachtstellung verloren, Russland war durch die Revolution und den Bürgerkrieg beeinträchtigt und Frankreich an den Grenzen der Belastbarkeit.

In den Folgejahren schwächten mehrere Faktoren die Vormachtstellung Großbritanniens. Durch eine Vielzahl von lokalen Konflikten und nationalen Erhebungen im arabischen Raum, Irland und Indien, wurde eine große Zahl britischer Truppen gebunden. Die britischen Dominions strebten nach mehr Autonomie, was schließlich zur Errichtung des Britischen Commonwealth führte⁸⁵⁴.

Das Empire war in den Jahren, die dem Krieg folgten, in einer wirtschaftlich prekären Phase mit immer wiederkehrenden sozialen Spannungen. Die hohe Staatsverschuldung, binnenwirtschaftliche Strukturdefizite und die nur langsame Erholung Kontinentaleuropas zwangen Großbritannien zu einer restriktiven Haushaltsführung⁸⁵⁵. Die Außen- und Sicherheitspolitik wurde unter ökonomischen Gesichtspunkten geführt und Verteidigungsausgaben drastisch reduziert. Diese Politik zeigte sich am deutlichsten an der sogenannten Zehn-Jahres-Regel, die 1919 unter der Leitung von Lloyd George aufgestellt wurde. Sie besagte, dass sich das Britische Empire innerhalb der nächsten zehn Jahre in

⁸⁵⁴ Für einen Überblick der Rolle der Dominions während und nach dem Ersten Weltkrieg siehe Wende, Peter: Das Britische Empire. Geschichte eines Weltreichs, München 2008, S. 244-248.

⁸⁵⁵ Zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Großbritanniens siehe das Kapitel „Der Große Krieg und seine Folgen 1914-1926“ in Brüggemeier, Franz-Josef: Geschichte Großbritanniens im 20. Jahrhundert, München 2010, hier vor allem S. 127f. und 166f.

keinem Konflikt engagieren würde, der eine Entsendung von Truppen mit sich ziehen würde⁸⁵⁶.

Das Rheinland war einer jener Konflikte, in denen sich das britische Empire länger engagieren musste, als dies politisch gewollt war. Besonders nach dem Rückzug der USA aus Europa im Jahr 1923 musste sich Großbritannien verstärkt militärisch in Deutschland engagieren. Es lag im Interesse Großbritanniens eine dauerhafte Schwächung Deutschlands zu erreichen, ohne zugleich eine französische Hegemonialstellung in Europa zu forcieren. Aus diesem Grund hatte sich die britische Regierung während der Friedensverhandlungen gegen weitergehende Forderungen Frankreichs gewendet und z.B. separatistische Strömungen im Rheinland unterbunden.

Um dennoch weltweit agieren zu können, plante die britische Regierung Truppenkontingente aus Deutschland abzuziehen. Daher suchte man friedliche Möglichkeiten der Konfliktlösungen und lehnte invasive Methoden wie z.B. die Ruhrbesetzung durch die Franzosen und Belgier ab. Das Ziel war eine schrittweise Reduzierung britischer Truppen im besetzten Rheinland⁸⁵⁷.

Unter der Führung Austen Chamberlains⁸⁵⁸ setzte die britische Außenpolitik auf eine Politik der Kooperation und des Ausgleichs zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern. Dabei bot sich Chamberlain als Mittler zwischen Frankreich und Deutschland an. Ohne eine Einbeziehung Deutschlands in ein neues Europäisches Konzert, so die Überzeugung Großbritanniens, würden die drängenden wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Fragen nicht gelöst werden können. Eine Stabilisierung der europäischen Wirtschaft und eine langfristige Friedenssicherung sollte der angeschlagenen Wirtschaft Großbritanniens Aufschwung geben. Großbritannien und Frankreich sollten eine Achse bilden und

⁸⁵⁶ Ebersold, Bernd: Machtverfall und Machtbewußtsein. Britische Friedens- und Konfliktlösungsstrategien 1918-1956 (Beiträge zur Militärgeschichte Bd. 31), München 1992, S. 9ff.

⁸⁵⁷ Jahr, Christoph: Der lange Weg nach München. Britische Außenpolitik unter dem Eindruck von Versailles, in: Krumeich, Gerd (Hg.): Versailles 1919. Ziele - Wirkung - Wahrnehmung (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte - Neue Folge Bd. 14), Köln 2001, S. 113-125, S. 113ff.

⁸⁵⁸ Sir Joseph Austen Chamberlain, geb. am 16.10.1863 in Birmingham, gest. am 16.3.1937 in London. Chamberlain war ein Politiker der Conservative Party und seit 1900 an verschiedenen Regierungskabinetten beteiligt. Zwischen 1925 und 1929 war Chamberlain Außenminister und an der Entstehung der Locarno-Verträge beteiligt, wofür er zum Ritter geschlagen wurde und den Friedensnobelpreis erhielt.
Thane, Pat: Cassell's Companion to Twentieth-Century British History, London 2001, S. 393ff. und Sherby, Louise S.: The Who's Who of Nobel Prize winners 1901-2000, 4. Aufl. London 2002, S. 400f.

gleichfalls ein Gegengewicht zu Deutschland darstellen⁸⁵⁹. Aus militärischer Sicht bildete die Rheinlinie eine vorgelagerte Verteidigungslinie Großbritanniens. Der britische Generalstab formulierte dies in einer Denkschrift von 1925 prägnant: „French Security' spells 'British Security'“⁸⁶⁰.

Truppenreduzierungen

Das Vertragswerk von Locarno war ein Meilenstein in der außenpolitischen Annäherung der ehemaligen Kriegsparteien. Jedoch interpretierten die Unterzeichner die Verträge unterschiedlich. Der neue französische Außenminister Aristide Briand⁸⁶¹ sah in den Verträgen eine Bestätigung des Versailler Vertrages und des Status quo. Briand suchte den Ausgleich mit Deutschland, sah aber sicherheitspolitische Bedenken bei einer weiteren Truppenreduzierung⁸⁶². Der deutsche Außenminister Gustav Stresemann sah in der Unterzeichnung ein Entgegenkommen Deutschlands und erwartete ein schrittweises Entgegenkommen der Alliierten in der Frage der Truppenreduzierung und der endgültigen Räumung des Rheinlandes⁸⁶³.

Die Räumung der Kölner Zone infolge der Verträge von Locarno und der damit verbundene Umzug der Briten in den Mainzer Brückenkopf, entsprachen den politischen Zielen einer Truppenreduzierung der britischen Regierung. Dies führte jedoch zu Verstimmungen zwischen den britischen Ministerien und dem Militär. Die Verteidigung des Mainzer Brückenkopfs mit der Stadt Wiesbaden und Umgebung war aus militärischer Sicht problematisch. Die Aufgabe der Briten war es im Ernstfall den Brückenkopf so lange zu halten, bis größere französische Truppenverbände zusammengezogen würden. Die Briten müssten

⁸⁵⁹ Cohrs, Patrick O.: *The Unfinished Peace after World War I. America, Britain and the Stabilisation of Europe 1919-1932*, Cambridge 2006, S. 288 und 326ff; Jahr: Weg, S. 116.

⁸⁶⁰ Zitiert nach Bond, Brian: *British military policy between the two World Wars*, Oxford 1980, S. 77.

⁸⁶¹ Aristide Briand, geb. am 28.3.1862 in Nantes, gest. am 7.3.1932 in Paris. Briand war Anwalt, Publizist und sozialistischer Abgeordneter im französischen Parlament. Zwischen 1922 und 1932 war er französischer Außenminister. Vgl. Gaudart de Soulages, Michel/Lamant, Hubert: *Dictionnaire des Francs-maçons français*, Paris 1995, S. 395f.

⁸⁶² Zur Politik Briands als Premier- und Außenminister nach dem Ersten Weltkrieg siehe Barri  ty, Jacques: *Aristide Briand et la sécurité de la France en Europe, 1919-1932*, in: Schuker, Stephen (Hg.): *Deutschland und Frankreich. Vom Konflikt zur Aussöhnung. Die Gestaltung der westeuropäischen Sicherheit 1914-1963* (Schriften des historischen Kollegs, Kolloquien Bd. 46), München 2000, S. 117-134.

⁸⁶³ Cohrs: *Peace*, S. 287.

in einem solchen Szenario das Gebiet zwischen dem unübersichtlichen Taunusgebirge und dem Rhein verteidigen. Ein Rückzug der Truppen wäre nur über Mainz oder Bingen möglich gewesen; eine strategisch ungünstige und schwer überschaubare Situation⁸⁶⁴.

Das britische Kriegsministerium stand nicht nur deshalb Truppenreduzierungen skeptisch gegenüber. Das Kriegsministerium sah die Gefahr, dass die Armee im Ernstfall nicht mehr ausreichend stark wäre, um den Brückenkopf zu verteidigen. Das Finanzministerium gab zu bedenken, dass die Zuweisung Deutschlands für die Besatzungstruppen in Höhe von acht Millionen Goldmark jährlich, als Teil der Reparationszahlungen, nach einem britischen Rückzug nicht mehr erfolgen würde. Ein Betrag mit dem das Finanzministerium anscheinend fest plante⁸⁶⁵. Die Kosten für die Besatzung lagen für die Jahre 1925 und 1926 bei jeweils 1,8 Millionen Pfund und sanken bis 1929 auf 1,15 Millionen Pfund. Von einer vollständigen Kostendeckung durch deutsche Zahlungen kann allerdings nicht ausgegangen werden⁸⁶⁶.

Die Thematik der Truppenreduzierungen war die zentrale außenpolitische Frage während der britischen Besatzungszeit in Wiesbaden. Sie war eng mit der Erfüllung des Versailler Vertrages und der französischen Sicherheitspolitik verknüpft. Unter Stresemann versuchte das Auswärtige Amt auf eine Truppenreduzierung und schließlich die vollständige Räumung der besetzten Gebiete hinzuwirken⁸⁶⁷. Es folgten 1926 und 1927 langwierige Verhandlungen zwischen Frankreich, Großbritannien und Deutschland, die immer wieder durch Zwischenfälle und Provokationen in den besetzten Gebieten überschattet wurden. Dies stärkte die französische Position, die eine Reduzierung der Truppenkontingente ablehnte und band die britische Regierung wieder enger an die französische Politik⁸⁶⁸.

Weitere Verhandlungen im November 1926 führten zu dem Ergebnis, dass im Januar 1927 die Interalliierte Militär-Kontrollkommission aufgelöst wurde. Da Briand die Frage der Truppenreduzierungen mit der Erfüllung der Entwaffnung Deutschlands gemäß dem Versailler Vertrag verbunden hatte, war dies

⁸⁶⁴ IWM: Occupation, S. 286f. und Williamson: British, S. 312f.

⁸⁶⁵ Williamson: British, S. 311f.

⁸⁶⁶ Siehe hierzu die Darstellung in IWM: Occupation, S. 54.

⁸⁶⁷ Die Politik Stresemanns wurde in der Wiesbadener Öffentlichkeit genau verfolgt, da die Forderung nach einer Truppenreduzierung direkte Auswirkungen auf die Stadt haben würde. Vgl. WT Nr. 211 vom 10.9.1926, S. 1f.

⁸⁶⁸ Williamson: British, S. 310f.

ein großer Erfolg für die deutsche Außenpolitik. Somit war der Weg für weitere Verhandlungen frei, die im Sommer 1927 zu einer Reduzierung der alliierten Truppen um insgesamt 10.000 Soldaten führten. Anteilig wurden auch britische Soldaten abgezogen, ohne dass es zu finanziellen Einbußen für Großbritannien kam. In der deutschen Öffentlichkeit wurde diese Truppenreduzierung als absolutes Minimum angesehen und führte daher nicht zu einer gewünschten Entspannung der Atmosphäre im besetzten Gebiet⁸⁶⁹. Das Mitteilungsblatt der völkisch-konservativen DNVP kritisierte die Ergebnisse der Verhandlungen und sah in der vollständigen Räumung des Rheinlandes eine „Selbstverständlichkeit“ in ihrer Interpretation des „Geistes von Locarno“:

*„Nach monatelangen, von neuen Opfern begleiteten Verhandlungen sind im Westen bescheidene Räumungsmaßnahmen eingetreten, die, im „Geist von Locarno“ gesehen, eigentlich eine Selbstverständlichkeit darstellten und schon längst hätten zur Tat werden müssen. Die eigentliche Forderung der Locarno-Politik, schleunige und vollständige Beendigung der Besatzung, die ihren Sinn verloren hat, ist heute der Erfüllung ferner denn je.“*⁸⁷⁰

Vonseiten des britischen Kriegsministeriums wurde eine Reduzierung der britischen Truppen um 2.000 Mann mit der Begründung abgelehnt, dass dies die britischen Streitkräfte im Rheinland unfähig machen würde, ihre Aufgabe zu versehen. Eine Reduzierung um 900 Mann würde die Effizienz der Truppen zwar ebenfalls mindern, aber die militärischen Aufgaben nicht gefährden:

„The proposed reduction by 2,000 men would entail the withdrawal of 2 infantry battalions and certain personnel of ancillary services. If these troops were withdrawn, there would remain as reserve 3 batteries of artillery 1 infantry battalion 1 cavalry regiment 1 section armoured cars which in the opinion of the General Staff, would be insufficient; to meet the emergencies which it is necessary and reasonable to contemplate. Moreover any such reduction would make it impossible for the British Force to carry out efficiently

⁸⁶⁹ Williamson: British, S. 314ff und 318-321. Zur Entwaffnung und Militärkontrolle nach dem Ersten Weltkrieg siehe auch: Salewski, Michael: Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919-1927 (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. Bd. 24), München 1966.

⁸⁷⁰ WB Nr. 1 vom 1.1.1928, Artikel „Zum Jahreswechsel“.

*the duties which have been allotted to it by the General Officer Commanding-in-Chief.*⁸⁷¹

Für die britische Besatzung in Wiesbaden und Umgebung bedeuteten die verhandelten Truppenkürzungen einen Rückgang der Truppenzahl von ungefähr 5.800 auf etwa 5.400 innerhalb der Jahre 1927 und 1928. Erst mit den Planungen zum endgültigen Abzug 1929 sank die Zahl der Besatzungstruppen auf ca. 4.800⁸⁷².

Aufgrund der britischen Strategie der nicht-militärischen Konfliktlösung und der beginnenden Appeasementpolitik war die Besatzungspolitik darauf ausgerichtet, Probleme mit der Bevölkerung oder den deutschen Behörden schnell und effizient zu lösen. Dies führte zu einer relativ konfliktfreien Besatzungsphase. Vor allem wenn man sie mit der Zeit der französischen Besatzung und der Politik der *pénétration pacifique* vergleicht. Das zeigt auch die Menge an überlieferten Quellen, die für die britische Besatzungszeit deutlich geringer ausfällt. Die britische Besatzung griff vornehmlich als Zensor bei Filmen und Zeitungen ein und verbot nationalistisch ausgerichtete Versammlungen. Schwerer wog die Einquartierung in private Wohnungen und Häuser⁸⁷³.

⁸⁷¹ Memorandum des Kriegsministeriums für das Kabinett, NA CAB 24/188, Bl. 208.

⁸⁷² StAW WI/2, Nr. 2321.

⁸⁷³ Vgl. Williamson: British, S. 330.

5.2. „The Wiesbaden Bridgehead“ - Beginn der britischen Besatzung

5.2.1. Von der „Rhenish metropolis“ nach „Wiesbaden-the-spa“

Anfang 1925 hoffte Deutschland, entsprechend des Artikels 429 des Versailler Vertrages, dass die erste Zone nach fünfjähriger Besatzungszeit geräumt werden würde. Die Alliierten verweigerten jedoch die Räumung der nördlichen Besatzungszone mit der Begründung, dass das Reich seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht zur Gänze nachgekommen sei. Die festgestellten Verstöße bezogen sich vor allem auf die Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrags. Weitere Beweggründe waren die sicherheitspolitischen Defizite, welche die Alliierten dazu bewogen, weitere Verhandlungen mit dem Deutschen Reich führen zu wollen, bevor sie die Kölner Zone den Deutschen übergeben würden. Frankreich sah im bevölkerungsstarken Deutschland mit seinen überlegenen industriellen Kapazitäten nach wie vor eine große Bedrohung. Dieser Eindruck wurde durch die bestehenden schlechten politischen Beziehungen bestärkt⁸⁷⁴.

Großbritannien unterstützte die französische Politik, da das Empire Frankreich als wichtigsten Verbündeten ihrer eigenen Sicherheitsinteressen ansah und Deutschland eine potenzielle Bedrohung für die nördlichen Marinestützpunkte und die Kanalhäfen darstellte. Erst nach langen Verhandlungen, die in der Konferenz von Locarno gipfelten, konnten die sicherheitspolitischen Bedenken Frankreichs ausgeräumt werden und der Weg zum Abzug der alliierten Besatzungstruppen aus der ersten Zone vereinbart werden.⁸⁷⁵

Parallel zu den diplomatischen Verhandlungen suchte das britische Kriegsministerium nach einem neuen geeigneten Standort für die britischen Truppen.

⁸⁷⁴ Die Politik der Alliierten gegenüber Deutschland und die sicherheitspolitischen Vorstellungen waren im Januar und Februar 1925 Gegenstand der Erörterungen im britischen Kabinett. Siehe Kabinettsitzung am 15.1.1925 (NA CAB 23/49, Bl. 162f.) und Memorandum des Außenministeriums vom 20.2.1925 (NA CAB 24/172, Bl. 73ff.). Aus dem Memorandum des Staatssekretärs im Kriegsministerium vom 26.2.1925 (NA CAB 24/172, Bl. 109): „This fear which infects the leading French soldiers has become intensified by the prospect of the approaching evacuation of the Cologne zone. It is much more than an anxiety over the German infractions in regard to disarmament; it is rather for the future than for the present, and it is based, upon Germany's inevitable industrial and economic expansion and the capacity to go to war which this will confer;“.

⁸⁷⁵ Zum Vertrag von Locarno und den Verhandlungen im Vorfeld siehe Krüger: Außenpolitik, S. 269-301. Zusammenfassend siehe auch Büttner: Weimar, S. 359f., Pawley: Watch, S. 111f. und IWM: Occupation, S. 281.

Koblenz wurde als möglicher Ort in Betracht gezogen, jedoch hatte die IRKO ihren Sitz in Koblenz und die Franzosen standen dieser Lösung ablehnend gegenüber. Die Wahl fiel schließlich auf Wiesbaden und den nördlichen Teil des Mainzer Brückenkopfes mit der Stadt Bingen auf dem linken Rheinufer⁸⁷⁶.

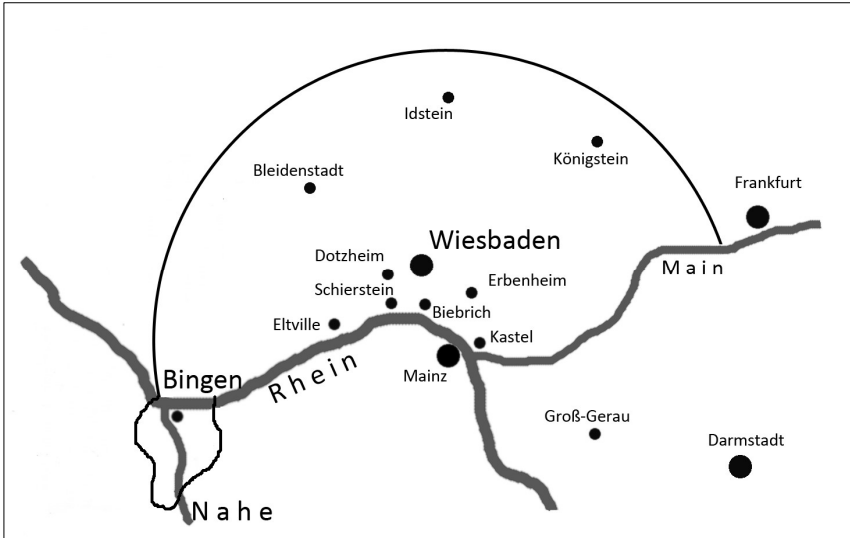


Abbildung 5: Der Brückenkopf Wiesbaden unter britischer Verwaltung.

Gerüchte über eine mögliche Verlegung der britischen Truppen nach Wiesbaden kursierten bereits im März 1925. Der Regierungspräsident Wiesbadens versuchte über informelle Wege herauszufinden, wie die Briten zu einem Umzug nach Wiesbaden standen und nahm Kontakt mit einem befreundeten Redakteur der Kölnischen Zeitung auf. In seiner Antwort vom 17. März schrieb der Redakteur, „daß es höchst wahrscheinlich sei, daß die Briten ihren Sitz nach Wiesbaden und Umgebung verlegen werden.“⁸⁷⁷ Die Gerüchte wurden durch Anfragen der britischen Besatzungsbehörde über die Lebensmittelversorgung und Gesundheitsgefährdung in Wiesbaden im Mai 1925 an den Magistrat Wiesbadens weiter genährt⁸⁷⁸. Auch von französischer Seite wurde im Sommer 1925

⁸⁷⁶ Reynolds, B.T.: *Prelude to Hitler*, London 1933, S. 110 und Pawley: *Watch*, S. 112.

⁸⁷⁷ HHStAW Abt. 405, Nr. 5426, Bl. 4f.

⁸⁷⁸ StAW W1/2, Nr. 2527, Bl. 355-365.

ein Wechsel der Besatzungstruppen angedeutet. Der Administrateur supérieur teilte dem Regierungspräsidenten Anfang Juli mit, dass der Abzug der französischen Truppen kurz bevorstehe und daher der vakante Posten des kommandierenden Generals nicht neu besetzt werde⁸⁷⁹. Die Presse überschlug sich mit Neuigkeiten über die möglichen Varianten und beteiligte sich an zahlreichen Spekulationen. Im Juli berichteten Berliner Zeitungen, dass mit der Räumung der Kölner Zone Wiesbaden Sitz der IRKO werden solle, was sich als Fehlmeldung erwies⁸⁸⁰.

Erst einen Monat nach der Konferenz von Locarno wurden die Pläne der Alliierten veröffentlicht. Am 1. Dezember 1925 begannen die Briten mit der Evakuierung der Kölner Zone, die bis zum 30. Januar 1926 andauerte. Die Rheinische Volkszeitung nannte den 10. Dezember 1925 als Stichtag für die Einquartierung der britischen Truppen in Wiesbaden. Das ehemalige Hotel Hohenzollern wurde das britische Hauptquartier⁸⁸¹. Am 1. Februar 1926 fand die offizielle Übernahme des Brückenkopfes statt. Neben der Stadt Wiesbaden wurden die Orte Geisenheim, Langenschwalbach, Idstein, Königstein, Hofheim, Hochheim, Flörsheim, Bingen und Ingelheim von den Briten besetzt.

Der Regierungspräsident schrieb im Januar 1926, das von den Briten besetzte Gebiet Wiesbadens umfasse neben dem Stadtkreis Wiesbaden auch den Landkreis „ausser dem Gebiet, das südlich der Linie Erbenheim, Nordenstadt, Breckenheim liegt, und das einschl. dieser drei Orte bei dem französisch besetzten Gebiet verbleibt. (Es fallen also der nördlich der genannten Linie liegende Teil des Kreises, die Stadt Biebrich a/Rh. und der westliche Teil des Kreises an die britische Zone).“⁸⁸².

Trotz vieler positiver Kontakte mit den britischen Besatzungstruppen in Köln und der Tatsache, dass die Briten die separatistischen Strömungen immer unterbunden hatten, wurde die Besatzung als solche abgelehnt⁸⁸³. Die deutsche Presse griff die Briten aufgrund der andauernden Besetzung massiv an und die deutschen Behörden in Wiesbaden forderten eine Reduzierung der Truppen

⁸⁷⁹ Bericht des Regierungspräsidenten an den Preußischen Minister des Innern vom 7.7.1925. HHStAW Abt. 405, Nr. 5426, Bl. 25.

⁸⁸⁰ StAW WI/2, Nr. 2555, Bl. 260c.

⁸⁸¹ Artikel „Wiesbaden und die Umgruppierung der Engländer“ aus der Rheinischen Volkszeitung, Nr. 273 vom 24.11.1925, aus: HHStAW Abt. 405, Nr. 5358, Bl. 109.

⁸⁸² Schreiben des Regierungspräsidenten an den Oberbürgermeister Wiesbadens vom 18.1.1926. StAW WI/2, Nr. 2556, Bl. 106-109.

⁸⁸³ Williamson: British, S. 307.

und weitere Erleichterungen⁸⁸⁴. Auch die Bevölkerung Wiesbadens war nicht erfreut über die weitere Besetzung, zogen die Briten jedoch den Franzosen vor⁸⁸⁵.

Anfang Dezember 1925 waren die Zustände in der im Aufbau befindlichen britischen Verwaltung noch chaotisch. Der Umzug wurde durch den harten Winter erschwert, der den Schiffstransport beeinträchtigte und die Franzosen zogen sich nur langsam und zum Teil unwillig aus der Stadt zurück⁸⁸⁶. Am 25. November 1925 inspizierte eine britische Kommission die Räumlichkeiten der bisher von den französischen Truppen genutzten Unterkünfte. Die von den Franzosen belegten Gebäude mussten übernommen, gereinigt und an britische Truppen übergeben werden. Das Wohnungsamt der Stadt Wiesbaden hatte erwartet, dass die Briten die französischen Kasernen, Schulen und Wohnungen umgehend übernehmen würden. Die Briten lehnten aber einige Unterkünfte als zu heruntergekommen oder schmutzig⁸⁸⁷ ab oder sie waren zu kostspielig, so dass nach weiteren Objekten gesucht werden musste.

*„Large villas [...] were usually unsuitable for the army. Either the rent was too high or they were so dilapidated that the expense of putting them in order would have been too great. [...] The Housing Office had expected us to take over everything en bloc from the French, but we found many of the quarters and buildings to be so dingy or dirty that we refused to accept them, and fresh ones had to be found.“*⁸⁸⁸

Aufgrund der weiterhin bestehenden Wohnungsnot verzichtete die britische Wohnungskommission im Landkreis Wiesbaden auf eine Belegung über das französische Maß hinaus⁸⁸⁹. In Wiesbaden selbst planten die Briten ein

⁸⁸⁴ Pawley: Watch, S. 120.

⁸⁸⁵ Tuohy, Ferdinand: Occupied 1918-1930. A postscript to the Western Front, London 1931, S. 242.

⁸⁸⁶ IWM: Occupation, S. 289f. und Apex: The uneasy Triangle. Four years of the occupation as seen by „Apex“, London 1931, S. 173 und 179.

⁸⁸⁷ Siehe hierzu auch Reynolds: Prelude, S. 119f.

⁸⁸⁸ Apex: Triangle, S. 177f.

⁸⁸⁹ In Biebrich wurden 33 leere und 14 möblierte Wohnungen sowie eine Turnhalle, Geschäfte, das Volksbad, die Oranierkirche, die Hauptkirche, die Schule, Spielplätze und die Ortskommandantur belegt. In Schierstein wurden 2 Villen und 11 Wohnungen; in Dotzheim 16 Wohnungen von britischen Truppen in Anspruch genommen. Weitere Zimmer wurden auch durch private Vereinbarungen gemietet. HHStAW Abt. 405, Nr. 1038, Bl. 17 und 26f.

Zentrallazarett einzurichten, welches die Hälfte aller Krankenhauskapazitäten in der Stadt gebunden hätte und eine umfangreichere Belegung im Vergleich zur französischen Besatzungszeit bedeutete⁸⁹⁰. Dies und die geplante Nutzung von Naherholungsgebieten im Norden Wiesbadens für militärische Zwecke konnte der Magistrat mit Verweis auf die Beeinträchtigung der Kurgäste verhindern⁸⁹¹. Des Weiteren wurde eine britische Schule installiert und ein Friedhof innerhalb des Südfriedhofs eingerichtet, die Ringkirche und Lutherkirche für Gottesdienste belegt⁸⁹², das Walhalla-Kino requiriert und ein eigener Club etabliert⁸⁹³.

Die deutsche Regierung informierte den Oberbürgermeister, dass etwa 4.250 Mann nach Wiesbaden verlegt werden sollten⁸⁹⁴. Mit den späteren Vororten Biebrich, Dotzheim und Schierstein stieg die Zahl der britischen Truppen auf 5.670. In Wiesbaden, Frauenstein und Erbenheim verblieben noch 471 französische Soldaten und Offiziere, deren Zahl aber bereits im Juni 1925 halbiert wurde⁸⁹⁵. Der Generaldelegierte der Reichsvermögensverwaltung beim Oberkommando der Rheinarmee in Köln berichtete am 30. November über die Belegung Wiesbadens:

„Es werden belegt:

Wiesbaden: mit dem Hauptquartier und allen dazu gehörenden Abteilungen, einem Kavallerie-Regiment (Dragoner), dem II. Bataillon des Shropshire Infanterie-Regiment, dem II. Bataillon des Queen Cameron Highlanders Regiment sowie der Intendantur und Militärpolizei;

Biebrich: mit der gesamten Artillerie, dem Tankkorps und einem Bataillon Infanterie (Worcester Regiment; dieses Bataillon kommt neu aus England); [...]

*Dotzheim: mit dem Signalkorps; Schierstein und Bingen: mit zusammen einem Bataillon Infanterie;*⁸⁹⁶

⁸⁹⁰ Schreiben des Oberbürgermeisters an den Regierungspräsidenten vom 1.12.1925. HHStAW Abt. 405, Nr. 5358, Bl. 147.

⁸⁹¹ Vgl. Schriftverkehr in StAW WI/2, Nr. 2556, Bl. 97-101.

⁸⁹² Diese Praxis wurde vom Evangelischen Landeskirchenamt beim Regierungspräsidium bemängelt. Schreiben vom 12.7.1926 in HHStAW Abt. 405, Nr. 5635, Bl. 93.

⁸⁹³ Tuohy: Occupied, S. 246.

⁸⁹⁴ Schreiben des Oberbürgermeisters an den Regierungspräsidenten vom 25.11.1925. StAW WI/2, Nr. 2527, Bl. 368.

⁸⁹⁵ Vgl. StAW WI/2, Nr. 2321.

⁸⁹⁶ HHStAW Abt. 405, Nr. 5360, Bl. 95.

5.2.2. Aufbau der britischen Verwaltung in Wiesbaden

Mit dem Einzug der britischen Besatzungstruppen in Wiesbaden verließ nicht nur der Großteil der französischen Truppen die Stadt, auch die französische Verwaltungsstruktur wurde aufgelöst. Die Briten hatten bereits in der Kölner Zone die gesamte Verwaltung den militärischen Strukturen unterstellt und so wurde auch die Verwaltung in Wiesbaden durch militärische Stellen organisiert⁸⁹⁷.

Nach der in Locarno getroffenen Übereinkunft und der damit verbundenen Entspannungspolitik wurde das Delegiertensystem der IRKO „im Geist des guten Willens und des Vertrauens“⁸⁹⁸ abgebaut. Des Weiteren wurden die Ordonanzen der IRKO revidiert und eine Amnestie für politische Delikte gewährt⁸⁹⁹. Das britische Militär unter der Leitung von Lieutenant-General Sir John Du Cane⁹⁰⁰ übernahm die militärische und zivile Verwaltung Wiesbadens und des Brückenkopfes⁹⁰¹. Der Regierungspräsident in Wiesbaden stellte fest: „Der Wegfall der Delegierten hat eine verstärkte Zuständigkeit der Militärbehörden gebracht“⁹⁰².

Mit dem Einzug der britischen Truppen kam der militärische Nachrichtendienst nach Wiesbaden. Im Gegensatz zum französischen Nachrichtendienst, der über ein Netz von Informanten und Agenten verfügte, war der britische Nachrichtendienst personell schwach aufgestellt und wurde 1927 weiter reduziert. Seine Hauptaufgabe bestand darin, heimliches militärisches Training der Deutschen in der neutralen Zone und im besetzten Gebiet zu enttarnen⁹⁰³.

Die Briten ernannten einen Verbindungsoffizier für Zivilangelegenheiten für Wiesbaden, der als Ansprechpartner für die Stadt in allgemeinen zivilen

⁸⁹⁷ Vgl. Allens Gegenüberstellungen der Besatzungsstrukturen in: Allen: Besetzung, S. 88-91.

⁸⁹⁸ Worte Briands zitiert nach Wachendorf: Jahre, S. 257.

⁸⁹⁹ Pawley: Watch, S. 117.

⁹⁰⁰ Sir John Du Cane diente als Offizier in Südafrika während des Zweiten Burenkriegs und kommandierte zwischen 1916 und 1918 das 15. Armee Korps. Er war 1918 britischer Repräsentant bei Marshall Foch und zwischen 1923 und 1924 master-general of munitions. Vgl. Pawley: Watch, S. 117, Anm. 6.

⁹⁰¹ Vgl. Zeitungsbericht der NWZ vom 21.12.1925 in: HHStAW Abt. 405, Nr. 5260, Bl. 120 und Bericht des Regierungspräsidenten an den Minister des Innern vom 26.11.1925 (HHStAW Abt. 405, Nr. 5358, Bl. 120).

⁹⁰² Schreiben des Regierungspräsidenten an den Wiesbadener Oberbürgermeister vom 18.1.1926. StAW WI/2, Nr. 2556, Bl. 106-109.

⁹⁰³ Vgl. Pawley: Watch, S. 161-164.

Fragen und bezüglich der Ordonnanzen der IRKO fungierte⁹⁰⁴. Auf Anweisung des Ministers des Innern sollte der Kontakt zum kommandierenden General über das Regierungspräsidium stattfinden, während die Stadt den Ortskommandanten als direkten Ansprechpartner hatte. Die erste Kontaktaufnahme mit dem Regierungspräsidium war zurückhaltend und unterkühlt, entwickelte sich in der Folgezeit aber positiv. Der Kontakt zu Oberbürgermeister Travers gestaltete sich anscheinend vom ersten Treffen an sehr konstruktiv und freundschaftlich⁹⁰⁵.

Im April 1927 stand ein Wechsel im britischen Kommando an. General Sir John Du Cane verließ Wiesbaden am 9. April 1927 und wurde Gouverneur von Malta. Sein Nachfolger als Kommandeur der Britischen Rheinarmee wurde Sir William Thwaites, der am 28. April das Kommando übernahm. Thwaites war zuvor Director of military intelligence im britischen Kriegsministerium gewesen⁹⁰⁶. Er war für sein Geschick im Umgang mit den deutschen Behörden bekannt und konnte das gute Verhältnis zur Stadtverwaltung ausbauen. Aufgrund dieser guten Beziehungen konnten Probleme frühzeitig erkannt und gemildert werden, sodass es unter dem Kommando General Thwaites zu keinen größeren Konflikten zwischen der Besatzungsbehörde und der Stadtverwaltung Wiesbadens kam⁹⁰⁷.

⁹⁰⁴ Schreiben des Oberbürgermeisters an alle Verwaltungsstellen vom 31.12.1925. StAW WI/2, Nr. 3837, Bl. 253 und Nr. 2527, Bl. 376: „Zur Ausführung der Ordonnanzen der Interalliierten Rheinlandkommission ist der britische Stabsoffizier für Zivilangelegenheiten, Captain Fenton, Verbindungs-offizier für die Stadt Wiesbaden. Das Büro befindet sich Sonnenberger Str. 20 I, Zimmer 32.“

⁹⁰⁵ Apex: Triangle, S. 209-212.

⁹⁰⁶ Sir William Thwaites, geb. 1868 in London. Thwaites besuchte die Royal Military Academy und begann seine Karriere als Stabsoffizier im Kriegsministerium. Während des Ersten Weltkriegs diente er als Brigade- und später Divisionskommandeur in Flandern und Frankreich. Er wurde mehrfach ausgezeichnet und in den Ritterstand erhoben. 1918 wechselte er als Direktor des militärischen Nachrichtendienstes wieder in das Kriegsministerium und 1927-1929 war er Befehlshaber der britischen Rheinarmee. Vgl. Who's Who in Berkshire. Who's Who in the counties series, London 1936, S. 156.
Brief des britischen Kommandeurs an den Wiesbadener Oberbürgermeister vom 2.4.1927. StAW WI/2, Nr. 2528, Bl. 4; Pawley: Watch, S. 123.

⁹⁰⁷ IWM: Occupation, S. 303 und Apex: Triangle, S. 262.

5.3. „Neue Tatkraft“ und Verfall – Die Entwicklung Wiesbadens während der britischen Besatzungszeit

5.3.1. Erholung und Krise

Nach dem Ende der Ruhrkrise und einer außenpolitischen Phase der Entspannung nach Locarno folgte eine gewisse wirtschaftliche und politische Stabilisierung Deutschlands. Das besetzte Gebiet blieb aber weiterhin hinter dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung zurück. Für die Stadt blieben die behindernden Faktoren, die bereits während der französischen Besatzungszeit existierten, bestehen. Die 1928 beginnende wirtschaftliche Depression wirkte sich besonders negativ auf die weitere Entwicklung Wiesbadens aus.

Obwohl das Steueraufkommen seit 1925 langsam wuchs, musste der ordentliche Haushalt der Stadt immer stärker bezuschusst werden und die Schulden der Stadt wuchsen. Die folgenden Grafiken zeigen den Anstieg des Steueraufkommens und die Entwicklung des städtischen Haushalts anhand des Gesamtzuschusses bzw. Überschusses:

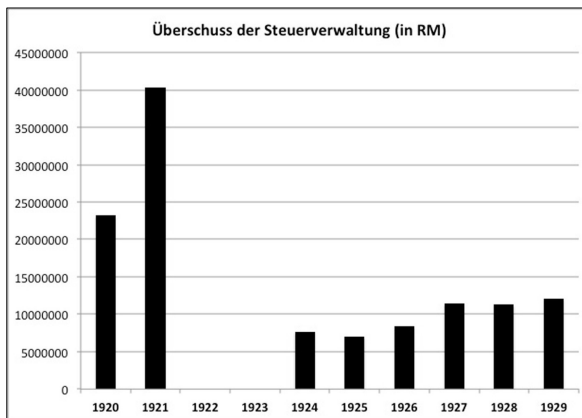


Abbildung 6: Überschüsse der städtischen Steuerverwaltung 1920-1929 (für 1922-1923 liegen keine Daten vor)⁹⁰⁸.

⁹⁰⁸ Ermittelt aus den Verwaltungsberichten der Stadt Wiesbaden.

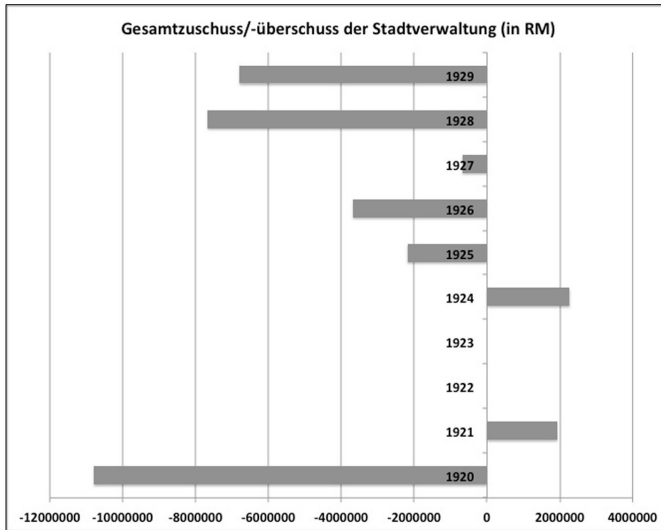


Abbildung 7: Zu- und Überschüsse der Stadtverwaltung 1920-1929⁹⁰⁹.

Im Januar 1926 blickte der Oberbürgermeister Travers mit „neuer Tatkraft“⁹¹⁰ in die Zukunft und stellte einen Aufschwung der Wirtschaft in Aussicht. Vor allem eine bessere Anbindung an die großen deutschen Städte durch Direktzüge und der Ausbau des beginnenden Flugverkehrs sollten dafür sorgen. Diese Idee wurde in den Folgejahren mit dem Ziel weiterverfolgt, „Wiesbaden als Verkehrszentrale der Luftschiffahrt“⁹¹¹ auszubauen. Wiesbaden sollte sich zudem zunehmend als Zentrum für Kunst und Kultur positionieren und als Kongress- und Tagungsstadt für die internationale Zusammenarbeit etabliert werden. Im November 1927 fiel dann die endgültige Entscheidung zugunsten des Flughafens Wiesbadens, der an der Stelle der ehemaligen Pferderennbahn treten sollte. Die Stadt beteiligte sich mit Kosten in Höhe von 590.000 RM für die Landebahn und die notwendigen Bauten⁹¹².

⁹⁰⁹ Für 1922-1923 liegen keine Daten vor. Aus den Verwaltungsberichten der Stadt Wiesbaden zusammengetragen.

⁹¹⁰ WT Nr. 1 vom 2.1.1926, S. 3.

⁹¹¹ WT Nr. 72 vom 26.3.1927, S. 3.

⁹¹² Siehe Artikel „Aus dem Wiesbadener Stadtparlament“ in WT Nr. 276 vom 26.11.1927, S. 2.

Diese Überlegungen der Stadtverwaltung zeigten, dass sie den Fremdenverkehr als zentralen Wirtschaftszweig der Stadt erhalten wollten. Sie erkannten aber, dass aufgrund der bestehenden Rahmenbedingungen die Wirtschaft der Stadt gefördert werden musste. Investitionen in die Infrastruktur der Stadt sollten dem Fremdenverkehr und den anderen Wirtschaftsbereichen gleichermaßen zugutekommen.

Die für Wiesbaden wichtige Kurindustrie konnte während der britischen Besatzung mehr Kurgäste und Passanten zählen als in den Jahren zuvor. Dennoch blieben die Einnahmen durch die Besucher weit hinter den Erwartungen zurück⁹¹³. 1926 stieg die Zahl der Kurgäste auf etwa 38.000 an⁹¹⁴. Zu diesem Zeitpunkt war die Kurindustrie noch in einem desolaten Zustand; die Hotels waren kaum besucht, das Theater und das Kurhaus nur gering frequentiert. Ein britischer Beobachter beschrieb die Lage Wiesbadens als langsamen Verfall aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und als Folge der französischen Besatzung:

*„The larger hotels were still open, even though they were nearly empty. Concerts were still held in the Kurhaus and performances in the opera house, even though half the seats were unoccupied. Wiesbaden was decaying, partly for the same reason as all other watering-places in Germany, that is, owing to the economic stringency, and largely because it had been occupied by the French who had kept a certain number of African troops there.“*⁹¹⁵

In den Folgejahren 1927 und 1928 stiegen die Besucherzahlen erstmals wieder nach der Inflationszeit auf über 46.000 Kurgästen pro Jahr. Die Zahl der Passanten stieg sogar auf über 110.000 und erreichte Höchstwerte wie vor dem Krieg. Seit 1924 überstiegen die deutschen Besucher wieder die Zahlen ausländischer Besucher, ein Indiz dafür, dass die außenpolitische Entspannung zu mehr Vertrauen der inländischen Besucher führte⁹¹⁶. Die Stadt investierte verstärkt in in- und ausländische Werbekampagnen. Zwar überwog die inländische Werbung in Zeitungen und Zeitschriften, aber die Reklame im Ausland

⁹¹³ Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1924 bis zum 31. März 1926, S. 74.

⁹¹⁴ StAW WI/2, Nr. 3974 (Berichte der Kurverwaltung).

⁹¹⁵ Apex: Triangle, S. 186f.

⁹¹⁶ StAW WI/2, Nr. 3974 (Berichte der Kurverwaltung).

wuchs in ihrem Umfang deutlich an. Neben den USA waren vor allem angrenzende neutrale Staaten sowie Frankreich und England Ziele der Werbeaktionen⁹¹⁷.

Auch wenn die Zahl der Gäste anstieg, so war ihre Kaufkraft nicht mit derjenigen der Kurgäste aus der Vorkriegszeit zu vergleichen. Daher versuchte man durch eine weitere Steigerung der Besucherzahlen die geringere Kaufkraft auszugleichen⁹¹⁸. Die Gäste aus dem Aus- und Inland werden in der folgenden Grafik zusammengefasst und zeigen den Aufwärtstrend bei den ausländischen Besuchern und den Rückgang der Deutschen, der mit der beginnenden Rezession in Verbindung stand:

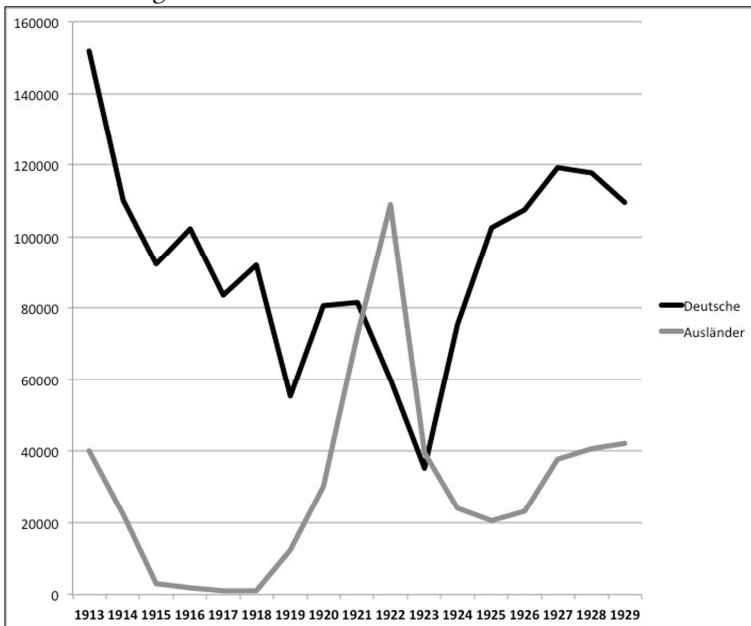


Abbildung 8: Kurgäste und Passanten Wiesbadens aus dem In- und Ausland 1913-1929.⁹¹⁹

⁹¹⁷ Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1924 bis zum 31. März 1926, S. 76f.

⁹¹⁸ Giese: Imagepolitik, S. 252.

⁹¹⁹ StAW WI/2, Nr. 3974.

1928 war der Höhepunkte der Reklametätigkeit im In- und Ausland erreicht. Die Stadt ging neue Wege in der Reklame und produzierte einen Werbefilm: „Das Brunnenmädchen von Wiesbaden“⁹²⁰. Der Film wurde in Kinos und auf Kreuzfahrtschiffen gezeigt und war Teil einer Werbekampagne in Nordamerika. Die Kurstadt Wiesbaden wurde in über 1.000 Inseraten in 170 in- und ausländischen Zeitungen und Illustrierten beworben; 250.000 Prospekte in sechs Sprachen, 50.000 Hotelverzeichnisse und 25.000 Ärzteverzeichnisse, sowie 8.000 Fotografien und über 36.000 Plakate sollten für einen Besuch Wiesbadens werben⁹²¹. Die Reklamekampagnen wurden 1928/29 weitergeführt⁹²².

Die Anwesenheit der britischen Truppen hatte für einzelne Geschäfte, Hotels und Wohnungseigentümer positive Auswirkungen, da sie als Konsumenten und Mieter für einen erhöhten Umsatz sorgten⁹²³. Wie umfassend dieser Effekt war, kann nicht exakt ermittelt werden. Da die Briten aber überwiegend durch das Militär versorgt wurden und eigene Geschäfte, Kasernen und Bars hatten, ist der wirtschaftliche Effekt wohl eher gering gewesen und konnte der Stadt als Ganzes nicht aus der desolaten wirtschaftlichen und finanziellen Lage helfen⁹²⁴.

Der Neue Kurverein Wiesbadens sah nicht in der Besetzung die Ursache des Niedergangs der Kurindustrie in Wiesbaden, sondern in der mangelhaften politischen Führung der Stadt, die nicht modern genug sei und die Stadt nicht unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten führe. Der Neue Kurverein forderte eine von der Politik unabhängige Leitung des Kurbetriebs⁹²⁵.

⁹²⁰ StAW WI/2, Nr. 1902.

⁹²¹ Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1927 bis zum 31. März 1928, S. 61f.

⁹²² Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1928 bis zum 31. März 1929, S. 75.

⁹²³ Beispielhaft: Beschwerde des Cafés Odeon wegen eines verhängten Militärverbots in HHStAW Abt. 408, Nr. 45, Bl. 110ff.

⁹²⁴ In der Literatur werden die Ausgaben der Britischen Rheinarmee pro Jahr auf 300.000 Pfund geschätzt (ohne Quellenangabe). Vgl. IWM: Occupation, S. 305. Hierzu siehe auch Timmermann: Rheinlandbesetzung, S. 45-49.

⁹²⁵ „Wiesbaden hat seinen Platz als Weltkurstadt verloren, weil es den richtigen Zeitpunkt seiner Verjüngung verpaßt hat, weil diese verhindert wurde. Woher kamen nun diese Hemmungen? Und warum? Wir behaupten: Nicht von außen und auch nicht in der Hauptsache durch die Besetzung, wie dies so gerne geltend gemacht wird, nein, sie kamen hauptsächlich aus Wiesbaden selbst, und hat sich das auch bis heute noch nicht geändert. [...]Die Besetzung stört den Weltkurgast weit weniger, als die Gleichgültigkeit und Rückständigkeit,

Die Pläne Wiesbadens, umliegende industrielle Orte einzugemeinden⁹²⁶, führten zu einem Strukturwandel. Der Neue Kurverein fürchtete zu Recht, dass die Kurindustrie weiter an Bedeutung und der Kurverein an Einfluss verlieren werde. Dennoch wurde auch die Kurindustrie weiterhin von der Stadt subventioniert und ein Ausbau der Angebote z.B. Autorennen⁹²⁷, Wintersport im Taunus und Strände am Rhein sollte die Attraktivität der Stadt für Kurgäste weiter erhöhen.

Vonseiten der liberalen Parteien wurden Steuererleichterungen für das Hotel- und Gaststättengewerbe gefordert, um die Kurindustrie zu stützen, jedoch vom Oberbürgermeister unter Verweis auf die finanzielle Lage abgelehnt⁹²⁸. Das Wiesbadener Bade-Blatt berichtete von der Haupttagung des deutschen Bäderverbandes, der auf die Verarmung der Bevölkerung und das Ausbleiben eines finanzstarken Publikums hinwies. Zur Belebung des Kurwesens forderte der Verband die Zulassung des Glücksspiels für Ausländer, niedrigere Steuern und eine Warnung vor zu kurzen Kuraufenthalten⁹²⁹.

Die relative Erholung des Fremdenverkehrs traf nicht auf andere Wirtschaftszweige zu, die sich nach dem Krieg in Wiesbaden etabliert hatten. Die Woll-, Strick- und Wirkwarenindustrie spielte Ende der zwanziger Jahre keine wirtschaftliche Bedeutung mehr und auch die namhafte Zigarettenindustrie war nicht von andauerndem Bestand. Viele Wiesbadener sahen im Kleinhandel eine Möglichkeit zur Existenzgründung. Dies führte zu einer starken Zunahme an Neugründungen, jedoch konnte der Gesamtsatz des Handels nicht gesteigert werden⁹³⁰. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise sank die Kaufkraft der Bevölkerung und die Zahl der Konkurse stieg an⁹³¹.

welche er im Verhältnis zu anderen Bädern hier vorfindet. Dieses hat seinen Grund hauptsächlich darin, daß die Geschicke unserer Weltkurstadt nicht nach wirtschaftlichen, sondern nach politischen Gesichtspunkten geleitet sind. Es fehlt uns infolgedessen die unabhängige schöpferische Persönlichkeit, die den Kurbetrieb nicht für die Großstadt Wiesbaden verwaltet, sondern für ein Weltbad-Publikum führt.“ Aus der Zeitung des Neuen Kurvereins „Das Kurviertel“ Nr. 4, S. 1 Sp. 1f. vom 10.9.1927. StAW WI/2, Nr. 1854, Bl. o.A.

⁹²⁶ Siehe Kapitel 5.3.2.

⁹²⁷ WT Nr. 116 vom 18.5.1928, S. 5

⁹²⁸ Vgl. Rede des Stadtverordneten Hildners im Stadtparlament in WT Nr. 139 vom 18.6.1927, Zweites Blatt.

⁹²⁹ WBB Nr. 290 vom 17.10.1929.

⁹³⁰ Vgl. Müller-Werth: Geschichte, S. 160.

⁹³¹ Industrie und Handelskammer Wiesbaden: Hessische Wirtschaft, Sonderausgabe 1965, S. 24.

Die Stadt versuchte, durch Notstandsarbeiten⁹³² und Kurzarbeit⁹³³ Arbeitsplätze zu erhalten und Erwerbslose für einen gewissen Zeitraum zu beschäftigen. Das Bauprogramm der Stadt, das nach dem Ende der Inflation begonnen wurde, führte die Stadt bis 1928 fort. Innerhalb von vier Jahren entstanden einhundert Häuser mit über 650 Wohnungen im nördlichen Rheingauviertel, am Elsässer Platz und an der Waldstraße. Dabei baute die Stadt mit Mitteln aus der Hauszinssteuer auf vorhandenen Haus- und Grundbesitz und förderte die private Bautätigkeit mit Hypothekendarlehen. Die Miete für die neuen Wohnungen lag bei 120% der Vorkriegsmiete⁹³⁴.

Die Maßnahmen der Stadt belasteten den städtischen Haushalt zusätzlich und konnten den zunächst noch langsamen Anstieg der Unterstützungsempfänger nicht abwehren. Im gesamten besetzten Gebiet lag die Erwerbslosenquote über der des restlichen Reichsgebiets. Der Stadtverordnete Dr. Külb resümierte in einem Schreiben an Oberbürgermeister Travers:

*„Aus diesen Zahlen ergibt sich mit aller Deutlichkeit, daß die Erwerbslosigkeit im besetzten Gebiet nach wie vor anormal und erheblich höher als im unbesetzten Gebiet ist, denn die Zahl der [...] Hauptunterstützungsempfänger bleibt für alle Bestandsaufnahmen während der genannten Zeit im besetzten Gebiet höher als im unbesetzten Gebiet.“*⁹³⁵

Die Ausgaben der Stadt für Armen- und Wohlfahrtspflege lag 1927 bei 61,32 Mark und 1928 sogar bei 66,77 Mark pro Einwohner und gehörten somit zu den höchsten Quoten in Deutschland. Andere Städte und Kreise in den besetzten Gebieten hatten deutlich niedrigere Belastungen, z.B. Bad Kreuznach (29,65 Mark) und der Untertaunuskreis (13,15 Mark)⁹³⁶.

⁹³² Im November 1926 gewährte der Magistrat 1,5 Millionen Reichsmark für Notstandsarbeiten. WT Nr. 279 vom 30.11.1926, S. 4.

⁹³³ Vgl. HHStAW Abt. 405, Nr. 3300.

⁹³⁴ WT Nr. 12 vom 15.1.1927, Bl. 3.

⁹³⁵ Schreiben Dr. Külbs an Oberbürgermeister Travers in StAW WI/2, Nr. 2563, Bl. 164.

⁹³⁶ Siehe Anlage des Schreibens des Stadtverordneten Dr. Külb an Oberbürgermeister Travers in StAW WI/2, Nr. 2563, Bl. 160-172. Weitergehende Statistiken mit Gegenüberstellungen verschiedener Städte und ihre Ausgaben für Wohlfahrtspflege sind bei Timmermann: Rheinlandbesetzung, S. 12ff. zu finden.

Die absolute Zahl der Erwerbslosen stieg von etwa 4.500 1926 auf 6.685 im Jahr 1927 und 8.637 im Folgejahr. Die Stadt musste 1928 zehn Millionen Reichsmark für die Unterstützung Erwerbsloser bereitstellen. Dabei lagen die Einnahmen durch die Einkommenssteuer 1928 bei etwa vier Millionen Reichsmark⁹³⁷.

Die hohen Erwerbslosenzahlen lagen in erster Linie an der einheitlichen wirtschaftlichen Ausrichtung der Stadt. Ein Strukturwandel wurde zwar u.a. durch die Eingemeindungen und die vermehrte Ansiedlung von Industrie begonnen, jedoch waren diese Versuche nicht ausreichend, um eine Großstadt innerhalb kurzer Zeit in ihrer Wirtschaftsstruktur zu verändern. Zudem wirkte sich die Besatzung hemmend auf die wirtschaftliche Entwicklung aus und die Nachfrage aus dem unbesetzten Deutschland war zu gering. Die steigenden Erwerbslosenzahlen waren aber nicht nur der wirtschaftlichen Lage der Stadt geschuldet, sondern hingen mit veränderten gesetzlichen Bestimmungen zusammen, die 1926 zu einer zeitlichen und strukturellen Ausdehnung des Leistungsbezugs für Erwerbslose führte und somit eine größere Zahl umfasste. Ein weiterer Aspekt war der starke Zuzug von Arbeitskräften in die Stadt Wiesbaden. Berechnungen des Arbeitsamtes von 1927/1928 zeigten, dass 5.500 neubesetzte Arbeitsstellen von Zugezogenen besetzt wurden⁹³⁸.

Bis zum Ende des Jahres 1929 stieg die Zahl der Arbeitsuchenden auf über 13.400. 6.027 Erwerbslose mussten von der Stadt unterstützt werden. Neben der Erwerbslosenversorgung kamen weitere soziale Ausgaben für sogenannte Klein- und Sozialrentner, deren Rentenversicherung für den Unterhalt nicht ausreichend war, auf die Stadt zu. Etwa 9.000 Klein- und Sozialrenter, fast 2.800 Kriegsbeschädigte und beinahe 18.000 Personen, die regelmäßig oder einmalig unter die allgemeine Fürsorge fielen, mussten versorgt werden. Die Ausgaben erreichten knapp 950.000 RM⁹³⁹.

Für weitere finanzielle Belastungen sorgte Ende der zwanziger Jahre die Eingemeindung mehrerer Vororte Wiesbadens. Außerdem stieg die Zahl der Wohlfahrtsempfänger dadurch an und das weitläufige Straßennetz musste unterhalten sowie Schulden der Vororte übernommen werden⁹⁴⁰.

⁹³⁷ Vgl. Artikel „Wiesbadener Finanz- und Steuernot“ in WT Nr. 290 vom 12.12.1929, S. 3 und Müller-Werth: Geschichte, S. 166.

⁹³⁸ Vgl. Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1924 bis zum 31. März 1927, S. 86.. Siehe Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1927 bis zum 31. März 1928, S. 71.

⁹³⁹ Monatsberichte des Statistischen Amtes Wiesbaden, 16. Jahrgang 1929, S. 135.

⁹⁴⁰ Müller-Werth: Geschichte, S. 166.

Die steigenden Ausgaben für soziale Belange bei gleichzeitig sinkenden Einnahmen aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage, der Baubeschränkungen und der zahlreichen steuerlichen Befreiungen für Unternehmen verschärfte die finanzielle Notlage Wiesbadens. Nach der Währungsreform wies der Haushalt noch einen Überschuss von zwei Millionen Reichsmark aus. In den folgenden drei Jahren stiegen die Ausgaben und mussten durch Gewerbesteuerzuschläge und eine höhere Kapitalbesteuerung ausgeglichen werden. 1925 gewährte das Reich zusätzlich eine Sonderzuweisung in Höhe von 1,2 Millionen RM. Die beginnende wirtschaftliche Krise führte 1928 erstmals zu größeren Fehlbeträgen, die in den folgenden Jahren zum Teil durch Veräußerungen und durch Umschuldungen ausgeglichen werden konnten⁹⁴¹.

5.3.2. Groß-Wiesbaden – Eingemeindungen und Stadtentwicklung

Die Eingemeindung von benachbarten Orten in den Stadtkreis Wiesbadens wurde schon vor dem Krieg diskutiert⁹⁴². Bereits Ende des 19. Jahrhunderts wurden Pläne entworfen, die Stadt Biebrich einzugemeinden. Sie scheiterten jedoch aufgrund der Intervention des Oberbürgermeisters Carl von Ibell⁹⁴³. Um 1900 wuchs Wiesbaden baulich mit einigen angrenzenden Gemeinden des Landkreises zusammen. Überlegungen zu einer Vertiefung der Zusammenarbeit belebten die Frage der Eingemeindung neu. Der Magistrat der Kurstadt sah darin die Möglichkeit, neue Wohngebiete zu erschließen, eine Verbindung zum Schiersteiner Hafen zu schaffen und gemeinsame Industriegebiete auszuweisen.

Bedenken hatte der Magistrat hinsichtlich der bisherigen Steuerpolitik. Nach einer Eingemeindung Biebrichs würden die Steuern womöglich auf das Biebricher Niveau angehoben werden. Wiesbaden konnte sich in dieser Zeit

⁹⁴¹ Müller-Werth: Geschichte, S. 165.

⁹⁴² StAW WI/2, Nr. 3242. Zu den Eingemeindungsplänen vor dem Ende des Ersten Weltkriegs siehe zusammenfassend auch Kopp, Klaus: Dotzheim, ein „elendes Nest“? Irrungen und Wirrungen der Wiesbadener Eingemeindungspolitik während der Zwanzigerjahre (Schriften des Heimat- und Verschönerungsvereins Dotzheim Bd. 23), Wiesbaden-Dotzheim 2003, S. 11-17.

⁹⁴³ Carl Bernhard von Ibell, geb. am 8.7.1847 in Bad Ems, gest. am 22.11.1924 in Wiesbaden. Von Ibell war promovierter Jurist und zwischen 1883 und 1913 Oberbürgermeister von Wiesbaden. Renkhoff: Biographie, S. 354.

sehr niedrige Steuersätze leisten. Die Kurstadt hatte sich als Wohnstadt für Vermögende etabliert und warb mit niedrigen Steuersätzen. Aufgrund des hohen absoluten Steueraufkommens durch den starken Anteil an finanzkräftigen Einwohnern waren die Einnahmen der Stadt trotz eines niedrigen Steuersatzes sehr hoch. Ein Anstieg der Steuersätze hätte den Ruf der Wohnstadt schädigen können. Nach weiteren Verhandlungen fiel 1914 schließlich dennoch die Entscheidung zugunsten einer Eingemeindung⁹⁴⁴, jedoch unterbrach der Erste Weltkrieg alle weiteren Planungen⁹⁴⁵.

Im Herbst 1917 beschloss der Magistrat Wiesbadens, die Verhandlungen mit Biebrich wieder aufzunehmen. Mittlerweile hatten sich die Einkommensteuersätze angeglichen und die Stadt war zu der Überzeugung gelangt, dass das wirtschaftliche Überleben der Kurstadt nur durch eine Erweiterung um industriestarke Ortsteile möglich sei, da eine Ansiedlung auf dem Stadtgebiet aufgrund des Kurwesens nicht in Erwägung gezogen werden konnte. Seit den ersten Verhandlungen um die Jahrhundertwende war die Stadt außerdem baulich und wirtschaftlich immer enger mit den benachbarten Orten zusammengewachsen, ohne jedoch über eine gemeinsame Verwaltung zu verfügen. Dieser Nachteil sollte durch eine Eingemeindung beseitigt werden⁹⁴⁶.

Die Revolution 1918 und wirtschaftliche Probleme zögerten die Eingemeindung weiter hinaus. Die Verhandlungen zwischen der Stadt Wiesbaden und den einzelnen Gemeinden waren langwierig und konfliktreich. Zumeist war der Erhalt von Personal, die Übernahme von Schulden und Unternehmen sowie die schriftliche Zusage von Bauprojekten oder Finanzierungen Gegenstand der Verhandlungen. Der Bürgermeister von Schierstein forderte mehrfach eine bessere Vergütung und bessere Posten nach der Eingemeindung und drohte damit, die Eingemeindung abzulehnen⁹⁴⁷.

Da Unklarheit über die weitere Zukunft des restlichen Landkreises Wiesbaden bestand, lehnten viele Kreistagsangehörige die Eingemeindung Schiersteins und Biebrichs ab. Dies wurde vor allem mit ausfallenden Steuern begründet. Nur unter der Zusicherung einer Abfindung oder einer jährlichen Zahlung

⁹⁴⁴ Vgl. Fischer, Maxim: Vom Gross Wiesbaden der Zukunft, Wiesbaden 1914.

⁹⁴⁵ Vgl. Müller-Werth: Geschichte, S. 169f. Siehe auch Weichel: Kommunalpolitik, S. 20-28.

⁹⁴⁶ Zu den Gründen der Eingemeindungspolitik vgl. „Entwurf eines Gesetzes betreffend der Erweiterung des Stadtkreises Wiesbaden“, Drucksache des Preußischen Landtags, 2. Wahlperiode 1. Tagung 1925/1926 Nr. 2504 vom 26.2.1926 in StAW WI/2, Nr. 3820, Bl. o.A.

⁹⁴⁷ Siehe den Schriftwechsel zwischen der Stadtverwaltung und dem Wiesbadener Oberbürgermeister in StAW WI/2, Nr. 2042, Bl. o.A.

an den Landkreis wollten sie der Eingemeindung zustimmen⁹⁴⁸. 1924 verfassten die Restgemeinden eine Protestresolution und drängten auf eine umfassende Lösung⁹⁴⁹.

Bereits im Juli 1921 wurde der Eingemeindungsvertrag mit Schierstein verfasst. 1923 erklärte Wiesbaden seine Zustimmung für einen entsprechenden Vertrag mit Biebrich und im Juli 1924 folgte ein Vertrag mit Sonnenberg. Erst im Herbst 1926 wurden die Eingemeindungen vollzogen, nachdem die Stadtverordnetenversammlung zugestimmt hatte. Der Landtag stimmte im Oktober 1926 den Eingemeindungen zu⁹⁵⁰.

Die Eingemeindungen Biebrichs und Schiersteins waren in erster Linie aus wirtschaftlichen Erwägungen durchgeführt worden und um die Wasser- und Elektrizitätsversorgung der Stadt Wiesbaden langfristig zu sichern und auszubauen. Hierbei spielte das Wiesbadener Wasserwerk in Schierstein, der Zugang zum Rheinhafen und der Ausbau der Infrastruktur eine wichtige Rolle. Wiesbaden bot im Gegenzug eine Übernahme der Schulden und die Finanzierung von Großprojekten an. Die Angliederung Sonnenbergs folgte dem Ziel, stadtnahes und günstiges Bauland bereitzustellen und durch Infrastrukturmaßnahmen die Abwassersysteme des Ortes, die durch das Kurgebiet oberirdisch geleitet wurden, im Sinne der Kurstadt zu modernisieren⁹⁵¹. Die Einwohnerzahl Wiesbadens stieg nach der Eingemeindung von Biebrich, Schierstein und Sonnenberg auf 133.658 Einwohner an⁹⁵². Ein Biebricher Einwohner resümierte Ende 1927 über die Eingemeindung:

„Mit dem heutigen Tag beschließen wir das erste Volljahr nach der Eingemeindung. Die Umstellung hat uns neben nicht zu leugnenden Vorteil

⁹⁴⁸ Siehe hierzu Berichte über die Verhandlungen des Kreistages und Denkschriften 1921/1922 in StAW WI/2, Nr. 2043, Bl. o.A.

⁹⁴⁹ Müller-Werth: Geschichte, S. 171f.

⁹⁵⁰ Vgl. die Artikel „Kritisches Stadium der Eingemeindungsangelegenheit.“ in WT Nr. 140 vom 19.6.1926 S. 3 und „Die Wiesbadener Eingemeindungsvorlage im Landtag endgültig angenommen.“ In WT Nr. 240 vom 14.10.1926, S. 2. Die Eingemeindungsverträge finden sich in Kopie in den Beständen des Stadtarchivs (Biebrich: StAW WI/2, Nr. 2018, Bl. 34-37, Schierstein und Sonnenberg: StAW WI/2, Nr. 3820, Bl. o.A.). Siehe auch Kopp: Dotzheim, S. 17-20.

⁹⁵¹ Vgl. „Zusammenfassung der Gründe für die Eingemeindung Schiersteins.“ vom 21.1.1921 in StAW WI/2, Nr. 2042, Bl. o.A., Besprechung mit dem Bürgermeister von Sonnenberg am 26.5.1922 in StAW WI/2, NR. 2045, Bl. o.A.,

⁹⁵² Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik der Landeshauptstadt Wiesbaden: Mittlere Jahresbevölkerung 1690-1964 (nicht veröffentlicht).

*mancherlei Erschwerungen gebracht. Aber man muß hoffen, daß vor allem die Verwaltung der Großstadt die berechtigten Interessen der eingemeindeten Vororte nach Möglichkeit zu wahren bestrebt ist und uns nicht Maßnahmen aufzwingt, die der ganzen Entwicklung unserer Stadt nicht entsprechen. Ins Gewicht fällt dabei, wie wenig Biebricher Firmen bei der Vergabe städt. Aufträge berücksichtigt wurden.*⁹⁵³

Mit der Erweiterung des Stadtkreises Frankfurt 1928 begann eine weitere Umbildung des Landkreises Wiesbaden. Im Zuge dessen sollten weitere Orte der Stadt Wiesbaden angegliedert werden, darunter Dotzheim, Bierstadt und Erbenheim⁹⁵⁴. Die KPD hatte dies schon bei der ersten Eingemeindung 1926 gefordert, da in diesen Gemeinden viele Arbeiter wohnten und man sich davon einen Zuwachs an potenziellen Wählern versprochen hatte. Die DNVP sah in den Eingemeindungsplänen ein politisches Ziel der Arbeiterparteien, um sich die Mehrheit in Wiesbaden zu sichern. Alleine die bürgerlichen Parteien, so die Vorstellung der DNVP, könnten die Kurstadt überhaupt regieren und ihre Zukunft sichern:

*„Der innere Grund, warum die Linke die Eingemeindung mit solcher Eile und Zähigkeit betrieb, ist der, daß sie hofft, bei diesen Neuwahlen endlich eine entscheidende Mehrheit zu gewinnen. [...] Wiesbaden, die alte Kur- und Bäderstadt kann aber zweckentsprechend nur von einer bürgerlichen Mehrheit verwaltet werden.*⁹⁵⁵

Die Stadtregierung forderte, weitere Gemeinden, die wirtschaftlich eng mit Wiesbaden verbunden waren, einzugemeinden; dies wurde jedoch mit Ausnahme von Igstadt vom Landesausschuss abgelehnt. So traten 1928 die Gemeinden Dotzheim, Frauenstein, Georgenborn, Erbenheim, Bierstadt, Kloppenheim, Heßloch, Igstadt und Rambach dem Stadtkreis Wiesbaden bei. Die Bevölkerung stieg nun auf 153.665 Einwohner im Jahr 1929 an⁹⁵⁶. Neben den traditionellen Fremdenverkehr trat mit den Eingemeindungen 1926 ein starker industrieller

⁹⁵³ StAW NL 34, Nr. 42, Eintrag vom 31.12.1927.

⁹⁵⁴ Zur Umbildung des Landkreises Wiesbaden und insbesondere zu Dotzheim siehe Kopp: Dotzheim, S. 23-57.

⁹⁵⁵ WB Nr. 6 vom 4.5.1928, Artikel „Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen“.

⁹⁵⁶ Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik der Landeshauptstadt Wiesbaden: Mittlere Jahresbevölkerung 1690-1964 (nicht veröffentlicht).

Wirtschaftszweig hinzu und wurde 1928 durch einen landwirtschaftlichen Zweig ergänzt⁹⁵⁷.

Die Berufsstruktur der Stadt zeigt, dass der Arbeiteranteil in Wiesbaden um 13% anstieg, aber weiterhin unter dem Reichsdurchschnitt lag. Selbständige und Berufslose waren überdurchschnittlich vertreten, ebenso wie Hausangestellte, was darauf schließen lässt, dass weiterhin eine finanzstarke Ober- und Mittelschicht in Wiesbaden bestand⁹⁵⁸.

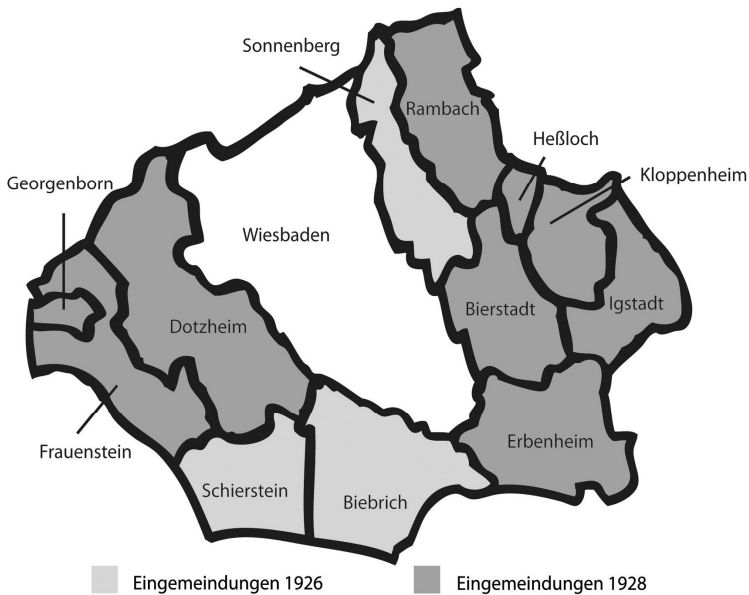


Abbildung 9: Wiesbaden und seine 1926/1928 eingemeindeten Vororte.

⁹⁵⁷ Müller-Werth: Geschichte, S. 177ff.

⁹⁵⁸ Vgl. Zehler: SPD, S. 51ff.

5.3.3. Das Ende der bürgerlichen Parteien - Wahlen und politische Tendenzen

In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre wurden die Wähler Wiesbadens, neben den Reichstagswahlen 1928 und 1930, zur preußischen Landtagswahl 1928 und zu drei Kommunalwahlen innerhalb von drei Jahren aufgerufen. Die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung 1927 und 1928 wurde infolge der Eingemeindung notwendig. 1929 wurden allgemeine Neuwahlen durchgeführt⁹⁵⁹.

Der Phase der Bürgerblock-Regierungen auf Reichsebene nach 1925 folgte der Reichstagswahl 1928 eine zweijährige Phase der politischen Stabilität unter dem Reichskanzler Hermann Müller⁹⁶⁰ von der SPD. Dass in der bürgerlich-konservativ geprägten Stadt die SPD ihr Wahlergebnis mit 28,3% fast halten konnte, war vor allem auf die Eingemeindung der industriestarken Städte Biebrich und Schierstein zurückzuführen. Die KPD verdoppelte aber ihr Ergebnis auf 10,9%. Die bürgerlichen Parteien und das Zentrum erhielten zusammen nur noch 39% der Stimmen. Die NSDAP gehörte zu den Wahlsiegern und konnte 8,8% der Wähler für sich gewinnen⁹⁶¹. Sie profitierte von dem Rechtsruck der liberalen und nationalkonservativen Wählerschaft, die in dieser Phase des Aufstiegs der NSDAP überdurchschnittlich stark zur NSDAP wechselten⁹⁶².

In der gleichzeitig stattfindenden preußischen Landtagswahl verlor die Weimarer Koalition unter den Wählern Wiesbadens ihre Mehrheit, während sie im preußischen Landtag die Regierung stellen konnte. Das Ergebnis der Landtagswahl in der Kurstadt entsprach den Ergebnissen der Reichstagswahl mit einer leichten Verschiebung zugunsten der SPD und KPD und zulasten der DVP und DNVP⁹⁶³. Im Vergleich zum Wahlkreis Hessen-Nassau zeigte Wiesbaden auch

⁹⁵⁹ Müller-Werth: Geschichte, S. 154.

⁹⁶⁰ Hermann Müller, geb. am 18.5.1876 in Mannheim, gest. am 20.3.1931 in Berlin. Müller war gelernter Kaufmann und nach seinem Eintritt in die SPD als Redakteur für die Volkszeitung tätig. Seit 1906 war er im Vorstand der SPD und blieb dies auch nach dem Ersten Weltkrieg. 1919 bis 1920 war er Minister des Äußeren, 1920 und 1928 Reichskanzler. Benz/Graml: Lexikon, S. 233f.

⁹⁶¹ Ergebnis der Reichstagswahl vom 20.5.1928 in Wiesbaden nach Zehler: SPD, S. 96: Z 11,0%, DNVP 5,6%, DVP 15,4%, DDP 7,0%, SPD 28,3%, USPD 0,2%, KPD 10,9%, NSDAP 8,8%.

⁹⁶² Vgl. Wasmeier, Silvia: Wer wählte Hitler? Erklärungsansätze der Historischen Wahlverhaltensforschung, Wiesbaden 2009, hier S. 149f.

⁹⁶³ Vgl. Zehler: SPD, S. 127ff. Wahlergebnis: Z 11,2%, DNVP 5,5%, DVP 15,3%, DDP 7,0%, SPD 28,7%, KPD 11,1%, NSDAP 8,8%, Andere 12,4% (darunter die Wirtschaftspartei, Volksrechtspartei, Interessengemeinschaft für Leibesübungen u.a.).

in dieser Wahl eine traditionelle Stärke der DVP und DDP, während SPD und DNVP schwächer abschnitten. Die NSDAP erhielt in Relation zum nassauischen Wahlkreis in Wiesbaden deutlich mehr Zuspruch⁹⁶⁴.

Die britische Zeitung in Wiesbaden verdeutlichte das Interesse der europäischen Mächte und der Besatzungsmacht Großbritannien an dem Ausgang der Wahl. Vor allem das Wahlverhalten der jungen Deutschen, die erstmals wählen durften, sollte Rückschlüsse auf die weitere demokratische Entwicklung Deutschlands zulassen und damit auch die Frage der weiteren Reparationspolitik beantworten helfen.

*„While with the internal, the domestic affairs of Germany we have nothing to do, with the future foreign policy of the Republic we have great concern, as have all other European Powers, since Germany is too important a land not to effect potent influence on the rest of the Continent. One thing that certainly added to external interest in the German elections was the fact that this year, for the first time, some two million young Germans, grown up since the war, were exercising their influence in the future of their fatherland. [...] The just system of reparations imposed on the German nation by the Dawes Plan will be maintained without question. The Locarno Agreement which did so much to ensure peace and gradually eliminate the spirit of bitterness will continue its beneficial work [...].“*⁹⁶⁵

Die Reichstagswahl 1930 zeigte unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise eine hohe Wahlbeteiligung und eine Zunahme der Wählerschaft bei den radikalen Parteien, wie dies auch auf Reichsebene zu konstatieren war. Die KPD konnte sich auf 12,7% steigern. Die NSDAP erhielt 27,4% der Stimmen⁹⁶⁶.

Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung zeigten eine rechnerische Mehrheit für die demokratischen Parteien, die sich zum Teil auch auf Reichsebene und vor allem in Preußen an der Regierung beteiligten. Das Besondere in

⁹⁶⁴ Ergebnisse der Landtagswahl vom 20.5.1928 für den Wahlkreis Hessen-Nassau: Z 15,1%, DNVP 10,0%, DVP 9,9%, DDP 5,7%, SPD 32,4%, USPD 0,3%, KPD 8,1%, NSDAP 3,6%. Büro des Landeswahlleiters (Bearb.): Die Wahlen zum Preußischen Landtag am 20. Mai 1928 und die Zusatzwahlen im ehemaligen Freistaat Waldeck am 9. Juni 1929. Zweiter Teil; in: Preußisches Statistisches Landesamt (Hg.): Preußische Statistik. Bd. 293. Berlin 1931, S.130-133.

⁹⁶⁵ Aus dem Artikel „After the Elections“ in CPWT Nr. 330 (Nr. 241 New Edition), 31.5.1928, S. 2.

⁹⁶⁶ Zehler: SPD, S. 96 und 101. Auf die NSDAP in Wiesbaden wird im weiteren Verlauf dieses Kapitels gesondert eingegangen.

Wiesbaden war die Stärke der Wirtschaftspartei und der seit der Revolution anhaltende Bürgerblock, der sich gegen die linken Parteien und die aufstrebende NSDAP abgrenzte. In der Wahl vom 17. November 1929 schlossen sich die DVP, DDP, Wirtschaftspartei und Volksrechtspartei zu einer gemeinsamen Bürgerliste zusammen, um dem schleichenden Abstieg der bürgerlichen Parteien Einhalt zu gebieten. So konnte die DVP, nach dem Tod des Oberbürgermeisters Travers im Sommer 1929, zu Beginn des Jahres 1930 ihren Kandidaten Georg Krücke⁹⁶⁷ als neuen Oberbürgermeister durchsetzen, obwohl sie nur drittstärkste Partei im Parlament war. Über die drei zeitnahen Wahlen hinweg lässt sich eine Schwäche der demokratischen und linken Parteien feststellen, während die NSDAP massive Stimmzugewinne erzielen konnte⁹⁶⁸.

Die NSDAP in Wiesbaden während der Besatzungszeit

Die Wiesbadener Ortsgruppe der NSDAP gründete sich am 30. März 1926. Ein Jahr zuvor hatte die Rheinlandkommission die Partei zugelassen. NSDAP-Ortsgruppen waren bereits 1925 in den umliegenden Städten des Rhein-Main-Gebietes entstanden. Vor der Gründung der NSDAP in Wiesbaden existierten zwei Gruppierungen, die als Vorgängerorganisationen gelten: die Bismarckjugend der DNVP und der paramilitärische Wehrverband Wehrwolf⁹⁶⁹.

⁹⁶⁷ Georg Krücke, geb. am 8.7.1880 in Limburg a.d. Lahn, gest. am 24.8.1961 in Wiesbaden. Krücke war studierter Jurist und als Rechtsanwalt und Notar in Limburg und Wiesbaden tätig. 1913 wurde er Mitglied der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung und war seit 1919 Fraktionsführer der DVP. Als Nachfolger von Travers wurde er 1930 Oberbürgermeister von Wiesbaden und schied 1933 aus dem Amt aus. Renkhoff: Biographie, S. 432.

⁹⁶⁸ Müller-Werth: Geschichte, S. 154, Zehler: SPD, S. 135. Wahlergebnisse der Stadtverordnetenwahlen: 16.1.1927: Z 12,1%, DNVP 4,9%, DVP 15,9%, DDP 7,0%, SPD 27,5%, KPD 11,6%, NSDAP 1,5%, Andere 19,0%, Rest 0,5%. (Berechnet nach Zehler: SPD, S. 131). 20.5.1928: Z 10,9%, DNVP 5,1%, DVP 15,3%, DDP 6,8%, SPD 28,9%, KPD 12,3%, NSDAP 8,1%, Wirtschaftspartei 8,2%, Volksrechtspartei 2,7%, Mittelstandspartei der Vororte Wiesbadens 0,8%, Christlich-Soziale Reichspartei 0,1%, Wiesbadener Stadt- und Landesverband für Leibesübungen 0,8%. (Berechnet nach Zahlen aus den Monatsberichten des Statistischen Amtes Wiesbaden, 15. Jahrgang 1928, S. 42). 17.11.1929: Z 11,6%, DNVP 5,3%, Bürgerliste 31,2%, SPD 24,2%, KPD, 10,9%, NSDAP 16,1%, Christlich-Soziale Reichspartei 0,7%. Die Bürgerliste war ein Zusammenschluss aus DVP, DDP, WP, Volksrechtspartei. (Berechnet nach Zahlen aus den Monatsberichten des Statistischen Amtes Wiesbaden, 16. Jahrgang 1929, S. 123).

⁹⁶⁹ Zenker-Ortel: NSDAP, S. 42ff. Zur NSDAP in Wiesbaden siehe auch Kropat, Wolf-Arno: Die nationalsozialistische Machtergreifung in Wiesbaden und Nassau, in: Hennig, Eike (Hg.): Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen, Frankfurt am Main 1983, S. 260-278.

Nach der Gründung 1926 bereitete sich die Ortsgruppe auf die anstehenden Stadtverordnetenwahlen im Januar 1927 vor. Die NSDAP trat als Völkische Liste zur Wahl an und errang gerade 727 Stimmen. Ein Misserfolg, den die Ortsgruppe nicht erwartet hatte. Der leitende Vorstand der NSDAP, Wilhelm Georg Schmidt, schrieb vor der Wahl an die Gauleitungen in Frankfurt und Kassel:

*„Unsere Ortsgruppe ist heute so gefestigt, dass wir eigene Kandidaten aufstellen wollen. Von dem Ausgang der Wahlen wird es abhängig, ob unsere Bewegung auf unabsehbare Zeit zum Stillstand kommen wird oder ob wir gestützt auf unseren Wahlerfolg einen Aufstieg erleben. Wiesbaden als Stadt ohne Industrie war von jeher national eingestellt, vornehmlich auch wegen der großen Zahl von Pensionären und Beamten. [...] Wir in Wiesbaden sind fest entschlossen, unsere ganze Kraft in jeder Art für den Erfolg einzusetzen [...]“*⁹⁷⁰

Nach der Wahlniederlage beteiligten sich NSDAP-Mitglieder aus Wiesbaden im März 1927 bei einer Protestveranstaltung gegen eine Versammlung mit Geistlichen in Nastätten. Das gewalttätige Auftreten der Nationalsozialisten gegenüber anwesenden Landjägern und Polizisten führte zu Handgreiflichkeiten und dem Tod eines jungen Nationalsozialisten durch einen ungezielten Kopfschuss.

Als Folge dieses Zwischenfalls verbot der preußische Innenminister Severing mehrere Ortsgruppen der NSDAP, darunter die in Wiesbaden. Das Verbot hatte aber keine Konsequenzen für die politischen Aktivitäten der Nationalsozialisten in Wiesbaden, da sich die Ortsgruppe in dem NSDAP-Bezirk Süd-Taunus neu formierte. Im Juli 1927 wurde sogar eine neue Geschäftsstelle in Wiesbaden eröffnet und der Nassauer Beobachter gegründet⁹⁷¹. Ein Jahr nach dem Verbot wurde es wieder aufgehoben. Es folgte eine Umstrukturierung an deren Ende 1929/1930 die Ortsgruppe in die Kreisleitung Groß-Wiesbaden überging⁹⁷².

Die NSDAP konnte bei der ersten Stadtverordnetenwahl noch keinen Sitz im Parlament erringen. Die weitere Entwicklung der Partei in den nächsten drei Jahren war jedoch enorm. In der Wahl am 20. Mai 1928 erreichte sie bereits 8,1% der Stimmen und konnte diesen Stimmenanteil in der zeitgleichen Reichs- und

⁹⁷⁰ Schreiben vom 9.9.1926, zitiert nach Zenker-Oertel: NSDAP, S. 49.

⁹⁷¹ Zenker-Oertel: NSDAP, S. 50f. und Müller-Werth: Geschichte, S. 155f.

⁹⁷² Zenker-Oertel: NSDAP, S. 54.

Landtagswahl sogar auf 8,8% steigern. 1929 wählten bereits 16,1% der Wiesbadener die NSDAP und machten die Partei zur drittstärksten Fraktion und zweitstärksten Partei im Parlament⁹⁷³.

Die politische Beteiligung im Stadtparlament war überwiegend destruktiv. Sie lehnten eine Mitarbeit in der Sachpolitik ab und versuchten durch Misstrauensanträge, polemische Anträge zu Propagandazwecken, Störungen und Beleidigungen die Arbeit des Parlaments zu behindern. Bei Abstimmungen kam es vor, dass die Stadtverordneten der NSDAP die Stimmabgabe verweigerten oder ein unberechenbares Verhalten ohne Bezug auf Partei oder Inhalt des Antrags zeigten⁹⁷⁴.

Die wachsende Zustimmung setzte sich in der Reichstagswahl 1930 fort, in der die Nationalsozialisten mit 27,4% die stärkste Fraktion stellten. In der preußischen Landtagswahl von 1933 erreichte die rechtsextreme Partei in Wiesbaden sogar 54,0% der Stimmen⁹⁷⁵.

Die NSDAP gewann in der Kurstadt im Vergleich zu anderen Städten und Regionen schnell an Zustimmung und erreichte bei den Wahlen nach 1928 überdurchschnittliche Erfolge. Die enttäuschte liberale und nationalkonservative Wählerschaft, die in Wiesbaden traditionell sehr stark war, stellte Ende der zwanziger Jahre ein Wählerreservoir für die NSDAP dar und begünstigte ihren raschen Aufstieg, bevor die NSDAP zur „Volkspartei“⁹⁷⁶ wurde.

Die hauptsächliche Ursache für den Erfolg der Nationalsozialisten war in der prekären wirtschaftlichen Lage der Stadt zu sehen. Die Inflation hatte zu einer Verarmung weiter Bevölkerungskreise geführt. Wiesbaden war davon in besonderem Maß betroffen, da hier viele Rentiers und Pensionäre lebten. Außerdem hatte die Kurstadt nach dem Ersten Weltkrieg, aufgrund der wirtschaftlichen Ausrichtung, besonders unter der schlechten wirtschaftlichen Lage Deutschlands gelitten⁹⁷⁷.

Ein weiterer Grund ist in der Wahrnehmung der Zeit als Krisenzeit zu sehen, die sich negativ von der „Welt der Sicherheit“⁹⁷⁸ vor dem Ersten Weltkrieg

⁹⁷³ Der Nassauische Beobachter titelte „Sieg auf der ganzen Linie“, NB Nr. 47, 3. Novemberausgabe.

⁹⁷⁴ Zenker-Oertel: NSDAP, S. 207.

⁹⁷⁵ Zehler: SPD, S. 96 und 128.

⁹⁷⁶ Zur Wählerschaft der NSDAP siehe Falter, Jürgen W.: Hitlers Wähler, München 1991 und Wasmeier: Hitler.

⁹⁷⁷ Vgl. Kropat: Machtergreifung, S. 260-264 und Zenker-Oertel: NSDAP, S. 201.

⁹⁷⁸ Joas, Hans: Kontingenzbewußtsein. Der Erste Weltkrieg und der Bruch im Zeitbewußtsein der Moderne, in: Ernst, Petra/Haring, Sabine A./Suppanz, Werner (Hgg.): Aggression und

abhob. Wurde das sogenannte „Augusterlebnis“ zur Einheitserfahrung stilisiert und Teil des propagandistischen Diskurses der Einheit⁹⁷⁹, so wurden die Wähler der bürgerlichen Parteien während der Weimarer Republik mit diversen Auflösungstendenzen konfrontiert und entwickelten ein ausgeprägtes Kontingenzbewusstsein, das zu einer starken Verunsicherung führte⁹⁸⁰. Die Besetzung der Stadt führte die empfundene Verletzung der „Ehre“⁹⁸¹ durch die militärische Niederlage dauerhaft vor Augen und symbolisierte die Demütigung und verstärkte das Kontingenzbewusstsein.

Die Besetzung als solche konnte von der NSDAP propagandistisch zu ihrem Vorteil verwendet werden und mag zu einer Radikalisierung der konservativen Bürgerschaft beigetragen haben. Im Nassauischen Beobachter, dem Presseorgan der NSDAP in Wiesbaden, spielt die Besetzung als solche aber keine Rolle und auch in den Aufrufen vor den Wahlen wird die Besetzung der Stadt nicht thematisiert.

Die britische Besetzung beobachtete die NSDAP und ihre Aktivitäten. Der nach dem Umzug nach Wiesbaden stark verkleinerte militärische Nachrichtendienst versuchte, durch Informanten in den Kreisen der Nationalsozialisten die Partei zu überwachen. Nur wenige Male schritt die Besatzung gegen die NSDAP ein. Die Briten erklärten im Januar 1927, dass eine geplante Rede Joseph Goebbels nicht erwünscht sei und verschoben werden solle⁹⁸². Die feindselige Haltung der Partei veranlasste die Rheinlandkommission 1929, das Tragen der Parteiuniformen zu verbieten. General Thwaites schrieb über die NSDAP:

*„In 1929 their attitude became more hostile towards the occupation. The High Commission under pressure from the Headquarters of the British Army of the Rhine, forbade wearing of the Party uniform in all occupied zones.“*⁹⁸³

Katharsis. Der Erste Weltkrieg im Diskurs der Moderne (Studien zur Moderne Bd. 20), Wien 2004, S. 43-56, hier 49.

⁹⁷⁹ Ernst, Petra/Haring, Sabine A./Suppanz, Werner: Der Erste Weltkrieg - Zeitenbruch und Kontinuität. Einleitende Bemerkungen, in: Ernst, Petra/Haring, Sabine A./Suppanz, Werner (Hgg.): Aggression und Katharsis. Der Erste Weltkrieg im Diskurs der Moderne (Studien zur Moderne Bd. 20), Wien 2004, S. 15-41.

⁹⁸⁰ Siehe Joas: Kontingenzbewußtsein, S. 43-56.

⁹⁸¹ Burkhart: Geschichte, S. 106-111.

⁹⁸² Zenker-Oertel: NSDAP, S. 45f. und Pawley: Watch, S. 161-164.

⁹⁸³ Zitiert nach: Pawley: Watch, S. 169f.

5.4. „Es ist schön im Sommer“ - Wiesbaden und die britischen Soldaten

Viele der Offiziere und Soldaten sahen der Verlegung nach Wiesbaden mit gemischten Gefühlen entgegen. Es hatte private Kontakte zwischen den Soldaten und der deutschen Bevölkerung gegeben; Ehen wurden geschlossen und ehemalige britische Soldaten ließen sich geschäftlich in Köln nieder⁹⁸⁴. Neben dem Dienst hatte es in Köln umfangreiche Möglichkeiten für sportliche und gesellschaftliche Aktivitäten gegeben, was vor allem die britischen Offiziere in Wiesbaden vermissten⁹⁸⁵.

Als die britischen Truppen im Winter 1925/1926 in Wiesbaden einzogen, waren sie von der ruhigen und etwas trostlosen Atmosphäre enttäuscht. Der aufmunternde Ausspruch der Wiesbadener „Es ist schön im Sommer“ wurde ein weit verbreiteter Witz innerhalb der britischen Armee.

„When the British Army entered its new area it found a complete change from the busy life of Cologne. It entered the new territory in the dark days of winter and its opinions in Wiesbaden, Königstein, Idstein, Langenschwalbach, etc., etc., so forcibly expressed, could not have been published by even the most daring of newspapers or periodicals.

The natives countered every comment with „Es ist schön im Sommer“, and this phrase became a standing joke to the B.A.O.R. [...] Adaptable as ever, the British troops soon fell into the way of the new territory and to-day one hears very few complaints about the area.“⁹⁸⁶

Die meisten Briten zogen nach einer Eingewöhnungsphase die schöne Kurstadt mit ihrer pittoresken Umgebung der Kölner Großstadt vor: „[...] many who participated in the last four years of our Occupation [...] preferred the garrison life of Wiesbaden-the-spa to that of the toiling, moiling Rhenish metropolis.“⁹⁸⁷. Ein anderer britischer Offizier beschrieb Wiesbaden zunächst als leblose Kleinstadt: „It was quite dark when I arrived in Wiesbaden, so that I saw nothing of the surrounding country. The town itself seemed small and lifeless after the crowds and the noise of Cologne.“⁹⁸⁸.

⁹⁸⁴ Vgl. Pawley: Watch, S. 111-118.

⁹⁸⁵ Tuohy: Occupied, S. 241.

⁹⁸⁶ Aus dem Artikel „The British Occupation“. CPWT Nr. 182 (Nr. 94 New Edition), 24.12.1926, S. 12.

⁹⁸⁷ Tuohy: Occupied, S. 241.

⁹⁸⁸ Apex: Triangle, S. 168f.

Nach der Verlegung aller britischen Truppen nach Wiesbaden schien die Wahrnehmung Wiesbadens bei den Truppen aber auch aus seiner Sicht überwiegend positiv gewesen zu sein: „Those who were stationed in Wiesbaden and its surroundings were quite satisfied. [...] Wiesbaden was a good station for an army of occupation under conditions as they were in the eighth year after the war.“⁹⁸⁹ Sogar die London Times widmete der Stadt im November 1925 ein Artikel, in dem sie die klimatischen Vorzüge, die Oper und die internationale Ausrichtung der Kurstadt positiv unterstrich⁹⁹⁰. Die Stadt nutzte die britische Presse und veröffentlichte über mehrere Jahre Werbeanzeigen für einen Besuch der Kurstadt⁹⁹¹.

Wenngleich die Kurindustrie in großer Not war, hatte die Stadt in der Wahrnehmung der Briten ihren Charme und die Atmosphäre als kaiserliche Kurstadt bewahren können. Im Vergleich zu Köln, so ein britischer Offizier, seien die Einwohner insgesamt toleranter und kosmopolitischer und hob hervor, dass die Frauen Wiesbadens eleganter und attraktiver seien⁹⁹². Der Kontakt mit der Bevölkerung war freundlich und wertschätzend und die Briten spürten nach dem Abzug der französischen Truppen eine große Erleichterung seitens der Bevölkerung⁹⁹³. Major Reynolds der Britischen Armee beschrieb die Stimmung Ende des Jahres 1925 als herzlich und friedlich: „Our relations with the Germans at this time were more cordial than they were before or since. Locarno was fresh in everybody's mind, and peace and goodwill were in the air that Christmas.“⁹⁹⁴.

Für die Offiziere gab es mehr Freiheiten in Wiesbaden im Gegensatz zur Stationierung in Köln. Offiziere durften in bestimmten öffentlichen Orten tanzen gehen, die vom Hauptquartier zugelassen waren. Die Uniformbestimmungen wurden gelockert, da die entspannte Stimmung in Wiesbaden Angriffe durch Deutsche als unwahrscheinlich erscheinen ließen. So gingen Offiziere in ihrer Freizeit ohne Uniform zum Golfen oder Fischen⁹⁹⁵.

⁹⁸⁹ Apex: Triangle, S. 191.

⁹⁹⁰ LT Nr. 44127, 24.11.1925, S. 17.

⁹⁹¹ Siehe z.B. LT Nr. 44222, 17.3.1926, S. 10.

⁹⁹² Apex: Triangle, S. 187.

⁹⁹³ Apex: Triangle, S. 191. Vgl. auch Reynolds: Prelude, S. 113.

⁹⁹⁴ Reynolds: Prelude, S. 123.

⁹⁹⁵ Apex: Triangle, S. 192.

„Amusements“

Neben den militärischen Aufgaben der Soldaten, die überwiegend zeremonieller Natur waren und aus Paraden vor dem Hauptquartier oder zum Gottesdienst bestanden, versuchte die Britische Rheinarmee für sportliche Beschäftigung und für ein Unterhaltungsprogramm für ihre Soldaten zu sorgen⁹⁹⁶. In den britischen Einheiten wurden „Entertainment Committees“⁹⁹⁷ gegründet, um die im Vergleich zu Köln geringeren Unterhaltungsmöglichkeiten zu verbessern. Für die Truppen und Offiziere wurde ein Kino bzw. Theater in Besitz genommen, Kontakte mit Sportvereinen in Wiesbaden aufgenommen, eine Zeitung herausgegeben sowie Ausflüge in das Umland und in Städte wie z.B. Frankfurt organisiert⁹⁹⁸. Die Briten beschlagnahmten eigens „Lokale“⁹⁹⁹ für ihre Militärangehörigen und mieteten für die regelmäßigen Tanzabende je nach Anlass auch ganze Säle an¹⁰⁰⁰.

Die Cafés und Bars, welche die Soldaten regelmäßig besuchten, wurden von den Wiesbadenern meist gemieden. Es gab Konflikte mit Betrunkenen oder Prostituierten, jedoch war ein Militärverbot für das betroffene Geschäft meist finanziell mit solch umfassenden Einbußen verbunden, dass wie im Fall des Cafés Odeon der Besitzer um eine Aufhebung des Militärverbots bat¹⁰⁰¹.

Das niedrige Preisniveau ließ ein relativ unbeschwertes Leben der Soldaten in der Stadt zu, sodass die Unterhaltungsangebote, Cafés und Tanzlokale gerne und oft angenommen wurden:

*„The main extras of a soldier's life – gaspers and beer – worked out twenty-five per cent cheaper in Germany than in England. Pay was twenty-eight shillings a week, and out of this there went on average seven or eight marks (shillings) a week on cigarettes and four or five on English beer at threepence a glass. The rest was for cinemas and walking out and general expenditure.“*¹⁰⁰²

⁹⁹⁶ Zur Freizeitgestaltung und den Pflichten der Prince of Wales's Volunteers siehe Auszüge aus dem Regimental Chronicle der Prince of Wales's Volunteers, Januar 1929, S. 9f. in StAW NL50, Nr. 35.

⁹⁹⁷ So z.B. bei den Queen's Own Cameron Highlanders, StAW NL 50, Nr. 35, aus dem Manuskript Hirsts „The Cameron Volunteers come to Saint Andrews Barracks“, S. 4.

⁹⁹⁸ Tuohy: Occupied, S. 246 und 248 und Apex: Triangle, S. 254f.

⁹⁹⁹ Vgl. Zeitungsbericht vom 6.5.1927 in StAW WI/2, Nr. 2556, Bl. 67.

¹⁰⁰⁰ So z.B. der kleine Tanzsaal des Kurhauses, der von der Freimaurerloge der Rheinarmee für eine „Ladie's Night“ im Oktober 1926 angemietet wurde. StAW WI/2, Nr. 3837, Bl. 286.

¹⁰⁰¹ Vgl. Schriftwechsel in HHStAW Abt. 408, Nr. 45, Bl. 110ff.

¹⁰⁰² Tuohy: Occupied, S. 251f.

Das Walhalla Theater in der Innenstadt Wiesbadens wurde zum Kino, Varieté und Theater für die britischen Besatzungssoldaten. Es fasste bis zu eintausend Soldaten¹⁰⁰³. Dies war ein Rückschritt, da in Köln mehrere Theater und Kinos für die Soldaten existiert hatten¹⁰⁰⁴. Das Unterhaltungsangebot der Kurstadt stand den Besatzungssoldaten aber zusätzlich offen und erweiterte das Angebot ungemein. Zwar wurden keine Freikarten wie während der Waffenstillstandszeit oder der Ruhrbesetzung herausgegeben, dennoch gab es verschiedene Vergünstigungen. Offiziere erhielten 50% Ermäßigung auf Veranstaltungen im Kurhaus und alle Briten erhielten weitere Vergünstigungen bei Theatern und Veranstaltungen. Sogar die Abonnementkarten, die für die Einwohner der Stadt vorgesehen waren, wurden den Soldaten zugänglich gemacht¹⁰⁰⁵. Trotz dieser Regelungen kam es zu kleineren Konflikten, wenn z.B. Offiziere freien Eintritt zu Veranstaltungen erzwingen wollten¹⁰⁰⁶. Neben den kulturellen Angeboten der Stadt gab es vereinzelt auch Veranstaltungen, die von der britischen Armee organisiert wurden. Darunter z.B. eine Kunst- und Handwerksausstellung, die im März 1927 in Wiesbaden stattfand¹⁰⁰⁷.

Die Angehörigen der Britischen Rheinarmee waren für ihr Interesse an sportlichen Aktivitäten bekannt. Vor allem Tennis, Golf, Hockey, Football und Cricket waren bei den Besatzungstruppen beliebt¹⁰⁰⁸. Die Sportanlagen in Wiesbaden waren nach dem Krieg und der französischen Besatzungszeit in einem sehr schlechten Zustand und wurden von den britischen Offizieren bemängelt. Die Sportstätte in der Kaserne an der Schiersteiner Straße wurde zum Cricket-Stadium und in der Nähe des Nachbarortes Erbenheim ein Polofeld angelegt¹⁰⁰⁹.

Im Nerotal wurden Tennisplätze umgebaut und weitere angelegt, wovon die Briten mehrere beschlagnahmten¹⁰¹⁰. Außerdem erneuerte und erweiterte die

¹⁰⁰³ IWM: Occupation, S. 293.

¹⁰⁰⁴ Artikel „Amusements“ aus CPWT Nr. 481 (Nr. 392 New Edition), 3.11.1929, S. 17.

¹⁰⁰⁵ Brief der Kurverwaltung an den leitenden Offizier der französischen Militärmission bei der Britischen Rheinarmee vom 8.2.1926. StAW WI/2, Nr. 3837, Bl. 260 und 272.

¹⁰⁰⁶ StAW WI/2, Nr. 3837, Bl. 278.

¹⁰⁰⁷ Vgl. den Artikel „Arts and Crafts in the Army. Exhibition in Wiesbaden.“ In LT Nr. 44532, 17.3.1927, S. 13.

¹⁰⁰⁸ Besondere sportliche Ereignisse wurden sogar in der London Times erwähnt und die Ergebnisse veröffentlicht, vgl. Artikel „Cross-Country-Running at Wiesbaden“ LT NR. 44248, 17.4.1926, S. 6.

¹⁰⁰⁹ IWM: Occupation, S. 292f.

¹⁰¹⁰ Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1924 bis zum 31. März 1926, S. 38.

britische Armee den Wiesbadener Golfplatz mit eigenen Mitteln. Die Briten brachten ihre gesamte Ausrüstung aus Köln mit und stellten sogar einen Golfrainer¹⁰¹¹ ein, der auch für Kurgäste und Mitglieder des Golfvereins zur Verfügung stand. Der Golfplatz stand unter gewissen Auflagen dem Golfclub weiterhin zur Verfügung. Neben dem Golfplatz genossen auch die Tennisplätze nach einer Weile einen exzellenten Ruf¹⁰¹². Die Kurverwaltung begrüßte das Engagement der Briten daher ausdrücklich¹⁰¹³.

Die Sportergebnisse aus dem Vereinigten Königreich, aber auch der Britischen Rheinarmee, waren die wichtigsten Nachrichten der Cologne Post and Wiesbaden Times. Die Zeitung der Briten war ein Mitteilungs- und Nachrichtenblatt, das zweimal wöchentlich erschien. Neben den Sportnachrichten berichtete sie auch über wichtige politische Ereignisse, Verordnungen, Todesfälle in der Armee, das Kinoprogramm und vieles mehr. Nur vereinzelt wurde auf politische Ereignisse eingegangen, die mit der Besatzung direkt im Zusammenhang stand. Die Zeitung sollte überwiegend leichte Nachrichten und Unterhaltung bieten¹⁰¹⁴.

Die Kölnische Volkszeitung schrieb in einem Artikel vom 19. Januar 1926 über die Cologne Post:

*„Die Cologne Post hat stets ihre Aufgabe lediglich darin gesehen, ein Mitteilungs- und Unterhaltungsblatt für die englische Besatzung zu sein. Sie war klug genug, der Versuchung zu widerstehen, sich mit aussichtslosen Propagandaversuchen an die Adresse der deutschen Bevölkerung zu wenden.“*¹⁰¹⁵

Neben den unterschiedlichen Unterhaltungsangeboten, hatten die Soldaten die Möglichkeit einen Beruf zu erlernen, um nach ihrer Dienstzeit leichter in ein ziviles Leben integriert werden zu können. Diese kostenlose Ausbildung umfasste verschiedene handwerkliche Berufe wie den des Schmieds, Maurers,

¹⁰¹¹ Ehemalige Soldaten blieben auch nach ihrer Dienstzeit in Wiesbaden und arbeiteten als Golf- oder Fußballtrainer für lokale Jugendmannschaften. Vgl. Tuohy: Occupied, S. 246.

¹⁰¹² Auszug aus dem Regimental Chronicle der Prince of Wales's Volunteer, Januar 1929, S. 10 in StAW NL50, Nr. 35.

¹⁰¹³ StAW WI/2, Nr. 1725, Bl. 12-17.

¹⁰¹⁴ Die Cologne Post bestand bis zum Abzug der Briten aus Köln. Sie wurde dann in Cologne Post and Wiesbaden Times umbenannt und erschien durchgängig bis zur letzten Ausgabe am 3.11.1929. Insgesamt erschienen 481 Ausgaben. Siehe auch: IWM: Occupation, S. 292.

¹⁰¹⁵ HHStAW Abt. 405, Nr. 5338, Bl. 2.

Malers oder Mechanikers. Aber auch landwirtschaftliche Berufe konnten erlernt werden und sogar „Oversea Settlement training“¹⁰¹⁶ wurde für künftige Siedler in den Dominions angeboten.

Die Prostitution wurde unter der britischen Besatzungsmacht mithilfe der Stadt Wiesbaden bekämpft. Anders als zur Zeit der französischen Besatzung wurden keine Bordelle bereitgestellt. Das britische Oberkommando reagierte, nachdem die Infektionsrate unter den britischen Soldaten stark angestiegen war. Durch die neue Regelung zur Prostitutionsbekämpfung konnten verdächtige Frauen in Gewahrsam und unter ärztliche Aufsicht gestellt werden. Kuppelei, Duldung von Prostitution und Beihilfe wurde unter Strafe gestellt¹⁰¹⁷.

Wiesbadener und Briten

Trotz des gegenseitigen Interesses blieben gesellschaftliche Schranken zwischen den Besatzungssoldaten und den Einheimischen bestehen. Sie traten aufgrund der überschaubaren Größe Wiesbadens stärker hervor als in der Großstadt Köln. Obwohl es viele Kontakte gab, verhielt man sich im Alltag als würde der jeweils andere nicht existieren¹⁰¹⁸.

Dennoch gab es vereinzelt Kontakte zwischen Soldaten und deutschen Frauen, wie dies auch zuvor in Köln der Fall gewesen war. In bestimmten gesellschaftlichen Kreisen wurden engere Kontakte sozial sanktioniert. Daher hatten Frauen oftmals Angst davor, mit einem Soldaten in Uniform gesehen zu werden¹⁰¹⁹. Dies hinderte sie aber nicht daran gemeinsam tanzen zu gehen¹⁰²⁰. Die Unteroffiziere und Mannschaften waren in ihrem Kontakt in Cafés und Tanzhallen freier als die britischen Offiziere. Einige von ihnen lernten während ihres Aufenthaltes in Wiesbaden die deutsche Sprache und manche von ihnen heirateten deutsche Frauen¹⁰²¹. Aus den Verbindungen zwischen britischen Soldaten und Frauen aus Wiesbaden gingen laut einem Bericht des Jugendamtes Wiesbaden bis zum 26. September 1929 114 Kinder hervor¹⁰²². Die letzte Heirat

¹⁰¹⁶ Tuohy: Occupied, S. 246.

¹⁰¹⁷ Aus der Anlage des Regierungspräsidenten an den Magistrat, 15.2.1926. StAW WI/2, Nr. 2527, Bl. 435ff.

¹⁰¹⁸ Nur vereinzelt gaben Unbekannte ihre Ablehnung der Besatzung kund, indem sie Wagen der Besatzungsbehörde beschädigten. Vgl. StAW WI/2, Nr. 2556, Bl. 20 und Bericht der London Times LT Nr. 44868, 16.4.1928, S. 15.

¹⁰¹⁹ Apex: Triangle, S. 246-253.

¹⁰²⁰ Reynolds: Prelude, S. 123.

¹⁰²¹ Williamson: British, S. 317.

¹⁰²² StAW WI/2, Nr. 2556, Bl. 117.

zwischen einem Briten und einer Deutschen in Wiesbaden im Dezember 1929 war der Presse sogar ein Artikel wert¹⁰²³.

Die Briten wurden freundlicher in der Kurstadt empfangen als die Franzosen. Dies lag vor allem an der Besatzungspolitik. Die Briten hatten immer die separatistischen Strömungen unterdrückt und waren außenpolitisch für eine wirtschaftliche Erholung Deutschlands eingetreten. Außerdem unternahmen die Briten keine Versuche der kulturellen oder wirtschaftlichen Durchdringung. Der Krieg war zu diesem Zeitpunkt bereits sieben Jahre vorbei und die Kriegserfahrung nicht mehr so intensiv wie 1918/19 und wirkte sich daher nicht mehr so gravierend auf die Beziehungen aus. Des Weiteren bestand keine traditionelle Feindschaft mit dem Vereinigten Königreich, wie dies bei Frankreich der Fall gewesen war und in den Köpfen eine Rolle gespielt hatte.

¹⁰²³ „Die letzte Besatzungsheirat in Wiesbaden“, Zeitungsausschnitt vom 11.12.1929. StAW WI/2, Nr. 2556, Bl. 164.

5.5. „Out of Date“ – Das Ende der britischen Besatzung

Eine Reduzierung der Besatzungstruppen zu erreichen, bedeutete für die deutsche Regierung einen ersten Schritt zu einer endgültigen Räumung der besetzten Gebiete. Seit dem Frühjahr 1928 bemühte sich das Außenministerium, die französische Haltung zu neuen Verhandlungen zu eruieren. Eine Räumung ohne Gegenleistung, wie dies in Thoiry zwischen Briand und Stresemann besprochen wurde¹⁰²⁴, war nicht mehr möglich. Unter dem Druck der gescheiterten Bürgerblock-Regierung, Neuwahlen und der öffentlichen Kritik an den Ergebnissen der Verständigungspolitik, sah sich das Außenministerium gezwungen, die Räumungsfrage erneut in den Vordergrund zu stellen¹⁰²⁵. Ein britischer Offizier in Wiesbaden schrieb 1927 über die Besetzung Wiesbaden: „the whole Occupation seemed hopelessly out of date“¹⁰²⁶.

Stresemann blieb auch in der neuen Koalition unter dem Kanzler Hermann Müller von der SPD Außenminister. Die neue Regierung verfolgte den außenpolitischen Kurs weiter und drängte auf eine Lösung der Rheinlandfrage. Im September 1928 erklärte Müller vor dem Völkerbund die Unvereinbarkeit zwischen Verständigungspolitik und der andauernden Besetzung des Rheinlandes und stellte die Frage nach der Zukunft der Locarno-Politik. Die Alliierten verwiesen auf eine Lösung der Reparationsfrage, ohne die eine Räumung nicht infrage kommen würde. Nun begannen offizielle Verhandlungen über eine endgültige Regelung der Reparationszahlungen und dem Ende der Rheinlandbesetzung¹⁰²⁷.

Die Sachverständigen aus Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, den Vereinigten Staaten und Deutschland verhandelten zwischen Februar und Juni 1929 unter dem Vorsitz von Owen Young. Die Verhandlungen waren von heftigen Auseinandersetzungen und Krisen begleitet, wobei Briand von deutscher und britischer Seite stark unter Druck gesetzt wurde. Erst nachdem eine Einigung in den finanziellen Fragen erzielt wurde, stimmte Briand dem Vertrag zu. Schließlich wurde der sogenannte Young-Plan unterschrieben, der am 1. September 1929 in Kraft trat und den Dawes-Plan ablöste¹⁰²⁸.

¹⁰²⁴ Rödder: Besatzung, S. 199ff.

¹⁰²⁵ Krüger: Außenpolitik, S. 432f.

¹⁰²⁶ Apex: Triangle, S. 272.

¹⁰²⁷ Krüger: Außenpolitik, S. 453-457.

¹⁰²⁸ Krüger: Aussenpolitik, S. 476f. und 483f., Niedhart: Außenpolitik, S. 31f. und Knipping,

Der Young-Plan sah jährliche Zahlungen Deutschlands bis in das Jahr 1988 vor. Bis 1966 sollten die jährlichen Zahlungen von 1,7 Milliarden RM auf 2,4 Milliarden RM ansteigen. Sie lagen damit aber 500 Millionen RM unter dem Betrag, der im Dawes-Plan festgelegt worden war. Anschließend sollten die Annuitäten den offenen Schulden der Alliierten entsprechen¹⁰²⁹. Auf der Haager Konferenz im August 1929 wurden Einzelheiten und Nebenfragen zum Young-Plan ausgearbeitet und die Modalitäten der Rheinlandräumung festgelegt¹⁰³⁰. Die zweite Zone sollte bis zum November 1929 und die dritte bis zum 30. Juni 1930 geräumt werden. Entgegen dem Versailler Vertrag würden die alliierten Besatzungstruppen das Rheinland fünf Jahre früher verlassen¹⁰³¹.

Die Briten verlassen Wiesbaden

Der Mainzer Brückenkopf mit der Stadt Wiesbaden war Teil der dritten Besatzungszone und wurde erst am 30. Juni 1930 von alliierten Truppen geräumt. Im Zuge der Räumung der zweiten Zone kam es zu Veränderungen. Die Rheinlandkommission wurde von Koblenz nach Wiesbaden verlegt und die Briten verließen die Region um Wiesbaden¹⁰³².

Die britische Regierung prüfte im Frühling 1929, parallel zu den internationalen Verhandlungen, ob die Truppen aus Deutschland abgezogen werden könnten und ließ durch Experten einen Plan zur Durchführung entwickeln. Mit dem Sieg der Labour-Party im Juni 1929 wuchs der politische Wille zum Abzug der Truppen, sodass im Juli die Evakuierungspläne bereits weit fortgeschritten waren. Die neue Regierung erwog, die britischen Truppen auch ohne eine Einigung zwischen Frankreich und Deutschland abziehen und übte damit Druck auf den Verbündeten Frankreich aus. Mit dem Young-Plan wurde der

Franz: Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära 1928-1931. Studien zur internationalen Politik in der Anfangsphase der Weltwirtschaftskrise, München 1987, S. 67ff. Zur Entstehung des Young-Plans: Vogt, Martin (Hg.): Die Entstehung des Youngplans dargestellt vom Reichsarchiv 1931-1933 (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 15), Boppard 1970.

¹⁰²⁹ Die Reparationsregelung des Young-Planes wurde bereits im Zuge der Weltwirtschaftskrise ausgesetzt und letztlich vollständig revidiert. Auf einem Gipfeltreffen in Lausanne vom 16. Juni bis zum 9. Juli 1932 wurden die deutschen Reparationszahlungen auf eine Abschlusszahlung von drei Milliarden Goldmark festgelegt. Das Abkommen von Lausanne trat aber nie in Kraft. Vgl. Büttner: Weimar, S. 355f.

¹⁰³⁰ Die Wiesbaden Times titelte: „Great British Victory. Hague Agreement „will liquidate finally the aftermath of the great war“. CPWT Nr. 461 (Nr. 372 New Edition), 29.8.1929.

¹⁰³¹ Krüger: Außenpolitik, S. 495f. und Büttner: Weimar, S. 356.

¹⁰³² Zum Umzug der Rheinlandkommission nach Wiesbaden und der endgültigen Räumung Wiesbadens 1930 siehe das Kapitel 6.

Abzug der Truppen festgelegt. Die Briten begannen umgehend am 14. September 1929, dem „Zero Day“¹⁰³³ die Truppen und Angehörige zu evakuieren¹⁰³⁴.

Der Abzug der britischen Truppen bedeutete zwar nicht das ersehnte Ende der Besetzung, jedoch war dieses Ende nun abzusehen. Die Bevölkerung nahm den Abzug der Briten erleichtert und teilweise enthusiastisch auf¹⁰³⁵. In einem Briefwechsel zwischen dem Magistrat und dem Daily Chronicle fragte der Korrespondent nach der Meinung der Bürger Wiesbadens zu dem anstehenden Abzug der Briten, worauf die Stadt antwortete: „Das Verhältnis zwischen der Besetzung zur Bevölkerung war durchaus gut, das Freisein von jeglicher Besetzung bedeutet jedoch das lang ersehnte Ziel.“¹⁰³⁶

Die Wiesbaden Times schrieb über die Beziehung zu den Deutschen unter dem Titel „The end of the trail“¹⁰³⁷, dass die Briten in Wiesbaden den Respekt der Deutschen gewonnen hätten und dies eine Auszeichnung für Großbritannien sei. Natürlich sei man ein unliebsamer Gast gewesen und man verstehe die Freude über den Abzug der Truppen. Die britischen Soldaten sahen dem kommenden Abschied von Wiesbaden mit gemischten Gefühlen entgegen. Manche begrüßten es, die Reise in die Heimat antreten zu dürfen, andere genossen ihr Leben in Wiesbaden. Vor allem die wirtschaftliche Zukunft in Großbritannien sah für viele Soldaten schlecht aus¹⁰³⁸.

Direkt nach dem Inkrafttreten des Young-Plans informierte der kommandierende General Thwaites die offiziellen Stellen in Wiesbaden über den Abzug der Truppenkontingente. Die Räumung werde am 14. September beginnen und bis zum 13. Dezember 1929 andauern. Thwaites ergänzte, dass dies der Abzug der Briten sei, ob andere Besetzung komme, wisse er nicht¹⁰³⁹. Dies zeigte sich erst in den folgenden Monaten. Ende November wurden französische Truppen

¹⁰³³ LT Nr. 45309 vom 16.9.1929, S. 12.

¹⁰³⁴ Williamson: British, S. 332f. und 337ff. Im Herbst 1927 wurden von den über 4.100 Offizieren und Mannschaften bereits etwa 350 Mann aus Wiesbaden abgezogen und die Truppenzahl im Verlauf des Jahres 1928 auf etwa 3650 Mann reduziert. Vgl. Schreiben des Besatzungsamts an den Oberbürgermeister vom 14.10.1927 in StAW WI/2, Nr. 2556, Bl. 47 und HHStAW Abt. 405, Nr. 5252, Bl. 96.

¹⁰³⁵ Tuohy: Occupied, S. 287f., LT Nr. 45298 vom 3.9.1929, S. 11 und LT Nr. 45309 vom 16.9.1929, S. 12.

¹⁰³⁶ StAW WI/2, Nr. 2556, Bl. 110f.

¹⁰³⁷ CPWT Nr. 468 (Nr. 379 New Edition), 22.9.1929, S. 2.

¹⁰³⁸ Tuohy: Occupied, S. 287f.

¹⁰³⁹ Mitteilung des Regierungspräsidenten an den Preußischen Minister des Innern vom 3.9.1929. HHStAW Abt. 405, Nr. 5322, Bl. 3f.

nach Wiesbaden verlegt, welche als Ehrenwache für die Rheinlandkommission vorgesehen waren¹⁰⁴⁰.

Im Oktober waren bereits sechshundert Mann mit ihren Familienangehörigen aus Wiesbaden abgezogen und mit dem Zug über Ostende nach Großbritannien evakuiert worden. Eine Britin veröffentlichte in einer Londoner Zeitung einen Abschiedsbrief an die Stadt, in dem sie all das aufzählte, was sie vermissen werde: ihre „königliche“ Wohnung, die „wunderbaren Kaufgelegenheiten“, das Preisniveau und vor allem die Kuranlagen und den Taunus. Weiter schrieb sie: „Gewöhnlich packt man gern, wenn es heimwärts geht. Aber ich lasse doch vieles in diesem herrlichen deutschen Bad zurück, was ich schmerzlich vermissen werde, und deshalb bin ich auch ein bißchen traurig.“¹⁰⁴¹.

Diese Zeilen unterstreichen, dass die Wahrnehmung Wiesbadens vonseiten der Briten stark positive Züge trugen. Die Briten hatten Wiesbaden in einer Phase der relativen Stabilität erlebt, sodass das Leben als Gast, sofern man über die nötigen finanziellen Mittel verfügte, sehr angenehm sein konnte, was der Brief besonders hervorhebt. Ende November wurden das britische Kino und Theater Walhalla in der Innenstadt geschlossen und wenige Tage später der besetzte Teil des Krankenhauses an der Platter Straße geräumt¹⁰⁴². Anfang Dezember waren weniger als 1.000 britische Soldaten in der Stadt¹⁰⁴³.

Am 11. Dezember fand die offizielle Verabschiedung General Thwaites¹⁰⁴⁴ vom französischen General in Mainz statt. Tags darauf folgte die Verabschiedung von den deutschen Autoritäten. Die Abschlusszeremonie fand im Sitzungssaal des Regierungspräsidiums statt. Neben dem britischen General und

¹⁰⁴⁰ HHStAW Abt. 405, Nr. 5322, Bl. 116.

¹⁰⁴¹ „Wiesbaden, ade! Abschiedsbrief einer Britin, die Wiesbaden verlässt, veröffentlicht in einer Londoner Zeitung“ in StAW NL 34, Nr. 43 (zum Eintrag vom 1.10.1929).

¹⁰⁴² Artikel der Neuen Wiesbadener Zeitung vom 15.10.1929 in StAW WI/2, Nr. 2528, Bl. 88a und LT Nr. 45323 vom 2.10.1929, S. 13. Zum ausführlichen Evakuierungsplan der Briten siehe HHStAW Abt. 405, Nr. 7484.

¹⁰⁴³ Vgl. Artikel „Der Abzug der Engländer“ in WT Nr. 290 vom 12.12.1929, S. 4.

¹⁰⁴⁴ General Thwaites hat im IWM in London persönliche Aufzeichnungen und Bilder hinterlassen. Die Bilder zeigen vor allem den Abzug der Briten und private Bilder aus Reisen im besetzten Gebiet und Frankreich. Des Weiteren sind Dokumente und Berichte sowie Zeitungsausschnitte enthalten, die den Abzug der Briten detailliert beschreiben. Der Nachlass enthält z.B. den Bericht Thwaites an den Under Secretary des Waroffice vom 19.12.1929, in dem Thwaites die Abschiedszeremonien vom 11.-13.12.1929 beschreibt und seine Reise nach Großbritannien schildert.

IWM 02(41).23 British Army of the Rhine /4.2; A/C No. 38145.

seinem Stab waren der Wiesbadener Regierungspräsident Ehrler¹⁰⁴⁵, Mitglieder des Magistrats und der Stadtverwaltung sowie der Polizeipräsident anwesend. General Thwaites hielt seine Rede auf Deutsch und dankte den deutschen Behörden für die Unterstützung und die gute Zusammenarbeit, auch wenn die Umstände nicht immer einfach gewesen waren:

*„Es ist Ihnen nicht angenehm und uns nicht immer leicht gewesen, aber ich glaube, dass wir uns gegenseitig gratulieren dürfen, in dem Bewusstsein, dass die Haltung, welche von beiden Seiten an den Tag gelegt wurden, stets eine korrekte war.“*¹⁰⁴⁶

Noch am selben Tag wurde die britische Flagge am Hauptquartier eingeholt und der feierliche Abzug der Truppen begann einen Tag früher als geplant. Bei der Zeremonie waren hohe Offiziere und Beamte der Alliierten sowie die Oberkommissare der Rheinlandkommission anwesend. Zwischen eintausend und zweitausend Wiesbadener beobachteten das Spektakel¹⁰⁴⁷. Im Anschluss marschierten die Truppen zum Hauptbahnhof. General Thwaites wurde von einer Schwadron französischer Kavallerie eskortiert und besichtigte die französische

¹⁰⁴⁵ Friedrich „Fritz“ Ehrler, geb. am 6.3.1871 in Ingolstadt, gest. am 19.10.1944 in Wiesbaden. Ehrler war gelernter Metallarbeiter und Mitglied der SPD. Er nahm zwischen 1915 und 1918 am Ersten Weltkrieg teil und wurde 1919 Polizeipräsident von Frankfurt am Main. 1926 wechselte er als Regierungspräsident nach Wiesbaden und wurde 1933 durch den neuen nationalsozialistischen Ministerpräsidenten Hermann Göring seines Amtes enthoben. Ehrler starb während eines Bombenangriffs am 19.10.1944. Degener, Herrmann A. L. (Hg.): *Wer ist's? Eine Sammlung von rund 18 000 Biographien mit Angaben über Herkunft, Familie, Lebenslauf, Veröffentlichungen und Werke, Lieblingsbeschäftigung, Mitgliedschaft bei Gesellschaften, Anschrift und anderen Mitteilungen von allgemeinem Interesse*, 10. Ausgabe, Berlin 1935, S. 345 und Müller: *Adler*, S. 251-282, 417.

¹⁰⁴⁶ Bericht des Regierungspräsidenten an den Preußischen Minister des Innern vom 12.12.1929. Beinhaltet auch die ebenso wertschätzende Rede des Regierungspräsidenten. HHStAW Abt. 405, Nr. 5322, Bl. 171-175, hier Bl. 173.

¹⁰⁴⁷ HHStAW Abt. 405, Nr. 5322, Bl. 184. Siehe auch Pawley: *Watch*, S. 173. Die London Times brachte anlässlich des Abzugs der britischen Truppen Artikel mit einem kurzen Überblick über die Verabschiedungszeremonie und die vergangenen elf Jahre des britischen Engagements in Deutschland. LT Nr. 45384 vom 12.12.1929, S. 13 und LT Nr. 45385 vom 13.12.1929, S. 14.

Ehrenwache am Kaiserplatz, bevor er die Stadt verließ¹⁰⁴⁸. Das alliierte Kommando übernahm der Vorsitzende der Interalliierten Feldeisenbahnkommission in den Rheinlanden Oberst Fischer¹⁰⁴⁹.

Georg Kraus schrieb am Tag des Abzugs der Briten in sein Tagebuch:

*„Gestern wurde Wiesbaden von der engl. Besatzung geräumt. Endlich sind wir wieder einen Schritt weiter. Der letzte Engländer hatte bis Mittag das Rheinland verlassen. Aber noch können wir uns nicht freuen, denn immer noch halten fremde Soldaten die ‚Wacht am Rhein‘. Versprochen wurde uns, dass unser Gebiet, die 3. und letzte Zone bis Juni 1930 geräumt werden soll. Wird Frankreich Wort halten? Die letzten Monate wollen wir noch geduldig aushalten, um dann wieder eins zu sein mit unserem geliebten Vaterland. Wir in Biebrich haben seit dem Abzug der Engländer seit einigen Wochen bis heute keine fremde Besatzung mehr erhalten. Hoffentlich bleiben sie uns auch fern.“*¹⁰⁵⁰

Heinz S. sah den Abzug der britischen Truppen in Sonnenberg und behielt den Tag in Erinnerung:

*„Ich sehe es noch wie heute, die ganze Rambacherstraße war ein Meer von Fahnen; schwarz-rot-gold, schwarz-weiß-rot, schwarz-weiß und blau-orange und die Engländer marschierten oder fuhren mit Kanonen auf der Straße.“*¹⁰⁵¹

¹⁰⁴⁸ HHStAW Abt. 408, Nr. 45, Bl. 36. Vgl. auch Darstellung in Tuohy: Occupied, S. 292ff.

¹⁰⁴⁹ HHStAW Abt. 405, Nr. 5322, Bl. 194.

¹⁰⁵⁰ StAW NL 34, Nr. 43, Eintrag vom 13.12.1929.

¹⁰⁵¹ Aus den niedergeschriebenen Erinnerungen von Heinz S. aus Rambach (siehe Anhang).

5.6. Zusammenfassung

Die fast vierjährige Phase der britischen Besatzung Wiesbadens war im Vergleich zur französischen Besatzungszeit deutlich konfliktfreier. Die Bevölkerung und die Verwaltung lehnten die Besetzung der Stadt nach wie vor ab, jedoch war das Verhältnis zur britischen Besatzungsmacht freundlicher und im Allgemeinen positiv.

Nach den Locarno-Verträgen und der sogenannten Verständigungspolitik wurde das außenpolitische Klima freundlicher und wirkte sich auch auf die besetzte Stadt Wiesbaden aus. Mit der Räumung der ersten Besatzungszone war der Umzug der britischen Truppenkontingente nach Wiesbaden verbunden. Die Wiesbadener empfingen die Briten mit einer positiven Grundhaltung und waren erleichtert, dass die Franzosen die Stadt verließen. Das Delegiertensystem der Rheinlandkommission wurde abgeschafft und obwohl die zivile französische Verwaltung durch den militärischen Apparat der Briten ersetzt wurde, gab es weniger Eingriffe, Konflikte und Proteste. Dies war vor allem an dem guten persönlichen Kontakt zwischen dem britischen Generalstab, dem Verbindungs-offizier und den deutschen Behörden zu verdanken.

Die britischen Soldaten selbst fühlten sich in der Kurstadt überwiegend sehr wohl. Das umfangreiche Unterhaltungsprogramm und ihr ausgeprägtes Interesse an diversen Sportarten von Golf, Tennis über Polo und Cricket kam auch den Einrichtungen der Stadt zugute, die mithilfe der britischen Truppen erneuert und erweitert wurden.

Die Stadt Wiesbaden erlebte zu Beginn der britischen Besatzung eine kurze Phase der wirtschaftlichen Erholung. Die Zahl der Kurgäste und Passanten stieg bis 1928 deutlich an und die Steuereinnahmen wuchsen. Das Wohnungsbau-programm führte zu einer baulichen Erweiterung zwischen Rheingauviertel und Westend, bot Handwerkern und Arbeitern ein Auskommen und trug dazu bei, dass die Arbeitslosigkeit sank. Der städtische Haushalt konnte nicht nachhaltig stabilisiert werden, sodass sich mit der beginnenden Weltwirtschafts-krise die Zuschüsse zwischen 1927 und 1929 mehr als versechsfachten.

Die Kurindustrie war nach wie vor in einer prekären Lage und die Ausgaben der Stadt für soziale Unterstützung pro Einwohner lagen zeitweilig an der Spitze der deutschen Großstädte. Durch die Eingemeindung der industriestarken Vororte Biebrich und Schierstein veränderte sich das wirtschaftliche Profil Wiesbadens und gemeinsame Infrastrukturprojekte konnten umgesetzt werden. Innerhalb weniger Jahre wuchs die Einwohnerzahl Wiesbadens auf über 150.000 Einwohner mit einem stärkeren industriellen Sektor, jedoch blieben der

Handel und der Dienstleistungssektor die tragenden Säulen der Wirtschaft Wiesbadens. Dies war durch die Stadtverwaltung so gewollt. Wiesbaden sollte auch als Kunst- und Kongressstadt etabliert werden. Die Erbenheimer Pferderennbahn, seit der Eingemeindung Teil Wiesbadens, wurde zum Flughafen umgebaut und sollte die Stadt zu einem internationalen Drehkreuz des Flugverkehrs machen.

Die prekäre Lage Wiesbadens begünstigte den Aufstieg der NSDAP in der Stadt. Obwohl die rechtsextreme Partei erst im Frühjahr 1926 gegründet wurde und in der ersten Wahl 1927 noch unbedeutend war, stieg sie in den folgenden drei Jahren zur drittstärksten politischen Kraft in Wiesbaden auf und war in der Kurstadt im Vergleich zu anderen Städten Deutschlands überdurchschnittlich erfolgreich. Obwohl mit den Eingemeindungen der Industriestädte die Zahl der SPD und KPD Wähler anstieg, blieb Wiesbaden eine bürgerlich-konservativ geprägte Stadt, deren Wählerschaft in der Krisenzeit von den etablierten bürgerlichen Parteien zur NSDAP wechselte.

Mit dem Wechsel in der Besatzung wurde ein Bruch auf der symbolischen Ebene vollzogen. Die britischen Besatzungstruppen konnten nicht mehr in gleicher Weise als Projektionsfläche für die erlebte Krise dienen. Dazu trug das Bild der Briten und der britischen Politik in der Öffentlichkeit entscheidend bei. Das Verhalten der Briten vor Ort und die wirtschaftliche Stabilisierung führten zu einer Normalisierung der Beziehungen. Aus der puren Ablehnung wurde ein wohlwollendes Desinteresse. Weshalb Beobachter auch von „zwei Welten“ sprachen, in denen beide Bevölkerungsgruppen nebeneinander her lebten.

6. Kapitel: Wiesbaden als Sitz der Interalliierten Rheinlandkommission und das Ende der alliierten Besatzung

6.1. Rheinlandkommission und französische Ehrenwache

6.1.1. Verlegung der IRKO nach Wiesbaden

Auf der Haager Konferenz im August 1929 wurde die Räumung der zweiten Besatzungszone für den 30. November 1929 festgelegt¹⁰⁵². Die Internationale Rheinlandkommission (IRKO) hatte seit 1920 ihren Sitz in Koblenz und musste sich nun für die letzten sieben Monate nach einem neuen Hauptquartier in der dritten Besatzungszone umsehen.

Bereits im Oktober 1928 berichtete die Presse über eine mögliche Verlegung der IRKO nach Mainz, Speyer oder Wiesbaden¹⁰⁵³. Die Stadt reagierte auf diese Meldungen äußerst sensibel und nahm umgehend Gespräche mit dem Regierungspräsidium, dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete und dem preußischen Minister des Innern auf, um auf die Beeinträchtigung des Fremdenverkehrs und die „verstärkte Abneigung der deutschen Bevölkerung“¹⁰⁵⁴ hinzuweisen. Der Magistrat versuchte auf das preußische Innenministerium einzuwirken und sich gegen die Verlegung der IRKO nach Wiesbaden stark zu machen. Interessenverbände, wie der Allgemeine Deutsche Bäderverband und der Schutzverband der Bäder des besetzten Gebietes, unterstützten die Stadt in ihrem Protest¹⁰⁵⁵. Der Magistrat erklärte:

„Der Magistrat der Stadt Wiesbaden und mit ihm die durch ihn vertretene Bevölkerung glaubt, daß Wiesbaden nunmehr genügend Opfer gebracht hat

¹⁰⁵² Zur Räumung der Stadt Koblenz und dem Umzug der IRKO siehe das Kapitel „L'Évacuation de Coblence et de la deuxième zone“ in Tirard: France, S. 425-430.

¹⁰⁵³ Artikel vom 19.10.1928 in StAW WI/2, Nr. 2565, Bl. o.A.

¹⁰⁵⁴ Aus dem Protokoll eines Gesprächs zwischen der Stadt Wiesbaden, dem Regierungspräsidium und dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete vom 19.10.1928. StAW WI/2, Nr. 2565, Bl. 1ff.

¹⁰⁵⁵ StAW WI/2, Nr. 2565, Bl. 6.

*und daß es nunmehr Anspruch darauf hat, vor weiteren Beeinträchtigungen und Erschütterungen seines Wirtschaftslebens geschützt zu werden.*¹⁰⁵⁶

Anfang September meldeten die Zeitungen die „Hiobsbotschaft“¹⁰⁵⁷, dass die Rheinlandkommission nun sicher nach Wiesbaden kommen werde. Die London Times berichtete von einer möglichen französischen Wiederbesetzung nach dem Abzug der Briten und erwähnte, dass bis zum 16. September 1929 zwar noch keine offizielle Erklärung abgegeben worden sei, aber auch keine Gegen-darstellung vorläge¹⁰⁵⁸. Anfang November meldete die Neue Wiesbadener Zeitung, dass Mitglieder der IRKO ab dem 15. November 1929 nach Wiesbaden kommen würden¹⁰⁵⁹.

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete unterrichtete die Stadt Wiesbaden am 15. November davon, dass die IRKO am 20. November 1929 ihre Tätigkeit im Hotel Wilhelma in Wiesbaden aufnehmen werde¹⁰⁶⁰. Am 21. November 1929 folgte die französische Ehrenwache nach Wiesbaden¹⁰⁶¹. Ende November und Anfang Dezember stellten sich die neuen französischen Kommandanten, darunter Platzkommandant Oberst Fischer, dem Oberbürgermeister und dem Regierungspräsidenten offiziell vor¹⁰⁶².

Neben dem Hotel Wilhelma, das als Hauptquartier und Tagungsort der Kommission diente, wurden etwa 70 Villen und 100 Wohnungen belegt¹⁰⁶³. Insgesamt waren 580 Offiziere und Mannschaften zum Schutz der IRKO in Wiesbaden stationiert¹⁰⁶⁴. Der Umfang der Belegung durch die IRKO und ihrer Mitarbeiter war ein Grund für den Umzug nach Wiesbaden, da nach dem Abzug

¹⁰⁵⁶ Mitteilung des Magistrats an das Preußische Innenministerium, StAW WI/2, Nr. 2565, Bl. 5.

¹⁰⁵⁷ Vgl. Artikel der Neuen Wiesbadener Zeitung vom 2.9.1929, StAW WI/2, Nr. 2565, Bl. 44-47, hier Bl. 44.

¹⁰⁵⁸ LT NR. 45310 vom 17.9.1929, S. 14.

¹⁰⁵⁹ „Wie wir erfahren, hat die Interalliierte Rheinlandkommission (Irko) angeordnet, daß bis zum 15. November alles bereit sein soll, die Mitglieder der Kommission sowie die Begleitung aufzunehmen. Der Einzug soll zwischen dem 15. und 25. November erfolgen.“ Zeitungsausschnitt in StAW WI/2, Nr. 2565, Bl. 69. Vgl. LT Nr. 45326 vom 5.10.1929, S. 11.

¹⁰⁶⁰ StAW WI/2, Nr. 2556, Bl. 141. Siehe auch Artikel „Der ‚Gast‘ im Hotel Wilhelma“ in der Kölnischen Volkszeitung Nr. 760 vom 29.10.1929, S. 3 (Morgen-Ausgabe).

¹⁰⁶¹ HHStAW Abt. 405, Nr. 5322, Bl. 116.

¹⁰⁶² Bericht des Oberbürgermeisters vom 27.12.1929. StAW WI/2, Nr. 2556, Bl. 150b-c.

¹⁰⁶³ Vgl. Müller-Werth: Geschichte, S. 155. In Koblenz hatte die IRKO 153 Familien- und 20 Einzelwohnungen belegt. Siehe Artikel in der Rheinischen Volkszeitung Nr. 247 vom 24.10.1928, Bl. 4.

¹⁰⁶⁴ HHStAW Abt. 405, Nr. 5252, Bl. 96.

der Briten ausreichend Räumlichkeiten zur Verfügung standen. Andere Städte in der dritten Besatzungszone waren noch durch Truppen belegt und konnten keinen weiteren Wohnraum zur Verfügung stellen¹⁰⁶⁵.

6.1.2. Wiesbaden im letzten Jahr der Besatzung

Mit dem Einzug der Rheinlandkommission und der französischen Ehrenwache war die Stadt nur noch in einem unbedeutenden Umfang besetzt. Nach dem Abzug der Briten standen 741 Wohnungen leer, da infolge der wirtschaftlichen Lage nur wenige Personen Interesse an den Immobilien bekundeten. Etwa 40 Angestellte und bis zu 750 Arbeiter, die bei der Besatzungsbehörde angestellt waren, hatten nun keine Beschäftigung mehr¹⁰⁶⁶.

Die Weltwirtschaftskrise hatte jeden Anschein von Erholung zunichte gemacht. Die Zahl der Stundungsanträge für die Hauszinssteuer vermehrte sich erheblich und die Einnahmen konnten die Ausgaben bei Weitem nicht mehr decken. Vor allem die Ausgaben für die Unterstützung von Rentnern und Arbeitslosen stiegen unaufhaltsam. Der Haushalt musste durch Zuschüsse ausgeglichen werden.

Im September 1929 musste festgestellt werden, dass der Haushaltsplan nicht eingehalten werden konnte. 1929 standen den städtischen Ausgaben für sämtliche Fürsorgekosten von 9,24 Millionen RM Steuereinnahmen von 12 Millionen RM entgegen¹⁰⁶⁷. Aufgrund der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung wurden Beratungen über einen neuen Haushaltsplan verschoben. Aber auch nach den Wahlen wurde vorerst kein neuer Haushaltsplan verfasst, jedoch die Grundsteuer um 75% erhöht. Zur weiteren Sanierung wurde beschlossen, das Wasser- und Lichtwerk in eine kommunale Aktiengesellschaft zu überführen. Die neue Aktiengesellschaft musste zugleich größere Kredite aufnehmen¹⁰⁶⁸.

Da die Stadt Schwierigkeiten hatte, langfristige Anleihen zu beschaffen, musste sie sich kurzfristig hoch verschulden, nahm ein Hypothekendarlehen auf die städtischen Wohnbauten auf und wurde vom Deutschen Reich in Höhe

¹⁰⁶⁵ Vgl. Einschätzung des Reichskommissars für die besetzten Gebiete in seinem Schreiben an die IHK Wiesbaden vom 20.9.1929. StAW WI/2, Nr. 2565, Bl. 67.

¹⁰⁶⁶ Bericht über die Folgen der Aufhebung der Besatzung: StAW WI/2, Nr. 2556, Bl. 114f.

¹⁰⁶⁷ Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1929 bis zum 31. März 1930, S. 103.

¹⁰⁶⁸ Vgl. Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1929 bis zum 31. März 1930, S. 89f. und 102.

von 1,388 Millionen RM aus dem Fond „zur Hebung der durch die neue Grenzziehung und lange Besatzungsdauer notleidend gewordenen Gemeinden des Westens“ bezuschusst. Des Weiteren führte Wiesbaden eine Reihe von neuen Steuern ein, um die Haushaltssituation zu entspannen¹⁰⁶⁹.

Durch steigende Wohlfahrtsausgaben und Schuldentilgung vergrößerten sich in den folgenden Jahren die Fehlbeträge in der Stadtkasse. So wurde der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit erst 1933 mit über 11.400 unterstützten Erwerbslosen erreicht¹⁰⁷⁰.

Trotz der schlechten Finanzen plante die Stadt einen umfangreichen Ausbau der Kuranlagen, um das weltweite Ansehen Wiesbadens zu verbessern. Die Stadtverwaltung hielt an alten Wirtschaftsstrukturen fest. Neben einem Aufbauprogramm für die Kurbetriebe, das den Umbau des zentralen Kochbrunnens, die Anlage eines Golfplatzes, die Erweiterung des Kurparks, die Einrichtung eines Tierparks und die Etablierung einer „Kurjagd“ umfasste, sollte Wiesbaden zu einer modernen Großstadt ausgebaut werden. Die Infrastruktur sollte verbessert, Strandbäder und Uferpromenaden erneuert, ein Hallenschwimmbad errichtet und die Werbetätigkeit ausgebaut werden. Die Umsetzung dieser Vorhaben in den 1930er Jahren erfolgte aufgrund der finanziellen Lage der Stadt aber nicht mehr im geplanten Umfang¹⁰⁷¹.

¹⁰⁶⁹ Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1930 bis zum 31. März 1931, S.74-78.

¹⁰⁷⁰ Vgl. Müller-Werth: Geschichte, S. 164 und 166f.

¹⁰⁷¹ Giese: Imagepolitik, S. 252f.

6.2. „L'Évacuation finale“ - Das Ende der Besetzung Wiesbadens

6.2.1. Auflösung der Rheinlandkommission und Abzug der letzten französischen Truppen

Nachdem Briand auf der Haager Konferenz 1929 dem Young-Plan zugestimmt hatte, wurde der 30. Juni 1930 für den Tag der endgültigen Räumung des Rheinlandes festgelegt. Damit endete die alliierte Besetzung fünf Jahre früher als im Versailler Vertrag festgelegt¹⁰⁷².

Vorbereitungen für den Abzug der IRKO und der französischen Truppen wurden erst Mitte Mai begonnen, nachdem Deutschland den Young-Plan ratifiziert hatte. Solange hatten die Franzosen abgewartet. Die Briten waren davon irritiert gewesen und äußerten im April Zweifel, ob die Franzosen tatsächlich pünktlich das Rheinland verlassen würden. Am 19. Mai 1930 informierte der französische Ministerpräsident André Tardieu¹⁰⁷³ den deutschen Botschafter darüber, dass der Befehl zur Räumung des Rheinlandes ergangen sei¹⁰⁷⁴. Die Wiesbadener Zeitung meldete am 20. Mai 1930, dass der Abzug der französischen Truppen nun beginne¹⁰⁷⁵. Die britische Stabsstelle wurde ebenfalls Ende Mai aufgelöst und die Akten und Unterlagen über Antwerpen nach London verbracht¹⁰⁷⁶.

Am 30. Juni 1930 verließen die Rheinlandkommission und die französischen Truppen die Stadt Wiesbaden. Am Morgen gab es vor dem Sitz der IRKO eine kurze Verabschiedungszeremonie. Zu den Nationalhymnen wurden die Flaggen eingeholt. Daraufhin zogen die französischen Truppen zum Hauptbahnhof und verließen die Stadt. Die Bevölkerung Wiesbadens verfolgte die Zeremonie und begleitete die Truppen bis zum Hauptbahnhof. Anders als z.B. in Mainz blieb die Menschenmenge ruhig und jubelte nicht öffentlich. Als letzten Akt

¹⁰⁷² Siehe hierzu auch Tirard: France, S. 432ff.

¹⁰⁷³ André Tardieu, geb. am 22.9.1876 in Paris, gest. am 15.9.1945 in Menton. Tardieu war Politiker und Berater Clemenceaus auf der Versailler Friedenskonferenz. Zwischen 1926 und 1932 war er mehrfach Minister und Ministerpräsident.

Yvert, Benoît: Premiers ministres et présidents du Conseil. Histoire et dictionnaire raisonné des chefs du gouvernements en France (1815-2007), Paris 2007, S. 916.

¹⁰⁷⁴ Williamson: British, S. 341f. und Knipping: Deutschland, S. 143.

¹⁰⁷⁵ StAW WI/2, Nr. 2142, Bl. 92.

¹⁰⁷⁶ Williamson: British, S. 341f.

legten die Hochkommissare gemeinsam mit dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Freiherr Langwerth von Simmern, Kränze auf dem Militärfriedhof Wiesbadens für gefallene deutsche und alliierte Soldaten nieder¹⁰⁷⁷.

6.2.2. Die „Befreiungsfeier“

Noch bevor die britischen Truppen die Stadt verlassen hatten, begannen im Rathaus die Planungen für die sogenannte „Befreiungsfeier“, die nach der endgültigen Räumung der Stadt im Juni 1930 abgehalten werden sollte. Andere Städte in der ersten und zweiten Besatzungszone hatten dies bereits ausgiebig getan¹⁰⁷⁸. Schon 1925 wurde der Begriff der „Befreiungsfeier“ aufgenommen, der einen aktiven Beitrag der Deutschen an der Räumung der Besatzungstruppen nahelegte, was nicht der Fall war. In Anlehnung an die Befreiungskriege gegen Napoleon sollten mit den Feierlichkeiten die Einheit der Nation und ein nationales historisches Ereignis beschworen werden¹⁰⁷⁹.

Mit der absehbaren Räumung des restlichen Rheinlandes war die Erwartung einer nationalen Befreiungsfeier verbunden. Die Stadt Wiesbaden hoffte, diese Feier in der Kurstadt ausrichten zu dürfen. Oberbürgermeister Krücke richtete im November 1929 ein entsprechendes Schreiben an den Reichsminister für die besetzten Gebiete und verwies darauf, dass Wiesbaden diese Ehre verdiene, da sie die größte Stadt in der Region sei und unter der Besatzung besonders gelitten hätte¹⁰⁸⁰.

Die Planungen des Reiches waren noch nicht so weit fortgeschritten, jedoch war relativ früh ein Besuch des Reichspräsidenten Hindenburg und von Regierungsmitgliedern im Rheinland geplant. Zu Beginn des Jahres 1930 wurde im-

¹⁰⁷⁷ „The Evacuation completed. Allied Ceremonies at Wiesbaden“ LT Nr. 45553 vom 1.7.1930, S. 16.

¹⁰⁷⁸ Zu Köln siehe u.a. Porrmann, Maria: Theater und Drama in Zeiten der Besetzung, in: Cepl-Kaufmann, Gertrude (Hg.): Jahrtausendfeiern und Befreiungsfeiern im Rheinland. Zur politischen Festkultur 1925 und 1930, Essen 2009, S. 175-225, hier S. 214-219.

¹⁰⁷⁹ Vgl. Mohl, Renate: Wie der Rundfunk die Befreiung der Rheinlande feierte, in: Cepl-Kaufmann, Gertrude (Hg.): Jahrtausendfeiern und Befreiungsfeiern im Rheinland. Zur politischen Festkultur 1925 und 1930, Essen 2009, S. 329-399, hier S. 371.

¹⁰⁸⁰ StAW W1/2, Nr. 2142, Bl. 4f.

mer deutlicher, dass andere Städte den Vorzug vor Wiesbaden bekommen würden. Ob und wann der Reichspräsident nach Wiesbaden kommen würde, stand nicht sicher fest¹⁰⁸¹.

Der Magistrat bildete einen Sonderausschuss für die Planung der Befreiungsfeier. An der Sitzung nahmen auch Verbände und Vereine teil, die sich an die Stadt gewandt und um eine Beteiligung an den Feierlichkeiten gebeten hatten. Darunter der Biebricher Verschönerungs- und Verkehrsverein, der Kreis-Krieger-Verband Wiesbaden-Stadt und die Ortsgruppe des Bunds deutscher Zivilsupernumerare¹⁰⁸².

Der Ausschuss plante für die Nacht vom 30. Juni auf den 1. Juli 1930 ein großes Fest¹⁰⁸³. Dem Fest sollte eine Feierwoche mit „festlichen Veranstaltungen auf sportlichem sowie musikalischem Gebiete, Festvorstellungen, Festkonzerte, Rheinfahrt und dergl.“¹⁰⁸⁴ folgen. Für den Reichspräsidenten sollte es einen Empfang am Kurhaus mit Chören geben. Die Feier sollte einen „festlichen aber ernsten Charakter“ haben und keine „Jubelfeier“ werden. Die Straßen der Stadt sollten mit Fahnen und Girlanden geschmückt werden und die Bewohner animiert werden, das eigene Haus feierlich herzurichten¹⁰⁸⁵. Den Vororten wurden eigene Befreiungsfeiern zugestanden, um die erwarteten Menschenmassen zu begrenzen.

Am 14. Mai 1930 waren die Planungen für die Feierlichkeiten weit vorangeschritten. Der Magistrat beschloss, dass es am 30. Juni 1930 eine Eröffnungsfeier auf dem Schlossplatz geben werde, zentrale Straßen und Plätze sowie das Biebricher Rheinufer illuminiert und geschmückt werden sollten. Des Weiteren waren kostenlose Theatervorstellungen für Schüler, ein Blumenkorso, Höhen-

¹⁰⁸¹ Siehe z.B. Artikel „Nassau und Befreiungsfeiern“ in der RhVZ Nr. 44 vom 22.2.1930 in StAW WI/2, Nr. 2142, Bl. 15 und Sitzungsprotokoll des Ausschusses für die Befreiungsfeiern in StAW WI/2, Nr. 2142.

¹⁰⁸² StAW WI/2, Nr. 2142, Bl. 10, 26 und 37.

¹⁰⁸³ Die Planungen der Festlichkeiten entsprachen denen anderer Städte. Zu Trier siehe: Bernard, Birgit: „Uns're gesegnete Heimat ist frei!“. Die Trierer Rheinlandbefreiungsfeier vom 30.6./1.7.1930, in: Cepl-Kaufmann (Hg.): Jahrtausendfeiern und Befreiungsfeiern im Rheinland. Zur politischen Festkultur 1925 und 1930 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens Bd. 71), Essen 2009, S. 401-459.

¹⁰⁸⁴ Diese Planungen wurden vom Magistrat im Februar 1930 unterstützt. StAW WI/2, Nr. 2142, Bl. 17-20.

¹⁰⁸⁵ Zur Ausgestaltung der Rahmenbedingungen siehe StAW WI/2, Nr. 2142, Bl. 61ff.

feuer im Taunus, eine Befreiungslotterie und Fahrpreisermäßigungen für Bürger und Besucher im Plan enthalten. Die Gesamtkosten wurden auf 20.000 RM beziffert¹⁰⁸⁶.

Die Stadtverordnetenversammlung lehnte die Planungen des Magistrats Ende Mai auf ihrer Sitzung als zu kostspielig für die Stadt ab; zumal im Wirtschaftsausschuss dargelegt wurde, dass die Kosten womöglich auf 44.000 RM steigen könnten¹⁰⁸⁷. Der Oberbürgermeister legte zwei Tage nach dem Scheitern des Antrags einen neuen Plan für eine Feier im „bescheidenen Rahmen“¹⁰⁸⁸ vor, der von den Stadtverordneten angenommen wurde. Die Befreiungsfeier sollte nun, nach einer Auftaktveranstaltung vor dem Rathaus mit Empfang¹⁰⁸⁹, nur noch Schülervorstellungen im Theater, ein Höhenfeuer im Taunus, eine Illumination der städtischen Gebäude, Chöre und ein Geschenk für den Reichspräsidenten umfassen. Die Kosten wurden auf 5.000 RM festgelegt¹⁰⁹⁰. In der Feierwoche sollten wie geplant sportliche und kulturelle Veranstaltungen folgen, darunter auch ein „Rheinlandbefreiungsflug“¹⁰⁹¹ mit Flugturnier auf dem Mittelrheinischen Flughafen in Wiesbaden-Erbenheim.

In der Nacht vom 30. Juni auf den 1. Juli 1930 fanden in ganz Deutschland Befreiungsfeiern statt. Besonders in den Städten der dritten Besatzungszone und in dem noch von Frankreich besetzten Saargebiet wurde der Abzug der letzten Truppenkontingente gefeiert¹⁰⁹². Die Feiern wurden zum Teil sogar im Rundfunk übertragen¹⁰⁹³.

In Wiesbaden begannen die Vorbereitungen am Mittag, nachdem die letzten französischen Truppen die Stadt über den Bahnhof verlassen hatten. Um Mitternacht wurde der Auftakt der Befreiungsfeier unter großer Anteilnahme der Bevölkerung gefeiert. Neben dem Oberbürgermeister und Vertretern der Stadt

¹⁰⁸⁶ Magistratsbeschluss Nr. 994 vom 14.5.1930 in StAW WI/2, Nr. 2142, Bl. 117f.

¹⁰⁸⁷ StAW WI/2, Nr. 2142, Bl. 125.

¹⁰⁸⁸ StAW WI/2, Nr. 2142, Bl. 192f.

¹⁰⁸⁹ Der Empfang für die etwa 90 Personen kostete 1.300 RM, darunter eine Weinrechnung von 500 RM sowie Zigarren und Cognac für 130 RM. Siehe Rechnung in StAW WI/2, Nr. 2143, Bl. 31.

¹⁰⁹⁰ Siehe Magistratsbeschluss vom 5.6.1930 in StAW WI/2, Nr. 2142, Bl. 143. Ende des Monats Juni wurden der Stadt Zuschüsse aus Mitteln des Landes Preußen in Höhe von insgesamt 6.000 RM zugesprochen. Siehe Auszug aus der Sitzung des Ältestenrates vom 25.6.1930 in StAW WI/2, Nr. 2142, Bl. 225.

¹⁰⁹¹ Siehe „Programm zum Rheinlandbefreiungsflug (Rheinisches Flugturnier 1930)“ in StAW WI/2, Nr. 2143, Bl. 31.

¹⁰⁹² Mohl: Rundfunk, S. 372f.

¹⁰⁹³ Mohl: Rundfunk, S. 375ff. Sogar Hörbilder wurden auf Schallplatte produziert und vertrieben, vgl. Mohl: Rundfunk, S. 388–391.

waren Mitglieder des Reichstags, der preußische Ministerpräsident Braun, Landtagspräsident Bartels und der Reichskommissar für die besetzten Gebiete von Simmern anwesend. Eine Delegation der Partnerstadt Klagenfurt in Österreich war ebenfalls eingeladen worden, an den Festlichkeiten teilzunehmen. Die Volksstimme berichtete über die „Befreiungsfeier“:

*„Wohl noch niemals war die Kurstadt von so vielseitiger Lebendigkeit durchflutet, wie am Tage des Abzugs der fremden Truppen und in der darauf folgenden Befreiungsnacht. Der Schloßplatz in Wiesbaden hat bisher kaum soviel Menschen fassen müssen, wie um die Mitternachtsstunde des 30. Juni 1930. Schon in den Mittagsstunden, als die letzten französischen Truppen durch die Stadt zum Bahnhof marschierten, waren die Straßen von dichten Menschenknäueln besät. Um die Mittagsstunde legte Wiesbaden langsam Festschmuck an. Am späten Nachmittag waren die Hauptstraßen der Stadt in ein buntes Fahnenmeer getaucht.“*¹⁰⁹⁴

Oberbürgermeister Krücke eröffnete den offiziellen Teil der Feier mit einer Rede, in der er die Freude über das Ende der Besatzung ausdrückte. Er hob die Demütigungen für die Einwohner und die Schäden für die Wirtschaft der Stadt, die durch die Besatzung entstanden waren, als die zentralen Aspekte hervor. Er nutzte die Rede gleichsam, um die anwesenden preußischen Würdenträger um Hilfe und Unterstützung für die Stadt und ihren „Wiederaufbau“ zu bitten:

„Bürger Wiesbadens! Endlich nach vier Jahren Krieg und über elf Jahren fremder Besatzung hat auch unserer Stadt die Stunde der Befreiung geschlagen. Freude und Dank bewegen unsere Herzen in diesem historischen Augenblick.

[...]

Schwere Jahre liegen hinter uns. Wir denken an die unsäglichen Demütigungen und Bedrückungen in der Franzosenzeit, an die großen Schädigungen, die unsere Kurstadt erlitten hat, aber auch an die vielen, die vor das Kriegsgericht oder in das Gefängnis geschleppt oder aus ihrer Heimat vertrieben wurden.

[...]

Große Sorgen lasten noch auf uns. Schweren Herzens sieht die Hauptstadt Nassaus, die Kur- und Bäderstadt Wiesbaden der Zukunft entgegen. Die Anwesenheit so vieler Freunde gibt uns die Zuversicht, daß sie unserer schwer

¹⁰⁹⁴ Volksstimme Nr. 149 vom 1.7.1930.

*geprüften Stadt in ihrer Not helfen und ihren baldigen Wiederaufbau unterstützen werden.*¹⁰⁹⁵

Für die Einwohner Wiesbadens war die „Befreiungsfeier“ ein „besonderes Ereignis“¹⁰⁹⁶. Man erinnerte sich an die elf Jahre der alliierten Besatzung und feierte ihr Ende euphorisch. Das Gefühl der Demütigung und die Konflikte mit den Besatzungstruppen hatten sich tief in das Bewusstsein der Bevölkerung eingeprägt, sodass der Abzug der letzten Truppen mit großer Erleichterung wahrgenommen wurde. Eine Zeitzeugin berichtete über die „Befreiungsfeier“:

*„Der größte Eindruck war 1930, als die Franzosen über den Rhein zurück sind. Das war unbeschreiblich, dass weiß ich noch. Es war laut, da haben die Glocken geläutet, es gab Feuer auf den Bergen und die Eltern haben gejubelt, wir haben gejubelt, diese Befreiung, und dieser Druck der auf einem weg war, das weiß ich ganz genau.“*¹⁰⁹⁷

Georg Kraus resümierte in seinem Tagebucheintrag vom 1. Juli 1930:

*„Wer könnte es auch jemals vergessen, was wir alles in den vergangenen 12 Jahren an Schikanen unter der Fremdherrschaft erduldet haben? Ich erinnere nur an den Paßzwang, an das Ausreiseverbot ins Unbesetzte, an das Grüßen der franz. Fahnen, an das Singen und Spielen deutscher Lieder usw. Wie manche unserer Brüder und Schwestern schmachteteten wegen eines kleinen Fehltritts hinter den franz. Mauern eines Gefängnisses.“*¹⁰⁹⁸

In der Presse wurde die „Befreiungsfeier“ als „Beginn der neuen Zeit“¹⁰⁹⁹ gefeiert und überwiegend positiv konnotiert. Darüber hinaus erschienen diverse Sonderausgaben zur Besatzungszeit¹¹⁰⁰. Nur die konservative Wiesbadener Zeitung kritisierte die Feierlichkeiten in Wiesbaden. Die Bevölkerung hätte

¹⁰⁹⁵ StAW WI/2, Nr. 2143, Bl. 22f.

¹⁰⁹⁶ Aus den Aufzeichnungen im Nachlass Debusmann in StAW NL 25, Nr. 1, S. 40.

¹⁰⁹⁷ Interview mit Gretel B. vom 19.8.2010 (siehe Anhang).

¹⁰⁹⁸ StAW NL 34, Nr. 44.

¹⁰⁹⁹ RhVZ Nr. 148 vom 30.6.1930. Zur Befreiungsfeier siehe RhVZ Nr. 149 vom 1.7.1930.

¹¹⁰⁰ Eine Sammlung von Zeitungen und Zeitungsausschnitten zur Befreiungsfeier und der Rheinlandbesatzung finden sich in StAW WI/2, Nr. 2148.

sich nur spärlich an der Beflaggung der Straßen beteiligt und die Feier am Rathaus wäre „stimmungslos“, die Reden ohne „Schwung“ gewesen. Wiesbaden hätte im Gegensatz zu Mainz und nassauischen Städten eine enttäuschende Befreiungsfeier ausgerichtet¹¹⁰¹.

Der Besuch des Reichspräsidenten im Rheinland wurde auf den Juli 1930 verschoben. Die nationale Feier fand am 22. Juli in Koblenz statt. Einen Tag zuvor reiste der Reichspräsident aus Rheinhessen kommend über Biebrich nach Wiesbaden. Die Fahrt durch Wiesbaden glich einem „Triumphzug“; die Menschen jubelten ihm zu und die Straßen war noch festlicher als zur „Befreiungsfeier“ geschmückt. Ein Vergleich mit dem Besuch des Kaisers vor dem Krieg drängte sich auch der Wiesbadener Zeitung auf. Nach einem Festakt vor dem Kurhaus wurde auf dem Gelände Unter den Eichen das eigens für die „Befreiungsfeier“ geschriebene Festspiel „Deutschlands Strom“ zu Ehren des Reichspräsidenten aufgeführt¹¹⁰².

Nach dem Abzug der letzten alliierten Truppen kam es zu Übergriffen auf Sympathisanten und Unterstützer der Separatisten. Die Stadtverordnetenversammlung reagierte nur zögerlich und lehnte die Übergriffe mit dem Hinweis auf das schlechte Image für die Stadt und die damit verbunden Auswirkungen auf den Fremdenverkehr ab¹¹⁰³.

Die Ausschreitungen gegen vermeintliche und tatsächliche Anhänger des rheinischen Separatismus fanden im gesamten Rheinland statt¹¹⁰⁴. Einige Städte erklärten eine Amnestie für alle Separatisten, jedoch beteiligte sich Wiesbaden nicht an einer entsprechenden Erklärung¹¹⁰⁵.

¹¹⁰¹ WZ vom 13.7.1930 in StAW WI/2, Nr. 2143, Bl. 40.

¹¹⁰² Vgl. WZ vom 21.7.1930, S. 7. Die Planungen zum Besuch Hindenburgs umfassen drei Aktenbände. StAW WI/2, Nr. 2145, Nr. 2146 und Nr. 2147.

¹¹⁰³ Sitzung der STVV vom 16.7.1930 in StAW WI/2, Nr. 2556, Bl. 200-201.

¹¹⁰⁴ Vgl. Artikel „The Rhenish Riots“ in LT Nr. 45558 vom 7.7.1930, S. 13.

¹¹⁰⁵ StAW WI/2, Nr. 2564, Bl. 232-250.

6.3. Zusammenfassung

Die Befreiungsfeier am 30. Juni 1930 bedeutete das Ende der elfjährigen Besatzungszeit. Mit der nächtlichen Kundgebung vor dem Rathaus begannen die Feierlichkeiten, die sich über mehrere Tage erstreckten und sportliche wie auch kulturelle Veranstaltungen umfasste. Die Planungen für die Feier hatten bereits im Vorjahr begonnen.

Dass die Feierlichkeiten nicht so pompös und umfangreich ausfielen, wie dies über mehrere Monate minutiös geplant wurde, war den Stadtverordneten geschuldet, die aufgrund der schwierigen finanziellen Lage der Stadt die Pläne des Magistrats ablehnten. Dieser Umstand zeigte das zentrale Problem der Stadt auf, welcher sie über die gesamte Besatzungszeit begleitete: die wirtschaftliche und finanzielle Notlage.

Der feierliche Schlussakt war der Besuch des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg am 21. Juli 1930. Obwohl mit seinem Besuch schon zur Befreiungsfeier gerechnet wurde und Wiesbaden sich als Ort für die nationale Befreiungsfeier angeboten hatte, feierten die Wiesbadener seinen Besuch frenetisch, bevor er am nächsten Tag nach Koblenz reiste. Dort fand die abschließende nationale Befreiungsfeier statt.

Die Beschäftigung mit dem Ende der Besatzungszeit ließ die Anwesenheit der letzten Besatzungstruppen und der IRKO fast vergessen. Inmitten der Weltwirtschaftskrise feierte die Bevölkerung und die Stadt das Ende eines Zeitraums, der durch die Besatzung strukturiert erschien. Alle Ereignisse während der Besatzungszeit wurden zusammengefasst und mit der Besatzung in Verbindung gebracht. Die Feier selbst brachte vor allem die Krisen und Probleme in die Erinnerung zurück. Die Eindrücke wurden verdichtet und verstärkt auf die Besatzung projiziert, sodass sie weiterhin im kollektiven Gedächtnis verankert blieb.

7. Kapitel: Résumé

Wiesbaden im Umbruch – Zwischen Projektion und Realität

Wiesbaden erlebte nach dem Ende des Ersten Weltkriegs eine Phase des Umbruchs und der Instabilität. Vor allem wirkten sich die Folgen des Ersten Weltkriegs gravierend auf die Kurstadt aus. Die Inflation, die schwierige Versorgungslage mit Lebensmitteln und Brennstoffen sowie der Niedergang des Kurwesens trafen die Stadt hart. Ihr finanzstarkes Klientel blieb mit dem Ende des Kaiserreichs der Stadt fern oder verarmte im Zuge der Inflation. Zudem verlor das Kurwesen in ganz Europa an Attraktivität.

Aufgrund seiner Bedeutung wirkte sich die Schwäche des Fremdenverkehrs bis in die dreißiger Jahre negativ auf die wirtschaftliche und soziale Lage der Stadt und ihre Einwohner aus. Dies zeigte sich z.B. in der großen Zahl an Unterstützungsempfängern. Wiesbaden hatte im Vergleich zu anderen Großstädten, und zur Vorkriegszeit, sehr hohe Ausgaben im sozialen Bereich, welche den städtischen Etat immer stärker belasteten.

Durch die Eingemeindungen industriell geprägter Vororte erhielt Wiesbaden einen starken Zuwachs im sekundären Sektor. Die Stadt hielt aber am Fremdenverkehr als zentralen Wirtschaftszweig der Stadt fest, intensivierte ihre Werbetätigkeit und baute die Infrastruktur durch Fernzuganbindungen und einen Flughafen aus. Die Bemühungen der Stadt zeigten jedoch aufgrund der problematischen Rahmenbedingungen nur selten Erfolge.

Die alliierte Besetzung wirkte sich unterschiedlich stark auf die wirtschaftliche Entwicklung Wiesbadens aus. Während der ersten Besetzungsmonate bis in den Sommer 1919 und während der Ruhrkrise, waren die Auswirkungen besonders schwerwiegend, da die Stadt teils vollständig abgeriegelt war und es zusätzlich zu massiven Versorgungsengpässen kam. In den relativ stabilen Phasen vor der Hyperinflation und zwischen dem Ende der Ruhrkrise und der Weltwirtschaftskrise 1929 konnten negative Auswirkungen der Besetzung auf die städtische Wirtschaft nicht mehr sicher festgestellt werden. Man kann jedoch festhalten, dass die bereits erwähnten allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen deutlich schwerwiegender zu gewichten sind, als die Bedeutung der Besetzung für die wirtschaftliche Lage Wiesbadens.

Die Komplexität der Ursachen für die missliche Lage der Stadt wurde von der Stadtverwaltung und weiten Teilen der Bevölkerung auf den Faktor Besatzung reduziert und auf diese projiziert. Dabei spielten die Kriegserfahrung, gepaart mit der schlechten wirtschaftlichen Lage, dem Verhalten der Besatzer in der prägenden Frühphase und die nationalistischen Vorbehalte als grundlegende Aspekte einer negativ erfahrenen Besatzung eine zentrale Rolle. Diese Elemente finden sich auch in anderen Besatzungssituationen und führten immer zu Ablehnung und Widerstand¹¹⁰⁶.

Die Anwesenheit der fremden Truppen wurde zudem als Beleidigung der nationalen Ehre interpretiert. Die französische Rheinlandpolitik, die Unterstützung der Separatisten und der Einsatz von Kolonialtruppen gaben der deutschen Propaganda Auftrieb und bestärkten die Bewohner Wiesbadens in ihrer ablehnenden Haltung.

Der negative Einfluss der Besatzung auf die Stadt wurde als wesentlich stärker in der Bevölkerung wahrgenommen, als dies tatsächlich der Fall gewesen ist. Es stellte sich heraus, dass trotz der grundsätzlichen Ablehnung der Besatzung, dennoch Kontakte zwischen einzelnen Bewohnern und Soldaten existierten, die ein völlig anderes Bild zeigen. Die Wahrnehmung der Besatzung für die Bedeutung Wiesbadens war demnach geprägt von der Projektion der multikausalen wirtschaftlichen Probleme der Stadt und den persönlichen Erlebnissen mit den Soldaten. Die Eindrücke konnten sehr unterschiedlich sein und dennoch nebeneinander existieren.

Die Projektion der Krisenerfahrung auf die Besatzung wird besonders bei der sogenannten „Befreiungsfeier“ 1930 deutlich. Während der „Befreiungsfeier“ wurde die Krisenerfahrung der Besatzungszeit in das kollektive Bewusstsein zurückgeholt, verdichtet und über Generationen hinweg im kollektiven Gedächtnis verankert.

In der Weimarer Republik wurden grundlegende Veränderungen in der Stadtentwicklung angestoßen, die bis heute für Wiesbaden von großer Bedeutung sind. Für eine bessere Einordnung sind jedoch weitere Forschungen zur Stadtgeschichte, vor allem für die Zeit des Nationalsozialismus, unerlässlich. Ein Vergleich der alliierten Besatzungszeit mit der US-amerikanischen Besatzung nach dem Zweiten Weltkrieg erscheint ebenso vielversprechend.

¹¹⁰⁶ Kronenbitter: Besatzung, S. 15.

Ein Vergleich mit anderen Kurstädten im Untersuchungszeitraum könnte helfen, die Lage Wiesbadens besser einzuschätzen. Die Situation in Bad Schwalbach¹¹⁰⁷, das ebenfalls besetzt war, scheint viele Parallelen mit der Entwicklung Wiesbadens zu haben, während Baden-Baden¹¹⁰⁸ hingegen, trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage in Deutschland, ein gewisses Niveau an Besuchern halten konnte und nach 1924 einen Aufschwung erlebte. Auch Bad Ems¹¹⁰⁹ gelang Ende der Besatzungszeit und schließlich nach dem Abzug der Franzosen eine Phase der Erholung. Leider lässt die Literaturlage keinen fundierten Vergleich der Kurstädte zu.

Für den vielversprechenden mentalitätsgeschichtlichen Zugang ist eine breitere Basis an „Ego-Dokumenten“ wichtig. Eine weitergehende Sammlung von Nachlässen, Memoiren und privaten Dokumenten von Wiesbadenern würde die Lage Wiesbadens besser verstehen helfen.

Abschließend lässt sich sagen, dass die alliierte Besetzung von der Bevölkerung Wiesbadens negativer wahrgenommen wurde als ihre Auswirkungen tatsächlich waren. Die Nachkriegszeit war in vielerlei Hinsicht eine Krisenzeit, deren Erscheinungen von der Bevölkerung auf die Besatzung projiziert wurden, wobei die Wiesbadener Öffentlichkeit die Besatzung als solche ablehnte, die persönlichen Begegnungen zwischen Bewohnern und Militär jedoch als sehr unterschiedlich wahrgenommen wurden.

¹¹⁰⁷ Echterhagen, Heinz Willi: Rückgang und Neugestaltung im 20. Jahrhundert, in: Bad Schwalbach. 400 Jahre Heilbad hrsg. v. der Kulturvereinigung Bad Schwalbach e.V., Bad Schwalbach 1984, S. 49-60.

¹¹⁰⁸ Haebler, Rolf Gustav: Geschichte der Stadt und des Kurortes Baden-Baden, 2 Bde., Baden-Baden 1969 und Kicherer, Dagmar: Kleine Geschichte der Stadt Baden-Baden, Karlsruhe 2008.

¹¹⁰⁹ Sarholz, Hans-Jürgen: Geschichte der Stadt Bad Ems, 2. Aufl. Bad Ems 1996 und Kötz, Gün-ter: Besucherzahlen des Emser Bades im 19. und 20. Jahrhundert, in: Nassauische Annalen Bd. 82 (1971), S. 367-374.

8. Anhang

Anhang 1 – Interview mit Gretel B.

Interview mit Gretel B. vom 19.08.2010.

„Ich heiße Gretel B. und bin im April 1919 geboren, hier in Wiesbaden. In der Friedrichstraße hatten die Großeltern ein großes Geschäft, ein Großwarenhandel. [...] Mein Vater war Anwalt, hier einer der ersten Anwälte in Wiesbaden.“

Wann haben Sie das erste Mal wahrgenommen, dass fremde Soldaten in der Stadt sind, dass Franzosen oder Engländer da sind?

„Ja gleich wie die Besatzung kam, da hat man darüber gesprochen. Da war mein Vater entsetzt, er war ja kaisertreuer Soldat und der hatte da natürlich gesagt: ‚Um Gottes Willen!‘

[...]

das habe ich natürlich mitgekriegt. Nicht in Einzelheiten, aber in den Auswirkungen. Dass der Vater erzählt hat so geht das nicht und das ist eine furchtbare Regierung, wir müssen eine andere Regierung haben. Das ist mir noch ganz deutlich, dass er das gesagt hat.“

[...]

„Dann habe ich die Franzosen gesehen, habe die Engländer gesehen, die Spahis, die ach das war ja ein Eindruck, wenn die auf den Pferden kamen mit den rot-weißen Mänteln die sie anhatten, die noch so weit über das Pferd hingen.“

Wie alt waren sie da?

„Mit fünf, sechs kann ich mich noch gut entsinnen. Und durch das Erzählen meiner Eltern weiß ich ja auch viel. Wenn meine Mutter gesagt hat, wenn wir in die Stadt gegangen sind und die Franzosen kamen auf dem Fußweg, mussten wir runtergehen. Die haben uns runtergeschellt.“

[...]

„Das hat man natürlich auch mitgekriegt. Und diese gewisse Angst, man durfte nichts sagen. Man konnte froh sein, dass sie nicht das Haus besetzt hatten.“

Konnten sie so etwas wie einen gefühlten Unterschied feststellen zwischen den Franzosen und den Engländern?

„Vor den Engländern haben wir nicht so eine Angst gehabt. Vor den Franzosen hatten wir, da waren die Marokkaner drunter und diese schwarzen Typen, nicht

nur die hellhäutigen, sondern Kolonialtruppen, die sie hergebracht haben. Etwas vollkommen Fremdes. Das war also wirklich fremd und das hat einen als Kind Angst gemacht, wenn die mit so großen Augen da kamen, mit so langen Säbeln.“

Wussten Sie als Kind, wieso die Soldaten da sind?

„Ja, ja, der Krieg war verloren.“

War der Vater in seiner Berufsausübung eingeschränkt?

„Er konnte der Tätigkeit nachgehen, aber es war zeitgemäß weniger als sonst.“
[...]

„Da hat mein Vater gesagt: ‚Ich kann die Franzosenköpp‘ nicht mehr sehen‘. Der war in französische Gefangenschaft gekommen und kam erst Ende 1920 heim. Da fing’s an, dass das Gespräch immer war mit den Franzosen, ‚ich kann die nicht sehen‘ und da haben meine Großeltern gesagt, kommt hier rauf, kommt zu uns, unten in der Stadt da braucht ihr nicht zu wohnen.“

Wie war die Kommunikation mit den Franzosen?

„Durften wir ja gar nicht.“

Konnten ihre Eltern ein wenig französisch?

„Die konnten französisch, aber man durfte gar nicht, das war ja nicht erlaubt. Man hat ja auch Abstand gehalten, man wollte nichts von ihnen wissen.“

Hat sich das nochmal verändert, wurde das Verhältnis nochmal lockerer?

„Ne.“

Hat sich die Besatzungszeit später noch nachgewirkt?

„Der größte Eindruck war 1930, als die Franzosen über den Rhein zurück sind. Das war unbeschreiblich, dass weiß ich noch. Es war laut, da haben die Glocken geläutet, es gab Feuer auf den Bergen und die Eltern haben gejubelt, wir haben gejubelt, diese Befreiung und dieser Druck der auf einem war, das weiß ich ganz genau.“

Anhang 2 – Notizen von Heinz S.

Notizen von Heinz S. aus Rambach über seine Erinnerungen an die französische Besatzungszeit (anlässlich eines Vortrags im Rahmen des Heimatvereins Rambach am 13. Januar 2011).

An diese Zeit hab ich nur die Erinnerung an ein Feuer, welches auf der Straße vor der „Alten Schule“ am Kirchweg, brannte. Soldaten in langen Mänteln standen herum. In der Nähe vom Feuer waren Gewehre zu Pyramiden zusammengestellt.

Ich habe dieses vom Fenster unseres Hauses gesehen. Es war Abend. Damals hatte ich Angst und konnte nicht einschlafen.

Was ich sonst noch über diese Zeit weiß, kenne ich aus Erzählungen meines Großvaters, der Großmutter meiner Frau und von Gesprächen der Gäste in unserer Gastwirtschaft „Römerburg“. Von Übergriffen oder Verfehlungen der Soldaten, habe ich nichts gehört. Wie erzählt wurde, war der französische Ortskommandant ein kluger besonnener Mann.

[...]

Man erzählte auch, dass viel französische Soldaten in Rambach gemeinsam mit den Rambacher Kindern gerodelt haben. Die Kinder riefen von den fahrenden Schlitten „Bahn frei“. Die französischen Soldaten „Attention“. Es dauerte nicht lange und alle Kinder riefen ein neues Wort. Es lautet „Addass“ und wurde in die Dorfsprache übernommen. Bis zum zweiten Weltkrieg war es, wenn man sich bemerkbar machen wollte, in Rambach zu hören.

Auch andere französische Wörter wurden in die dörfliche Umgangssprache übernommen. Ging einer fort, sagte er „Addschee“; zum Dank „Merrsie“; hat man jemanden geholfen „wir sind jetzt quitt“, wenn etwas nicht ging, sagte man hier „baddu“. Für Blödsinn sagte man „Fissemadente“, für mach mal schnell „Alle witt“. Wollte man jemand verjagen „mach dich Perr“ oder mach dich „Baddie“. Ein wildes Kind war ein „merschel“. Ein verkommenes Haus „Buddik“. Bürgersteig = Trodewa, Halstuch = Baldin, gegenüber = Wisawi.

Im Gasthaus sprach man von 500 Mann mit Pferden, die in Rambach untergebracht war. Auch von 14 unehelichen Kindern. Ich habe die ja alle gekannt (Schule). Wir Kinder wussten das nicht. Das waren Rambacher, ihre Väter Marokkaner, Franzosen und Belgier. Die Kinder sprachen ja alle „Rambacherisch“.

Der Saal der Römerburg und der Pferdestall wurden 1918 von der französischen Armee beschlagnahmt. Im Saal war eine Einheit marokkanischer Soldaten (Spahis) untergebracht, die die Pferde der französischen Offiziere pflegen mussten. Die Schlafplätze der Marokkaner waren mit Stroh gefüllte Säcke. Die zwei Öfen im Saal wurden bei Befeurung von einem Soldaten bewacht.

Die Toiletten waren für Franzosen und Marokkaner getrennt. Bei den Spahis war alles sauber. Die Franzosen benutzten die Plumpsklos im Stehen. Mein Großvater musste sauber machen. Er hat das nie vergessen.

[...]

Die Oma meiner Frau erzählte oft, dass ihre jüngste Tochter Berta mit vier Jahren schon französisch sprach – natürlich nicht richtig. Sie hatte damals einen Soldaten im Haus, der hieß Jean. Er habe bei allen Haus und Gartenarbeiten mitgemacht und habe zu Berta ein inniges geschwisterliches Verhältnis gehabt. Wenn Berta Hunger hatte, sagte sie: „Schann griemol die Gudde und geb de Berda e Stigg Peng“!

1925 gingen die Franzosen. Die Engländer übernahmen die Besatzung. Es war kein Soldat mehr im Dorf. Die Engländer hatten nur noch ihren Schießplatz im Sichtertal zu Schimmach. Als sie 1928 abzogen war ich in Sonnenberg bei meinem Opa. Ich sehe es noch wie heute, die ganze Rambacherstraße war ein Meer von Fahnen; schwarz-rot-gold, schwarz-weiß-rot, schwarz-weiß und blau-orange und die Engländer marschierten oder fuhren mit Kanonen auf der Straße.

Aufzeichnung vom 10.10.2010

Während ich mich mit meinen Erinnerungen an diese Zeit beschäftigt habe, ist mir die meines Erachtens außergewöhnliche Situation in der sich Rambach, nach zwei verlorenen Weltkriegen befunden hat, bewußt geworden.

Allen, die sich einaml mit einer Dorfchronik von Rambach befasse, sollte diese Zeit ihrer speziellen Aufmerksamkeit unterliegen.

Rund 25% der männer im Wehrfähigenalter sind im I. Weltkrieg gefallen. Die Anzahl der Besatzer war sehr hoch. In Folge dann die Zahl der Besatzungskinder. In unserer Gastwirtschaft sprach man von 14. Di emeisten gingen mit mir in verschiedene Klassen, zur Schule. Es wurde kaum beachtet. Manche Mütter blieben aber „Singles“.

Erst als Hitler kam wurde das hervorgehoben.

Ein Teil der Marokkanerkinder wurden unfruchtbar gemacht.

Die Franzosen- und Belgierkinder nicht.

[...]

9. Quellen- und Literaturverzeichnis

9.1 Ungedruckte Quellen und Periodika

9.1.1. Ungedruckte Quellen

Amt für strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik der Landeshauptstadt Wiesbaden

Daten zur Bevölkerungsentwicklung und zum Fremdenverkehr
(nicht veröffentlicht, siehe Anhang 4).

Bundesarchiv Koblenz (BArch KO)

Zsg 105 Sammlung Otto Jung.

Bundesarchiv online

Akten der Reichskanzlei	Das Kabinett Scheidemann.
Akten der Reichskanzlei	Das Kabinett Müller I.

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStAW)

Abt. 405	Preußisches Regierungspräsidium Wiesbaden.
Abt. 408	Preußisches Polizeipräsidium Wiesbaden.
Abt. 422	Preußisches Landratsamt Wiesbaden.

Imperial War Museum (IWM)

IWM 02(41).23	British Army of the Rhine/4.2. General William Thwaites.
---------------	--

National Archive London (NA)

CAB 23	Kabinettsakten. Interwar conclusion 1919-1939.
CAB 24	Kabinettsakten. Interwar memoranda 1919-1939.

Service historique de la défense Vincennes (SHD)

4N92	Etat-Major de Foch 1918-1919/Notes de Foch 1920-1926.
6N53	Fonds Clemenceau.
6N55	Fonds Clemenceau. Papiers Mordacq 1895-1925.
6N73	Armistice Allemagne général/Rive gauche du Rhin.
6N116	Fonds Clemenceau.
	Renseignements Allemagne Janvier-Mai 1919.
6N117	Fonds Clemenceau.
	Renseignements Allemagne Juin 1919-1922.
6N153	Fonds Clemenceau.
7N953	2 ^e bureau avant guerre, section de contrôle, puis section économique.
16N1558	Grand Quartier Général. 2 ^e bureau.
16N1665	Grand Quartier Général. 2 ^e bureau.

Stadtarchiv Wiesbaden (StAW)

Best. NL 25	Nachlass Willi Debusmann.
Best. NL 34	Nachlass Ernst Jungmann.
Best. NL 50	Nachlass Ronald M. Hirst.
Best. NL 71	Nachlass Otto E. Fink.
Best. SCH 13	Schule Rambach.
Best. SCH 14	Schule Kloppenheim.
Best. STVV	Protokolle der Stadtverordnetenversammlungen und ihrer Ausschüsse.
Best. WI/2	Wiesbaden in preußischer Zeit 1866-1945/46.

9.1.2. Periodika

Cologne Post and Wiesbaden Times (CPWT)

London Times

Nassauischer Beobachter

Rheinische Volkszeitung (RhVZ)

Volksstimme

Wiesbadener Bade-Blatt (WBB)

Wiesbadener Brief (WB)

Wiesbadener Kurier (WK)

Wiesbadener Tagblatt (WT)

Wiesbadener Zeitung (WZ)

9.2. Gedruckte Quellen und Literatur

Académie des sciences d'outre-mer: Hommes et destins. Dictionnaire biographique d'outre-mer Bd. 9, Paris 1977.

Académie septentrionale: Membres titulaires - Membres correspondants, Lille 1951.

Ajalbert, Jean: Lettres de Wiesbaden, Paris 1922.

Allen, Henry T.: Die Besetzung des Rheinlands, Berlin 1927.

Allen, Henry T.: Mein Rheinland-Tagebuch, 2. Aufl., Berlin 1923.

Apex: The uneasy Triangle. Four years of the occupation as seen by „Apex“, London 1931.

Bariéty, Jacques: Aristide Briand et la sécurité de la France en Europe, 1919-1932, in: Schuker, Stephen (Hg.): Deutschland und Frankreich. Vom Konflikt zur Aussöhnung. Die Gestaltung der westeuropäischen Sicherheit 1914-1963 (Schriften des historischen Kollegs, Kolloquien Bd. 46), München 2000, S. 117-134.

Bariéty, Jacques: Die französische Besatzungspolitik im Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg. Historisch-politische Mythen und geostrategische Realitäten, in: Koops, Tilman/Vogt, Martin (Hgg.): Das Rheinland in zwei Nachkriegszeiten 1919 - 1930 und 1945 - 1949. Ergebnisse einer Tagung des Bundesarchivs in der Universität Trier vom 12. bis 14. Oktober 1994, Koblenz 1995, S. 5-18.

Bariéty, Jacques: Die französische Politik in der Ruhrkrise, in: Klaus Schwabe (Hg.): Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 1984, S. 11-27.

Bariéty, Jacques: La Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans, in: Problèmes de la Rhénanie 1919 - 1930. Die Rheinfrage nach dem Ersten Weltkrieg (Actes du Colloque d'Otzenhausen 14-16 octobre 1974), hrsg. vom Centre de recherches relations internationales de l'Université de Metz, Metz 1975, S. 15-28.

Bariéty, Jacques: Les relations franco-allemandes après la Première Guerre Mondiale. 10 Novembre 1918 - 10 Janvier 1925 de l'exécution à la négociation (Publication de la Sorbonne, Série internationale Bd. 8), Paris 1980.

Bariéty, Jacques/Poidevin, Raymond: Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815 - 1975, München 1982.

Barth, Boris: Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914-1933 (Schriften des Bundesarchivs Bd. 61), Düsseldorf 2003.

Baumgart, Winfried: Vom europäischen Konzert zum Völkerbund. Friedensschlüsse und Friedenssicherung von Wien bis Versailles, Darmstadt 1987.

- Beaupré, Nicolas: Das Trauma des großen Krieges 1918-1932/33 (Deutsch-Französische Geschichte Bd. 8), Darmstadt 2009.
- Becker, Adolph: Hinter den Kulissen des Separatismus in Rheinhessen (Beiträge zur Geschichte des Separatismus in Rheinhessen, Heft 2), Frankfurt am Main 1924.
- Becker, Jean-Jacques: Frankreich und der gescheiterte Versuch, das Deutsche Reich zu zerstören, in: Krumeich, Gerd (Hg.): Versailles 1919. Ziele - Wirkung - Wahrnehmung (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte - Neue Folge Bd. 14), Köln 2001, S. 65-70.
- Berger-Thimme, Dorothea: Wohnungsfrage und Sozialstaat. Untersuchungen zu den Anfängen staatlicher Wohnungspolitik in Deutschland (1873-1918), (Europäische Hochschulschriften Reihe 3 Geschichte und ihre Hilfswissenschaften Bd. 68), Frankfurt am Main/Bern 1976.
- Berghahn, Volker R.: Der Erste Weltkrieg, München 2003.
- Bernard, Birgit: „Uns're gesegnete Heimat ist frei!“. Die Trierer Rheinlandbefreiungsfeier vom 30.6./1.7.1930, in: Cepl-Kaufmann, Gertrude (Hg.): Jahrtausendfeiern und Befreiungsfeiern im Rheinland. Zur politischen Festkultur 1925 und 1930 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens Bd. 71), Essen 2009, S. 401-459.
- Bernstein, Eduard: Die deutsche Revolution von 1918/19. Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik (hrsg. und eingeleitet von Heinrich August Winkler und annotiert von Teresa Löwe), Bonn 1998.
- Beveridge, Ray: Die schwarze Schmach. Die weiße Schande..., Hamburg 1922.
- Biographical Directory of the United States Congress, 1774 – Present, (online; <http://bioguide.congress.gov/biosearch/biosearch.asp>).
- Bischof, Erwin: Rheinischer Separatismus 1918-1924. Hans Adam Dortens Rheinstaatbestrebungen, Bern 1969.
- Blisch, Bernd: Kleine Wiesbadener Stadtgeschichte, Regensburg 2011.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Der Zusammenbruch der Monarchie und die Entstehung der Weimarer Republik, in: Bracher, Karl Dietrich (Hg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Düsseldorf 1987, S. 17-43.
- Böhmer, Leo: Die rheinische Separatistenbewegung und die französische Presse, Berlin/Leipzig 1928.
- Bond, Brian: British military policy between the two World Wars, Oxford 1980.
- Brandt, Rolf: Das Gesicht Europas. Ein fast politisches Reisebuch, Hamburg/Berlin/Leipzig 1923.
- Brockhaus Enzyklopädie in 30 Bänden, Bd. 30, 21. Aufl. Leipzig/Mannheim 2006.

- Brockhaus Enzyklopädie in vierundzwanzig Bänden, Bd. 3, 19. Aufl. Mannheim 1987.
- Brüggemeier, Franz-Josef: Geschichte Großbritanniens im 20. Jahrhundert, München 2010.
- Brunn, Gerhard: Französische Kulturpolitik in den Rheinlanden nach 1918 und die Wiesbadener Kunstausstellung des Jahres 1921, in: Hüttenberger, Peter/Molitor, Hansgeorg (Hgg.): *Franzosen und Deutsche am Rhein 1789-1918-1945* (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens Bd. 23), Essen 1989, S. 219-241.
- Bührer, Werner: Die Reorganisation der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen nach 1918 und nach 1945, in: Mieck, Ilja/Guillen, Pierre (Hgg.): *Nachkriegsgesellschaften in Deutschland und Frankreich im 20. Jahrhundert*, München 1998, S. 67-81.
- Büro des Landeswahlleiters (Bearb.): *Die Wahlen zum Preußischen Landtag am 20. Mai 1928 und die Zusatzwahlen im ehemaligen Freistaat Waldeck am 9. Juni 1929. Zweiter Teil*, in: *Preußisches Statistisches Landesamt* (Hg.): *Preußische Statistik*. Bd. 293, Berlin 1931.
- Burkhardt, Hans: *Der Wiesbadener Fremdenverkehr und seine wirtschaftliche Bedeutung*, Frankfurt am Main 1939.
- Burkhart, Dagmar: *Eine Geschichte der Ehre*, Darmstadt 2006.
- Büttner, Ursula: *Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur*, Stuttgart 2008.
- Cabanes, Bruno: *Die französischen Soldaten und der „Verlust des Krieges“*, in: Krumeich, Gerd (Hg.): *Versailles 1919. Ziele - Wirkung - Wahrnehmung* (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte - Neue Folge Bd. 14), Köln 2001, S. 269-279.
- Centre de recherches relations internationales de l'Université de Metz (Hg.): *Problèmes de la Rhénanie 1919 - 1930. Die Rheinfrage nach dem Ersten Weltkrieg* (Actes du Colloque d'Otzenhausen 14-16 octobre 1974), Metz 1975.
- Charrier, Landry: *Die „Force Noire“ in den deutsch-französischen Beziehungen*, in: Breuer, Dieter/Cepl-Kaufmann, Gertrude (Hgg.): *„Deutscher Rhein - fremder Rosse Tränke?“*. Symbolische Kämpfe um das Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg (Düsseldorfer Schriften zur Neuen Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens Bd. 70), Essen 2005, S. 57-67.
- Christadler, Marieluise: *Okkupationstrauma und Widerstandstrauma in Frankreich und Deutschland 1871/1923*, in: *Deutsch-Französisches Kulturzentrum Essen* (Hg.): *Deutschland - Frankreich. Höhen und Tiefen einer Zweierbeziehung. Ergebnisse eines dreitägigen Symposiums im Februar 1988 in Essen*, Essen 1988, S. 40-60.
- Cohrs, Patrick O.: *The Unfinished Peace after World War I. America, Britain and the Stabilisation of Europe 1919-1932*, Cambridge 2006.

- Czysz, Walter: Vom Römerbad zur Weltkurstadt. Geschichte der Wiesbadener heißen Quellen und Bäder (Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden Bd. 7), Wiesbaden 2000.
- Czysz, Walter: Wiesbaden in der Römerzeit, Stuttgart 1994.
- Daniel, Ute: Informelle Kommunikation und Propaganda in der deutschen Kriegsgesellschaft, in: Quandt, Siegfried (Hg.): Der Erste Weltkrieg als Kommunikationsereignis. Medien – Kommunikation – Geschichte Bd. 1, Gießen 1993, S. 76-94.
- Degener, Herrmann A. L. (Hg.): Wer ist's ? Eine Sammlung von rund 18 000 Biographien mit Angaben über Herkunft, Familie, Lebenslauf, Veröffentlichungen und Werke, Lieblingsbeschäftigung, Mitgliedschaft bei Gesellschaften, Anschrift und anderen Mitteilungen von allgemeinem Interesse, 10. Ausgabe, Berlin 1935.
- Der Vertrag von Versailles. Mit Beiträgen von Sebastian Haffner, Gregory Bateson u.a., Frankfurt am Main/München 1988.
- Dictionnaire de biographie française, Bd. 8, Paris 1959.
- Dictionnaire de biographie française, Bd. 14, Paris 1979.
- Dictionnaire des ministres de 1789 à 1989, Paris 1990.
- Die Haager Landkriegsordnung nebst Anlagen und Ergänzungen, Bremen 2010.
- Dinzelbacher, Peter (Hg.): Europäische Mentalitätsgeschichte. Hauptthemen in Einzeldarstellungen, 2. Aufl. Stuttgart 2008.
- Döringer, Wilhelm: Der kleine Heimatforscher in der Stadt Wiesbaden. Aus dem Werdegang einer Stadt, 10. Aufl. Wiesbaden 1977.
- Dorten, Jean A.: Die Rheinische Tragödie, Übers., Bad Kreuznach 1979.
- Dorten, Jean A.: Rheinische Politik, 2. Aufl. Koblenz 1922.
- Eberhardt, Paul: Dorten & co, Königswinter 1921.
- Ebersold, Bernd: Machtverfall und Machtbewußtsein. Britische Friedens- und Konfliktlösungsstrategien 1918-1956 (Beiträge zur Militärgeschichte Bd. 31), München 1992.
- Eccleshall, Robert/Walker, Graham (Hgg.): Biographical dictionary of British prime ministers, London/New York 1998.
- Echterhagen, Heinz Willi: Rückgang und Neugestaltung im 20. Jahrhundert, in: Bad Schwalbach. 400 Jahre Heilbad hrsg. v. der Kulturvereinigung Bad Schwalbach e.V., Bad Schwalbach 1984, S. 49-60.

- Engels, Jens Ivo: Kleine Geschichte der Dritten Französischen Republik (1870-1940), Köln/Weimar/Wien 2007.
- Ernst, Petra/Haring, Sabine A./Suppanz, Werner: Der Erste Weltkrieg - Zeitenbruch und Kontinuität. Einleitende Bemerkungen, in: Ernst, Petra/Haring, Sabine A./Suppanz, Werner (Hgg.): Aggression und Katharsis. Der Erste Weltkrieg im Diskurs der Moderne (Studien zur Moderne Bd. 20), Wien 2004, S. 15-41.
- Falter, Jürgen W.: Hitlers Wähler, München 1991.
- Falter, Jürgen/ Lindenberger, Thomas/Schumann, Siegfried: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933 (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte), München 1986.
- Fink, Otto: Wiesbaden - so wie es war, Düsseldorf 1976.
- Fink, Otto: Wiesbaden in Glanz und Elend. Zeitgeschichte im Bild, Wiesbaden 1982.
- Fink, Otto: Wiesbadener Bildchronik 1866-1945, Wiesbaden 1979.
- Fischer, Conan: The Ruhr Crisis 1923-1924, Oxford/New York 2003.
- Fischer, Maxim: Vom Gross Wiesbaden der Zukunft, Wiesbaden 1914.
- Fraenkel, Ernst: Military occupation and the rule of law. Occupation Government in the Rhineland, 1918-1923, London/New York/Toronto 1944.
- Friedrich-Pauly, Sibilla/Huber, Detlev: Wiesbaden: eine kurze Stadtgeschichte, Erfurt 2003.
- Gaudart de Soulages, Michel/Lamant, Hubert: Dictionnaire des Francs-maçons français, Paris 1995.
- Gedye, G. E. R.: Die Revolver-Republik am Rhein. Frankreichs Werben um den Rhein, Köln 1931.
- Geisthardt, Fritz: Wiesbaden und seine Kaufleute, Wiesbaden/Stuttgart 1980.
- Gembries, Helmut: Verwaltung und Politik in der besetzten Pfalz zur Zeit der Weimarer Republik, Beiträge zur pfälzischen Geschichte Bd. 4, Institut für pfälzische Geschichte und Volkskunde, Kaiserslautern 1992.
- Gessner, Dieter: Die Weimarer Republik (Kontroversen um die Geschichte), Darmstadt 2002.
- Geyer, Martin H.: Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne, München 1914-1924 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft Bd. 128), Göttingen 1998.
- Giese, Torben: Moderne städtische Imagepolitik in Frankfurt am Main, Wiesbaden und Offenbach (Studien zur Frankfurter Geschichte Bd. 57), Frankfurt am Main 2010.

- Glaser, Elisabeth: The Making of the Economic Peace, in: Boemeke, Manfred/Feldman, Gerald/Glaser, Elisabeth (Hgg.): *The Treaty of Versailles. A Reassessment after 75 years*, Washington/Cambridge/New York 1998, S. 371-400.
- Goldstein, Erik: The evolution of British diplomatic strategy for the Locarno Pact 1924-1925, in: Dockrill, Michael/McKercher, Brian (Hgg.): *Diplomacy and world power. Studies in British foreign policy 1890-1950*, Cambridge University Press 2002, S. 115-135.
- Golecki, Anton: Koblenz in der amerikanischen und französischen Besatzungszeit 1918-1930, in: Koops, Tilman/Vogt, Martin (Hgg.): *Das Rheinland in zwei Nachkriegszeiten 1919 - 1930 und 1945 - 1949. Ergebnisse einer Tagung des Bundesarchivs in der Universität Trier vom 12. bis 14. Oktober 1994*, Koblenz 1995, S. 75-89.
- Göring, Helmut: *Die Großmächte und die Rheinfrage in den letzten Jahrhunderten (Rheinische Schicksalsfragen Schrift 12)*, Berlin 1926.
- Gorrenz, Heinz: *Die Franzosenzeit in Nassau und in Frankfurt am Main 1918-1930. Eine Chronik, in der von Not und Schande, von Narretei und Verrat, aber auch von Heimatliebe und deutscher Treue erzählt wird*, 4. Aufl. Frankfurt am Main 1930.
- Grimm, Friedrich: *Poincaré am Rhein*, Berlin 1940.
- Grupp, Peter: *Deutsche Außenpolitik im Schatten von Versailles 1918-1920. Zur Politik des Auswärtigen Amts vom Ende des Ersten Weltkriegs und der Novemberrevolution bis zum Inkrafttreten des Versailler Vertrags*, Paderborn 1988.
- Hachtmann, Rüdiger: *Tourismus-Geschichte (Grundkurs Neue Geschichte)*, Göttingen 2007.
- Haebler, Rolf Gustav: *Geschichte der Stadt und des Kurortes Baden-Baden*, 2 Bde., Baden-Baden 1969.
- Hagspiel, Hermann: *Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich? Die deutsch-französische Außenpolitik der zwanziger Jahre im innenpolitischen Kräftefeld beider Länder*, Bonn 1987.
- Hansen, Ernst Willi: Vom Krieg zum Frieden: Probleme der Umstellung nach dem ersten „gesamtgemeinschaftlichen“ Krieg, in: Wegner, Bernd (Hg.): *Wie Kriege enden. Wege zum Frieden von der Antike bis zur Gegenwart (Krieg in der Geschichte Bd. 14)*, Paderborn/München/Wien/Zürich 2002, S. 163-185.
- Haren, Tobias: *Der Volksstaat Hessen 1918/1919. Hessens Weg zur Demokratie (Zeitgeschichtliche Forschungen Bd. 19)*, Berlin 2003.
- Hartmann, Peter: *Französische Kulturarbeit am Rhein*, Leipzig 1921.
- Hartmann, W. von: *Frankreichs Militarismus am Rhein im Lichte französischer Kritik (Rheinische Schicksalsfragen Schrift 10/11)*, Berlin 1925.

- Hémeret, Georges/Hémeret, Jeanine: République Française. Les Présidents, Paris 1997.
- Henche, Albert: Chronik der Stadt Wiesbaden, Berlin 1937.
- Herrmann, Albert: Gräber berühmter und im öffentlichen Leben bekanntgewordener Personen auf den Wiesbadener Friedhöfen, Wiesbaden 1928.
- Hill, Richard: A biographical dictionary of the Sudan, London 1967.
- Hirschfeld, Gerhard: Kriegserlebnis, Mentalität und Erinnerung. Der Erste Weltkrieg in der deutschen und internationalen Geschichtsschreibung, in: Ernst, Petra/Haring, Sabine A./Suppanz, Werner (Hgg.): Aggression und Katharsis. Der Erste Weltkrieg im Diskurs der Moderne (Studien zur Moderne Bd. 20), Wien 2004, S. 367-385.
- Hood, Robert Emmett Jr.: Sanction diplomacy: Britain and French Rhine policy, 1920-1924 Part 1, Washington DC 1975.
- Horne, John: Der Schatten des Krieges: Französische Politik in den zwanziger Jahren (übers. von Detlef Mares), in: Mommsen, Hans (Hg.): Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik (Industrielle Welt – Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte Bd. 60), Köln/Weimar/Wien 2000, S. 145-164.
- Huber, Ernst: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 5: Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914-1919, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1978.
- Huber, Ernst: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 6: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1981.
- Hürten, Heinz: Bürgerkriege in der Republik. Die Kämpfe um die innere Ordnung von Weimar 1918-1920, in: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik - Wirtschaft - Gesellschaft (Studien zur Geschichte und Politik Bd. 251), Düsseldorf 1987, S. 81-94.
- Hüttenberger, Peter: Methoden und Ziele der französischen Besatzungspolitik nach dem Ersten Weltkrieg in der Pfalz, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 108 (1972), 105-121.
- Hüttenberger, Peter/Molitor, Hansgeorg (Hgg.): Franzosen und Deutsche am Rhein 1789-1918-1945 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens Bd. 23), Essen 1989.
- Imperial War Museum: The Occupation of The Rhineland. 1918-1929. Facsimile Edition with Introduction by Dr G M Bayliss, London 1987.
- Istituto Nazionale dell'Informazione: Repubblica Italiana 1948-1998. 50 Anni di Parlamento, Governi, Istituzioni, Rom 2000.

- Jahr, Christoph: Der lange Weg nach München. Britische Außenpolitik unter dem Eindruck von Versailles, in: Krumeich, Gerd (Hg.): Versailles 1919. Ziele - Wirkung - Wahrnehmung (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte - Neue Folge Bd. 14), Köln 2001, S. 113-125.
- Jeannesson, Stanislas: Poincaré, la France et la Ruhr (1922-1924). Histoire d'une occupation, Strasbourg 1998.
- Jeannesson, Stanislas: Übergriffe der französischen Besatzungsmacht und deutsche Beschwerden, in: Krumeich, Gerd/Schröder, Joachim (Hgg.): Der Schatten des Weltkrieges. Die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004, S. 207-231.
- Jeismann, Michael: Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792-1928 (Sprache und Geschichte Bd. 19), Stuttgart 1992.
- Joas, Hans: Kontingenzbewußtsein. Der Erste Weltkrieg und der Bruch im Zeitbewußtsein der Moderne, in: Ernst, Petra/Haring, Sabine A./Suppanz, Werner (Hgg.): Aggression und Katharsis. Der Erste Weltkrieg im Diskurs der Moderne (Studien zur Moderne Bd. 20), Wien 2004, S. 43-56.
- Kaden, Erich Hans/Springer, Max: Der politische Charakter der französischen Kulturpropaganda am Rhein, Berlin 1923.
- Kern, Werner: Die Rheintheorie der historisch-politischen Literatur Frankreichs im Ersten Weltkrieg, Saarbrücken 1973.
- Kicherer, Dagmar: Kleine Geschichte der Stadt Baden-Baden, Karlsruhe 2008.
- Klein, Thomas: Die Hessen als Reichstagswähler. Tabellenwerk zur politischen Landesgeschichte 1867-1933, Teil 3: Großherzogtum/Volksstaat Hessen 1867-1933 (Veröffentlichung der Historischen Kommission für Hessen Bd. 51/3), Marburg 1995.
- Klocksinn, Jens: Separatisten im Rheinland. 70 Jahre nach der Schlacht im Siebengebirge. Ein Rückblick, Bonn 1993.
- Kluge, Ulrich: Die deutsche Revolution 1918/1919. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankfurt am Main 1985.
- Kluge, Ulrich: Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft Bd. 14), Göttingen 1975.
- Knipping, Franz: Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära 1928-1931. Studien zur internationalen Politik in der Anfangsphase der Weltwirtschaftskrise, München 1987.
- Knortz, Heike: Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik. Eine Einführung in Ökonomie und Gesellschaft der ersten Deutschen Republik, Göttingen 2010.

- Kobelt, Arnold: Die interalliierte Verwaltung der besetzten Gebiete 1918-1930, in: Reich, Volksordnung, Lebensraum. Zeitschrift für völkische Verfassung und Verwaltung Bd. 4 (1943), S. 418-467.
- Köhler, Henning: Autonomiebewegung oder Separatismus? Die Politik der Kölnischen Volkszeitung 1918/19, Berlin 1974.
- Köhler, Henning: Französische Besatzungspolitik 1918-1923, in: Hüttenberger, Peter/Molitor, Hansgeorg (Hgg.): Franzosen und Deutsche am Rhein: 1789-1918-1945 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 23), Klartext-Verlag Essen 1989, S. 113-126.
- Köhler, Henning: Grundlagen und Konzeptionen der französischen Rhein- und Deutschlandpolitik von der Novemberrevolution bis zum Friedensschluß von Versailles, in: Problèmes de la Rhénanie 1919-1930. Die Rheinfrage nach dem Ersten Weltkrieg. Actes du Colloque d'Otzenhausen, 14-16 Octobre 1974, Metz 1975, S. 59-87.
- Köhler, Henning: Novemberrevolution und Frankreich. Die französische Deutschlandpolitik 1918-1919, Düsseldorf 1980.
- Köhler, Henning: Preußen und die Rheinlandbesetzung 1919-1930, in: Koops, Tilman/Vogt, Martin (Hgg.): Das Rheinland in zwei Nachkriegszeiten 1919 - 1930 und 1945 - 1949. Ergebnisse einer Tagung des Bundesarchivs in der Universität Trier vom 12. bis 14. Oktober 1994, Koblenz 1995, S. 39-55.
- Kolb, Eberhard: Der Frieden von Versailles, München 2005.
- Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 16), 7. Auflage München 2009.
- Koller, Christian: „Von Wilden aller Rassen niedergemetzelt“. Die Diskussion um die Verwendung von Kolonialtruppen in Europa zwischen Rassismus, Kolonial- und Militärpolitik (1914-1930), (Beiträge zur Kolonial- und Überseegeschichte Bd. 82), Stuttgart 2001.
- Koller, Christian: Fremdherrschaft. Ein politischer Kampfbegriff im Zeitalter des Nationalismus, Frankfurt am Main/New York 2005.
- Koops, Tilman/Vogt, Martin (Hgg.): Das Rheinland in zwei Nachkriegszeiten 1919 - 1930 und 1945 - 1949. Ergebnisse einer Tagung des Bundesarchivs in der Universität Trier vom 12. bis 14. Oktober 1994, Koblenz 1995.
- Kopp, Klaus: Dotzheim, ein „elendes Nest“? Irrungen und Wirrungen der Wiesbadener Eingemeindungspolitik während der Zwanzigerjahre (Schriften des Heimat- und Verschönerungsvereins Dotzheim Bd. 23), Wiesbaden-Dotzheim 2003.
- Kötz, Günter: Besucherzahlen des Emser Bades im 19. und 20. Jahrhundert, in: Nassauische Annalen Bd. 82 (1971), S. 367-374.

- Kreutz, Wilhelm: Der Film als Medium des deutsch-französischen Propagandakampfs im besetzten Rheinland der 1920er Jahre, in: Kreutz, Wilhelm/Scherer, Karl (Hgg.): Die Pfalz unter französischer Besetzung (1918/19 - 1930), (Beiträge zur pfälzischen Geschichte Bd. 15), Kaiserslautern 1999, S. 281-332.
- Kreutz, Wilhelm: Französische Rheintheorie und französische Kulturpolitik im besetzten Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg, in: Koops, Tilman/Vogt, Martin (Hgg.): Das Rheinland in zwei Nachkriegszeiten 1919 - 1930 und 1945 - 1949. Ergebnisse einer Tagung des Bundesarchivs in der Universität Trier vom 12. bis 14. Oktober 1994, Koblenz 1995, S. 19-37.
- Kreutz, Wilhelm/Scherer, Karl (Hgg.): Die Pfalz unter französischer Besetzung (1918-1930), (Beiträge zur pfälzischen Geschichte Bd. 15), Kaiserslautern 1999.
- Kronenbitter, Günther/Pöhlmann, Markus/Walter, Dierk (Hgg.): Besatzung. Funktion und Gestalt militärischer Fremdherrschaft von der Antike bis zum 20. Jahrhundert (Krieg in der Geschichte Bd. 28), Paderborn/München/Wien/Zürich 2006.
- Kropat, Wolf-Arno: Die nationalsozialistische Machtergreifung in Wiesbaden und Nassau, in: Hennig, Eike (Hg.): Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen, Frankfurt am Main 1983, S. 260-278.
- Krüger, Gerd: „Wir wachen und strafen!“ - Gewalt im Ruhrkampf von 1923, in: Krumeich, Gerd/Schröder, Joachim (Hgg.): Der Schatten des Weltkrieges. Die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004, S. 233-255.
- Krüger, Peter: Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985.
- Krumeich, Gerd: Der „Ruhrkampf“ als Krieg: Überlegungen zu einem verdrängten deutsch-französischen Konflikt, in: Krumeich, Gerd/Schröder, Joachim (Hgg.): Der Schatten des Weltkrieges. Die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004, S. 9-24.
- Krumeich, Gerd: Versailles 1919. Der Krieg in den Köpfen, in: Krumeich, Gerd (Hg.): Versailles 1919. Ziele - Wirkung - Wahrnehmung (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte - Neue Folge Bd. 14), Köln 2001, S. 53-64.
- Kuske, Bruno: Rheingrenze und Pufferstaat, eine volkswirtschaftliche Betrachtung, Bonn 1919.
- Lau, Dirk: Wahlkämpfe der Weimarer Republik. Propaganda und Programme der politischen Parteien bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1924 bis 1930, Marburg 2008.
- Lauter, Anna-Monika: Die öffentliche Meinung in Frankreich im Vorfeld der Ruhrbesetzung, in: Krumeich, Gerd/Schröder, Joachim (Hgg.): Der Schatten des Weltkrieges. Die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004, S. 85-97.
- Lauter, Anna-Monika: Sicherheit und Reparationen. Die französische Öffentlichkeit, der Rhein und die Ruhr (1919-1923), (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens Bd. 74), Essen 2006.

Lebzelter, Gisela: Die „Schwarze Schmach“. Vorurteile-Propaganda-Mythos, in: Geschichte und Gesellschaft Bd. 11 (1985), S. 37-58.

Leicher, Günther: Wiesbaden. Geschichte und Geschichten, Wiesbaden 1996.

Lemmes, Fabian: Tagungsbericht Besetzungserfahrungen in Europa (1914-1945). 09.09.2004-11.09.2004, Berlin, in: H-Soz-u-Kult, 24.04.2005, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=762>>, abgerufen am 21.10.2011.

Limburger, Iris: Die Rheinlandbesetzung nach dem Ersten Weltkrieg. Leben unter alliierter Besatzungsherrschaft in Köln und in der Eifel, 1918 - 1926, in: Geschichte in Köln 57 (2010), S. 93-118.

Linnebach, Karl: Deutsche und französische Okkupationsmethoden 1870 - 73 / 1920 - ? (Rheinische Schicksalsfragen Schrift 4), Berlin 1925.

Linnebach, Karl: Die Sicherheitsfrage. Dokumentarisches Material (Rheinische Schicksalsfragen Schrift 7/9), Berlin 1925.

Livre d'or de la Sabretache (1914-1918), Bd. 1, Paris 1923.

Lorenz, Thomas: „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!“. Der Versailler Vertrag in Diskurs und Zeitgeist der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 2008.

Loth, Wilfried: Frankreich im 20. Jahrhundert, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1987.

Luschberger, Franz: Die französische Besetzung 1918-1930. Eine historische Dokumentation, Hochheim am Main 2001.

Mac Orlan, Pierre: La fin. Souvenirs d'un correspondant aux armées, Paris 1919.

Marhefka, Edmund (Hg.): Der Waffenstillstand 1918-1919. Das Dokumenten-Material der Waffenstillstandsverhandlungen von Compiègne, Spa, Trier und Brüssel. Notenwechsel/Verhandlungsprotokolle/Verträge/Gesamtstätigkeitsbericht, Bd. 1 Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen, Berlin 1928.

Mayer-Gwensen, Hans: Französische Spionage und Propaganda am Rhein und an der Saar. 18 Monate im Dienst der „Großen Nation“, Berlin 1923.

Mayer, Karl J.: Die Weimarer Republik und das Problem der Sicherheit in den deutsch-französischen Beziehungen. 1918-1925, Frankfurt am Main 1990.

McDougall, Walter A.: France's Rhineland Diplomacy, Princeton 1978.

Metz, Friedrich (Hg.): Probleme des deutschen Westens. Eine Aufsatzfolge im Auftrage des Verbandes deutscher Geschichtslehrer (Rheinische Schicksalsfragen 27/28), Berlin 1929.

- Meyer, Gerd: Die Reparationspolitik. Ihre außen- und innenpolitischen Rückwirkungen, in: Bracher, Karl-Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf (Hgg.): Die Weimarer Republik 1918-1933, Politik-Wirtschaft-Gesellschaft (Studien zur Geschichte und Politik Bd. 251), 2. Aufl. Bonn 1988, S. 327-342,
- Michaelis, Herbert/Schraepler, Ernst (Hgg.): Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1925 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. 3. Bd.: Der Weg in die Weimarer Republik (Sonderausgabe für Staats- und Kommunalbehörden sowie für Schulen und Bibliotheken), Berlin o.J.
- Michaelis, Herbert/Schraepler, Ernst (Hgg.): Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1925 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. 4. Bd.: Die Weimarer Republik. Vertragserfüllung und innere Bedrohung 1919/1922 (Sonderausgabe für Staats- und Kommunalbehörden sowie für Schulen und Bibliotheken), Berlin o.J.
- Michaelis, Herbert/Schraepler, Ernst (Hgg.): Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1925 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. 5. Bd.: Die Weimarer Republik. Das kritische Jahr 1923 (Sonderausgabe für Staats- und Kommunalbehörden sowie für Schulen und Bibliotheken), Berlin o.J.
- Michaelis, Herbert/Schraepler, Ernst (Hgg.): Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1925 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. 6. Bd.: Die Weimarer Republik. Die Wende der Nachkriegspolitik 1924-1928- Rapallo-Dawesplan-Genf (Sonderausgabe für Staats- und Kommunalbehörden sowie für Schulen und Bibliotheken), Berlin o.J.
- Michalka, Wolfgang (Hg.): Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München 1994.
- Mohl, Renate: Wie der Rundfunk die Befreiung der Rheinlande feierte, in: Cepl-Kaufmann, Gertrude (Hg.): Jahrtausendfeiern und Befreiungsfeiern im Rheinland. Zur politischen Festkultur 1925 und 1930, Essen 2009, S. 329-399.
- Monatsberichte des Statistischen Amtes Wiesbaden, 15. Jahrgang 1928.
- Monatsberichte des Statistischen Amtes Wiesbaden, 16. Jahrgang 1929.
- Mommsen, Wolfgang J.: Die Urkatastrophe Deutschlands. Der Erste Weltkrieg 1914-1918, Stuttgart 2002.
- Mordacq, Henri: Die deutsche Mentalität. Fünf Jahre Befehlshaber am Rhein. Aus dem Französischen übertragen von Josef Gleichauf, Wiesbaden 1927.
- Müller-Werth, Herbert: Geschichte und Kommunalpolitik der Stadt Wiesbaden unter besonderer Berücksichtigung der letzten 150 Jahre, Wiesbaden 1963.

- Müller-Werth, Herbert: Die Separatistenputsche in Nassau unter besonderer Berücksichtigung des Stadt- und Landkreises Wiesbaden, in: Nassauische Annalen Bd. 79 (1968), S. 245-328.
- Müller, Karlheinz (Hg.): Preußischer Adler und hessischer Löwe: hundert Jahre Wiesbadener Regierung, 1866.1966. Dokumente der Zeit aus den Akten, Wiesbaden 1966.
- Naunin, Helmut: Die Besetzung der Stadt Duisburg durch belgische und französische Truppen nach dem Weltkriege. Eine völkerrechtliche Untersuchung, Berlin 1930.
- Neitzel, Sönke: Weltkrieg und Revolution. 1914-1918/19 (Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert Bd. 3), Berlin 2008.
- Nelson, Keith: Victors divided. America and the Allies in Germany. 1918-1923, Berkeley 1975.
- Neue Deutsche Biographie, Bd. 7, Berlin 1966.
- Niedhart, Gottfried: Der Erste Weltkrieg. Von der Gewalt im Krieg zu den Konflikten im Frieden, in: Wegner, Bernd (Hg.): Wie Kriege enden. Wege zum Frieden von der Antike bis zur Gegenwart (Krieg in der Geschichte Bd. 14), Paderborn/München/Wien/Zürich 2002, S. 187-211.
- Niedhart, Gottfried: Die Außenpolitik der Weimarer Republik (Enzyklopädie Deutscher Geschichte Bd. 53), München 1999.
- Oncken, Hermann: Die historische Rheinpolitik der Franzosen, Stuttgart 1922.
- Pawley, Margaret: The Watch on the Rhine. The Military Occupation of the Rhineland, 1918-1930, New York 2007.
- Petzina, Dietmar/Köhler, Manfred/Zeppenfeld, Burkhard: Kommunale Handlungsspielräume und kommunale Finanzen - Erfahrungen in Deutschland zwischen Erstem Weltkrieg und Nationalsozialismus, in: Reulecke, Jürgen (Hg.): Die Stadt als Dienstleistungszentrum. Beiträge zur Geschichte der „Sozialstadt“ in Deutschland im 19. und frühen 20. Jahrhundert, St. Katharinen 1995, S. 153-180.
- Petzold, Joachim: Die Dolchstoßlegende: Eine Geschichtsfälschung im Dienst des deutschen Imperialismus und Militarismus, Berlin 1963.
- Pommerin, Reiner: „Sterilisierung der Rheinlandbastarde“. Das Schicksal einer farbigen deutschen Minderheit 1918-1937, Düsseldorf 1979.
- Porrmann, Maria: Theater und Drama in Zeiten der Besetzung, in: Cepl-Kaufmann, Gertrude (Hg.): Jahrtausendfeiern und Befreiungsfeiern im Rheinland. Zur politischen Festkultur 1925 und 1930, Essen 2009, S. 175-225.
- Qui êtes-vous? Annuaire des contemporains. Notices biographiques, Paris 1924.

- Preußisches Statistisches Landesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat (Bd. 16), Berlin 1920.
- Preußisches Statistisches Landesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen (Bd. 17), Berlin 1921.
- Preußisches Statistisches Landesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen (Bd. 21), Berlin 1924.
- Raulff, Ulrich (Hg.): Mentalitäten-Geschichte. Zur historischen Rekonstruktion geistiger Prozesse, Berlin 1987.
- Reichartz, Monika: Wiesbaden wie es früher war, Gudensberg-Gleichen 1993.
- Reimer, Klaus: Rheinlandfrage und Rheinlandbewegung 1918-33 (Europ. Hochschulschriften III, Bd. 199), Frankfurt/Bern/Las Vegas 1979.
- Reinemann, Otto: Die Interalliierte Rheinlandkommission und die deutsche Gesetzgebung (Die Wirkung der Befugnisse der Interalliierten Rheinlandkommission auf die deutsche Gesetzgebung nach den Bestimmungen des Rheinland-Abkommens und in der Praxis.), Frankfurt am Main 1925.
- Reismüller, Georg/Hoffmann, Josef: Zehn Jahre Rheinlandbesetzung. Beschreibendes Verzeichnis des Schrifttums über die Westfragen mit Einschluß des Saargebietes und Eupen-Malmedys, Breslau 1929.
- Renkhoff, Otto: Wiesbaden im Mittelalter (Geschichte der Stadt Wiesbaden Bd. 2), Wiesbaden 1980.
- Renkhoff, Otto: Nassauische Biographie. Kurzbiographien aus 13 Jahrhunderten (Veröffentlichung der Historischen Kommission für Nassau Bd. 39), 2. Aufl. Wiesbaden 1992.
- Reynolds, B.T.: Prelude to Hitler, London 1933.
- Rödder, Andreas: Zwischen Besatzung und Besetzung. Möglichkeiten und Grenzen deutsch-französischer Verständigung zwischen den Weltkriegen, in: Felten, Franz J. (Hg.): Frankreich am Rhein - vom Mittelalter bis heute (Mainzer Vorträge 13), Stuttgart 2009, S. 199-216.
- Romeyk, Horst: Verwaltungs- und Behördengeschichte der Rheinprovinz 1914-1945 (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde Bd. 63), Düsseldorf 1985.
- Rupieper, Hermann J.: The Cuno Government and Reparations 1922-1923. Politics and Economics (Studies in Contemporary History Vol. 1), Den Haag/Boston/London 1979.
- Salewski, Michael: Der Erste Weltkrieg, Paderborn 2003.

- Salewski, Michael: Entwaffnung und Militärkontrolle in Deutschland 1919-1927 (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. Bd. 24), München 1966.
- Sammet, Rainer: Deutschland und die Auseinandersetzung mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg (1918 - 1933), Berlin 2003.
- Sarholz, Hans-Jürgen: Geschichte der Stadt Bad Ems, 2. Aufl. Bad Ems 1996.
- Schäfer, Albert: Wiesbaden. Von der Römersiedlung zur Landeshauptstadt, 2. Aufl. Frankfurt am Main 1973.
- Schivelbusch, Wolfgang: Die Kultur der Niederlage. Der amerikanische Süden 1865 - Frankreich 1871 - Deutschland 1918, Berlin 2001.
- Schlemmer, Martin: „Los von Berlin“. Die Rheinstaatbestrebungen nach dem Ersten Weltkrieg, Rheinisches Archiv Bd. 152, Köln/Weimar/Wien 2007.
- Schoelkens, Josef: Bericht über die Tätigkeit des Verbandes der Stadt- und Landkreise des besetzten Gebiets in den Jahren 1919-1930, o.O o.J.
- Schöllgen, Gregor/Kiessling, Friedrich: Das Zeitalter des Imperialismus (Oldenbourg Grundriss der Geschichte Bd. 15), 5. Aufl. München 2009.
- Schoppa, Helmut: Wiesbaden. Geschichte im Bild von der Römerzeit bis zur Gegenwart, 5. Aufl. Essen 2005.
- Schoppa, Helmut: Wiesbadens römische und alamannisch-merowingische Vergangenheit (Geschichte der Stadt Wiesbadens Bd. 1), Wiesbaden 1974.
- Schorn-Schütte, Luise: Ideen-, Geistes-, Kulturgeschichte, in: Goertz, Hans-Jürgen (Hg.): Geschichte. Ein Grundkurs, 3. Aufl. Hamburg 1998.
- Schuker, Stephen A.: The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan, Chapel Hill 1976.
- Schulte Beerbühl, Margrit: Dortmund unter französischer Besatzung (1923 - 1924). Erfahrungen und Erinnerungen an die Grenze, in: Ellerbrock, Karl-Peter (Hg.): Erster Weltkrieg, Bürgerkrieg und Ruhrbesetzung. Dortmund und das Ruhrgebiet 1914/18 - 1924, Dortmund 2010, S. 67-119.
- Schulze, Winfried (Hg.): Ego-Dokumente. Annäherung an den Menschen in der Geschichte (Selbstzeugnisse der Neuzeit Bd. 2), Berlin 1996.
- Schwabe, Klaus (Hg.): Quellen zum Friedensschluss von Versailles, Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit Bd. 30, Darmstadt 1997.

- Sering, Max: Deutschland unter dem Dawes-Plan. Entstehung, Rechtsgrundlagen. Wirtschaftliche Wirkungen der Reparationslasten, Berlin/Leipzig 1928.
- Sherby, Louise S.: The Who's who of Nobel Prize winners 1901-2000, 4. Aufl. London 2002.
- Solemacher, Viktor von: Die abgetretenen und besetzten Gebiete im deutschen Westens. Tatsachen und Zahlen (Rheinische Schicksalsfragen Bd. 1), Berlin 1925.
- Soutou, Georges-Henri: Die Kriegsziele des Deutschen Reiches, Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten während des Ersten Weltkrieges: ein Vergleich, in: Michalka, Wolfgang (Hg.): Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München/Zürich 1994, S. 28-53.
- Soutou, Georges-Henri: Vom Rhein zur Ruhr: Absichten und Planungen der französischen Regierung, in: Krumeich, Gerd/Schröder, Joachim (Hgg.): Der Schatten des Weltkrieges. Die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004, S. 63-83.
- Stegmans, Christoph: Die finanziellen Folgen der Rheinland- und Ruhrbesetzung 1918 - 1930, Stuttgart 1999.
- Springer, Max: Frankreich und seine „Freunde“ am Rhein, o.O. o.J.
- Springer, Max: Loslösungsbestrebungen am Rhein (1918-1924), Berlin 1924.
- Springer, Max: Die Franzosenherrschaft in der Pfalz 1792-1814, Berlin 1926.
- Steitz, Walter (Hg.): Quellen zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende der Weimarer Republik (Ausgewählte Quellen zur Deutschen Geschichte der Neuzeit Bd. 37), Darmstadt 1993.
- Stevenson, David: French War Aims against Germany 1914-1919, Oxford 1982.
- Storz, Dieter: „Aber was hätte anders geschehen sollen?“. Die deutschen Offensiven an der Westfront 1918, in: Duppler, Jörg/Groß, Gerhard P. (Hgg.): Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung (Beiträge zur Militärgeschichte Bd. 53), München 1999, S. 51-95.
- Stötzer, Thorsten: Landkreis St. Goarshausen in der französischen Besatzungszeit 1918-1929, Koblenz 2004.
- Struck, Wolf-Heino: Wiesbaden als nassauische Landeshauptstadt, Bd. 1 Wiesbaden in der Goethezeit und Bd. 2 Wiesbaden im Biedermeier 1818-1866, Wiesbaden 1979/1981.
- Süss, Martin: Rheinhessen unter französischer Besatzung. Vom Waffenstillstand im November 1918 bis zum Ende der Separatistenunruhen im Februar 1924 (Geschichtliche Landeskunde Bd. 31), Stuttgart 1988.
- Thane, Pat: Cassell's Companion to Twentieth-Century British History, London 2001.

Thoma, Katha: Rheinische Republik. Rheinische Demokratie, Mannheim 1922.

Timmermann, Annelise: Die Rheinlandbesetzung in ihrer Wirkung auf die Sozialausgaben der Städte (Rheinische Schicksalsfragen Bd. 32), Berlin 1930.

Tirard, Paul: La France sur le Rhin, Paris 1930.

Tuohy, Ferdinand: Occupied 1918-1930. A postscript to the Western Front, London 1931.

Ulrich, Bernd/Ziemann, Benjamin (Hgg.): Krieg im Frieden. Die umkämpfte Erinnerung an den Ersten Weltkrieg. Quellen und Dokumente, Frankfurt am Main 1997.

Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1918 bis zum 31. März 1919.

Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1919 bis zum 31. März 1920.

Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1920 bis zum 31. März 1921.

Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1921 bis zum 31. März 1924.

Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1924 bis zum 31. März 1926.

Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1927 bis zum 31. März 1928.

Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1928 bis zum 31. März 1929.

Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1929 bis zum 31. März 1930.

Verwaltungsbericht der Stadt Wiesbaden für die Zeit vom 1. April 1930 bis zum 31. März 1931.

Vogels, Werner (Hg.): Die Bestimmungen der Interalliierten Rheinlandoberkommission und der Besatzungsarmeen über Einquartierung, Requisitionen und Schäden, Berlin 1925.

Vogels, Werner (Hg.): Die deutschen Entschädigungsgesetze und sonstige Verordnungen für das besetzte Gebiet, Berlin 1925.

Vogels, Werner (Hg.): Die Verträge über Besetzung und Räumung des Rheinlandes und die Ordonnanzen der Interalliierten Rheinlandoberkommission in Coblenz. Textausgabe der Verträge und der Ordonnanzen 1 bis 302 und der Anweisungen 1 bis 26 in Französisch und Deutsch nebst einer Karte des besetzten Gebiets. Bearbeitet und mit Erläuterungen versehen von Dr. Werner Vogels, Regierungsrat im Reichsministerium für die besetzten Gebiete, Berlin 1925.

Vogt, Martin (Hg.): Die Entstehung des Youngplans dargestellt vom Reichsarchiv 1931-1933 (Schriften des Bundesarchivs, Bd. 15), Boppard 1970.

Voss, Ingrid/Voss, Jürgen: Die „Revue Rhénane“ als Instrument der französischen Kulturpolitik am Rhein (1920-1930), in: Archiv für Kulturgeschichte Bd. 64 (1982), S. 403-451.

- Wachendorf, Karl: Zehn Jahre Fremdherrschaft am deutschen Rhein. Eine Geschichte der Rheinlandbesetzung von 1918-1928 (Rheinische Schicksalsfragen Bd. 22/24), Berlin 1928.
- Wasmeier, Silvia: Wer wählte Hitler? Erklärungsansätze der Historischen Wahlverhaltensforschung, Wiesbaden 2009.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. 4. Bd.: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949, München 2003.
- Weichel, Thomas: „Wenn dann der Kaiser nicht mehr kommt...“. Kommunalpolitik und Arbeiterbewegung in Wiesbaden 1890 - 1914, Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden Bd. 1, Wiesbaden 1991.
- Weichel, Thomas: Die Bürger von Wiesbaden. Von der Landstadt zur „Weltkurstadt“ 1780-1914 (Stadt und Bürgertum Bd. 6), München 1997.
- Wein, Franziska: Deutschlands Strom - Frankreichs Grenze. Geschichte und Propaganda am Rhein 1919-1930 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens Bd. 33), Essen 1992.
- Wende, Peter: Das Britische Empire. Geschichte eines Weltreichs, München 2008.
- Wentzcke, Paul: Rheinlande und Reich. Mahnworte eines ehrlichen Rheinländers, Frankfurt am Main 1920.
- Werner, Robert: Dorten & Co., Königswinter 1921.
- Who's Who in Berkshire. Who's Who in the counties series, London 1936.
- Wigger, Iris: Die „schwarze Schmach am Rhein“. Rassistische Diskriminierung zwischen Geschlecht, Klasse, Nation und Rasse, Münster 2007.
- Wilke, Jürgen: Presseanweisungen im zwanzigsten Jahrhundert. Erster Weltkrieg - Drittes Reich - DDR (Medien in Geschichte und Gegenwart Bd. 24), Köln/Weimar/Wien 2007.
- Williamson, David G.: The British in Germany 1918-1930. The Reluctant Occupiers, New York/Oxford 1991.
- Winkler, Heinrich August: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918-1924, Berlin 1985.
- Winkler, Heinrich August: Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Republik, München 1994.
- Wippermann, Klaus Wolfgang: Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung. Die Reichszentrale für Heimatdienst in der Weimarer Republik, Köln 1976.

Wirsching, Andreas: Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert, München 2001.

Witt, Peter-Christian: Inflation, Wohnungszwangswirtschaft und Hauszinssteuer. Zur Regelung von Wohnungsbau und Wohnungsmarkt in der Weimarer Republik, in: Niethammer, Lutz (Hg.): Wohnen im Wandel. Beiträge zur Geschichte des Alltags in der bürgerlichen Gesellschaft, Wuppertal 1979, S. 385-407.

Wurm, Clemens A.: Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924-1926 (Europäische Hochschulschriften: Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften Bd. 115), Frankfurt am Main/Bern/Las Vegas 1979.

Yvert, Benoît: Premiers ministres et présidents du Conseil. Histoire et dictionnaire raisonné des chefs de gouvernements en France (1815-2007), Paris 2007.

Zehler, Christoph: Die Wiesbadener SPD 1918 - 1933. Zur Analyse ihrer Kommunalpolitik während der Weimarer Republik, Frankfurt am Main 1996.

Zeidler, Manfred: Die deutsche Kriegsfinanzierung 1914 bis 1918 und ihre Folgen, in: Michalka, Wolfgang (Hg.): Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München/Zürich 1994, S. 415-433.

Zenker-Oertel, Claudia: Die Wiesbadener NSDAP in der Weimarer Republik bis 1933 [Elektronische Ressource], Leipzig 2005.

Zerfass, Günter: Die Pfalz unter französischer Besatzung von 1918 bis 1930. Kalendarische Darstellung der Ereignisse vom Einmarsch im November 1918 bis zur Räumung am 1. Juli 1930, 3. Aufl. Koblenz 1996.

Ziemann, Benjamin: Das „Fronterlebnis“ des Ersten Weltkrieges - eine sozialhistorische Zäsur? Deutungen und Wirkungen in Deutschland und Frankreich, in: Mommsen, Hans (Hg.): Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik (Industrielle Welt - Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte Bd. 60), Köln/Weimar/Wien 2000, S. 43-82.

Zilien, Johann: Die russisch-orthodoxe Gemeinde Wiesbadens im 20. Jahrhundert. Ein Überblick, in: Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden (Hg.): Russische Beziehungen zu Wiesbaden und Darmstadt. Beiträge aus Anlass des 150-jährigen Jubiläums der Russischen Kirche in Wiesbaden im Jahr 2005 (Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden Bd. 10), Wiesbaden 2007, S. 87-106.